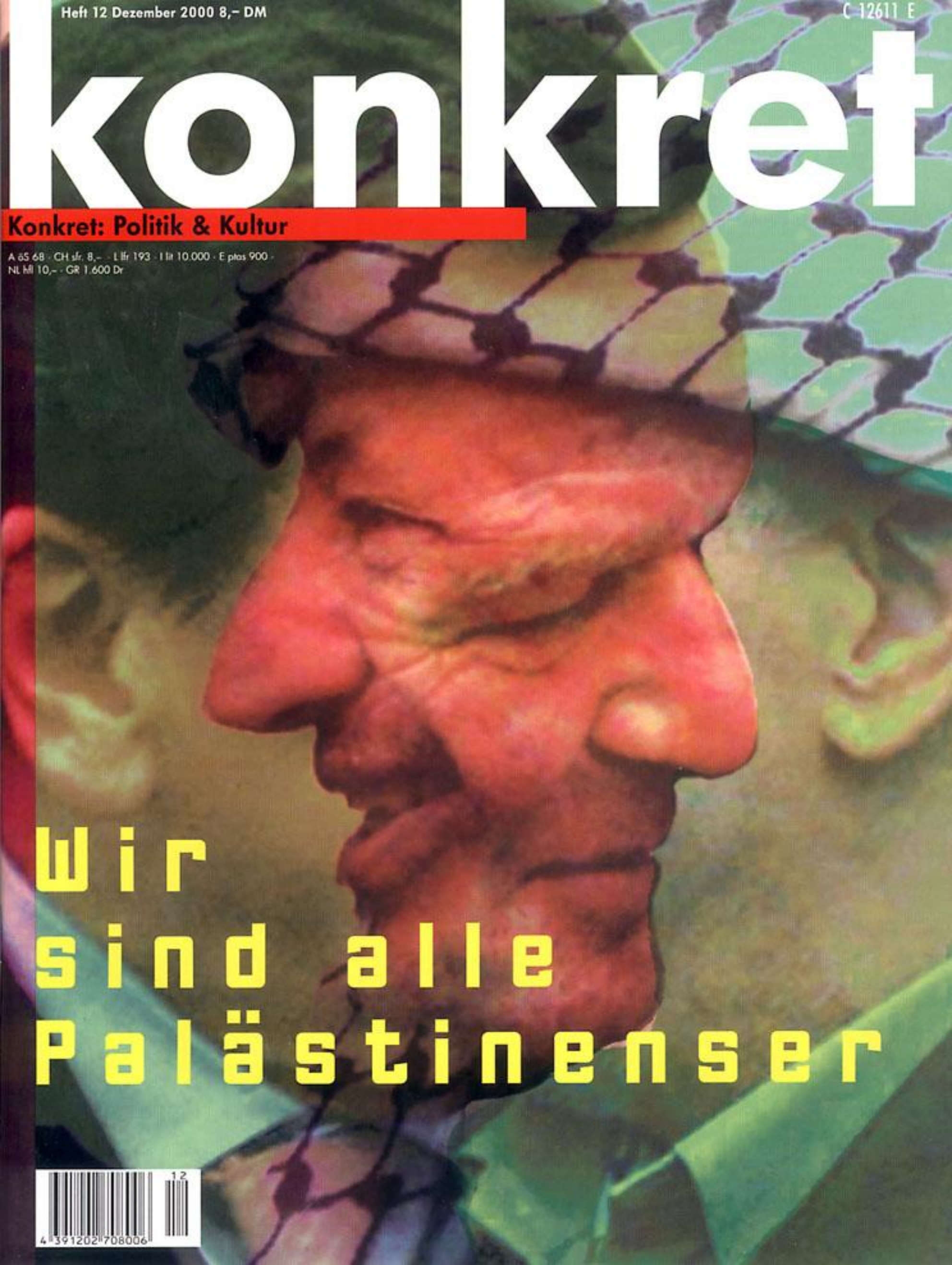
Heft 12 Dezember 2000 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A ö5 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr



Wir sind alle Palästinenser

12

4 391202 708006

in konkret Dezember 2000

hier konkret von Menachem Kanafi
Im Anschluß an eine Veranstaltung zur »Intifada im deutschen Feuilleton«, die der Berliner Landesverband der JungdemokratInnen/Junge Linke durchgeführt hat, sprachen wir mit Menachem Kanafi, dem Ersten Sekretär der Botschaft des Staates Israel in Berlin, über die Unruhen im Westjordanland und im Gazastreifen und über die Folgen für den Friedensprozeß

von konkret

an konkret

Wer leiten Kultur? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Sturm auf Massada von Jürgen Elsässer
Wie Jugoslawien und Israel Opfer der neuen Weltordnung wurden und warum Scharon hierzulande wie ein jüdischer Milosevic dargestellt wird

Weltweite Intifada
Antisemitische Übergriffe von Ende September bis Mitte Oktober 2000

Palestine Plot von Ralf Schröder
Yassir Arafats Heimatfilm hat Überlänge. Ein biographischer Abriß

zu Protokoll
Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Freitagsgebet vom 13. Oktober 2000 in der Sultan-Aal- Nahyan-Moschee in Gaza, das live vom Fernsehen der palästinensischen Autonomiebehörde übertragen wurde. Der Prediger ist Dr. Ahmed Abu Halabiya, Mitglied des von Arafats Autonomiebehörde ernannten »Fatwa Rates« und früherer Rektor der Islamischen Universität in Gaza

Wir sind alle Palästinenser von Horst Pankow
Über die große Einigkeit deutscher Medien bei der Beurteilung der »Al-Aksa-Intifada«

Stimmen aus einem echt freien Land von Martin Krauß
Wer wissen möchte, wie deutsche Linke ticken, wenn sie an Israel denken, sollte einen Blick in das »Taz«-Online-Forum werfen

Kreiskys Erben? Hitlers Erben von Gerhard Scheit
Wenn einer glaubt, es könne keine Steigerung mehr geben, wird er in Österreich stets eines Besseren belehrt: Hier ist alles immer noch mieser als anderswo – auch der Antiimperialismus

EU, die Einsatz-Union von Arno Neuber
Was bisher nur die USA durften und konnten, das will die Weltmacht Europa unter Deutschlands Führung künftig auch: an jedem Ort der Welt Kriege führen und anführen. Mit einer schnellen Eingreiftruppe von 80.000 Mann

Grün ist der Wechsel. Und geplatzt von Stefan Wirner
In der Außenpolitik haben die Ökos ihre Wahlversprechen 217prozentig erfüllt. Und auch in anderen Bereichen gaben sie ihr Bestes

In diesem Sinne - Judenwitze von Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Arschlecken von Otto Köhler

In diesem Sinne – Lightkultur von Gert Ockert

Der Preis der Demokratie von Thomas Becker
Preisschock, Stromabschaltungen, Schlägertrupps – endlich lernen die Belgrader die Segnungen des Westens kennen

Modell Deutschland, neue Folge von Rolf Surmann
Die deutsche Wirtschaft läßt ihre Stiftungsinitiative von einem Fachmann aus gutem Hause managen. Er kommt von der Degussa, deren Tochter Degesch einst Zyklon B nach Auschwitz geliefert hat

Trotzkikurski von Ralf Schröder

Konsens der Demokraten von Burkhard Schröder
In der Diskussion über ein mögliches NPD-Verbot gewinnt der neue Antifa-Diskurs religiöse Züge

Müllers Esel von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 1. Folge: der Bundesminister für Wirtschaft

Buch des Monats von Michael Wuliger
Karin Hartewig: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Böhlau Verlag, Köln 2000, 617 Seiten, 98 Mark

Die Namen der Linken von Peter Hacks
Kulturkolumne

Kunst & Gewerbe von Martin Krauß

Kunst & Gewerbe von Klaus Gaisenkersting, Martin Krauß
Millionärsfragen

Motive bei A.S. von Rayk Wieland
Aus Anlaß ihres 100. Geburtstags am 19. November: ein Porträt der großen Schriftstellerin Anna Seghers. Erster Teil

Buch & Deckel von Marc Fabian Erdl
Friedrich Küppersbusch/Oliver Becker: Lebenslänglich Todesstrafe. Deutschlands letzte Todeskandidatin. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2000, 160 Seiten, 28 Mark

Buch & Deckel von Gerhard Henschel
Lothar-Günther Buchheim: Der Abschied. Piper, München 2000, 560 Seiten, 49,80 MarkBrian Victoria: Zen, Nationalismus und Krieg. Eine unheimliche Allianz. Aus dem Englischen von Theo Kierdorf/Hildegard Höhr. Theseus Verlag, Berlin 1999, 400 Seiten, 48 Mark

Buch & Deckel von Hermann Peter Piwitt
Noam Chomsky:Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Europa Verlag, Hamburg 2000, 160 Seiten, 24,50 Mark

Buch & Deckel von Armin Schreiber
Ulrike Gauss (Hrsg.): Pablo Picasso. Die Lithographie. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern 2000, 303 Seiten, 128 Mark

Der Mann ohne Liegenschaften von Peter O. Chotjewitz

Über den ungemein dünnen dicken Roman »Hampels Fluchten« von Michael Kumpfmüller

Peter Weiss im Kalten Krieg von Gerhard Scheit
Drei neue Bücher – eines von, die anderen über Peter Weiss – zeigen das Dilemma des Ästhetischen in der »großen« Zeit der Politik

Trotzki meets Habermas von Tjark Kunstreich
Zum Jargon des Zivilisationsbruchs bei Enzo Traverso

Raus aus dem Lehnstuhl! von Frank Illing
Eine Erinnerung an den Graphiker und Theoretiker der tschechischen Avantgarde Karel Teige

Unter Staren von Gunnar Schubert
Vom Kunstbetrieb unbemerkt, hat Wolfgang Müller Originalpassagen der »Ursonate« von Kurt Schwitters entdeckt

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Roy Nathansón: Fire at Keaton's Bar & Grill; Six Degrees Records

Melodie & Rhythmus von René Martens
FSK: X; Sub Up/Efa

Melodie & Rhythmus von Oliver Maria Schmitt
Hollow Skai: In A Da Da Da Vida. Hannibal Verlag, Wien 2000, 352 Seiten, 35 Mark

»Du! Nazi?« – »Ich? Nö!« von Dietrich Kuhlbrodt
Im Land des realen Rechtsradikalismus – Beobachtungen bei der 7. Dokfilmwerkstatt auf Poel

FilmTheater von Marit Hofmann
BrotherSchmalspurganoven

FilmTheater von Tobias Nagl
Baise-moi – Fick mich

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/00, S. 3

Menachem Kanafi

hier konkret

Im Anschluß an eine Veranstaltung zur »Intifada im deutschen Feuilleton«, die der Berliner Landesverband der JungdemokratInnen/Junge Linke durchgeführt hat, sprachen wir mit Menachem Kanafi, dem Ersten Sekretär der Botschaft des Staates Israel in Berlin, über die Unruhen im Westjordanland und im Gazastreifen und über die Folgen für den Friedensprozeß

konkret: Der israelische Premierminister Barak hat den Friedensprozeß ausgesetzt, bis die gewalttätigen Angriffe der Palästinenser eingestellt werden. Welche Konsequenzen hat das?

Kanafi: Auf der einen Seite haben wir uns für den sofortigen Stopp aller Gewalt eingesetzt. Auch Arafat hat sich dazu verpflichtet. Auf der anderen Seite brauchen wir jetzt Zeit, um den Friedensprozeß zu analysieren. Wir haben so viele Zugeständnisse gemacht, und trotzdem sind wir weiter gewalttätigen Angriffen ausgesetzt.

konkret: Vielleicht nicht trotzdem, sondern deswegen? Die Attacken der Hisbollah gehen auch nach dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon weiter. Offenbar fördern Konzessionen gegenüber Terroristen deren Friedensbereitschaft nicht.

Kanafi: In keiner Weise war der Rückzug aus dem Südlibanon ein Zugeständnis an die Hisbollah. Er kam aufgrund des Drucks der israelischen Bevölkerung auf ihre Regierungen zustande. Ich spreche in der Mehrzahl, da die Regierung Netanyahu schon ein Jahr vor den Wahlen 1999 entschieden hat, daß es diesen Rückzug geben wird. Es war die Meinung der Bevölkerung, daß die Verluste an Menschenleben angesichts des Ausbleibens realer Fortschritte untragbar seien.

Mit dem Rückzug haben wir den Sicherheitsratsbeschluß 425 erfüllt, die andere Seite nicht. Und dennoch haben die Uno-Vollversammlung und der UN-Menschenrechtsausschuß vor kurzem einseitig Israel kritisiert. Da fragen wir uns natürlich, welchen Wert Uno-Entscheidungen haben.

konkret: Wie beurteilen Sie die palästinensischen Solidaritätsdemonstrationen in Deutschland, etwa die Angriffe auf die Synagoge in Essen oder den Slogan »Israel ist die größte Terrorzentrale der Welt« bei der Demo in Berlin?

Kanafi: Ich wundere mich insbesondere darüber, was in Essen passiert ist. Eigentlich wurde keine richtige Synagoge angegriffen, sondern eine ehemalige Synagoge, eine Synagoge, die bis zum Novemberpogrom 1938 bestand und die wiederaufgebaut wurde durch den deutschen Staat. Heute ist das eine kulturell-staatliche Einrichtung. Das macht das Ganze noch unfaßbarer.

Israel als Terrorzentrale zu bezeichnen ist ein klassisches Beispiel, wie die Verhältnisse umgedreht werden. Jedesmal wenn es zu einer Tötung durch israelische Soldaten kommt, gibt es eine Untersuchung der Vorfälle. Und wenn die Untersuchung ergibt, daß der Schußwaffeneinsatz nach den internationalen Standards nicht gerechtfertigt war, werden diese Soldaten bestraft. Zwischen solchen Verfahrensweisen und Terror liegt ein himmelweiter Unterschied.

konkret: In der deutschen Presse heißt es meist pauschal, der Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg sei die Ursache für die Auseinandersetzungen gewesen.

Kanafi: Die palästinensische Autonomiebehörde war vorab über den Besuch von Scharon informiert und hatte ihr Okay gegeben. Deswegen war die Visite von Scharon vielleicht der Anlaß für die Unruhen, aber auf keinen Fall die Ursache. Die Zuspitzung hatte sich bereits vorher angebahnt. Schon in Camp David war klar, daß es, wenn es zu keiner Vereinbarung kommen würde, Gewalttätigkeiten geben würde. Arafat befand sich in Camp David in einer unhaltbaren Lage. Er konnte das israelische Angebot nicht annehmen, aber er konnte es auch nicht ablehnen. Er mußte einen dritten Weg suchen. Und der dritte Weg war die gewalttätige Antwort, die zeigen sollte, daß das palästinensische Volk angeblich eine ganz andere Meinung hat. Dabei hat Arafat selbst die Angriffe zumindest zugelassen, wenn nicht initiiert.

konkret: Wie beurteilen Sie die Medienberichterstattung in Deutschland und die Vorwürfe, israelische Soldaten hätten absichtlich Kinder erschossen?

Kanafi: Tatsache ist: Es wurden Kinder getötet. Jeder einzelne von uns bedauert dies, und ich fand es sehr schwer, diese Bilder anzuschauen – ich bin selbst Vater. Aber trotzdem muß man sich die Frage stellen: Was machen diese Kinder in einem Gebiet, wo ein Feuergefecht im Gang ist? Ich persönlich würde, wenn es Unruhen oder Gewalttätigkeiten gibt, meine Kinder zu Hause einschließen und nicht nach draußen lassen. Aber anscheinend gibt es eine ganz bewußte Strategie der Palästinenser, diese Bilder irgendwie herzustellen, indem sie unbewaffnete Kinder in die erste Reihe schicken, und fünfzig Meter dahinter sind dann bewaffnete Mitglieder der Tansim-Milizen und schießen auf Israelis. Die Israelis erwidern natürlich das Feuer, und dann sind die Kinder in der Schußlinie.

konkret: Kann Arafat nach der angekündigten Ausrufung eines palästinensischen Staates überhaupt noch Partner im Friedensprozeß sein?

Kanafi: Ich möchte hier unterscheiden. Das palästinensische Volk muß ein Partner für den Frieden bleiben. Arafat dagegen muß zeigen, daß er gewillt ist, eine Verhandlungslösung zu akzeptieren. Der erste Schritt müßte sein, die Gewalt seiner Tansim-Milizen zu beenden. Danach müssen die Verhandlungen wieder anfangen. Aber solange Arafat eine gewaltsame Lösung sucht, sehe ich das nicht.

Konkret 12/00, S. 4

von konkret

Gremlizas Kolumne »Israels letzte Ölung« (KONKRET 11/2000) hat bei der Gesinnungsgemeinschaft deutscher Antizionisten die üblichen Reflexe ausgelöst. Nicht gefallen hat auch seine bereits während des 2. Golfkriegs 1991 geäußerte Befürchtung, die Amerikaner könnten Israel an ihre arabischen Alliierten verraten. Was aber mußte man am Erscheinungstag der Kolumne in der »FAZ«, der Frankfurter Allahgemeinen, unter der Überschrift »Weitsichtig, mutig« lesen?:

Im Weißen Haus ist im Beisein Präsident Clintons und König Abdullahs ein Freihandelsabkommen zwischen Amerika und Jordanien unterzeichnet worden ... Das Abkommen ist nicht zu einem x-beliebigen Zeitpunkt geschlossen worden, sondern zu einem äußerst kritischen. Gerade ... angesichts von Warnungen, Amerikas Einfluß in der Region schwinde, findet es seine Bedeutung.

Gelegenheit zur Diskussion bietet eine gemeinsame Veranstaltung von KONKRET und »Allgemeiner Jüdischer Wochenzeitung«. Unter dem Motto »Solidarität mit Israel! – Um jeden Preis?« diskutieren am 12. Dezember in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (Von-Melle-Park 9, 19.30 Uhr): Hermann L. Gremliza, Thomas Ebermann, Viola Roggenkamp (angefragt), Udo Steinbach (Deutsches Orient-Institut) und Oliver Tolmein (angefragt).

Über den Auftritt von Tomayer & Gremliza zur Buchmesse berichtet die »Frankfurter Rundschau«: *Zwei hinreißende »Nestbeschmutzer« – KONKRET-Duo Gremliza/Tomayer glänzte im Club Voltaire – Der Raum platzte aus allen Nähten. Bereits eine Dreiviertelstunde bevor die Referenten eintreffen. Die meisten wissen noch von Veranstaltungen in den letzten Jahren, ... daß es brechend voll wird. Und wenn heutzutage etwas als Kult bezeichnet werden darf, dann das ... Allein atmosphärisch ist diese Lesung ein Erlebnis: Keine sterile und gestelzte Veranstaltungskultur findet hier statt, sondern unverkrampftes Miteinander, völlig unversaut von den Attitüden eitler Talk-Fatzkes. Tomayer kritzelt hektisch letzte Verse nieder, Gremliza spöttelt liebevoll: »Du sollst jetzt nicht mehr dichten. Was jetzt nicht gedichtet ist, wird nicht mehr gewertet.«*

Und so weiter, viele schöne Zeilen und Epiteta lang, von »erfrischend destruktiv« bis »herrlich unkorrumpierbar«. Wer auch mal oder mehr davon will – das Gemischte Doppel hat noch Termine frei. Etwas ernster, aber genauso kurzweilig geht es zu, wenn Gremliza aus seinem neuen Buch *Gegen Deutschland. 48 Nestbeschmutzungen* (Konkret Literatur Verlag) liest. Zum Beispiel am 6. Dezember in Schorndorf (20 Uhr, Manufaktur, Hammerschlag 8), am 7. Dezember in Schwäbisch Hall (20 Uhr, Club Alpha, Stuttgarter Str. 7) und am 8. Dezember in Stuttgart (19.30 Uhr, Stiftung Geißstraße, Geißstr. 7).

In der Regel werden KONKRET-Bücher von hohen Militärs und der Springerpresse nicht gelobt. Bei Jürgen Elsässers *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (konkret texte 27) ist das anders. So sagte der von Scharping geschaßte Brigadegeneral Heinz Loquai anläßlich der Präsentation des Buches auf der Frankfurter Buchmesse: »Als Autor eines Buches zum Kosovo-Konflikt war ich gewöhnt, auf Unglaubliches zu stoßen. Doch Elsässers ›Tribunal‹ versetzte mich wieder in die Stimmung: ›Das kann doch nicht wahr sein? Stimmt das denn wirklich?‹ Man reibt sich die Augen. Eine weitere Emotion war die der Hochachtung. Mit welcher Akribie sind hier Informationen zusammengetragen worden, wurden Spuren verfolgt, wurde kritisch nachgefaßt. ... Man muß sich durch dieses Buch hindurcharbeiten. Doch wenn man einmal auf der Spur ist, hält es auch gefangen.« Und im »Hamburger Abendblatt« wurde es zur »Pflichtlektüre« erklärt, weil Elsässer »akribisch nachgerechnet hat, wie wir belogen wurden«.

Elsässers Leserundreise geht weiter: Am 21. November in Augsburg (20 Uhr, Stadtbücherei), am 23. November in Horb (20 Uhr, Kulturzentrum Kloster Horb), am 28. November in Bochum (20 Uhr, Kulturcafé in der Ruhr-Uni), am 14. Dezember in Potsdam (Ort kurz vorher unter www.juergen-elsaesser.de) und am 19. Dezember in Freiburg (20 Uhr, Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15).

Am 24. November um 20.30 Uhr moderiert Elsässer in Eßlingen (Volkshochschule, Kollwitzstr. 1) eine Podiumsdiskussion zum Thema Zwangsarbeiterentschädigung mit Teilnehmern von Bundesregierung, Daimler-Chrysler, den Grünen und vom Zentralrat der Juden in Deutschland.

Rayk Wielands und Gerhard Henschels »Toter Salon« feiert, wie alle Toten, Auferstehung: am 14. Dezember um 20 Uhr auf der Probebühne des Thalia-Theaters (HH-Altona, Gaußstraße). Gast ist Katharina Rutschky.

KONKRET international: Unser Interview mit dem neuen jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica (KONKRET 11/2000) wurde von der serbischen Tageszeitung »Politika« auf der Titelseite nachgedruckt.

Konkret 12/00, S. 6

an konkret

Sogenannte Linke

KONKRET 11/2000: »Israels letzte Ölung« von Hermann L. Gremliza

Würden Sie bitte Ihren Lesern mal auseinandersetzen, was Sie mit dieser Schreibe eigentlich sagen wollten. Vielleicht: Die böse sogenannte 1. Welt ist an allem schuld? Oder: Israel ist ein lieber, aber geschundener Staat? Möglicherweise haben Sie mit Herrn Elsässer zu viele Biere getrunken?

Klaus Eickhoff

Hannover

Nein, so blauäugig darf auch Hermann Gremliza nicht argumentieren. Der israelische Politiker, der da seinen »Rundgang« auf dem Tempelberg in Jerusalem gemacht hat, ist nicht einfach irgendein Tourist oder »israelischer Politiker«. Ariel Sharons Besuch ist eine Provokation und war von diesem ganz bewußt auch so geplant. Die Palästinenser sollen zum Widerstand provoziert werden, Blut soll fließen und jede Versöhnung unmöglich gemacht werden. Dann ließe sich das Palästinenserproblem auch grundsätzlich lösen und der mononationale Staat Israel schaffen mit dem Jordan als Ostgrenze. Den Rest besorgt die militärische Überlegenheit und die Unterstützung des Westens, den Sharon in die Solidarität zwingen will. Zur Not verfügt Israel noch über ein begrenztes Nukleararsenal. Das ist ein Kriegsprogramm.

Natürlich kann man vom schönen Hamburg aus den Palästinensern mehr Gelassenheit empfehlen. Aber kann man es den Menschen verdenken, wenn sie es satt haben, aus ihrer Heimat vertrieben zu werden oder diskriminiert? Das ist alles vergebliche Liebesmüh. Daß der »Falke« Sharon ähnlich geartetem Gelichter auf der anderen Seite in die Hände spielt, steht auf einem anderen Blatt. Richtig ist: Den US-Administrationen und ihren Kollegen aus Westeuropa wird Israel langsam lästig. Ohne Israel, das dem »Westen« heute wenig mehr zu bieten hat als Kosten und Ärger, hätte man schon längst ein strategisches Bündnis mit den reaktionären Araberstaaten eingehen können. So muß man mühselig auf einen Ausgleich hinarbeiten, dabei wissend, daß dies fast aussichtslos ist. Die einzige Chance der Israelis ist, zu einem historischen Ausgleich mit den Palästinensern zu kommen. Darum haben sich aber nur die israelische KP und einige Teile der Friedensbewegung bemüht. Gelingt dies nicht, ist es nur eine Frage der Zeit, wann die »Westmächte« Israel fallenlassen und ihm ein DDR-Schicksal bereiten. Die Uhr tickt.

Charly Kneffel

stellv. Chefredakteur von »Kalaschnikow«

Berlin

Ihre Ansicht zum Thema finde ich sehr bemerkenswert. Ich habe mich beispielsweise gefragt, warum die USA, die doch immer auf der Seite der Israelis standen, was diese auch taten, sich im UN-Sicherheitsrat plötzlich der Stimme enthielten. Merkwürdig fand ich auch, daß Herrn Sharons Tempelbergrundgang der Auslöser der Gewalttaten gewesen sein soll. Es machte alles wenig bis gar keinen Sinn. Was mir auffällt, ist die Brutalität der USA bei der Durchsetzung ihrer Interessen an den »heiligen Quellen des Islam«. Aber US-Freunde wie Herr Josef Joffe merken immer noch nicht, daß sie von den USA nur benutzt werden, daß die USA das sind, was sie immer waren, ein antisemitisches Land.

Ich entnehme aus Ihrer Einschätzung, daß es angebracht wäre, wenn sich Israel und Palästina zu einem Staat zusammenschlössen. Das aber wäre wohl zuviel verlangt an »Multi-Kulti«, oder?

Gudrun Eussner

Berlin

Wenn Gremliza die Konsequenz aus seinen Worten ziehen würde, müßte er nicht nur gegen existierende und drohende islamische Gottesstaaten polemisieren, sondern konkret im Hier und Jetzt auch die Abschaffung schon bestehender, durch Aberglauben ideologisch legitimierter Gebilde wie Israel und Vatikan fordern.

Wenn die USA Israel jetzt die politische Unterstützung entziehen würden – so what? Warum soll es ihnen besser gehen als den Albanern? Wer sich zum nützlichen Idioten macht, ist selber schuld. Das gilt natürlich auch für Palästinenser, selbst wenn sie nicht nur Opfer symbolischer Provokationen wie Sharons Spaziergang über den Tempelberg wurden, wie es

Gremliza verniedlichend beschreibt, sondern auch ganz handfest unter körperlicher und ökonomischer Aggression radikaler jüdischer Siedler zu leiden haben.

Louis C. Wildermann

per E-Mail

Gremliza vergißt bei seiner prozionistischen Tirade, daß die Israelis in Gaza und Westjordanland, in Golan und Libanon überhaupt nichts zu suchen haben, sie sind Besatzer im fremden Land. Die »Angegriffenen« sind nicht die israelischen Soldaten; sie und die völkerrechtswidrigen jüdischen Siedler sind die Angreifer, die Palästinenser die Angegriffenen, die sich mit Steinen gegen Gewehre und Raketen einer fremden Besatzungsmacht im Einklang mit der UN-Charta selbst verteidigen. Wenn Israel wirklich Frieden wollte, bräuchte es nur die einschlägigen UN-Resolutionen zu befolgen, d.h. Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten, und hätte ihn sofort.

Jürgen R. Karasch, Dipl-Pol.

Troisdorf

Es reicht!!! Was Hermann L. Gremliza und einige Redakteure zum (notwendigen) Thema »Antisemitismus«, »Nahost-Konfilkt«, besonders über Palästinenser, den Islam, Israel usw. zusammenschreiben, ist einfach unerträglich. Die Kommentare sind oft einfach dumm, oft falsch oder grob fehlerhaft in ihren Berichten, manipulativ und rassistisch und kulturell diffamierend.

Ich lasse mich auch nicht für Kritik an staatlicher Maßlosigkeit, militärischer Brutalität mit dem Ziel der Kolonisierung eines ganzen Volkes als Antisemiten abstempeln. Als sogenannter Linker fühle ich mich verpflichtet, mich überall, wo immer sie bedroht sind, für Humanität, soziale und bürgerliche Gerechtigkeit, Menschenwürde, Wahrheit und Ehrlichkeit einzusetzen. Die in KONKRET betriebene einseitige und oft fast peinliche Darstellung islamistischer Religiösität empfinde ich als abstoßend und sehe darin die Diskriminierung einer ganzen Region und ihrer Kultur. Philosemitismus sei nur die andere Seite des Antisemitismus hat einmal ein kluger israelischer Bürger gesagt!

Die geschichtliche Schuld meines Volkes über das Verprügeln eines anderen, daran völlig unschuldigen zu tilgen ist für mich als Linker die Fortsetzung einer sehr deutschen Tradition und damit unerträglich! Ich werde Stil und Inhalt der Zeitschrift KONKRET im Internet verbal verfolgen.

Peter Lorscheidt

per E-Mail

Besatzungsdiktatur

KONKRET 11/2000: »Endspiel« von Jürgen Elsässer

Es stimmt, in Bosnien-Herzegowina, genauer in der Republik Srpska, hat die westliche Gemeinschaft eine regelrechte Besatzungsdiktatur etabliert. Aber ihr Hoher Repräsentant hat keineswegs, wie Elsässer schreibt, »kraft des Vertrages von Dayton« Befugnisse wie ein Kolonialgouverneur. Im Gegenteil, der einschlägige Annex 10, Artikel II des Daytoner Abkommens weist dem Amt des Hohen Repräsentanten ausschließlich konsultative Befugnisse zu: Da heißt es wörtlich, er solle »beobachten«, »Kontakt halten«, »koordinieren«, »Lösungen erleichtern«, »an Treffen teilnehmen«, »regelmäßig berichten« sowie »Berichte entgegennehmen«.

Die autokratische Herrschaft von Bildt, Westendorp und jetzt Petritsch ist so- mit nicht Umsetzung, sondern Bruch des Dayton-Abkommens. Allerdings ist sie auf Dayton insofern zurückzuführen, als im Abkommen »für ungefähr ein Jahr« die Stationierung von Nato-Truppen erlaubt wurde, die dann aber nach diesem Zeitraum einfach im Land verblieben, um weiter die Autokratenherrschaft militärisch abzusichern bzw. durchzusetzen.

Hajo Kahlke

Heidelberg

Lachen mit links

KONKRET 10/2000: »Georg Nostradamus« von Peter Hacks; KONKRET 11/2000: »Ästhetischer Kommunismus« von Georg Fülberth

Die Kontroverse zwischen beiden Autoren ist lustig *und* lehrreich. Endlich finden linke Autoren zum Humor zurück – ein erfreuliches Zeichen!

Hans-Joachim Braun

Neuenhagen bei Berlin

Konkret 12/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wer leiten Kultur?

»Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.«

Lorenz Meyer, Generalsekretär der CDU

»Ich liebe Deutschland.«

Gaby Zimmer, Vorsitzende der PDS

Der Weltgeist hat es so eingerichtet, daß die großen Fragen, mit denen dumme Deutsche sich und die Welt plagen, im klugen Witz der Juden längst und bündig beantwortet sind. Der Richter: »Ihre Religion?« Der Angeklagte: »Ich bin Jude. Und ich bin stolz darauf.« Der Richter, nach einem Blick in das Register der Vorstrafen: »Dazu besteht kein Anlaß.« Wen ein Blick in das Register der Verbrechen nicht kuriert, die Deutschland und die Deutschen auf dem Kerbholz haben, ist nicht zu heilen.

Nun also, aus Liebe und Stolz: die »deutsche Leitkultur« bzw. die »Leitkultur in Deutschland«. Fürs Kabarett ein Kracher – die Aufzählung der Orte, an die ihre Kultur die Deutschen leitet, genügt: in den Musikantenstadl zu den Wildecker Herzbuben, zum Ikea-Regal mit dem gesammelten Konsalik, an die Sangrialeitungen des Ballermann, den Thüringer-Rost und zu McDonalds (bzw. ins »Le Gournemanz« zur glacierten Wachtelhode in marktfrischem Basilikumblatt an Schaum von der Alba-Trüffel), zum »Millionenspiel«, das gewinnt, wer die richtige Antwort errät auf die Frage, wie Helmut Kohl mit dem Vornamen heißt. In Hildebrandts »Scheibenwischer« wird noch sehr darüber gelacht werden. Bei mir etwas weniger:

Das deutsche Kapital, das die revolutionären Werke einer ganzen Soziologengeneration über »Das Ende der Arbeitsgesellschaft« nicht zu kennen scheint, hat deshalb bei seinem regierenden Ausschuß – er wird jeder Bedeutung dieses Wortes gerecht – die Lieferung von 300.000 ausländischen Arbeitskräften pro anno bestellt. *Dagegen*, das weiß auch der Rassist Stoiber, ist nichts zu machen, wohl aber *damit*, in politischer Zweitverwertung. Die Voraussetzungen, die das lebendige Kapital mitbringen muß (Ausbildung, Alter, Geschlecht, Gesundheit), legt die deutsche Gastarbeiterwirtschaft fest. Wie der Gast, ist er einmal da, zuzurichten ist, darf die Politik bestimmen.

Den besten Vorschlag machte die christlich-abendländische Opposition. »Der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion scheint zu gelingen«, freute sich ihr Frankfurter Leibblatt, »wovon sie lange geträumt haben: wieder Pflöcke in die politische Diskussion zu schlagen und die Regierungskoalition vor sich herzutreiben. Am Wort Leitkultur kommt keiner vorbei, der über Zuwanderung in Deutschland reden will.« Die Union hatte nicht nur geträumt, sie hatte mehrere Versuche unternommen: Kochs Ausländer-raus-Appell, Stoibers Warnung vor einem durchraßten Volk, Rüttgers »Kinder statt Inder«-Kampagne und Schönbohms Kampf wider das undeutsche Stadtviertel sind die geläufigsten. Jeder war eine Nuance zu völkisch, als daß der Zentralrat der Juden ihm das für die Exportwaren nötige Gütesiegel hätte geben können.

Mit der Leitkultur ist es gelungen: Sie meint, was Koch, Stoiber, Rüttgers und Schönbohm gemeint haben, und camoufliert es als Bekenntnis zu den eigentlich undeutschen Werten des »Westens«, zu deren Anerkennung die Deutschen in zwei Weltkriegen hatten gezwungen werden müssen. Die Landsleute haben verstanden, was Leitkultur soll: Wilde, die uns nutzen, dressieren; Ausländer, die uns ausnutzen, selektieren – und raus! Nach einem Gespräch mit Angela Merkel aber hat der Vorsitzende des Zentralrats seinen spontanen Protest als Resultat eines Mißverständnisses zurückgezogen.

»Der Begriff irritiert den Gegner, was schon mal gut ist«, hat die Merkel gesagt. Und eifrig strich ihre Kollegin, die Vorsitzende der Grünen, schnell einen weiteren, den vielleicht schon allerletzten Glaubenssatz ihrer Partei. »Multikulturelle Gesellschaft«, sagte Renate Künast, sei ihr zu unscharf, sie ziehe »Verfassungspatriotismus« vor. Was Künast und der Habermas, der die Parole einst ausgegeben hatte, unter Verfassungspatriotismus verstehen, ist – im Gegensatz zur völkischen Tendenz der Leitkultur – das weltbürgerliche Bekenntnis zur Demokratie, zur Gleichheit vor dem Gesetz, zur Gleichheit der Geschlechter und zum Recht deutscher Bomberpiloten, Belgrad zu bombardieren.

Die Reaktion der SPD, deren Kanzler der Ärger anzumerken war, nicht vor Friedhelm Merz auf das schöne Wort gekommen zu sein, resümierte die »FAZ« mit Genugtuung: »Ob Frau Merkel für die CDU oder Gabriel für die SPD – die Parteien fangen an, auch bei der Einwanderungsfrage das ›nationale Interesse‹ Deutschlands herauszustellen. Das ist eine augenfällige Absage an die früher vorherrschende Multikulti-Rhetorik.«

Wie immer, wenn das Vaterland ruft, war auch das Kunstgewerbe zur Stelle, um jenen streitkulturellen Ton des mitleidenden Mitläufers beizumischen, der die Leitkultur adelt. Weil er aus dem Stand schwafeln kann, war der Biermann

diesmal schneller als der Enzensberger, der immer erst hinsitzen und essayieren muß. Es gehe bei dieser Debatte, sang der Sänger dem Deutschlandfunk, um die Moslems, die Türken, die Araber, »die im Grunde keine westliche demokratische Kultur kennen. Und das ist es, worum es hier eigentlich geht. Und da bin ich allerdings der Meinung, jemand der in diesen Gegenden der Welt leben möchte, der soll nicht das Recht haben, seine Frauen zu mißhandeln, zu beschneiden, der soll sich an die demokratischen Regeln der westlichen Zivilisation halten. Und wenn er dagegen verstößt, dann soll er wissen, daß er hier nichts zu suchen hat. Dann soll er in diese alte Barbarei, der wir zum Glück entronnen sind, zurückgehen.«

Ausländer raus! auf Büchnerpreisträgerart, der aufgeklärte Biedermann als Rassist. Der Deutsche, der seine Frau prügelt, vergewaltigt oder auf den Strich schickt, wird gebührenpflichtig verwarnt, der Ausländer, der das tut, gehört nicht bestraft, sondern abgeschoben. Was aber die Barbarei angeht, der wir entronnen sind, so liegt sie keineswegs so fern wie Mekka und das Mittelalter, sondern so nahe wie Auschwitz, nämlich Berlin, und die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts deutscher Leitkultur. Oder, um von zwei Millionen ermordeter, verbrannter Männer, Frauen und Kinder zu reden: wie die Massaker von My Lai und Da Nang, verübt nicht von den Diktatoren Chomeini und Saddam Hussein, sondern von den Demokraten Kennedy und Johnson, unterm Beifall der Demokraten Strauß und Brandt. Es ist wahr, daß der Islam heute eine mörderische Religion ist, und doch hätte sie noch ungeahnte Untaten zu tun, wollte sie je die Leichenberge aufhäufen, die das Fundament des christlich-demokratischen Abendlands bilden.

Was aber die Barbaren angeht, so zerfielen sie in zwei Fraktionen: In die eine, die noch nicht stolz ist, deutsch zu sein, und in die andere, die Deutschland schon liebt, als wäre sie die Gübü Zümmür. Hakki Keskin, der Vorsitzende der türkischen Gemeinde Deutschlands, erkannte die »pure völkisch-nationalistische Orientierung« der Leitkultur, die stolz eingevolkten Özdemirs machten allerlei Vorschläge zur Gemeinschaftskunde-Prüfung derer, die es noch nicht geschafft haben. Beispielhaft ein Dr. med. Falah El Radhi aus Koblenz: »Deutsche Leitkultur ... umfaßt das Bekenntnis zu den deutschen Lebensformen und Normen, zur Lebensauffassung der hier lebenden Bevölkerungsmehrheit ... Wer sich dazu bekennt«, wer also so brav apportiert wie der Dr. Radhi, der »dürfte nicht nur Randgenießer der westlichen Zivilisation, sondern ein Mitträger der zum allmenschlichen Erbe zählenden, zur Zeit dominanten europäischen Kultur sein.«

In seiner Beflissenheit hat der Bewerber ums Dabeisein übersehen, daß die Lebensauffassung der hier lebenden Bevölkerungsmehrheit vor allem darin besteht, Leuten, die Falah El Radhi heißen und der Einfachheit halber Kanaken oder Kameltreiber genannt werden, nichts zu gönnen und nicht einmal Randgenuß, und auch das deutsche Kapital sie nicht als Mitträger einer dominanten Kultur holt, sondern damit sie die Rolle spielen, welche die deutsche Kultur ihnen traditionell zuweist: der Hilfsvölker. Wir haben nichts gegen Neger. Jeder sollte einen haben. Das ist deutsche Leitkultur.

Konkret 12/00, S. 10

Herrschaftszeiten

Aus dem Innern des Landes

1. September, »Oberbergische Volkszeitung«:

Wahrscheinlich täten sich viele der älteren Konzernchefs leichter, wenn man nicht nur zur Erinnerung an die ausländischen Zwangsarbeiter aufrufen würde, sondern hin und wieder von den Hunderttausenden Deutschen (vornehmlich Frauen) sprechen würde, die nach dem Krieg verschleppt worden sind; unter anderem übrigens in Länder, die heute im Kuratorium der Stiftung vertreten sind. Man hat uns zwar von Kindesbeinen an eingetrichtert, daß man Verbrechen niemals gegen Verbrechen aufrechnen darf. Aber wir fordern ja keine materielle Entschädigung, wie sie den ausländischen Zwangsarbeitern zugestanden wird. Erwähnen darf man diese Frauen trotzdem. Vermutlich haben sie noch mehr gelitten.

Haben die vielen Angriffe Sie persönlich getroffen und verändert?

Frage des »Spiegels« an den Nazi-Historiker Ernst Nolte

Fischers Frieden

7. September, Danas (Belgrad):

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat ein Verbot des militärischen Einsatzes von Cluster-Bomben verlangt. In einem Bericht des IKRK heißt es, daß in den ersten zwölf Monaten nach Ende des Kosovo-Krieges 500 Menschen durch nicht explodierte Cluster-Bomben und Landminen getötet worden seien. Nach Schätzungen der Nato, die als »sehr konservativ« gelten, befinden sich im Kosovo annähernd 30.000 nicht explodierte Sprengsätze von Cluster-Bomben.

Zivilcourage in Uniform

20. September, »Bild«:

Ursula R. (55, Buchhalterin) und ihre Freundin (36) bummelten über die Kirmes in Düsseldorf. Die Eltern der Freundin sind Afrikaner, sie selbst ist in Sachsen geboren, Betriebswirtin mit Doktortitel. Ursula R.: »Plötzlich tatschten zwei Männer mit geschorenen Haaren meine Freundin an, beleidigten sie obszön, schlugen sie dann zu Boden und gingen weiter. Ich sah das aus ein paar Metern Entfernung, weil ich an einem Karussell stand. Ich bin sofort hinterher, wollte die Kerle zur Rede stellen.« Die Skinheads prügelten auch sie nieder: Wangenknochen gebrochen, Auge schwer verletzt, Prellungen – Notarzt, Ursula R. kam ins Krankenhaus. Wochen später kam Post vom Versorgungsamt der Stadt, sie sollte einen Antrag auf Entschädigung ausfüllen. Nach dem »Opferentschädigungsgesetz« erhält jeder meist ein kleines Schmerzensgeld, der »Opfer eines tätlichen Angriffs« wurde. Ursula R. füllte das Formular aus.

Was dann folgte, ist beschämend. Die Beamten lehnten ihren Anspruch ab. Haarsträubende Begründung: »Sie hätten aufgrund der vorangegangenen Handgreiflichkeiten damit rechnen müssen, daß der von Ihnen verfolgte Täter auch gegen Sie handgreiflich wird.« Ein Sprecher des Versorgungsamtes: »Laut Gesetz hätte sie den Tätern nicht hinterherlaufen dürfen – das wäre Sache der Polizei gewesen.«

Pariser Studentenunruhen 2000

27. September, Fleishman Hillard International Communications:

»La Cité de la Réussite« (Stadt des Erfolgs) – so lautet der Titel eines internationalen Studentenforums, das am 21. und 22. Oktober in der Pariser Universität Sorbonne stattfindet. Dabei treffen rund 250 führende Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und Künstler aus der ganzen Welt, darunter auch Boutros Boutros-Gali, ehemaliger UN-Generalsekretär, Verpackungskünstler Christo, Entdecker Bertrand Piccard sowie Bernd Farnholz, Geschäftsführer der Dresdner Bank, mit Studenten europäischer Universitäten zusammen. Im Mittelpunkt des auch »Weltgipfel der Fantasie« genannten Forums steht die gemeinsame Diskussion des diesjährigen Themas »Fantasie und Vorstellungskraft« aus unterschiedlichen Blickwinkeln. So bietet »La Cité de la Réussite« die außergewöhnliche Gelegenheit, mit zahlreichen bekannten Persönlichkeiten, darunter auch Nobelpreisträger Elie Wiesel und Modedesignerin Sonia Rykiel, in Kontakt zu treten, sie zu befragen und mit ihnen zu debattieren.

Prozeß gegen KZ-Kommandant

Titel einer »Bild«-Nachricht über ein Verfahren gegen den Leiter eines serbischen Gefangenenlagers

Preis der Einheit

4. Oktober, »Berliner Zeitung«:

In Deutschland lebende Ausländer blicken kritisch auf zehn Jahre deutsche Einheit. »Die Zuwanderer sind die Verlierer der Wiedervereinigung«, sagte der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates, Memet Kilic. »Die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer haben Solidaritätszuschlag für die neuen Länder gezahlt und sind dafür von Ostdeutschen zusammengeschlagen worden.« Auch die türkischen Gemeinden hätten am 3. Oktober keinen Grund zum Feiern gesehen, sagte die stellvertretende Direktorin des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Cigdem Akkaya.

Friedensdividende

4. Oktober, »Bild«:

Die Ausgaben für Waffen haben weltweit den höchsten Stand seit zehn Jahren erreicht: Mehr als 1.800 Milliarden Mark investierten die Staaten im vergangenen Jahr in todbringende Systeme. Allein 30.000 Atomsprengköpfe sind weltweit stationiert.

Karrieren

5. Oktober, Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie:

Gunda Röstel, ehemals Sprecherin des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen, zählt jetzt zum Management der deutschen Industrie. Seit ein paar Tagen arbeitet sie für ein Tochterunternehmen des aus der Fusion von Veba und Viag entstandenen Eon-Konzerns. Frau Röstel weiß natürlich: Die Eon-Gruppe – einer der größten Stromproduzenten in Deutschland – betreibt auch Kernkraftwerke. Es wäre Deutschland zu wünschen, daß der Schritt von Gunda Röstel keine Einbahnstraße bleibt. Hoffentlich nimmt Minister Trittin sich bald ein Beispiel an ihr.

Ein Volk

21. Oktober, »Stuttgarter Zeitung«:

Die CDU im Land macht Front gegen die »Republikaner«: Die »geistigen Brandstifter« müßten demaskiert werden, tönt es angesichts rechtsextremer Gewalttaten. Die Basis aber kennt keine Berührungsangst: Ein Rep-Mitglied wurde jetzt zum Schöffen bestellt – auf CDU-Vorschlag.

Ein Führer

23. Oktober, ap:

Grüne und CDU werben um die Gunst des früheren Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten, Joachim Gauck. Sprecher beider Parteien bestätigten Kontakte zu ihm. Allerdings hat sich der ehemalige Pfarrer noch nicht entschieden, ob er in die Politik geht – und wenn ja, in welche Partei.

Die reine Wahrheit (1)

25. Oktober, »Hamburger Abendblatt«:

Der neue jugoslawische Staatspräsident Vojislav Kostunica hat erstmals eingeräumt, daß serbische Streitkräfte und Polizei 1999 im Kosovo umfangreiche Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen haben. Gegenüber dem US-Fernsehsender CBS sagte Kostunica, er sei bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Auf die Frage, ob Milosevic vor ein Gericht gestellt werde, sagte Kostunica: »Ja, irgendwo.« Milosevic sei einer derjenigen, die für serbische Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien.

Chef zufrieden

26. Oktober, »Frankfurter Allgemeine«:

»Und Deutschland bewegt sich doch.« Mit diesen Worten stellte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, auf einer Großveranstaltung in Berlin fest, daß sich in den vergangenen Jahren mehr verändert habe als in vielen Jahren zuvor zusammengenommen. Zufrieden zeigte sich Henkel mit den Leistungen des

Bundesfinanzministers Hans Eichel bei der Aufstellung des Sparpakets. Die Bundesregierung unterstütze den Mittelstand dabei, neue Märkte zu erreichen.

Für die Freundin den Carrera. Für die Frau den Carreras.

Anzeige von »l'tour« für eine Konzertreise nach Rom

Friedensdividende 1

29. Oktober, Manfred Nußbaumer, Vorstandschef des Baukonzerns Züblin, über die deutsche Wirtschaft in Serbien:

Die Wirtschaft steht schon lange in den Startlöchern. Als erstes sorgen wir dafür, daß die Donau von den gesprengten Brücken geräumt wird. Die Vorbereitungen für diese Aufträge laufen bereits. Größere Projekte folgen: Brücken, Straßen, Tiefbau. Ich rechne damit, daß Deutschland schon nach einem halben Jahr wieder Serbiens größter Handelspartner sein wird.

Friedensdividende 2

29. Oktober, »Welt am Sonntag«:

Bei der Genehmigung von Exporten sogenannter Dual-use-Güter – die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können – verfährt die rot-grüne Bundesregierung offenbar großzügiger als bisher bekannt. Laut der Jahresübersicht 1999 bekam der Iran Waren im Wert von 103 Millionen Mark, der Irak sogar Güter für fast 248 Millionen Mark. Libyen findet sich mit rund 17 Millionen auf der Liste. Spitzenreiter war hier China mit Dual-use-Gütern für fast 231 Millionen Mark. Mit Gütern des »Abschnitts B«, der »Sonderkontrollnorm für Elektroschlagstöcke, Elektroschockgeräte und andere Gegenstände, die auch zu Folterzwecken mißbraucht werden können«, werden künftig Polizei- oder andere Kräfte in Andorra, Argentinien, Botsuana, Namibia, Norwegen, Polen, Südkorea, in der Tschechischen Republik, in Ungarn, in den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie in den USA operieren können.

Der Aufstand eines Anständigen

29. Oktober, »Welt am Sonntag«:

Die EU-Kommission will die Visumvorschriften lockern. Künftig sollen Bürger aus 47 Staaten, darunter Rumänen und Bulgaren, für Kurzaufenthalte ohne Visum in die EU einreisen können. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat vor allem Sicherheitsbedenken bei der Aufnahme Rumäniens in die Liste. Zudem drohen Mindereinnahmen in Millionenhöhe. »Durch die vorgesehenen Visabefreiungen reduzieren sich die Gebühreneinnahmen um zirka 6,5 Millionen Mark«, heißt es in einer Vorlage des Innenministeriums an den Europa-Ausschuß.

Was gestern Recht war

29. Oktober, Reinhard Mohn, Chef von Bertelsmann, zur Nazivergangenheit seines Konzerns:

Das Schwierige an der Aufarbeitung der Vergangenheit ist, daß damalige Ziele und Maßstäbe nicht mit den Erkenntnissen von heute identisch sind.

Die reine Wahrheit (2)

30. Oktober, »Junge Welt«:

Ein an den Chef des großen amerikanischen Nachrichtensenders CBS gerichtetes Schreiben aus dem Büro des neuen jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica wirft dem Nachrichtensender vor, bei der Ausstrahlung eines Interviews mit Kostunica »unprofessionell und unethisch« vorgegangen zu sein. Die Beschwerde beklagt hauptsächlich, daß die CBS-Journalisten etwa 100 Minuten des Interviews aufgezeichnet hätten, davon jedoch nur »einige wenige Minuten seiner Antwort auf eine einzige Frage« gezeigt und dies außerdem noch »aus dem Zusammenhang gerissen« hätten. Die Wiedergabe enthielt darüber hinaus »eine Reihe von Unwahrheiten und Wörter, die der Präsident nie benutzt hat«, heißt es in dem Schreiben.

Heiliger Krieg

30. Oktober, dpa:

In der irakischen Hauptstadt Bagdad sind mindestens 50 Frauen, Mädchen und auch Männer wegen Prostitution öffentlich hingerichtet worden. Wie die gutinformierte arabische Zeitung »Al-Hayat« berichtet, wurde die Jagd auf Prostituierte unter dem Motto »Lang leben die ruhmreichen irakischen Frauen, nieder mit den Prostituierten« vom Sohn des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, Udai, befohlen. Udais Todesschwadronen sollen die Opfer mit speziellen 32 Kilogramm schweren Schwertern enthauptet und die Köpfe später »als Lektion an die anderen« an Zäunen aufgehängt haben.

Ein ganz normaler Demokrat

1. November, dpa:

Der österreichische Rechtspopulist Jörg Haider ist im Zusammenhang mit der Spitzelaffäre von der Polizei vernommen worden. Die Ermittler haben ihn mit Beweismaterial konfrontiert, das bei seinen engen Mitarbeitern gefunden wurde. Haider und weitere Politiker der Regierungspartei FPÖ sollen Polizeibeamte angestiftet haben, im Polizeicomputer geheime Daten über politische Gegner zu sammeln.

Fischers Freund

1. November, »Hamburger Abendblatt«:

Die Augenränder von Ex-Rebellenchef Hashim Thaci, Führer der radikalen Kosovo-Partei PDK, scheinen an diesem Tag noch dunkler, als sie es ohnehin schon sind. Sein Erzkonkurrent, der gemäßigte frühere Literaturprofessor Ibrahim Rugova, hat mit seiner LDK die ersten freien Kommunalwahlen in der Krisenprovinz mit absoluter Mehrheit gewonnen. Pflichtschuldig verspricht Thaci, das »offizielle Wahlergebnis zu respektieren« – doch dann schiebt er gleich Drohungen hinterher ... Dafür wurde gestern bei der ersten Gewalttat seit der Wahl ein LDK-Politiker erschossen.

Wer sicherstellen will, daß Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen

---

Ilka Schröder, Europa-Abgeordnete der Grünen

Konkret 12/00, S. 12

Jürgen Elsässer

Sturm auf Massada

Wie Jugoslawien und Israel Opfer der neuen Weltordnung wurden und warum Scharon hierzulande wie ein jüdischer Milosevic dargestellt wird

Bei der neuerlichen Intifada ist die öffentliche Meinung in Deutschland ähnlich polarisiert wie letztes Jahr während des Kosovo-Krieges: Auf der einen Seite die erdrückende Mehrheit, die die Palästinenser wie die Albaner als Opfer von Vertreibung und Terror, tendenziell eines Völkermordes sieht; auf der anderen Seite eine kleine Minderheit, die ganz anderer Meinung ist oder zumindest zur Differenzierung mahnt.

Zu allem Überfluß sind die Rufer in der Wüste, die im Kosovo-Konflikt um Verständnis für die jugoslawische Position warben, in der aktuellen Konfrontation zumeist auf der Seite des Mainstreams zu finden; andererseits waren viele der wenigen, die jetzt in Solidarität zum jüdischen Staat stehen, letztes Jahr für den Krieg der Nato. Außerhalb von Redaktion und Leserschaft der Zeitschrift KONKRET tendiert die Schnittmenge der Freunde Jugoslawiens und der Freunde Israels gegen Null. Daß die »Partei der Aufklärung« zumindest in Deutschland so deutlich in zwei unterschiedliche, ja verfeindete Lager zerfällt, müßte einen unvoreingenommenen Beobachter verblüffen, denn es gibt einige deutliche Parallelen zwischen beiden Ländern: Nach 1945 gegründet von Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus, bewahrten sich beide über Jahrzehnte ein sozialistisches Element – die Arbeiterselbstverwaltung dominierte die jugoslawische Wirtschaft, die Kibbuzim-Bewegung galt als Aushängeschild der israelischen. Wer in Belgrad Politiker oder Diplomat werden wollte, mußte eine Partisanentradition vorweisen können; wer in Israel das Offizierspatent erwarb, hatte in der Regel seine Kindheit und Jugend in einem Kibbuz-Kollektiv verbracht. Trotz dieser linken Elemente wurden beide Staaten von der Nato protegiert, da man sie als Schaufenster, als ideologische Weichmacher und militärische Stützpunkte gegenüber dem sowjetischen Block benötigte.

Mit dessen Kapitulation im Kalten Krieg war diese Notwendigkeit entfallen. Nun trieben die westlichen Gläubiger erbarmungslos ihre Kredite ein, mit denen sie die beiden Länder zuvor alimentiert hatten. Die Schuldenfalle schnappte zu: In Jugoslawien wurde die Arbeiterselbstverwaltung gecancelt, in Israel die Kibbuzim-Wirtschaft an den Rand gedrängt (vgl. KONKRET 5/98). Israel hatte allerdings Glück im Unglück: Seit dem Beginn der Perestroika waren Millionen sowjetischer Juden eingewandert, zumeist gut qualifizierte Leute mit einigen Ersparnissen. Der erpresserische Druck der Weltfinanzmärkte konnte so durch einen binnenwirtschaftlichen Aufschwung teilweise ausgeglichen werden.

Die mit dem Ende der Bipolarität erworbene Schwäche der beiden Staaten ermunterte in beiden Fällen Gegenkräfte, die im Bunde mit dem deutschen Nationalsozialismus schon einmal ihr Glück versucht hatten: Die kroatische Ustascha wie die albanische Irridenta hatten im Zweiten Weltkrieg Juden und Serben gejagt, islamische Fundamentalisten Rommels Vormarsch auf Palästina und die deutsche Okkupation des Balkans unterstützt. Der Mufti von Jerusalem ließ es sich 1943 nicht nehmen, eigens nach Bosnien zu kommen und die erste moslemische SS-Division »Handzar« zu segnen. 1991 wurde ein neues Kroatien ausgerufen, dessen Flagge – wie zu Zeiten des Ustascha-Staates – das Schachbrett zierte. Und die erste Miliz, die der spätere bosnisch-moslemische Präsident Izetbegovic in den Kampf gegen die Serben schickte, nannte sich »Handzar«.

Während des 2. Golfkrieges 1991 schrieb Götz Aly einen viel beachteten »Taz«-Artikel über »Szenen der deutsch-arabischen Freundschaft«, aufgemacht mit einem Foto der moslemischen SS-Division und des segnenden Mufti. Vermutlich wollte der atlantisch orientierte Publizist den deutschen Wehrbeitrag gegen Saddam als Hitlers »Wiedergänger« (Enzensberger) stärken. Als ein Jahr später der Bürgerkrieg in Bosnien ausbrach und die Erinnerung an die »Handzar«-Greuel viel näher gelegen hätte, war in keiner Zeitung mehr davon die Rede. Logisch: Deutschland war jetzt auf der Seite der Moslems.

Diese NS-Reminiszenzen waren verschämt, verglichen mit dem, was sich seit letztem Jahr auf dem Balkan und jetzt in Nahost abspielt: Das herzliche »Heil Hitler!«, das den deutschen Soldaten in ihrer Kosovo-Besatzungszone von Einheimischen entboten wird, die Pogrome an Serben und Roma am hellichten Tag, die Austreibung auch noch der wenigen Juden, die Hitler entkommen waren – das ist der »albanische Faschismus«, vor dem selbst Fischers kosovarischer Vorzeigeintellektueller Veton Surroi warnt. Der Mob auf den Straßen von Gaza und Ramallah ähnelt dem in Pristina und Prizren: fanatisch, mordlüstern, die Kinder voran, die Alten mit guten Ratschlägen im Troß. Und das Bündnis zwischen Linksradikalen, Rechtsradikalen und Fundamentalisten, das für »New York Times«-Reporter Chris Hedges die UCK ausmacht, hat nun auch Arafat formell besiegelt: Von den leninistischen »Volksfronten« PFLP und DFLP über die Fatah bis zu Hamas und Djihad folgen alle dem Ruf der Freitagsgebete: »Tötet die Juden, wo immer ihr sie trefft!« (vgl. S. 18).

Ein Déjà-vu bis in Kleinigkeiten: Teenager, die »unschuldigen Kinder« der Medien, sind hier wie dort willige Vollstrecker. Der erste Mord an einem russischen Kfor-Soldaten wurde von einem 13-jährigen Albanerjungen verübt, der so schmächtig

war, daß er sich später durchs Gefängnisfenster zwängen und fliehen konnte. Die Kids, die Steine auf Betende an der Klagemauer schleudern, dürften kaum älter sein. Und dann das zynische Verheizen der eigenen Zivilisten zu Propagandazwecken: Die bosnischen Moslems versteckten ihre Artillerie in Krankenhäusern, um bei serbischem Gegenfeuer sogleich zu Friedhelm Brebek oder Erich Rathfelder zu laufen und die Serben als Menschenfresser anzuschwärzen. »Wir brauchen 5.000 Tote, damit die Nato interveniert«, sagte ein UCK-Führer der BBC kurz vor dem sogenannten Massaker von Racak. Auch die Palästinenser arbeiten fleißig an ihrem Death-toll: Man schickt weitgehend unbewaffnete Kinder in die erste Reihe, postiert Tansim-Scharfschützen 50 Meter weiter hinten – und wenn die Israelis deren Feuer erwidern, sind telegene Opfer garantiert.

Der hellsichtige Scharon

Außerhalb Deutschlands werden die Parallelen zum Kosovo-Konflikt eher erkannt. Zumindest in Israel und zumindest bei Ariel Scharon und seinen Wählern. Als damaliger Außenminister hatte er aus seiner Ablehnung der Nato-Angriffe gegen Jugoslawien kein Hehl gemacht. Die Unterstützung der albanischen Separatisten könne zur Entstehung eines »gefährlichen islamischen Blocks« in der Region führen, kritisierte Scharon Anfang April 1999 und fügte düster hinzu: »Israel könnte das nächste Opfer einer Nato-Attacke werden.« Kurz darauf reiste Scharon zum drittenmal innerhalb eines Monats nach Moskau – dem engsten Verbündeten Belgrads. Zur gleichen Zeit berichtete die Militärzeitschrift »Foreign Report« über israelische Waffenlieferungen an Jugoslawien in den Jahren nach 1992.

Scharon stand nicht allein. Israel habe »als einziges Land des Westens zögernd und zurückhaltend« auf die Nato-Angriffe reagiert, resümierte die »Jüdische Rundschau« aus Basel. Der Jerusalemer Korrespondent der Zeitung berichtete über die Stimmung im Land während des Kosovo-Krieges: »Im israelischen Radio konnte man in den letzten Tagen viele Anrufe hören, welche die Serben unterstützten und die Nato-Bombardierungen verurteilten. Eine Frau aus Holon, die ... 1975 aus dem Kosovo emigrierte, berichtete, daß ihr Sohn von ethnischen Albanern umgebracht worden sei, ›einfach weil er Jude war‹. Nach ihrer Reaktion auf die Massaker der Serben befragt, erwiderte sie: ›Warum zeigen sie keine Massaker der Moslems?‹ ... Natan aus Rischon Lezion, ein weiterer Anrufer, meinte, Israel sollte geschlossen gegen die Bombardierungen der Nato sein, denn ›die Nato besteht vorwiegend aus Europäern, und Europäer haben eine Tendenz zum Antisemitisus. Da sollte man sich keine Illusionen machen. Eines Tages werden sie hierher kommen und versuchen, uns das Leben zu diktieren, uns zu bombardieren oder sonstwelchen Schaden zuzufügen‹.«

Auch die damalige Regierung von Premier Netanyahu befürchtete, »daß Politiker in Europa, wo ein Drittel des jüdischen Volkes während des Holocausts ums Leben kam, Israel eine Lösung aufzwingen wollen«. Anlaß dieser Protestnote war der Berliner EU-Gipfel, der – pikanterweise unmittelbar nach Beginn der Bombenangriffe gegen Jugoslawien – Israel ein kaum kaschiertes Ultimatum gestellt hatte: In einer Erklärung unterstützte die EU erneut das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, »einschließlich der Option für einen Staat, und sieht einer baldigen Verwirklichung dieses Rechts erwartungsvoll entgegen«. Und weiter: »Die EU glaubt, daß es möglich sein sollte, diese Verhandlungen innerhalb eines Jahres abzuschließen.«

Die Palästinenser haben dieselben Freunde wie die Kosovo-Albaner: Waffen und Geld kommen über Iran und Saudi-Arabien, Bin Laden mischt mit, der Vatikan gibt seinen Segen, CNN liefert die Bilder, zu denen die rotgrüne Journaille von »Taz« über »FR« bis zur »Süddeutschen« die Standardtränen vergießt. Von der »FAZ« schließlich kommt die Strategie. Schröder herzt Arafat, nachdem der die Juden »zum Teufel« gewünscht hat, so wie er letztes Jahr den Bandenführer Hashim Thaci umarmte, nachdem die ethnische Säuberung von Pristina abgeschlossen war. Und Madelaine Albright, die die früher vom State Department als »terroristische Organisation« eingeschätzte UCK hoffähig gemacht hat, ist auch die erste US-Außenministerin, die eine Verurteilung Israels durch die UN-Vollversammlung ermöglichte.

Das antiisraelische wie das antiserbische Ressentiment hat bei der neuen politischen Klasse, den Alt-68ern, dieselben Wurzeln. Was die Rotgrünen im Kosovo-Krieg an den Serben abarbeiteten – Milosevic als Hitler, Vertreibungen als »Deportationen«, serbische Polizei als SS – haben zum großen Teil dieselben Personen vor zehn, zwanzig Jahren an den Juden geübt: Israels Premier Begin wurde auf Demo-Plakaten Anfang der 80er Jahre mit Hitlerbärtchen dargestellt, der Judenstaat der »Endlösung der Palästinenserfrage« angeklagt, KZs in der Negev-Wüste entdeckt. Der Effekt der Projektion war in beiden Fällen Entlastung: Wenn die Opfer der Nazis dasselbe machen wie die Nazis, verlieren deren Taten ihre besondere Scheußlichkeit; Auschwitz, eine deutsche Tat, wird zur anthropologischen Konstante; Opfer und Täter werden austauschbar. Bevor sich diese zwanghafte Projektion politisch für Deutschland auszahlte, rentierte sie sich schon im Seelenhaushalt der 68er: Wenn Begin und Dayan genauso schlimm waren wie Hitler und Himmler, dann waren BDJ-Mami und SS-Papi nicht Täter und Mitläufer bei einem Vernichtungsprogramm gewesen, sondern Teil einer tragischen Generation von Tübingen bis Tel Aviv, die von Flower Power noch nichts wußte.

Coca-Cola und Djihad

Doch Ressentiments und Wahnvorstellungen allein können keinen Krieg auslösen – das gilt für das »Unternehmen Barbarossa« der Nazis wie für den »Balkansturm« der Nato. Materielle Interessen müssen hinzukommen. Was ist das materielle Interesse des Westens bei der Förderung des fundamentalistischen Aufstandes gegen Israel? Warum haben die Nato-Staaten sich bereits zuvor in Afghanistan, Bosnien und dem Kosovo massiv dafür stark gemacht, daß säkulare Staatsgebiete in die Hände extremistischer Islamisten übergehen?

Die naheliegendste Antwort hat Hermann Gremliza bereits in der letzten Ausgabe gegeben: das Öl. Abseits vom postmodernen Gerede über New Economy, virtuelle Produktion und das Verschwinden der Arbeit findet profitable Produktion immer noch fast ausschließlich da statt, wo Proleten schuften und schwitzen, wo es raucht und stinkt. Von seiner Energiebasis her ist der Kapitalismus nach wie vor im fossilen Zeitalter. Mit dem absehbaren Ende des Nordseeöls kommt die Opec wieder in eine stärkere Position, die Barrel-Preise steigen. Die Opec ist aber, sieht man von Venezuela ab, eine ausgesprochen islamische Angelegenheit. Deswegen die neue Hinwendung nicht nur der Deutschen zu Gaddafi, der degoutante Flirt mit dem Gottesstaat Iran, das Unterlaufen des Irak-Embargos.

Zum zweiten ist der Islam die einzige der großen Religionen, die ein zentrales Problem des Kapitalismus lösen könnte: das der Auflösung aller politischen Steuerungsmöglichkeiten im Zuge der weltweiten Entfesselung der ökonomischen Gewalten. Die Globalisierung unterspült Nationen und Staaten. Die Demiurgen des Weltmarktes, vor allem die USA und Deutschland, suchen sich an die Spitze dieses Prozesses zu setzen und internationalistisch kostümiert ihre Macht zu konservieren. So verpuppt sich die Bundesbank zur Europäischen Zentralbank, im Rahmen des Eurokorps entsteht der deutsche Generalstab, und die vermeintlichen UN-Gerichtshöfe in Den Haag sind schlecht getarnte Filialen des State Department oder des Auswärtigen Amtes.

Das klappt ganz gut, doch was nicht klappt, ist die Sinnstiftung bei den Untertanen. Religion könnte Abhilfe schaffen. Sowohl Christentum als auch Islam ordnen die Nationalstaaten dem göttlichen Weltreich aller Gläubigen, etwa der islamischen Umma, unter und sind von daher ausgesprochen kompatibel mit der Dynamik des global agierenden Kapitals. Das Judentum hingegen ist dafür dysfunktional, da ihm der grenzüberschreitende Missionsgedanke fremd ist. Doch auch mit dem Christentum läßt sich so recht kein Staat mehr machen: Seit sein Absolutheitsanspruch durch die Aufklärung gebrochen wurde, laufen ihm die Gläubigen davon oder nehmen es mit der unbedingten Gefolgschaft nicht mehr so genau. Den Islam aber hat der Schub von 1789 nie erreicht. Jetzt ist diese Religion, die noch im Mittelalter die fortschrittlichste und toleranteste war, die verstockteste und reaktionärste. Die Kehrseite ihrer Intoleranz gegen »die anderen« ist ihre Nestwärme gegenüber »den eigenen«: Ein gefeuerter libanesischer Prolet braucht nicht, wie sein israelischer Klassenbruder, Arbeitslosengeld und Krankenversicherung – er holt sich sein Süppchen in der Wärmestube der Hisbollah, und das gemeinsame Freitagsgebet heilt manche Gebrechen, für die man in Tel Aviv und Haifa einen Arzt holen würde.

Für das Kapital, das in allen Ländern das Sozialbudget nur noch als lästigen Kostenfaktor in der Standortkonkurrenz sieht, ist die faschistische Caritas der Hisbollah und anderer Islamisten eine ideale Ergänzung. Vor allem im Elendsgürtel vom Balkan über den Nahen Osten bis zu Kaukasus und Hindukusch, in dem ganz zufällig die größten Rohstoffvorkommen der Welt liegen, leben zu viele Zeitgenossen, die für die Profitproduktion zu teuer sind: lebensfrohe islamische Laizisten, nach Moskau orientierte orthodoxe Christen, an westlichen Lebensstandard gewöhnte Israelis. Wäre es nicht vorteilhaft, diese brisante Mischpoke durch unterwürfige und leidensbereite Moslems zu ersetzen?

Doch man könnte den Prozeß auch von der anderen Seite betrachten: Erst der Westen hat den Fundamentalismus stark gemacht. Das liegt insbesondere für Afghanistan auf der Hand, das ohne CIA-Hilfe noch heute eine relativ kommode sowjetische Diktatur wäre. Es gilt aber gleichermaßen für Israel. Ende der 70er Jahre hatte sich bei den Palästinensern eine pragmatische Politik durchgesetzt, die auf einen Ausgleich mit Israel orientierte. Ausgerechnet in dieser Phase setzte der zur Macht gekommene Likud auf eine Zerschlagung der PLO und vertrieb Arafat aus Beirut nach Tunis. (In diese Zeit fällt auch das Massaker von Shabra und Shatila, das Scharon mit Recht bis heute als Verbrechen angerechnet wird). Gleichzeitig half die Begin-Regierung in den besetzten Gebieten ebenso diskret wie wirkungsvoll beim Aufbau der Hamas mit – als vermeintliches Gegengewicht zur PLO. Der Sozialismus war, selbst in der arabischen Variante, immer eine rationale Bewegung. Da der Westen diese aus ökonomischem Kalkül und antikommunistischer Verblendung zerstört hat, sammeln sich heute die Verdammten dieser Erde unter der grünen Fahne des Heiligen Kriegs. Das Entsetzen über das Bündnis des Westens mit dem Fundamentalismus müßte Movens antikapitalistischer Theorie und Praxis sein. Große Teile der Linken wollen dieses Bündnis aber offensichtlich lieber kopieren als bekämpfen und suchen ihrerseits die Gunst der Muftis und Mullahs. Wie anders ist zu erklären, daß selbst Leute, die im Kosovo noch mit guten Argumenten die UCK kritisiert haben, nun die palästinensische UCK, also das Kampfbündnis aus PLO, Hamas und Hisbollah, bejubeln?

Daß es in der Linken mehr Antisemiten gibt als im Rest der Gesellschaft, ist trotz einiger abstoßender Vorfälle (vgl. S. 23) durch Umfragen aus der Zeit des 2. Golfkrieges und kurz danach widerlegt. Seither hat die Kritik des Antisemitismus der Linken durch KONKRET und andere weitere Resultate gezeigt. Zumindest die jüngeren Linken scheinen den Antizionismus eher von Rosa Luxemburg als von Lenin und Stalin zu beziehen und mit einer Sorte Antinationalismus zu verbinden, die sowohl auf dem Balkan als auch in Tschetschenien und Nahost jede Positionierung scheut und gerade

dadurch der deutschen Außenpolitik Flankenschutz gibt. Und der Pro-Islamismus bei Autonomen und evangelischen Pfarrerstöchtern ist Ausfluß eines wirren, wenn auch ehrlich bemühten Antikapitalismus, der sich in den 90er Jahren um das Ideologem kristallisiert hat, der »Anti-Islamismus« habe den Antikommunismus als ideologisches Fundament des Westens ersetzt. Das Schlimmste, das UN und Nato aus dieser Optik vorgeworfen wird, ist der Eurozentrismus. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Der Westen hat die Ideen der Französischen und Amerikanischen Revolution verraten. Die Zivilgesellschaft, die hier und anderswo seit einigen Jahren gepredigt wird, ist das Gegenteil von Zivilisation. Statt den richtigen Gedanken von John F. Kennedy und Martin Luther King vom »Schmelztiegel« zu verbreiten, schwärmt man nun von der Multi-Kulti-»Salatschüssel«. Statt einer universalistischen Leitkultur triumphiert der Differentialismus, der in seiner amerikanisch-liberalen Variante kaum besser ist als in der deutsch-völkischen: Frei nach dem Buchenwald-Motto »Jedem das Seine« soll jeder Verrückte seinen Aberglauben pflegen und jede Ethnie ein eigenes Stammesterritorium begründen, solange sie nur fleißig Coca-Cola trinken und Volkswagen importieren.

In der Kälte des Cyberspace wühlen die neuen Analphabeten müde im Datenmüll und suchen nach Sensationen. Postmoderne Langeweile und Beliebigkeit bilden den idealen Nährboden für Esoterik und Obskurantismus. Von der falschen Toleranz profitiert der Fundamentalismus. Gleich dem Faschismus in den 20er und 30er Jahren ist er zum Rammbock einer neuen Weltordnung geworden. Gotteskrieger und Selbstmordattentäter sind die Sturmtruppen, die für das westliche Big Business die modernen Staaten, die im Unterhalt viel zu teuer sind, schleifen sollen. Bei Jugoslawien hat das schon geklappt. Nun ist Israel dran. Aber Massada wird, Gott sei Dank, besser verteidigt als das Kosovo.

Konkret 12/00, S. 15

Weltweite Intifada

Antisemitische Übergriffe von Ende September bis Mitte Oktober 2000

29. September: *Brüssel*: Die Muezzine zweier Moscheen rufen die Gläubigen dazu auf, wegen Palästina Rache an den Juden zu nehmen. *London*: Die Fenster der Synagoge Kehillat Yaacov und der Großen Synagoge in der Fieldgate Street werden eingeworfen.

30. September: *New York*: Ein fünfzigjähriger Jude wird mit einem Messer verletzt.

1. Oktober: *Paris*: Ein arabischer Autofahrer versucht, vor der Synagoge von Aubervilliers jüdische Gottesdienstbesucher zu überfahren. Später sammeln sich junge Araber vor der Synagoge und werfen mit Wasserflaschen. Dies geschieht auch an der Oheleycha-Yaacov-Synagoge. Steinwurf auf die Synagoge an der Rue May in Creteil. *Lyon*: Araber bzw. Muslime rufen während des Gebetes in Villeurbanne Schmähungen. *Antwerpen*: Ein Skinhead sowie mehrere junge Araber nähern sich der Terling-Synagoge und beginnen die Gottesdienstbesucher zu verfluchen. *Lille*: Hakenkreuzschmierereien an mehreren Stellen im Stadtzentrum.

2. Oktober: *Paris*: Telefondrohung gegen die Synagoge in der Rue Gresset im 19. Arrondissement. Eine Flasche wird auf die Synagoge geworfen. *England*: Eine Internet-»Fatwa« ruft zum Jihad gegen Israel auf. *Düsseldorf*: Drei Molotow-Cocktails auf den Haupteingang der Synagoge und des Gemeindezentrums. Anonyme Bombendrohung gegen eine der drei Synagogen in *Nizza* und eine in *Malmö*.

3. Oktober: *Brüssel*: Steinwurf gegen die Synagoge in der Rue Clinic. *Schwerin*: Angriff auf ein jüdisches Ehepaar, die Frau erleidet ernsthafte Verletzungen. *Schwäbisch Hall*: Schändung des jüdischen Friedhofs. *Weimar*: Das Mahnmal der Gedenkstätte des KZs Buchenwald mit Hakenkreuzen beschmiert. *Halle*: Schmierereien am Synagogen-Mahnmal. *Paris*: Brandanschlag auf die Synagoge in Villepine: Das Feuer breitete sich im Gebäude aus. *Campinas/Sao Paolo*: Bombendrohung gegen die Binyan-Olam-Synagoge. *Saloniki/*

Griechenland: Protestkundgebung vor den Büros der jüdischen Gemeinde. *Florenz/Venedig*: Drohanrufe.

4. Oktober: *Malmö*: Die Totenhalle auf dem jüdischen Friedhof wird niedergebrannt. In *Italien* beteiligen sich Rechtsradikale am sogenannten Protest-Festival gegen Israel und jüdische Geschäfte. *Potsdam*: Schändung des jüdischen Friedhofs. *Düsseldorf/Frankfurt a.M.*: Attrappen-Briefbomben auf die Wohnungen von Paul Spiegel und Michel Friedman. *Paris*: Telefondrohung gegen eine jüdische Schule.

5. Oktober: *Kapstadt*: Radio 786, eine islamische Radiostation, sendet Hetzparolen gegen Israel und gegen die Juden. *Paris*: Angriff auf einen Schüler der Ohr-Yossef-Schule im 19. Arrondissement durch eine Gruppe arabischer Jungen. *Berlin*: Steinwürfe auf die Kreuzberger Synagoge.

6. Oktober: *Marseille*: Schmierereien an der Bar-Yohai-Synagoge und der Or-Aviv-Synagoge (»Tod den Juden«). *Paris*: Steinwürfe auf Schüler der Tenouji-Schule im Vorort Saint-Ouen. *Brasilien*: Per e-mail Drohungen gegen die jüdische Zeitschrift »O Hebreu« in Sao Paulo und das Jüdische Museum in Rio de Janeiro. *Panama*: Antisemitischer Aufruf der Arabischen Gemeinschaft.

7. Oktober: *Essen*: Demonstration der Deutsch-libanesischen Freundschaftsliga. Steinwürfe auf eine Synagoge. *Genf*: Pro-palästinensische Demonstration vor dem UN-Gebäude. Mehrere tausend Personen rufen zum Jihad gegen die Juden auf. *Paris*: Molotow-Cocktails auf die Synagoge von Aubervilliers und ein jüdisches Restaurant in der Nähe des 19. Arrondissements. Angriffsversuche auf weitere Restaurants in diesem Bezirk. *Lyon*: Steinwürfe auf Gottesdienstbesucher der La- Duchere-Synagoge. *London*: Steinwürfe auf zwei Synagogen im Stadtteil Edgware. Einbruch und Zerstörung der Torah-Rollen in der Elstree-and-Burehamwood-Synagoge in einem anderen Stadtteil. Flaschenwürfe gegen die Synagoge in der Upper Berkely Street und am Seymour Place.

8. Oktober: *Marseille*: Erneute Schmierereien an der Bar-Yohai-Synagoge. Skinheads versuchen, die Laubhütte neben der Synagoge in Brand zu setzen. *Lyon*: Molotow-Cocktails auf die Petah-Eliahu-Synagoge. *Leicester/Birmingham*: Steinwürfe auf insgesamt drei Synagogen. *London*: Besucher der Emanuel-College-Synagoge werden bespuckt. Bombendrohung gegen die Kinloss-Synagoge. *New York*: Molotow-Cocktails gegen die Adat-Israel-Synagoge in der Bronx. *Paris*: Drei Molotow-Cocktails auf die Synagoge in St. Bois. *Dagestan*: Steinwürfe gegen eine Synagoge, antisemitische Handzettel.

9. Oktober: *Ottawa*: Steinwürfe auf die und Schmierereien in der Beit-Shalom-Synagoge; hoher Sachschaden. *Montréal*: Demonstration der Muslime, Parole u.a.: »Bringt die Juden um.« *Toronto*: Der Sprecher des Canadian-Jewish Congress teilt mit, daß seit dem 2. Oktober mehr als fünf Brandanschläge auf Synagogen verübt wurden.

Harrisburg/Pennsylvania: Brandanschlag auf die Zentrale Reformsynagoge Ohev Shalom. *Paris*: Schüsse auf die große Synagoge La Victoire. Molotow-Cocktail auf eine Synagoge im Vorort Creil und auf ein jüdisches Gymnasium im 19. Arrondissement. Schändung des jüdischen Friedhofes im Quartier Trappes. Steinwürfe auf die Oheleycha-Yaacov-Synagoge im 19. Arrondissement *Lyon*: Steine auf Gottesdienstbesucher in der Manget-Synagoge im Viertel Venicieux. *Strasbourg*: Passanten verfluchen Gottesdienstbesucher. *Brüssel*: Schmierereien an der Maimonides-Synagoge. Steinwürfe auf die Synagoge im Anderlecht-Viertel. *Emmen/Niederlande*: Molotow-Cocktail auf die Synagoge. *Oss/Niederlande*: Drei Skinheads dringen in die Synagoge ein und bedrohten die Gottesdienstbesucher. *Antwerpen*: Steine auf eine jüdische Bibliothek in der Landelennstrasse. *Mexico-City*: Steine auf die Beth-Jacob-Schule.

10. Oktober: *Taschkent*: Brandstiftung in beiden bucharischen Synagogen, vollständige Zerstörung. *Brüssel*: Schändung des Holocaust-Mahnmals im Anderlecht-Viertel. Ein orthodoxer Jude wird bei der Synagoge in der Rue Clinic zusammengeschlagen. *Paris*: Drei Molotow-Cocktails gegen eine Synagoge im Vorort Les Uils. Das Erdgeschoss brennt völlig aus. Bombenendrohung gegen den Oberrabbiner von Paris. Molotow-Cocktail gegen das jüdische Gymnasium im 19. Arrondissement. Einbruch in die Synagoge in der Rue Crimee im 19. Arrondissement, Beschädigung u.a. der Torah-Rollen.

11. Oktober: *Paris*: Die Synagoge des Vorortes Trappes wird völlig niedergebrannt, der naheliegende Friedhof ebenfalls geschändet. Rechtsextremisten greifen jüdische Studenten der Sorbonne Universität an. Eine mit Baseball-Schlägern bewaffnete Gruppe von Arabern bewegt sich während des Gottesdienstes in der Umgebung der Synagoge in der Rue Henry Muger im 19. Arrondissement. *Kapstadt*: Demonstration des ANC mit Rufen wie »Tötet die Juden«.

12. Oktober: *Paris*: Molotow-Cocktails auf die Synagoge im Vorort Colombes sowie die Creils-Synagoge. *Spanische Enklave Setua/*

Marokko: Fenster und Eingang der Synagoge zerstört. Im Einkaufszentrum Graffiti gegen Juden. *Toulon*: Brandstiftung an der Synagoge in Seynes-Sur-Mer. *Paris*: Drohanruf in der Copernicus-Synagoge. Steinwürfe gegen einen Schulbus der Tenouji-Schule im Vorort Savigny s. Orge. Im 20. Arrondissement Flaschenwürfe auf einen Kippaträger und in ein Auto mit jüdischen Abendschülern. *Chicago*: Pistolenschüsse auf einen orthodoxen Rabbiner. Palästinensische Jugendliche schießen mit einer Schleuder auf zwei orthodoxe jüdische Jungen.

13. Oktober: *Paris*: Brandstiftung an der Synagoge Julien-La Croix im 20. Arrondissement. Molotow-Cocktails auf eine jüdische Schule im Vorort St. Ouen und jeweils auf eine Synagoge im Vorort Longjumeau und im Vorort Garge-Les-Gonesses. Steinwürfe auf eine Synagoge in La Courneuve. *Orly*: Brandstiftung an den Türen von zwei jüdischen Wohnungen. *Toulouse*: Brandstiftung an einer Synagoge. *Strasbourg*: Molotow-Cocktails auf eine Synagoge. *Madrid*: Steinwürfe auf das Gebäude der jüdischen Gemeinde und die Synagoge. *Syracuse/New York*: Explosion in einer Synagoge, hoher Sachschaden.

14. Oktober: *Paris*: Zwei Molotow-Cocktails auf die Synagoge von Chevilly-La-Rue. Im 18. Arrondissement Brandstiftung an dem Auto eines Juden, Zertrümmerung der Schaufenster eines jüdischen Geschäftes. Steinwürfe auf ein koscheres Restaurant im 19. Arrondissement. Versuchte Branstiftung auf das Portal der Synagoge in Noisy-Le-Sec. Molotow-Cocktail auf eine Synagoge in Bagnolet.

15. Oktober: *Canberra/Australien*: Molotow-Cocktail auf eine Synagoge. *London*: Steinwürfe auf die John's-Wood-Synagoge. *Brüssel*: Molotow-Cocktails auf eine Synagoge in der Pavillon Straße.

16. Oktober: *London*: Ein orthodoxer Jude wird während einer Busfahrt in Stamford Hill niedergestochen.

Die Aufstellung folgt der Chronik des israelischen »Koordinierungsforums zur Bekämpfung des Antisemitismus«.

Konkret 12/00, S. 16

Ralf Schr□ der

Palestine Plot

Yassir Arafats Heimatfilm hat □ berl□ nge. Ein biographischer Abri□

Siebzig Jahre nachdem Karl Marx die Proletarier aller Länder zur Einheit aufgerufen hatte, wurde die zentrale Losung der organisierten Kapitalistenfeindschaft von der Kommunistischen Internationale erweitert. Sie lautete nun: »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!« Ende der fünfziger Jahre setzte die chinesische KP noch eins drauf und verkündete: »Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt euch!« Die im Schatten dieser Parole entwickelte Theorie und ebenso die aus ihr gefolgerte politische Handlungsanleitung relativierte die Feindschaft gegen einfache Kapitalisten zugunsten des Kampfes gegen den kapitalistischen Imperialismus. Ins Zentrum des Widerstandes rückte damit der Aspekt der Fremdherrschaft, bezogen war das Programm ganz wesentlich auf die antikolonialen Kräfte der Dritten Welt. In deren Praxis und im Denken der linken Bewegungen in den westlichen Metropolen avancierte die nationale Befreiung, also die Konstituierung eines klassenübergreifenden nationalen Kollektivs zum Staat, in der Folge weithin zum Selbstwert oder bestenfalls zur unhintergehbaren Voraussetzung für eine fortschrittlich-egalitäre Sozialpolitik. Die Palestine Liberation Organization (PLO) wurde 1964 mitten in diesen Mainstream hinein gegründet.

Zwei Dinge unterschieden die PLO von den meisten anderen nationalen Befreiungsbewegungen: Sie entstand unmittelbar durch die Initiative arabischer Staatsführer, die sich ausgerechnet hatten, der Kampf gegen Israel und die Befreiung palästinensischer Gebiete seien am glaubwürdigsten durch Leute zu betreiben, die mit einem weltöffentlich glaubhaften und authentischen Anspruch auf die angestammte Heimat auftreten. Zum zweiten setzte sich die seit 1968/69 von Yassir Arafat geführte PLO – anders als etwa die angolanische oder kubanische Bewegung – das Ziel, zur Gründung des eigenen einen anderen Staat, Israel, auszuradieren.

Zu einer Konstante der PLO-Politik wurde, neben dem häufigen Wechsel der Bündnispartner, die Niederlage – ein Umstand, der während der vergangenen dreißig Jahre zahllose Prophezeiungen über Arafats Ende provoziert hat. Bis 1970 wurden die Kämpfer der PLO in Jordanien geduldet. Das demonstrativ selbstbewußte Auftreten der Fatah-Gäste und Arafats Verlangen nach mehr Einfluß machten dem König aber angst, und er setzte seine Armee in Marsch. Dem »Schwarzen September« fielen 20.000 Palästinenser zum Opfer.

Arafat fing im Libanon neu an und baute dort seine Machtposition kontinuierlich aus, bis 1982 brachiale Militärschläge der israelischen Armee den Abzug von 7000 Fatah-Kämpfern aus Beirut erzwangen. Die Flüchtlingslager blieben schutzlos zurück, und christliche libanesische Milizionäre ermordeten unter den Augen der israelischen Soldaten Hunderte von Palästinensern und moslemischen Libanesen. Danach brachen unter den verschiedenen Fraktionen der PLO schon länger schwelende Differenzen aus. Die Arafat-Gegner verbündeten sich mit Syrien, 1983 wurde die Fatah-Streitmacht endgültig aus dem Libanon vertrieben. Der zugehörige KONKRET-Artikel war mit »Yassir Arafats Ende« überschrieben.

Als 1987 die Intifada in den von Israel besetzten Gebieten ausbrach, war die PLO zwar wiedervereint, aber Arafat hockte im tunesischen Exil, und seine Truppen waren über verschiedene arabische Länder verstreut. Aufgrund dieser Isolation war beim spontanen Ausbruch des bis 1993 dauernden Aufstandes abermals vom Ende Arafats die Rede, aber der PLO-Chef stellte sich an die Spitze der Intifada: Im November 1988 verkündete der Nationalrat, das Exilparlament der Palästinenser, die Gründung des Staates Palästina und deutete indirekt eine Anerkennung des Existenzrechtes Israels an. Im folgenden Jahr sprach die US-Regierung zur Belohnung erstmals offiziell mit der PLO.

Im Krieg der westlich-arabischen Allianz gegen Saddam Husseins Irak ergriff Arafat Partei für den Diktator, der zuvor Kuwait annektiert hatte. Wenige Tage vor den amerikanischen Militärschlägen erklärte Arafat, die PLO werde im Kriegsfall an der Seite des Iraks stehen und anschließend mit Saddam Hussein gegen Jerusalem marschieren. Irakische Raketen, die entsprechend Saddams Vernichtungsdrohungen Richtung Tel Aviv flogen, wurden vom Jubel der Palästinenser begleitet. In Interviews verkündeten Repräsentanten der PLO, 90 Prozent der Palästinenser stünden hinter Saddam. Unbeeindruckt etwa vom Vorgehen der Irakis gegen kurdische Zivilisten im eigenen Land, erklärte Arafats Berater Bassam Abu Sharif gegenüber der »Taz«: »Von allen hiesigen Diktatoren ist Saddam der einzige, der sein Land gestärkt hat ... Die PLO ist Alliierte des Iraks. Dafür gibt es objektive Grundlagen. Der Irak unterstützt den palästinensischen Befreiungskampf. Die PLO akzeptiert die Unterstützung sehr, sehr vieler Kräfte. Seien es rechte oder linke.« Die arabischen Ölstaaten kürzten daraufhin ihre Zahlungen an die PLO drastisch zusammen, und übereinstimmend verkündeten alle westlichen Kommentatoren, die PLO stehe finanziell und politisch vor dem Bankrott.

Es kam wieder anders. Da die geostrategischen Konstellationen des Kalten Krieges nach dem 2. Golfkrieg vollends obsolet geworden waren, setzte sich unter den Eliten der USA die Erkenntnis durch, man könne den Nahen Osten nun, da die sowjetische Konkurrenz erledigt sei, unter der Hegemonie Israels befrieden, und so kamen die Verhandlungsprozesse von Madrid und Oslo in Gang. Die PLO erkannte 1993 erstmals in aller Form und schriftlich »das Recht des Staates Israel auf eine friedliche und sichere Existenz an«, und im Gegenzug die israelische Regierung »die PLO als Repräsentantin des

palästinensischen Volkes«. 1994 erhielten Arafat, Rabin und Peres dafür den Friedensnobelpreis. In Kairo (1994) und Wye (1998) wurden die überaus vagen Abmachungen von Oslo in Richtung auf eine begrenzte palästinensische Autonomie in Gaza und auf der Westbank konkretisiert. Die Umsetzung dieser Abkommen, die vor allem einen weiteren Abzug israelischer Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, eine Einschränkung des israelischen Siedlungsbaus und den Ausbau palästinensischer Autonomierechte regeln, verlief schleppend. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig des Bruchs von Detailabmachungen, Terroranschläge extremistischer Israelis und der erstarkenden islamistischen Hamas-Bewegung blockierten den Prozeß.

Im vergangenen Juli wollte der israelische Ministerpräsident Barak, im Einvernehmen mit den USA, den entscheidenden Schritt zur Befriedung des Konfliktes tun. Was Barak in Camp David anbot, faßte der jüdische Schriftsteller Yoram Kaniuk, der stets für eine Rückgabe der besetzten Gebiete plädiert hat, in der »Zeit« so zusammen: »Ich ... bin bereit, eure Forderungen in allen Belangen zu annähernd 95 Prozent zu akzeptieren. Als Gegenleistung wünsche ich jedoch, daß wir uns Jerusalem teilen und ihr auf das Recht auf Rückkehr, das nichts anderes als den sicheren Untergang Israels bedeuten würde, verzichtet. Weiter verlange ich eine offizielle Verlautbarung, daß mit der Erfüllung von 95 Prozent eurer Forderungen der blutige, 100 Jahre währende Konflikt zwischen uns beendet ist.« Arafat lehnte ab. Niemals werde er einen Teil des Geländes um die Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee abtreten, »und wenn ich dafür Haifa und Jaffa bekäme«. Zu Hause wurde der PLO-Chef als Held gefeiert, die »Taz« kommentierte: »In den Augen der Palästinenser hat er 15 Tage und Nächte allen israelischen Verlockungen und amerikanischen Zwängen standgehalten und Jerusalem nicht für ein Linsengericht verkauft ... Das Image des ewigen Verlierers, das ihm wegen immer neuer Konzessionen und vager Kompromißlösungen im Friedensprozeß anhaftete, hat er mit einem Mal scheinbar abgeschüttelt ... Arafat ist ein viel zu erfahrener Politiker, um den Verlockungen des Augenblicks zu erliegen.«

Der letzte Satz dieser Einschätzung ist ein Witz. Der Horizont Arafats und führender PLO-Kader endet dort, wo die permanente Auseinandersetzung mit Israel aufhört. Am nationalen Befreiungskampf für Palästina interessieren sie vor allem das Nationale und der Kampf gegen den »Zionismus«, denn einzig in ihm gründet ihre politische Existenzberechtigung. Nicht militärische oder diplomatische Niederlagen, das haben die vergangenen 30 Jahre gründlich bewiesen, sind eine Gefahr für Arafats Stellung, sondern eine wie auch immer geartete Einigung mit Israel. Insofern war Baraks Angebot für den PLO-Führer keine Verlockung, sondern eine Horrorvision. Dem Oslo-Prozeß hingegen hatte Arafat zustimmen können, weil alle wichtigen Fragen vertagt wurden und der permanente Kleinkrieg weitergehen konnte. Stolz verkündete etwa der Fatah-Funktionär Barguti 1997 nach einer Phase besonders intensiver Feindseligkeiten, es sei das »Ziel der Auseinandersetzungen« vom September 1996 gewesen, »Netanyahu und die öffentliche Meinung daran zu erinnern, daß das palästinensische Volk ein ernstzunehmender Faktor ist«.

Exakt im Sinne dieses Statements braucht Arafat den permanenten Krieg mit Israel, weil seine Erzählung das *k□ mpfende* Palästina zum Kern hat und immer hatte. Die Mythologie, die um diese Denkfigur herum gesponnen wurde, konnte sich naturgemäß wenig mit einer Befriedung auf der Basis gegebener Machtverhältnisse befassen, sondern dockte überall dort an, wo militante Opposition gegen den »Zionismus« aufflackerte. Die innere Logik des palästinensischen Opfermythos führte die PLO immer wieder an die Seite der antisemitischen Eliminatoren. Vor zehn Jahren war es Saddam Hussein, heute sind es die von Teheran bezahlte libanesische Hisbollah und die religiösen Fanatiker der islamistischen Hamas.

Arafat, seine Getreuen und ihre linken Freunde im Westen haben den Plot vom kämpfenden Palästina stets durch eine ordentliche Portion soldatischen Heroismus angereichert. Die maskierten und mit Kalaschnikow-Maschinenpistolen bewaffneten Kämpfer, die derzeit bei den Begräbnissen der palästinensischen Opfer durch die Straßen Gazas und der Westbank paradieren, erinnern nachdrücklich daran, daß das kämpfende Palästina immer auch ein »ästhetisches« Ereignis gewesen ist und gerade als solches weltweit Sympathie mobilisieren konnte. Die Mühe, die die PLO-Propaganda auf die Zerstörung der Legende verwandt hat, Israel sei der »David« in der Region des arabischen »Goliath«, ist allein dem Ansinnen geschuldet, selbst in die Rolle des heroischen Einzelkämpfers schlüpfen zu können. Der gemeingefährliche Kitsch, den Arafat und die PLO in ihrem Heimatfilm vom kämpfenden Palästina immer wieder aktivierten, kam Ende Oktober noch einmal exemplarisch zum Ausdruck, als Arafat pathetisch verkündete, der Widerstand gegen Israel werde so lange weitergehen, »bis ein palästinensisches Mädchen oder ein Junge die palästinensische Flagge über Jerusalem, der Hauptstadt Palästinas, hissen wird«.

Zugleich wird zunehmend klar, daß Arafat und die Seinen keine Bedenken haben, in ihrem alten Diskurs über palästinensische Identität nun auch die Motive vom »Heiligen Land« und von den »Heiligen Stätten« zu akzentuieren, die den islamistischen Mob und dessen Vorbeter umtreiben. Hat Arafat schon in der Vergangenheit nichts unternommen, den betreffenden Aberglauben zurückzudrängen, nutzt er ihn nun verstärkt zur eigenen Legitimation. Als entscheidenden Grund für das Scheitern der Verhandlungen von Camp David präsentierte der PLO-Führer den Streit über die Verwaltung des Jerusalemer Tempelbergs, und der aktuelle Aufstand heißt auch in den Reihen der Fatah »Al Aqsa Initifada«.

Arafat wird voraussichtlich versuchen, das seit Anfang der neunziger Jahre etablierte Wechselspiel zwischen Verhandlung und Militanz weiterzutreiben. Ein Abkommen auf der Basis israelischer Überlegenheit, und von einem anderen kann auf

absehbare Zeit nicht die Rede sein, würde er nicht überleben. Entweder würden seine Zugeständnisse im Aufruhr der Gläubigen untergehen, oder die milliardenschweren palästinensischen Unternehmer, die dringend auf eine Befriedung der besetzten Gebiete warten, würden die ohnehin durch Despotie und Korruption diskreditierte Verwaltung Arafats abservieren.

Ungeachtet aller sonstigen Bedenken, die – zumal im Rückblick – gegen die antikoloniale Strategie der nationalen Befreiung vorzubringen wären, hatten bereits die chinesischen Kommunisten vermerkt, die gesamte antiimperialistische Mechanik könne einzig und allein unter der Bedingung funktionieren, daß der Kampf gegen Fremdherrschaft mit Rückendeckung der etablierten kommunistischen Mächte geführt werde. Selbst unter großzügigster Auslegung dieses Vorbehalts ist klar, daß das gemeinte Koordinatensystem seit Beginn der neunziger Jahre nicht mehr und nationale Befreiung längst nur noch als reaktionäres Unternehmen existiert. Letzte Zweifel daran zerstörte PLO-Funktionär Sharif, der bereits 1991, also pünktlich, feststellte: »Der nationale Befreiungskampf ist etwas anderes als der Kampf um demokratische, emanzipatorische Strukturen.«

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 11/2000 über Gerhard Schröders Auftritte vor dem Zentralrat der Juden und dem Bund der Vertriebenen

Konkret 12/00, S. 18

zu Protokoll

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Freitagsgebet vom 13. Oktober 2000 in der Sultan-Aal- Nahyan-Moschee in Gaza, das live vom Fernsehen der palästinensischen Autonomiebehörde übertragen wurde. Der Prediger ist Dr. Ahmed Abu Halabiya, Mitglied des von Arafats Autonomiebehörde ernannten »Fatwa Rates« und früherer Rektor der Islamischen Universität in Gaza

Kein Jude schreckt vor irgendeinem vorstellbaren Bösen zurück. Wenn die Arbeitspartei das Böse und das Verbrechen verübt, steht ihr der Likud zur Seite; und wenn der Likud das Böse und das Verbrechen verübt, steht ihm die Arbeitspartei zur Seite ... Die Juden sind Juden, egal, ob Likud oder Arbeitspartei ... Es gibt bei ihnen keine Gemäßigten oder Anwälte des Friedens. Sie sind alle Lügner. Sie wollen alle die Wahrheit verdrehen, aber wir sind im Besitz der Wahrheit ...

O Brüder im Glauben, die Kriminellen, die Terroristen sind die Juden, die unsere Kinder geschlachtet haben, sie zu Waisen, unsere Frauen zu Witwen gemacht und unsere heiligen Plätze und geweihten Stätten entweiht haben. Sie sind die Terroristen. Sie sind diejenigen, die geschlachtet und getötet werden müssen, wie Allah der Allmächtige sagt: »Bekämpft sie: Allah wird sie mit euren Händen foltern, er wird sie erniedrigen und euch helfen, über sie zu kommen, und er wird die Herzen der Gläubigen erleichtern ...«

O Brüder im Glauben, so sind die Juden und ihr gewöhnliches Verhalten, und was gestern geschah und was seit zwei Wochen geschieht, und vorher schon viele Jahre lang, und was sich in künftigen Jahren wiederholen wird, wenn wir nicht wie Männer aufstehen und wenn wir nicht die traditionelle moslemische Haltung einnehmen, die derjenigen, welche den Heiligen Krieg in der Nachfolge Allahs unternahmen, von jenen, die ihre Rechte verteidigen und die alles opfern, was ihnen lieb und teuer ist ...

O Brüder im Glauben, die kostbare Braut hat einen hohen Preis und eine teure Mitgift ... Unsere Braut ist das Paradies ... Der Preis und die Mitgift dieser Braut, die Mitgift dieses Paradieses, besteht darin, daß wir in der Nachfolge Allahs kämpfen, töten und getötet werden ...

Allah hat von den Gläubigen ihre Person und ihren Besitz gekauft und ihnen im Gegenzug versprochen, daß sie das Paradies erlangen werden, denn sie kämpfen im Namen von Allah, und sie erschlagen den Feind und werden erschlagen. Dies ist ein Versprechen, das ER sich auferlegt hat, so wie es in der Torah, in den Gospels und im Koran geschrieben steht ...

Wir sagen den Juden, und wir sagen Clinton, und wir sagen es all jenen, die die Juden unterstützen und immer noch mit ihnen zusammenarbeiten, wir sagen ihnen, daß uns das nicht erschüttert, wir sind das palästinensische Volk, das im Lande von Isra' und Mi'raj lebt. Es wird nicht ein einziges unserer Haare erschüttern. Unsere Entschlossenheit wird nicht schwanken. Wir werden das Banner des Heiligen Krieges aufrichten ...

Amerika und Europa und die ganze Welt waren schockiert wegen der Entführung von drei Landstreichern, der Entführung von drei erbärmlichen Soldaten, und der Tötung von zweien in Ramallah. Aber sie waren nicht berührt, und sie zuckten nicht zusammen, als sie sahen, wie die Kinder Mahammad ad-Durrah und andere Frauen und Männer und Jugendliche den Märtyrertod durch Kanonen und Raketen und all die anderen barbarischen Instrumente erleiden mußten, die die Juden besitzen ...

Sie waren berührt wegen fünf Personen, und die Welt war in Aufregung, und Clinton und die alte Hexe Albright hören gar nicht auf damit, und ihre Betroffenheit läßt nicht nach, und sie werden nicht haltmachen, bis die Juden zu ihren Familien zurückkehren. Aber wir Palästinenser, unser ganzes Blut, kann in den Augen der Amerikaner und Europäer und Juden zum Teufel gehen ...

Das ist die Wahrheit, o Brüder im Glauben. Von hier aus hat Allah der Allmächtige uns aufgerufen, keinen Bund mit den Juden oder Christen einzugehen, sie nicht zu mögen, nicht ihre Partner zu werden, sie nicht zu unterstützen und keine Abkommen mit ihnen zu schließen. Und wer das trotzdem tut, ist einer von jenen, über die Allah sagt: »O du Gläubiger, schließe keinen Bund mit Juden oder Christen, denn sie stehen im Bunde mit einem anderen. Wer unter euch einen Bund mit ihnen schließt, wird in der Tat einer von ihnen sein.« ...

Die Juden sind die Bündnispartner der Christen, und die Christen sind die Bündnispartner der Juden, trotz der zwischen ihnen existierenden Feindschaft. Die Feindschaft zwischen den Juden und Christen ist tief, aber beide stimmen in ihrer Abneigung gegen die Strenggläubigen überein – gegen diejenigen, die sagen: »Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Prophet«, das heißt, sie sind gegen die Moslems ...

Selbst wenn eine Übereinkunft über Gaza unterzeichnet wird, sollten wir Haifa, Acre, Galiläa, Jaffa, die Negev-Wü-ste und den Rest unserer Städte und Dör- fer nicht vergessen. Es ist nur eine Frage der Zeit. Der Schwache wird nicht immer schwach bleiben, und der Starke wird nicht immer stark bleiben ... Wenn wir heute schwach sind und nicht in der Lage,

unsere Rechte wiederzuerringen, dann müssen wir wenigstens unser hochfliegendes Banner an unsere Kinder und Enkelkinder weitergeben ...

Keine der Fraktionen darf in dieser Situation untätig beiseite stehen oder nicht daran denken, unsere reinen Märtyrer und Verwundeten zu rächen ... Unser Volk muß sich in einem Schützengraben vereinigen und von der palästinensischen Führung Waffen bekommen, um sich den Juden entgegenzustellen.

Bei Allah, o Brüder im Glauben, die Juden kennen nichts anderes und ha-

ben in der Geschichte nichts anderes gekannt als die Gewalt und den Heiligen Krieg auf dem Pfade Allahs. Die Juden sind wie ein Fahrradpedal – solange du mit dem Fuß draufbleibst, bewegt es sich nicht, aber sobald du den Fuß wegnimmst, tut es dir weh und verletzt dich. So ist es mit den Juden ...

Habt kein Mitleid mit den Juden, egal, wo ihr seid, in welchem Land auch immer. Bekämpft sie, wo immer ihr seid. Wo immer ihr sie trefft, tötet sie. Wo immer ihr seid, tötet Juden und Amerikaner, die wie sie sind – und jene, die sie unterstützen. Sie sind alle in einem Schützengraben, gegen die Araber und Moslems, weil sie Israel hier einpflanzten, wo das Herz der arabischen Welt schlägt, in Palästina. Sie schufen es, damit es der Vorposten ihrer Zivilisation sei und der Wächter ihrer Armee, damit es das Schwert des Westens und der Kreuzritter sei, das über dem Hals der Strenggläubigen hängt, der Moslems dieses Landes. Sie wollten die Juden als ihre Speerspitze ...

Laßt uns Allah vertrauen, die Reihen schließen und unsere Worte vereinen, und der Slogan von uns allen möge sein: »Heiliger Krieg! Heiliger Krieg! Für Palästina, für Jerusalem und für Al-Aqsa!« ...

Wir werden kein einziges Samenkorn palästinensischen Bodens aufgeben, von Haifa und Jaffa und Acre und Mulabbas und Salamah und Majdal und all dem Land, und Gaza und der Westbank ...

Allah, befasse Dich mit den Juden, Deinen Feinden und den Feinden des Islam. Befasse Dich mit den Kreuzrittern und mit Amerika und dahinter Europa, o Herr aller Welten.

Konkret 12/00, S. 19

Horst Pankow

Wir sind alle Palästinenser

Über die große Einigkeit deutscher Medien bei der Beurteilung der »Al-Aksa-Intifada«

Wenn Deutsche traurig sind, dann liegt das bekanntlich an der Tiefgründigkeit ihrer Seelen und an einer schnöden Welt, die mit solcherart ausgestatteten Lebewesen nicht angemessen umzugehen vermag. Wenn Deutsche sich aber nicht richtig freuen können, an einem Tag, an dem ihnen eigentlich zum Jauchzen zumute sein sollte, dann sind die Juden schuld. So geschehen am 5. Oktober dieses Jahres, als eine bewaffnete Menschenmenge in Belgrad den die deutsche Seele abgrundtief beleidigenden Teufel Milosevic endlich aus dem Amt gejagt hatte.

»Und jeder fühlte sich, wie Außenminister Joschka Fischer, an die Ereignisse vor elf Jahren erinnert«, schrieb zwei Tage danach Ulrich Raulff in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland«, »als die Welle der welthistorischen Krise auch die Deutschen erfaßte und einen kurzen Augenblick lang in ungeahnte Höhen des nationalen Enthusiasmus und der glückhaft erlebten Zusammengehörigkeit trug.« Allein der richtige Kick wollte sich diesmal nicht einstellen: »Die Deutschen, ein Volk, das jahrhundertelang jedes europäische Großereignis auf sich selbst bezogen hat und beziehen mußte, wird von den historischen Krisen in seiner Nachbarschaft nicht mehr berührt.« Den Grund für diesen bedauerlichen Umstand spürt Raulff zunächst in einer überzogenen Assimilation deutscher Tiefgründigkeit an die schnöde Welt auf: »Wir sind ein Fernsehvolk wie alle anderen geworden: beschleunigt, aber nicht bewegt.« Gleichwohl mußte da noch mehr sein, Entscheidenderes, nichts, was sich allein mit dem larmoyanten Verweis auf deutsch-undeutsche Laxheit erklären ließe. Und tatsächlich: »Für diese kühle Skepsis mag es indes noch einen weiteren Grund geben, und auch den lieferte das Fernsehen. Es waren die Bilder der erschossenen und verwundeten Palästinenserkinder, die im Wechsel mit den Nachrichten aus Belgrad liefen.« Da war es wieder, das Schreckbild des jüdischen Kindermörders, seit den Zeiten der christlichen Ritualmordlegenden den Deutschen nur allzu bekannt. Nur knapp eine Woche darauf erschien denn auch auf der Mauer neben einer Berliner Synagoge die von den nur allzu bekannten Unbekannten angebrachte Inschrift »Kindermörder«.

Aber nicht nur eingefleischte Serbenfeindschaft, die den »FAZ«-Autor für sein Handwerk qualifiziert, veranlaßt deutsche Publizisten, den gedanklichen Bogen von Jugoslawien nach Israel und umgekehrt zu spannen. Auch entschiedene Kritiker der antiserbischen Nato-Politik finden, daß es da einen – häufig mutwillig ignorierten – Zusammenhang gibt. So gibt beispielsweise Rainer Rupp in der »Jungen Welt« Folgendes zu bedenken: »Im Vergleich zu dem derzeitigen Vorgehen der israelischen Armee, die bei der Bekämpfung von steinewerfenden Palästinensern Panzergranaten und Raketen auf bewohnte Dörfer feuert, war der Einsatz der Mittel der serbischen Sicherheitskräfte im Kosovo gegen die teils schwerbewaffneten UCK-Terroristen ganz bestimmt nicht – wie vom Westen vorgeworfen – unverhältnismäßig.« Juden zerstören bewohnte Dörfer – das weiß das in der tiefgründigen deutschen Seele lagernde kollektive Unbewußte mindestens seit den Zeiten, als Erzählungen über jüdische Brunnenvergifter den feierabendlichen Müßiggang verschönerten.

Aber Rainer Rupp wäre ja kein richtiger Linker, würde er neben der abweichenden Einschätzung des serbischen Vorgehens keine andere Differenz gegenüber seinem »FAZ«-Kollegen ins Feld führen können. Deshalb schreibt er: »Die israelische Armee darf allerdings auf das volle Verständnis der westlichen Wertegemeinschaft zählen, während die westlichen Medien aus den Serben die Inkarnation des Bösen gemacht haben.« Dies ist bezüglich Israels nichts als Unsinn. Abgesehen davon, daß sich Rupp nicht entblödet, *westliche Wertegemeinschaft* ohne Anführungszeichen zu schreiben, um so über die konkrete Kommentierung der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen durch deutsche Politiker und Journalisten nichts mehr sagen zu müssen, kann er durch diese Behauptung verschleiern, daß er und die traditionelle deutsche Linke sich bezüglich der aktuellen Bedrohung Israels durchaus in Übereinstimmung mit dem deutschen Mainstream befinden. Das betrifft sowohl die Beurteilung der Entstehung als auch der verschiedenen Stadien der gegenwärtigen Gewalttätigkeiten.

»Auslöser der Gewalt war dann Scharons provokativer Gang auf den Tempelberg«, kommentierte die »FAZ« und brachte damit zum Ausdruck, daß hierzulande der politisch-demonstrative Rundgang eines autoritären Politikers jüdischer Provinienz grundsätzlich anders bewertet wird als der eines wesentlich autoritäreren Clanchefs wie Arafat. Dies ist aber keineswegs eine typische Haltung der die »FAZ« produzierenden und konsumierenden Rechten – was immer diese Kategorie und ihre Oppositionen in diesem Land noch bedeuten mögen. »Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis« wirft KONKRET vor, sie stelle sich »hinter den Provokateur Ariel Scharon, der mit seinem Tempelberg-Besuch den schwelenden Konflikt entzündete«. Noch reißerischer wird Werner Pirker in der »Jungen Welt«: »Ariel Scharon, Israels schwergewichtigster Rechtsextremer, wollte es sich nicht nehmen lassen, die hochsensible Jerusalem-Frage auf seine Weise zu beantworten und trampelte in militärischer Begleitung auf dem – den Moslems heiligen – Tempelberg herum, was in einer Region übergroßer religiöser Empfindlichkeiten natürlich zum Eklat führen mußte. Das war ja wohl auch beabsichtigt.« Richtig pathetisch wird das »Neue Deutschland«, ein Blatt, dessen Name durchaus programmatisch verstanden werden will: »Als Hardliner Scharon mit seinem wohlkalkulierten Auftritt auf dem Tempelberg die Brandfackel warf, zeigte sich schnell wie dünn der Firnis über dem in Jahrhunderten gewachsenen Haß noch immer ist. Die

Palästinenser fühlen sich wieder einmal verraten und verkauft. Zu Recht.« Na, wer sagt's denn? »In Jahrhunderten gewachsener Haß« auf die Juden, da muß doch was dran sein, gleichgültig, ob die sich »wieder einmal verraten und verkauft« fühlenden Palästinenser – die hier aus lauter Anbiederei an die Leserschaft als die Zonis des Orients dargestellt werden – vor Jahrhunderten wohl kaum wußten, daß sie dereinst diesen obskuren Ethno-Titel würden tragen müssen und fatalerweise auch wollen.

Während in den meisten Kommentaren schiere Fassungslosigkeit über die jüdische Dreistigkeit Scharons vorherrscht, beweist Herbert Riehl-Heyse in der »Süddeutschen Zeitung« zu welcher Einfühlsamkeit die deutsche Seele fähig ist. »Manchmal überlege ich mir«, beginnt er in gesetztem Ton, »wie sich in diesen Tagen wohl Ariel Scharon fühlen wird.« Dann gibt er eine Kostprobe deutscher Ironie: »Ist er stolz, weil es ohne seinen berühmten Ausflug auf den Tempelberg vielleicht jetzt gar keinen so spannenden Krieg gäbe?« Anschließend wird dann, sensibel, doch bestimmt, mit dem fortgefahren, was Deutsche so gern als *Tacheles reden* bezeichnen: »Fühlt er sich bestätigt ... ? Oder hat er doch einen Anflug schlechten Gewissens, wenn er mit ansieht, wie sie jetzt jeden Tag wieder die Leichen palästinensischer Kinder schreiend, jammernd und Fäuste schüttelnd durch die Straßen tragen? Vielleicht schläft er ja manchmal sogar ein bißchen schlecht. Ich würde es ihm von Herzen wünschen.« Immerhin: Mehr als Schlafstörungen darf ein sensibler Deutscher in einem Blatt, das den Schröderschen »Aufstand der Anständigen« unterstützt, einem Juden derzeit noch nicht an den Hals wünschen.

Bei der empörten Verurteilung »jüdischer Greueltaten« kennen deutsche Publizisten kein Halten mehr und vereinen sich über politische Grenzen hinweg zu einem antijüdischen Denunziationsbündnis. Stichwort »Kindermord«: »Am 30. September, um die Mittagszeit, durchschlug ein israelisches Geschoß das Herz das Jungen. Eine andere Kugel hatte ihn zuvor ins Bein getroffen. ›Ich halte durch‹, hatte er hervorgepreßt und sich noch enger an seinen Vater geklammert«, schreibt der »Spiegel«. Die »Taz« veröffentlicht eine ganze Seite mit Fotos, die irgendwie mit dem Tod des Jungen in Verbindung stehen sollen und stellt fest: »Der Junge war 13 Jahre alt, als die Kugel aus dem Gewehr eines israelischen Soldaten ihn traf.« Titel der Schmonzette: »Tod eines Kindes, Geburt eines Märtyrers.« Und Werner Pirker vermag in der »Jungen Welt« die nekrophile Lust am Kindstod noch etwas weiter hochzukitzeln: »Das Bild des kleinen Mohammed, der sich in verzweifelter Angst an seinen Vater klammert, ist ein erschütterndes Zeitdokument. Sekunden später lebt er nicht mehr – totgeschossen aus einem Hubschrauber. Dem Aufruhr in den Autonomiegebieten, aber auch in von Arabern bewohnten Gemeinden in Israel begegnen die israelischen Sicherheitskräfte mit brutaler Entschlossenheit.« In der »Süddeutschen Zeitung« ist von der »brutalen Ermordung von Muhammed Al-Durrah« zu lesen. Als Wochen später, Anfang November, das Ergebnis der israelischen militärstaatsanwaltschaftlichen Untersuchung der Tötung des Jungen bekannt wird und israelische Zeitungen berichten, daß der Einschußwinkel der tödlichen Verletzungen des Jungen auf einen palästinensischen Todesschützen schließen lasse, wird das in den deutschen Blättern, die zuvor genüßlich den Tod des Kindes den israelischen Militärs zugeschriebenen hatten, nur beiläufig erwähnt (s. »FAZ«, 1.11.2000). Die »Junge Welt« befand es offenbar unter ihrer antizionistischen Würde, sich dieses Falles noch einmal anzunehmen. Anstatt die palästinensischen Schützen der zynischen Märtyrerproduktion zu zeihen, begann das Blatt am 2. November lieber mit der Veröffentlichung der »Mossad-Opfer des Tages«.

Der bereits zitierte Herbert Riehl-Heyse verbindet in der »Süddeutsche Zeitung« seine Klage über das Leid palästinensischer Kinder unter der Judenherrschaft mit einer Erinnerung an selbsterlittene jüdische Infamie: »Damals, im Jahre 1988, war ich zum ersten und vermutlich zum letzten Mal in Ramallah, der Stadt, die man jetzt täglich in der ›Tagesschau‹ sehen kann – und ich darf sagen, ich werde sie nicht vergessen; zum einen wegen der schweren Bindehautentzündung, die ich mir geholt habe, als ich in einem Friseurgeschäft ein bißchen Ruß vom Steinboden gekratzt habe; er stammte von einer Tränengasbombe, die kurz zuvor Soldaten hineingeworfen hatten, und ich hätte mir wohl später nicht gedankenverloren die Augen reiben sollen. Vor allem aber habe ich in Erinnerung, daß ich noch nie so viele Kinder und Jugendliche getroffen habe, die den ganzen Tag über nichts anderes reden wollten als über Politik, über Krieg, über Rache. So etwas hatte ich mir bis dahin nicht vorstellen können.« Merke: Die Juden in Israel sind nicht nur »Kindermörder«, sondern auch so etwas wie die Räuber einer unbeschwerten Kindheit, mithin eine Art mentaler Kinderschänder.

Ganz anders verhielten sich die im Antizionismus einigen deutschen Kommentatoren allerdings angesichts der barbarischen Ermordung zweier wehrloser israelischer Gefangener durch einen palästinensischen Mob in Ramallah. Niemand fand den von einem italienischen Fernsehteam aufgenommen antijüdischen Exzeß angenehm, doch mit entlastenden Umständen konnte und wollte man doch aufwarten. Der »Spiegel« läßt den »Arafat-Stellvertreter« Mahmud Abbas zu Wort kommen. Der sagt: »Solche Taten sind abscheulich, ganz gleich, ob die Opfer Palästinenser oder Israelis sind (als ob jemals Israelis Palästinenser auf solche Art zu Tode gebracht hätten; H. P.). Unsere Polizisten haben mit allen Mitteln versucht, die Israelis vor der aufgebrachten Bevölkerung zu schützen. Außerdem sind wir überzeugt, daß es sich bei den Opfern um keine gewöhnlichen Soldaten in Uniform handelte, sondern um Mitglieder der berüchtigten Sondereinheit des israelischen Geheimdienstes. Das ist keine Entschuldigung für die Tat, aber erklärt die rasende Volkswut.« Nein, entschuldigen kann man solche Exzesse nicht, das weiß auch der gewöhnliche demokratische deutsche

Antisemit, der sich jeden Montag in der U-Bahn den »Spiegel« als Ausweis seiner Weltläufigkeit stolz vor die Nase hält, aber irgendwas muß ja dran sein, wenn die Juden immer und überall so unbeliebt sind ...

Nähere Erläuterungen gibt bei Bedarf Hans Lebrecht (Kibbutz Beit Oren), seines Zeichens Korrespondent der inzwischen glücklicherweise weniger als randständigen »Unsere Zeit – Zeitung der DKP«. Nonkonformistisch wie Traditionskommunisten heute aufgrund der Zeitläufte nun mal zu sein gezwungen sind, plaudert er zwanglos aus, was Deutsche über Juden im Nahen Osten schon immer dachten, aber aufgrund der »Antisemitismuskeule« (»Junge Welt«) bislang nicht offen zu äußern wagten: Zunächst stellt er in der Ausgabe vom 20. Oktober die jeden Antisemiten als Unparteiischen entlastende rhetorische Frage, der sich gleichermaßen selbstverständlich wie überflüssig eine eindeutig erscheinende Antwort anschließt: »Gibt es irgendeine Entschuldigung für die in Ramallah geschehene Lynchjustiz einer aufgebrachten Menge, oder gleichermaßen für Israels Kriegshandlung? Die Antwort kann nur ein großes NEIN sein.« Danach geht es aber sogleich zur Sache: »Aber man darf nicht vergessen, auf welchem Hintergrund die beiden israelischen Soldaten gelyncht wurden. Ob die beiden nun in ihrem Jeep als Araber verkleidet durch die Straßen von Ramallah fuhren, genau zu dem Zeitpunkt, als Begräbnisprozessionen für vier am Tage zuvor von israelischen Besatzungssoldaten und Siedlern umgebrachte Einwohner angesetzt waren und ihr Wagen mit Sprengstoff geladen war, wie die palästinensische Version der Angelegenheit besagt, oder ob sie, entsprechend der israelischen Version, sich nur verfahren hatten und deshalb irrtümlich durch diese Stadt fuhren, ist im Grunde unwichtig.« Wichtig ist nur, daß die Gelynchten Juden waren, und die sind Lebrecht zufolge die eigentlichen Pogromisten. Ja, er scheut nicht davor zurück, seiner parteikommunistischen Leserschaft die – offenbar frei erfundene – Nachricht von »abscheulichen Pogromen« gegen »palästinensische Zivilisten«, begangen von »klerikal-faschistischen Siedlerbanden« und »aufgewiegelten (jüdischen; H. P.) Ultras« zu servieren. Im Gegensatz zu dieser, offenbar durch das Wirken zionistischer Einflußagenten in den übrigen deutschen Medien unterdrückten, Nachricht gelten dem »UZ«-Korrespondenten die vom israelischen Fernsehen »immer wieder, bis zum Kotzen wiederholten Szenen rund um die Polizeistation von Ramallah vor und während der Lynchhandlung« als eine »ausgesprochene Gehirnwäsche«.

Man fragt sich nicht nur, warum die Lebrechtsche Pogromnachricht in anderen deutschen Medien keinen Platz fand, man fragt sich auch, warum die Nazi-Website »National Journal« darauf verzichtete. Wahrscheinlich deshalb, weil für deutsche Nazis deutsche Parteikommunisten immer noch wichtige Feinde bleiben, selbst wenn man in der Sache einig ist. Das »National Journal« braucht sich derzeit kaum der Mühe einer eigenen Textproduktion unterziehen. Es veröffentlicht einfach Auszüge aus den Medien der »Anständigen«. »Focus«, »Spiegel«, »Weltspiegel« und »FAZ« kommen hier beispielsweise zu Wort. Wer sich bequem einen Eindruck vom antijüdischen Konsens in diesem Land verschaffen will, braucht nur diese Website aufzurufen. Das »National Journal« vom 18. Oktober ist mit »Israel, als ein einziges KZ mit Nebenlagern« überschrieben. Die etwas schief formulierte Aussage ist ein Zitat aus einer 1994 in der »FAZ« erschienenen äußerst positiven Rezension eines Buches von Ludwig Watzal, in dem Einschätzungen im Sinne des Zitats vertreten werden.

Ludwig Watzal gilt besonders in linken und linksliberalen Kreisen als äußerst kompetenter »Israel- und Palästinaspezialist«. Im »Freitag« vom 13. Oktober gibt er über die »sogenannten Intifada-Kids« das Folgende zum Besten: »Selbstbewußt fordern sie nur Selbstverständliches: In einem eigenen Staat zu leben, der diesen Namen verdient. Sie wollen nicht die Bürde eines ›palästinensischen Versailles‹ auf sich nehmen.« *Versailles* steht bekanntlich in der deutschen Nationalmythologie für die angeblich äußerst ungerechte Behandlung Deutschlands durch die Sieger des Ersten Weltkriegs. In der Weimarer Republik wurde der »Versailler Knebelvertrag« nicht nur von den Völkischen als antideutsches Komplott des »internationalen (sprich jüdischen) Finanzkapitals« denunziert. Am 1. November präzisierte Watzal im Nachrichtenkanal NTV als »Nahost-Experte« seine Einschätzung: Ein »palästinensisches Versailles« stellten die Ergebnisse der Camp-David-Verhandlungen von Sommer dieses Jahres dar. Kein Wort davon, daß Israel dort den Palästinensern die bisher weitestgehenden Zugeständnisse gemacht hatte, die einen palästinensischen Staat in absehbarer Zukunft greifbar erschienen ließen. Die palästinensische Schmach ist laut Watzal neben Israel vor allem auf die USA zurückzuführen, die ihre Vermittlung völlig parteiisch betrieben hätten. Wer also eignete sich besser zum Vermittler? Wir brauchen nicht dreimal zu raten, Watzal präsentiert uns die Lösung vermittels einer Gleichung: »Wir Deutsche sind verantwortlich für den Holocaust. Israel dagegen für die 53jährige Besatzungspolitik.« Woraus zwingend nicht nur folgt, daß mit letzterem die deutsche Schuld abgegolten ist, »wir Deutsche« sind auch die geeigneten Sachwalter eines palästinensischen Staates, »der diesen Namen verdient«.

Schließlich hat Deutschland in dieser Hinsicht auch schon einiges getan. Als erster europäischer Staat eröffnete die BRD ein sogenanntes »Vertretungsbüro« in der palästinensischen Autonomiezone, nahm also quasi-diplomatische Beziehungen mit dem erst noch zu gründenden Staat auf. Hinzu kommen finanzielle Leistungen beachtlichen Ausmaßes. »Die pro Kopf geleistete Unterstützung der Bundesrepublik«, schreibt die »Taz«, »ist schon jetzt nirgends so hoch wie in den Palästinensergebieten. Für die 2,9 Millionen dort lebenden Menschen sagte die Bundesrepublik ... bereits 465 Millionen Mark an finanzieller und technischer Hilfe zu ... Seit 1993 bis heute steckte die Bundesrepublik mehr als 200 Millionen Mark in den Aufbau der Palästinensergebiete. Dazu kommen Fonds mit noch einmal knapp 100 Millionen Mark.« Der

»Spiegel« plauderte kürzlich beiläufig aus, daß von der Bundesdruckerei bereits palästinensische Pässe und Briefmarken fertiggestellt worden seien. Und auch der erste Schritt zur militärischen Zusammenarbeit ist vollzogen. Auf seiner Nahosttournee vereinbarte Schröder mit Arafat die medizinische Versorgung verwundeter Streetfighter in Deutschland. Für seine Verdienste bekam der Kanzler als erster BRD-Politiker einen palästinensischen Orden an die Brust geheftet.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 9/2000 über die staatliche Antifa-Kampagne

Konkret 12/00, S. 22

Martin Krauß

Stimmen aus einem echt freien Land

Wer wissen möchte, wie deutsche Linke ticken, wenn sie an Israel denken, sollte einen Blick in das »Taz«-Online-Forum werfen

»Wir freuen uns über jeden Beitrag«, heißt es seit Anfang Oktober bei der »Taz«. Gemeint sind Online zu lesende Leserbeiträge. Nach Lektüre eines Artikels in der Internet-Ausgabe des Berliner Blattes kann man ein entsprechendes Zeichen anklicken und seine Meinung zum Gelesenen loswerden.

Einen solchen Dienst bieten viele Zeitungen an. Sie erhoffen sich zum einen eine engere Leser-Blatt-Bindung, zum anderen nähere Informationen darüber, wer er so ist, der Leser, was er so denkt und wie zufrieden oder unzufrieden er mit der Zeitung ist. Authentische Informationen also, doch die sind im Fall der »Taz« mitunter so authentisch, daß besser nicht jede gedruckt wird. Am 7. Oktober mußte ein Leser statt seines eigenen Textleins dies lesen: »Beitrag gesperrt: u.a. wg. Gleichstellung Israels mit Nazis.«

Der Leser muß wohl sehr über die Stränge geschlagen haben, schaut man sich an, was dort sonst alles geäußert wird. Aber so ganz allein ist der zensierte und mit dem Namen »maier« zeichnende (und auch sehr fleißig weiterdebattierende) Leser nicht. Ein sich als Eric Bingener vorstellender »Taz«-Leser springt ihm mutig zur Seite: »Hallo! Wir scheinen ja echt ein freies Land zu sein. Was haben Sie denn so Schlimmes geschrieben? Bäh, ausgeschlossen aus der Diskussionsrunde. Ist ja auch wahr, was haben denn Deutsche auch zur Situation in Palästina beizutragen außer Applaus für den Judenstaat und ein paar neue U-Boote.«

Das größte Leser-Mail-Aufkommen findet sich im »Taz«-Online-Forum immer dann, wenn es um Artikel über Israel, Judentum oder Antisemitismus geht. Eric Bingener, der mutige Fechter für Meinungsfreiheit, kennt die Hintergründe, warum da zensiert wurde: »Wir stehen kurz vor der Wahl des US-Präsidenten, und jeder weiß, wer hier von wem abhängig ist. Der Schwanz wackelt halt mit dem Hund.«

Das Bild, das sich vom typischen »Taz«-Leser offenbart, ist nicht das, was sich die Chefredaktion erhofft hatte, wobei redlicherweise zu sagen ist, daß beinahe alle Zeitungen Probleme haben, die solche Online-Angebote eingerichtet haben. Was die »Taz«-Leserschaft zum Spezifikum macht, ist, daß sich in ihr viele Spektren und Richtungen finden, zum anderen bietet die »Taz«, einfach weil sie eine Tageszeitung ist, täglich die Möglichkeit, sich zu jedem Thema öffentlich zu äußern.

Findet sich in dem Blatt eine Meldung, daß auf eine Berliner Synagoge Steine geworfen wurden, ist das für eine als Elke Richardsen auftretende Leserin ein guter Grund, ihren Protestbrief gegen ARD und ZDF ins Netz zu stellen: »ihre berichterstattung über den nahostkonflikt in den letzten tagen ist fern jeder objektivität und nur noch als arschkriecherei in den allerwertesten der zionisten zu bezeichnen.« Warum die ARD-ZDF-Schelte bei der »Taz« landet, erklärt die Autorin recht schnell, sie ist nämlich »keinesfalls ein neonazi«, sondern »eher eine linke und wählerin der grünen«. Als solche hält sie nicht nur die »Taz« für ihre Zeitung, sie neigt auch zu besonders moralischen Urteilen: »ich habe mich auch bei vielen bomben in bussen oder auf plätzen gefragt, ob die israelis dies nicht selbst tun, um jammern und zurückschlagen zu können. für die meisten israelis sind die arabischen nachbarn kakalaken, deren leben ihnen keinen pfifferling bedeutet. ich kann diese holocaust-klagen nicht mehr hören von einem land, das so tief faschistisch ist.«

Gemein fände es Frau Richardsen, wenn sie bloß wegen dieser offenen Worte in eine rechte Ecke gestellt würde: »am schlimmsten finde ich diesen unisono-gesang der medien und politiker, der wachsame und sensible bürger in die nähe von neonazis und npd bringt, wenn sie die geringsten zweifel an der jüdisch-israelischen nahostpolitik äußern. ich – und mit mir viele bürger – argumentieren nämlich von links und von einem humanitären standpunkt.«

Auf Kritik eines mitdiskutierenden Lesers reagiert Frau Richardsen verärgert: »ich würde mich liebend gern mit dem jüdischen volk, so wie mit jedem anderen unterdrückten menschen, solidarisieren. es fällt mir nur angesichts der taten israels außerordentlich schwer.«

Auch der schon bekannte Leser »maier« findet sich zur Unterstützung von Frau Richardsen ein: »Ich bin auch ein Linker in diesem Land der die Sachen genauso sieht.« Leser »maier«, der seine klare politische Linie durch den Verzicht auf Interpunktion teuer erkauft hat, erinnert sich immerhin noch an den Anlaß der Zionistenschelte – eine Meldung zu Steinwürfen auf eine jüdische Einrichtung in Berlin: »Was die Synagoge betrifft ist das natürlich sehr häßlich was man gemacht hat. Aber die Israelis haben mit der Antwort nicht gezögert und eine Moschee in Israel (im Norden glaube ich) in Brand gesetzt ...«

Der offene Brief an ARD und ZDF aus Anlaß des Angriffs auf eine Synagoge ist kein Einzelfall. Im »Taz«-Online-Forum findet sich erstaunlich oft unverhüllter Antisemitismus, ja, die Debatten über Berichte und Kommentare aus Israel würden gar nicht stattfinden, wenn sich nicht judenfeindliche Leser zu Wort meldeten.

Daß die Juden die deutschen KZs ungeläutert verlassen hätten, ist ein immer wiederkehrendes Motiv: mal in der dummen, mal der gebildeten Version. In der dummen Fassung schreibt Leser »kregel«: »durch die gezielten schüsse auf die mit steinen (!) bewaffneten palästinenser – meist jugendliche – zeigt sich der judenstaat deutlich. ein coming out wie man es sich nur wünschen kann. Und das seit über 50 (!) jahren und nach dem selbst erlittenen ns-terror. und niemand gebietet einhalt. soll dem antijudaismus eine reale basis gegeben werden?« Doch auch die gebildete Variante kommt keinesfalls mit weniger Stottern daher. Sie wird von einem Leser namens Fred Krug formuliert: »Irritiert bin ich dabei vor allem darüber, daß die Israelis aus der ›genoziden Selbsterfahrung‹ in der Vergangenheit ... nichts anderes gelernt haben, als ihrerseits einen ›Genozid‹ oder wenigstens eine ›ethnische Säuberung‹ kraft Verdrängung und Vertreibung und sogar in Teilen Unterdrückung mit weniger drastischen Mitteln durchzuführen.«

Scheinbar differenziert argumentierende Leser erwähnen schon mal, daß es, entgegen dem Wissensstand hierzulande, auch gute Israelis gibt – »Ich kenne persönlich paar Leute« – oder daß man auch mal das »Werk von einem jüdischen Professor (Herr Schaftak)« lesen solle, denn »das ist wohl kein Araber und ist doch meiner Meinung«. Wieder ein anderer diskutiert hoch und runter, mit was man Israel vergleichen könnte, und kommt letztlich nur zu diesem Ergebnis: »Wäre da nicht eher das ehemalige südafrikanische Apartheidsystem vergleichbar?«

Es ist nicht die »Taz«-Redaktion, die so etwas schreibt, es gibt auch Leser, die sich mit harschem Widerspruch zu Wort melden, und die übelsten Ausrutscher werden sogar von der Redaktion aus dem Netz genommen. Aber in den »Taz«-Online-Diskussionen findet sich sehr wohl ein authentischer Ausdruck des Denkens eines nicht geringen Teils der hiesigen Linken.

Der wüsteste Debattierer, der mit dem Namen »maier« zeichnet und dem die »Taz« gemeinerweise seine Gleichstellung von Nazis und Israel untersagte, bringt die typische Mischung aus Pathos, Dummheit und Antisemitismus in einem einzigen Satz unter: »Schon wieder bewiesen die Israelis, daß sie von Menschenrechten nix gehört haben, aber am Ende wird Palästina bestimmt befreit von diesen Neofaschisten, dies ist der normale Verlauf der menschlichen Geschichte.«

Von Martin Krauß erschienen soeben: »Doping« (Rotbuch Verlag) und »Kampftage. Die Geschichte des deutschen Berufsboxens« (zusammen mit Knud Kohr, Werkstatt-Verlag)

Konkret 12/00, S. 23

Gerhard Scheit

Kreiskys Erben? Hitlers Erben

Wenn einer glaubt, es könne keine Steigerung mehr geben, wird er in Österreich stets eines Besseren belehrt: Hier ist alles immer noch mieser als anderswo – auch der Antiimperialismus

Sie schreien (noch) nicht: Treibt die Juden ins Meer, aber sie wollen »vom Jordan bis zum Meer« ein »arabisches Palästina« – »mit freier Religionsausübung für Moslems, Christen und Juden!« (man beachte die Reihenfolge und das Rufzeichen); wenn es damit bei den letzteren nichts wird, ist dafür gewiß antiimperialistisches Verständnis aufzubringen. Sie bestehen auf einem »arabischen Staat in GANZ PALÄSTINA« und fordern von allen Linken, »BEDINGUNGSLOS auf der Seite der Palästinenser und Araber« zu stehen.

Daß es jedenfalls kein Israel mehr geben darf, das sagt den bedingungs- und besinnungslosen Antiimperialisten der »Österreichischen Sektion der Internationalen Leninistischen Strömung« (RKL) oder der »Antiimperialistischen Koordination« (AIK), die fortwährend linke Adressaten mit e-mails belästigen und jeden Freitag in Wien demonstrieren, der gesunde historische Menschenverstand. »Die Geschichte hat gezeigt, daß Israel nur als imperialistischer Agent existieren kann. Was an dieser Position antisemitisch sein soll, ist uns schleierhaft.« Dieser Schleier wird sich auch nicht mehr heben, denn Geschichte wird phantasiert als Kampf der Nationen und Völker gegen eine internationale Verschwörung, die neuerdings unter dem Markenzeichen »Globalisierung« firmiert. Bei diesen »Leninisten« ist keine Rede mehr von Kapital und Staat im Sinn von Marx; und statt zu überlegen, in welchem Verhältnis der »Spiegel«-Jargon der »Globalisierungsfalle«, den sie bedienen, zu den Begriffen Lenins steht, auf den sie sich doch berufen, fördern sie unfreiwillig die eigentliche Funktion jenes Jargons zutage: Auf der Homepage der RKL ist von einer »westlichen Parasitengesellschaft« die Rede, welche Nationalitäten »entwurzelt«.

Als Brückenkopf der Globalisierung oder des Parasitentums ist wie von jeher Israel im Visier – und dagegen jeder Widerstand willkommen: »Jeder Widerstand gegen dieses Weltsystem ist fortschrittlich. Die Formen, die dieser Widerstand annimmt, sind entscheidend dafür, ob er siegreich sein kann, ändern aber nichts an dem grundsätzlich fortschrittlichen Charakter« (RKL). Auch der Antisemitismus gilt offenbar als solch eine Formsache. In Wahrheit ist er der Inhalt und der Antizionismus dessen Form. Das wird an der Darstellung des konservativen Politikers Sharon deutlich: Seine Gleichsetzung mit Hitler, Küssel oder Haider erlaubt es, unmittelbar antisemitisch zu werden: »Ein Großgrundbesitzer wie Haider. No, das Private, das ist ja der succus von Politik!« (AIK).

Die »Volksstimme«, Wochenzeitung der österreichischen Staatskommunisten (KPÖ), bringt ein Dossier zum Nahen Osten (26.11.) – und wird darin ihrem Namen gerecht: kein einziger Satz, der das Existenzrecht Israels anerkennt. Und das ist logisch, denn es findet sich ja auch kein einziges Wort über Nationalsozialismus und Antisemitismus. Dafür ist das innenpolitische Ressort (»Widerstand gegen Schwarzblau!«) oder noch besser die Spielwiese des Feuilletons (»Ingeborg Bachmann – auf der Seite der Opfer«) zuständig. Die Totalität des Unwahren wird hier eben stets nach politisch praktikablen Branchen sortiert.

Ein Foto des Dossiers zeigt ein palästinensisches Kind mit Maschinengewehr; Werner Pirker bezeugt auf der nächsten Seite, daß die Palästinenser nur mit Steinen werfen. Wenn der antizionistische Identitätswahn einmal losgelassen ist, bemerkt niemand mehr solche Fehlleistungen. Es ist immer derselbe zwanghafte Mechanismus: Der Konflikt wird aus dem Zusammenhang der eigenen Geschichte und des allgegenwärtigen Antisemitismus herausgelöst, um dadurch Palästinenser und Israelis als Identifikationsobjekt und Projektionsfläche der eigenen Identität zuzurichten.

Vom Nationalsozialismus spricht dieser besessene Antiimperialismus überhaupt nur, wenn er von einer antinationalen Gruppe wie der »Ökologischen Linken« dazu gezwungen wird. Dann läßt etwa die RKL ein paar politisch-korrekte Phrasen abschnurren: »Wir möchten festhalten, daß für uns der Holocaust an den Juden qualitativ und quantitativ nicht mit den Verbrechen an den Palästinensern vergleichbar ist, auch wenn beides kapitalistisch-imperialistische Völkermorde darstellen. Für uns ist die jüdische Religionsgemeinschaft in keiner Weise für die Brutalitäten Israels verantwortlich. Der Zionismus ist eine säkulare rassistische Ideologie und ein politisches Projekt des Imperialismus, das durch den nazistischen Antisemitismus leider (!) zur politischen Mehrheitsströmung unter den Juden wurde.« Was aber als politische Mehrheitsströmung unter den Juden allein zulässig wäre, das haben eben nicht die Juden zu bestimmen. Ist doch ihr Judesein geradezu darin begründet, daß sie im Gegensatz zu allen anderen nur denkbaren Völkern kein Recht auf einen Staat haben.

Im Falle Südosteuropas tritt man durchaus für ein »multinationales Serbien und Jugoslawien«, eine »demokratische, antiimperialistische Balkanföderation« ein. Aber die Idee eines multinationalen Israel liegt den Spätleninisten so fern wie die freie Assoziation der Individuen ohne nationalen Zwangszusammenhang. Warum? Weil Israel in diesem Bewußtsein als Inbegriff des Imperialismus fungiert. Und warum fungiert Israel als Inbegriff des Imperialismus? Weil die Juden das verkörpern, was man unter Kapital (miß)versteht – den staatenlosen Reichtum.

Haider hatte so unrecht nicht, als er die FPÖ die PLO von Österreich nannte. Es geht eben überall um den Kampf gegen die Juden. Und den Juden gegenüber stellt sich, wie Adorno und Horkheimer wußten, »die Volksgemeinschaft automatisch her«. Die rabiate und ratzekahle antiisraelische Linke ist im Äußeren ungefähr so weit wie Haider im Inneren – nur hat sie bei weitem weniger Einfluß. Aber so einflußlos sie auch ist, es handelt sich wirklich um eine Avantgarde: »Keine europäische Unterstützung für Israel!« lautet eine ihrer obersten Forderungen. Und dorthin bewegt sich Europa, wie Massenmedien und Politik zeigen, ohnehin – es ist eben eine ganz automatische Avantgarde. So geht sie der blauschwarzen Außenpolitik wie ein Tambourmajor voran: Bei der UN-Resolution war Österreich unter den neun europäischen Staaten, die dem arabischen Antrag der einseitigen Verurteilung Israels zum Durchbruch verhalfen.

Was aber hierzulande nur als linker Aufputz der Volksgemeinschaft auftritt, wird anderswo zur unmittelbaren Gefahr. War die Sowjetunion auch einmal die mächtigste Bastion des Antizionismus, der wahnhafte Antiimperialismus ist heute im Nahen Osten um so bedrohlicher, weil keine sowjetische Macht mehr existiert, über die der Konflikt reguliert werden könnte – wie es im Kalten Krieg dank des übergeordneten Konkurrenzverhältnisses der beiden Supermächte immer wieder möglich war. Was sich vielmehr abzeichnet, ist die Konkurrenz zwischen Europa und den USA auf Kosten Israels, eine Art zweites Kosovo.

Rückblickend erscheint darum auch die »gemäßigte« Nahost-Politik Bruno Kreiskys weniger gefährlich. Gleichwohl bildet gerade sie ebenso für Gerhard Schröders neueste Besuchsdiplomatie wie für die Hetze heutiger Islamisten-Leninisten die Voraussetzung – und darin offenbart sie den ganzen Abgrund eines Kompromisses in der postfaschistischen Gesellschaft: Die Resultate des Nationalsozialismus zu bejahen und darauf eine »vernünftige«, »fortschrittliche« Politik zu gründen, kann im Inneren wie im Äußeren immer nur den antisemitischen Wahn perpetuieren, bis er eines Tages wieder in großem Maßstab handlungsfähig wird.

Als Hitler im Führerbunker testamentarisch noch einmal die Ausrottung des Bolschewismus beschwor und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den »Weltvergifter aller Völker«, das »internationale Judentum« aufrief, bedauerte er insbesondere – und erklärte damit die Niederlage – , daß man eine kühne Freundschaftspolitik mit dem Islam versäumt habe. Das soll jetzt nachgeholt werden.

Konkret 12/00, S. 24

Arno Neuber

EU, die Einsatz-Union

Was bisher nur die USA durften und konnten, das will die Weltmacht Europa unter Deutschlands Führung künftig auch: an jedem Ort der Welt Kriege führen und anführen. Mit einer schnellen Eingreiftruppe von 80.000 Mann

»Europa steht vor der Entscheidung, Weltmacht werden zu wollen. Nur als globaler Mitspieler wird es in der Lage sein, seine gesellschaftlichen Vorstellungen zu erhalten gegenüber dem auf anderen kulturellen Vorstellungen beruhenden Weg Ostasiens wie gegenüber dem weitgehend auf rechenbare Effizienz gerichteten Streben Amerikas. Das europäische Modell heißt Wettbewerb und soziale Verpflichtung. Die Identität Europas, die in dem Begriff ›Mensch und Markt‹ zusammengefaßt werden könnte, ist eben nicht deckungsgleich mit dem Selbstverständnis Amerikas.«

Egon Bahr: *Deutsche Interessen – Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik,* 1998

So schön kann sozialdemokratische Prosa sein: Europa muß Weltmacht werden, um seine sozialen Werte gegen das amerikanische Profitstreben zu verteidigen. Und zur Weltmacht gehören nun einmal auch Soldaten. Europäisches Militär erkämpft das soziale Menschenrecht.

In Wahrheit ist die Militärmacht Europa ein Konkurrent der Weltmacht USA, keine Alternative. Wobei die europäischen Führungsmächte durchaus unterschiedliche Interessen mit den Formeln von der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der europäischen Verteidigungsidentität verbinden. Frankreich strebt autonome europäische Militärstrukturen (separat) an, London will eine europäische Militär-Komponente innerhalb der Nato, die mit US-Rücksprache auch für europäische Zwecke genutzt werden kann (separierbar), Deutschland versucht, seine eigene Position maximal zu stärken, indem es vermeidet, sich zu früh »zwischen Paris und Washington entscheiden« zu müssen. Noch fehlen Deutschland wesentliche Insignien und Mittel einer mehr als ökonomischen Großmacht. Sichtbarer Ausdruck sind die bisher erfolglosen Bemühungen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Noch wichtiger dürfte in dieser Beziehung die Frage des Zugriffs und der Verfügungsgewalt über Atomwaffen sein. Entgegen der landläufigen Sicht, wonach die Bundesrepublik für alle Zeit auf Produktion und Besitz von Atomwaffen verzichtet habe, weist Matthias Küntzel (in seiner Studie *Bonn und die Bombe*) auf die Lücken dieses Verzichts hin, der zudem niemals freiwillig geleistet wurde: »Der Nuklearverzicht für Gesamtdeutschland ist ebensowenig wasserdicht wie die bisherigen Verzichtserklärungen der BRD.« Deutschland hat diesen Verzicht in der Vergangenheit nämlich stets mit Vorbehalt geleistet und sich insbesondere die Option eines Zugriffs auf Atomwaffen im europäischen Rahmen offengehalten.

Deutschland hat von Anfang an die Militarisierung der Europäischen Union unterstützt und nach Kräften vorangetrieben. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 hatte die EU sich bereits die Möglichkeit geschaffen, das Militärbündnis Westeuropäische Union (WEU) mit Kriseneinsätzen zu beauftragen. Im Frühjahr 1996 beschlossen die Außenminister der EU bei ihrem Treffen in Berlin, die sogenannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) weiter auszubauen und Möglichkeiten für die Nutzung von Nato-Mitteln für WEU-Einsätze zu schaffen.

Auf dem EU-Gipfel im Juni 1997 in Amsterdam wurde dann von der »Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik« gesprochen, »die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte und so die Identität und Unabhängigkeit Europas« stärken sollte. Diese »Verteidigungs«politik sollte das gesamte Spektrum der sogenannten Petersberg-Aufgaben umfassen, also: »Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen«. Das Militärbündnis WEU wurde weiter an die EU gekoppelt. »Die Westeuropäische Union (WEU) ist integraler Bestandteil der Entwicklung der Union; sie eröffnet der Union den Zugang zu einer operativen Kapazität.«

Während sich bei den Regierungskonferenzen zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996 und 1997 erweiterte militärische Befugnisse der EU, wie sie vor allem von Deutschland und Frankreich gefordert wurden, gegen britischen Widerstand nicht durchsetzen ließen, vollzog die Blair-Regierung im Vorfeld des EU-Sondergipfels von Pörtschach (Österreich) im Oktober 1998 eine Kehrtwende.

Im Dezember 1998 trafen sich die Regierungschefs von Frankreich und Großbritannien in St. Malo. Blair und Chirac machten sich zum Vorreiter der Militarisierung der EU, indem sie forderten, die Europäische Union müsse »über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren«. Frankreich und Großbritannien forderten für die EU Aufklärungssatelliten und Mittel zur Strategieplanung. »Europa braucht verstärkte bewaffnete Kräfte, die in der Lage sind, schnell auf neue Gefahren zu reagieren, und die sich auf eine starke und wettbewerbsfähige industrielle und technologische Grundlage stützen.« Die beiden Regierungschefs verlangten, daß

»Europa sich in den internationalen Angelegenheiten Gehör verschaffen« muß, und dann vereinbarten die beiden klassischen Kolonialmächte eine »Stärkung der Zusammenarbeit in Afrika« und drohten dem geschundenen Kontinent an, »dort weiterhin voll und ganz engagiert zu bleiben«.

Das erste Halbjahr 1999 stand im Zeichen einer deutschen Doppelpräsidentschaft in der EU und WEU. Auf der alljährlichen Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 1999 in München beschwor Joschka Fischer noch das Bündnis mit den USA. Gleichzeitig aber erklärte er: »Die EU muß die Fähigkeit auch für ein eigenes Krisenmanagement entwickeln, wann immer aus europäischer Sicht ein Handlungsbedarf besteht. Das muß letztlich auch eine militärische Komponente beinhalten ... Wir werden uns in unserer Doppelpräsidentschaft in EU und WEU mit Nachdruck darum bemühen, die Diskussion in der Substanz voranzutreiben. Ein wichtiger Punkt ist die Herstellung europäischer Handlungsfähigkeit unter dem Dach der EU. Ich habe bereits vorgeschlagen, dem zukünftigen Hohen Vertreter für die GASP auch die Funktion des WEU-Generalsekretärs zu übertragen.«

Im Juni 1999 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs in Köln, auf diesen drei Gebieten Rüstungsanstrengungen zu verstärken. Sie bekräftigten die Absicht der EU zu eigenständigen Militäreinsätzen. Die Zusammenarbeit der europäischen Rüstungsindustrien sollte gefördert, die WEU bis Ende des Jahres 2000 in die Europäische Union eingegliedert werden. Die EU wäre damit ein Militärbündnis. Der amtierende Nato-Generalsekretär Solana, der sich als Scharfmacher im Krieg gegen Jugoslawien bewährt hatte, wurde als Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, kurz Mr. GASP, benannt.

Am Rand des Gipfels vereinbarten die am Eurokorps beteiligten Nationen, die Truppe in eine europäische Krisenreaktionstruppe umzuwandeln. Das Eurokorps wurde bereits im November 1993 offiziell in Dienst gestellt und ist seit Ende 1995 einsatzbereit. Es umfaßt 55.000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien. Kohl und Mitterand, die bei ihrem Treffen in La Rochelle im Mai 1992 die Initiative zur Aufstellung dieser Einheit ergriffen hatten, sahen das Korps schon seinerzeit als »Kern einer europäischen Verteidigungsidentität«.

Die Gegensätze zwischen den USA und den Europäern wurden indes immer offener ausgetragen. Im Oktober 1999 hielt der stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott bei einer Konferenz über die Zukunft der Nato in London eine Rede, in der er die Europäer abmahnte. »Die Vereinigten Staaten sind für die ESVI (Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität)«, aber: »Wir möchten keine ESVI, die erst innerhalb der Nato entsteht, dann aber der Nato entwächst und sich schließlich der Nato entfremdet, denn das würde zu einer ESVI führen, die anfänglich ein Duplikat der Nato wäre, aber mit der Zeit mit der Nato konkurrieren könnte.«

Die USA treten zwar in Worten für eine stärkere europäische Verantwortung ein, verstehen darunter aber vor allem die Übernahme von höheren Lasten durch die Europäer. Gleichzeitig versuchen sie ihre militärische Dominanz zu festigen. Sie lehnen die Doppelung von Kommandostrukturen ab, um die US-dominierten Nato-Strukturen zu erhalten. Außerdem widersetzen sie sich der Bildung eines »european caucus«, eines europäischen Gremiums, in dem die Euro-Fraktion in der Nato ihre Interessen abstimmt, bevor sie im Nato-Rat mit den USA verhandelt.

Der EU-Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 traf konkrete Festlegungen über eine EU-Interventionstruppe. »Bis zum Jahr 2003«, berichtete das »Handelsblatt«, »sollen rund 50.000 bis 60.000 Soldaten, ausgerüstet mit hochmodernem Material, innerhalb von sechzig Tagen mobilisiert werden können, um bei Konflikten selbst in peripheren Gebieten auf diesem Globus rasch nach dem Rechten sehen zu können.« Die Truppe soll dort ein Jahr durchhalten können, unabhängig von den USA und der Nato. »Der Führungsanspruch der USA und die Nato werden aber nicht in Frage gestellt«, meinte die Zeitschrift »Soldat und Technik« süffisant, während die »FAZ« die »Abkehr von der Nato-Entscheidung von 1996« konstatierte, eine »›trennbare, aber nicht getrennte‹ Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) in der Nato zu entwickeln«. Überschrift: »Getrennt marschieren oder zusammen?«

Bei dieser Euro-Eingreiftruppe geht es nicht um ein stehendes Heer, sondern um Einheiten aus den EU-Staaten, die kurzfristig mobilisiert und verlegt werden können. Was das konkret bedeutet, erläutert der ehemalige Militär-Staatssekretär Lothar Rühl: »50.000 bis 60.000 Soldaten zur Krisenbeherrschung im Einsatz erfordern eine ebenso große Reserve in Bereitstellung zur Ablösung nach vier bis sechs Monaten, also wenigstens 120.000 Mann als Verfügungstruppe, dazu die geeigneten Transportmittel und eine bewegliche Logistik zur nachhaltigen Unterstützung aus der Luft und über See. Dazu müssen die EU-Partner für ihr geplantes Krisenreaktionskorps gemeinsame Materialdepots und eine zentrale Logistiksteuerung, gemeinsame Haushaltsmittel und Transportkapazitäten mit technischer Arbeitsteilung aufbauen ... Die jüngsten EU-Verabredungen über strategische Aufklärung und strategischen Lufttransport (an dem es gleichfalls mangelt) benötigen für ihre Verwirklichung Finanzmittel in zweistelliger Euro-Milliarden-Höhe, wenn neue, moderne Systeme beschafft ... werden sollen. Moderne Informations- und Kommunikationstechnik müßte gemeinsam beschafft werden. Dasselbe gilt für moderne zielsuchende Munition und Abstandswaffen, an denen es im Kosovo-Krieg den europäischen Kampffliegern am meisten fehlte, von Marschflugkörpern nicht zu reden.«

Um die Militärunion weiter voranzutreiben, wurden drei Gremien geschaffen: ein »Ständiger Ausschuß für politische und Sicherheitsfragen« (APS) in Brüssel, der »im Falle einer militärischen Krisenbewältigungsoperation« die »politische Kontrolle und strategische Leitung der Operation wahrnehmen« wird; ein »Militärausschuß« (MA), zusammengesetzt aus den Stabschefs der Mitgliedsstaaten; und ein »Militärstab« (MS), bestehend aus hohen Militärs, die den EU-Instanzen in Brüssel ständig »militärisches Fachwissen und militärische Unterstützung bereitstellen« und sich mit »der Frühwarnung, der Lagebeurteilung und der strategischen Planung« befassen.

In Helsinki wurde außerdem eine vorläufige Kompromißformel für das Verhältnis von EU und Nato gefunden. Im Abschlußdokument heißt es: »Der Europäische Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, die Union in die Lage zu versetzen, autonom Beschlüsse zu fassen und in den Fällen, in denen die Nato als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen.«

Im Februar 2000 fand faktisch die erste Übung einer europäischen Militärintervention unter Nutzung von Nato-Mitteln statt. Sie trug die Bezeichnung »CMX/CRISEX 2000 (Crisis Management Exercise)«. Und im April übernahm das Eurokorps die Führung über die 45.000 KFOR-Soldaten im Kosovo.

US-Verteidigungsminister Cohen zeigte den Europäern im Frühjahr in einem Zeitungsinterview noch einmal deutlich die amerikanische Toleranzgrenze auf: »Nur eine der Nato klar untergeordnete europäische Komponente findet die Zustimmung der USA.« Eine »total separate«, unabhängige, autonome europäische Militärorganisation würde das transatlantische Band sprengen.

Im Juni tagte der Europäische Rat in der portugiesischen Stadt Feira. Unter der portugiesischen Präsidentschaft wurde das Problem der Beteiligung sogenannter Drittländer an EU-Militäraktionen bearbeitet. »Die Europäische Union wird Drittländer ermutigen, zusätzliche Beiträge zu leisten. Damit diese Länder zur Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten beitragen können, wird der nächste Vorsitz (seit dem 1. Juli: Frankreich) geeignete Maßnahmen hinsichtlich der Beitragskonferenz treffen. Bei diesen Maßnahmen wird den Fähigkeiten der sechs europäischen Nato-Mitglieder, die nicht der EU angehören, Rechnung getragen. Die bereits erfolgten Beitragsangebote der Türkei, Polens, der Tschechischen Republik und Norwegens werden begrüßt.«

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2000 trat US-Verteidigungsminister Cohen noch schärfer als gewohnt auf. Nach einer Abstrafung der Europäer wegen angeblich ungenügenden Engagements im Krieg gegen Jugoslawien stellte er Bedingungen im Hinblick auf europäische Militärambitionen. »Ich würde gerne kurz auf die ESVI eingehen, denn dafür engagieren sich die Europäer stark, und, offen gesagt, stehen auch wir in den Vereinigten Staaten dem positiv gegenüber und wollen die ESVI unterstützen, wenn sie genau das tut, was Generalsekretär Robertson vorhin sagte – nämlich drei Dinge beachten: Unteilbarkeit – es darf keine Trennung der Verbindung zwischen Nato und ESVI geben. Verbesserungen – Fähigkeiten, die wir heute nicht haben, müssen aufgebaut werden. Einbindung – alle Nato-Länder, die nicht Teil der EU sind, müssen Zugang zum Planungs- und Vorbereitungsteil haben, sonst wird es Widerstände gegen die umfassende Zusammenarbeit zwischen Nato und ESVI geben. Dies sind die entscheidenden Bestandteile, und wenn sie beachtet werden, wird es keine Probleme geben.«

Das Drittländer-Problem beschäftigte auch die Außen- und Kriegsminister der WEU-Staaten. Bei ihrem Treffen in Porto beschlossen sie, die WEU nicht vollständig aufzulösen. Sie wird zwar, wie angekündigt, bis zum Jahresende in die EU integriert, aber nur hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen zur Militärintervention. Die Beistandspflicht im Falle eines Angriffs (Arti-kel 5) wird nicht auf die Europäische Union übertragen. Ein Zugeständnis an die EU-Länder, die weder der WEU als Vollmitglied noch der Nato angehören.

Die EU übernahm von der WEU gleichzeitig die Kontrollmission in Albanien und die Minenräumaktion in Kroatien.

Auf eine zusätzliche Dimension der Drittländer-Frage verweist Georg Polikeit in der »UZ«: Auch bei den Verhandlungen mit den derzeitigen EU-Beitrittskandidaten spielt die Frage ihres militärischen Beitrages eine Rolle. Die Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland sollen in europäische Militärstrukturen eingebunden werden. »Im Ergebnis dieser Drittländer-Einbeziehung könnten also alle ost- und südosteuropäischen Staaten bis unmittelbar an die Grenzen Rußlands und der anderen Nachfolgestaaten der UdSSR, im Süden der Ex-UdSSR in Richtung Kaukasus, in die Militärstruktur der EU eingebunden und damit zugleich zum militärischen Operations- und Aufmarschgebiet für den EU-Generalstab werden. Dabei wird deutlich, daß es bei der EU-›Osterweiterung‹ keineswegs nur um die ›ökonomische Integration‹ dieser Länder in den ›gemeinsamen europäischen Markt‹ geht. Ziel ist die Ausweitung des politischen und militärischen Machtbereichs der imperialistischen EU-Konstruktion weit über ihre bisherigen Grenzen hinaus nach Osten – und dort liegt dann wahrscheinlich auch der Hauptschwerpunkt künftiger militärischer ›Einsatzszenarien‹.«

Ohne große öffentliche Aufmerksamkeit legte am 28. Juli dieses Jahres eine Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung Headline Goal Task Force (HGTF) einen detaillierten Anforderungskatalog für eine Euro-Eingreiftruppe vor.

Am 22. September trafen sich die EU-Kriegsminister in der Nähe von Paris, um die für den 20. November vorgesehene EU-Truppensteller-Konferenz vorzubereiten. Der französische Verteidigungsminister konkretisierte dort die Planungen insoweit, als er den Bedarf an EU-Soldaten für »ein eigenes Instrument zur Projektion von Macht« mit 80.000 Mann bezifferte. Das sind Landstreitkräfte (50.000-60.000 Soldaten) plus 300 bis 350 Flugzeuge plus 80 Schiffe. Um die Einsatzfähigkeit für mindestens ein Jahr sicherzustellen, werde grob das Dreifache dieser Zahl benötigt. »Verteidigungsminister Scharping hatte zuvor vor Journalisten angedeutet, der deutsche Beitrag werde aus 18.000 Soldaten bestehen«, berichtete die »Frankfurter Allgemeine«. Das Heer habe etwa zwei Drittel zu stellen, schnell verlegbare Verbände, aber auch Panzer, Artillerie, Fernmelder, Sanitäter und Versorgungseinheiten. Die Luftwaffe und die Marine würden mit insgesamt etwa 6.000 Mann beteiligt. Insgesamt müsse Deutschland also 54.000 Soldaten zur Verfügung halten.«

Die in Helsinki beschlossenen Führungsgremien tagen seit dem 1. März regelmäßig in Brüssel. Feuertaufe für den Stab von Mr. GASP war die EU-Einmischung in die jugoslawischen Präsidentschaftswahlen. Solanas Komitee für Politik und Verteidigung soll »in Krisen die Lage beobachten sowie Handlungsoptionen prüfen und im Falle einer beschlossenen militärischen Intervention die politische Kontrolle über die Operation ausüben« (»FAZ«).

Verteidigung ist für diese Armee, ebenso wie für die Nato, kaum mehr als eine Erinnerung an die eigene Entstehungsgeschichte. Der eigentliche Ernstfall, für den sie geschaffen wird, ist die militärische Intervention – wenn möglich unter friedlichen Rahmenbedingungen, wenn nötig unter kriegerischen. Beides soll unter einem Mandat der UNgeschehen – aber wenn es nicht vorliegt, dann notfalls auch ohne; so wie im Kosovo geschehen, um der Gewalt ein Ende zu bereiten und den Frieden zu retten. Was das ist, bestimmt die westliche Wertegemeinschaft allerdings nach ihren eigenen Maßstäben – nach welchen sonst sollte sie sich richten? ... Gestern geschah das in Bosnien, heute auch im Kosovo, morgen womöglich auf den Golan-Höhen oder im Golf. Militärische Einsätze könnten für die Bundeswehr Alltag werden ...

Karl Feldmeyer über die neue Bundeswehr, in:»FAZ«, 19.10.2000

Arno Neuber ist Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen und hat jüngst den »ISW-Report« Nr. 44 »Armee für alle Fälle. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee« vorgelegt.

Konkret 12/00, S. 27

Stefan Wirner

Grün ist der Wechsel. Und geplatzt

In der Außenpolitik haben die Ökos ihre Wahlversprechen 217prozentig erfüllt. Und auch in anderen Bereichen gaben sie ihr Bestes

1998 haben die Grünen ihrer Klientel versprochen, was zu versprechen war. Ihr Programm zur Bundestagswahl nannte sich »Grün ist der Wechsel«. Das 160 Seiten dicke Bändchen bot nicht weniger als den geflissentlich ausgearbeiteten Entwurf einer besseren Welt. Einer besseren Welt, wie Mülltrenner und Menschenrechtler sie sich vorstellen.

Anders als die Sozialdemokraten verkündeten die Grünen, was sie unter Außenpolitik verstanden. »Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert« nennt sich das entsprechende Kapitel im Wahlprogramm. Der »außenpolitische Aufbruch« kam, wie allgemein bekannt, als ein Angriffskrieg daher, der alles bot, was einen Krieg heutzutage auszeichnet: vom medialen Sperrfeuer bis hin zum Einsatz von Urangeschossen. Im Wahlprogramm der Ex-Pazifisten-Partei las sich das etwas anders: »Bündnis 90/Die Grünen tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.«

In diesem Kapitel des Wechsel-Pamphlets ist es ratsam, jeden Satz in sein Gegenteil zu verkehren, um die grüne Realpolitik zum Vorschein zu bringen: »Eine gesamteuropäische Friedensordnung schaffen – die OSZE stärken, die Nato zurückdrängen.« Wir erinnern uns alle daran, wie die Nato von Außenminister Joseph Fischer auf dem Balkan zurückgedrängt wurde. So weit zurück, daß sie jetzt kurz vor Belgrad campiert. »Öffentliche Gelöbnisse und andere Militärspektakel lehnen wir ab.« Der Einladung der Bundeswehr zum öffentlichen Gelöbnis folgen wir aus purer Höflichkeit.

»Rüstungsexporte deutscher Unternehmen in Gebiete außerhalb der EU, der USA und Kanadas (sind) zu unterbinden und alle Subventionen von Rüstungsexporten zu beenden.« Spätestens seit der Diskussion um die Lieferung von 1.000 Leopard-Panzern an die Türkei dürfte der Glaube an diese Wahlkampfaussage leicht erschüttert sein. Das Geschäft kam nicht zustande, allerdings nur, weil die Türkei dann doch nichts kaufen wollte. Sinnlos erleichtert titelte die »Taz«: »Türkei rettet Rotgrün« – als ob die Regierung durch den Panzerdeal, wäre er denn zustande gekommen, ernsthaft gefährdet worden wäre. Wenn ein Krieg nicht das Ende der Koalition bedeutete, warum dann ein Kriegsgeschäft?

Der jüngst veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung hat es an den Tag gebracht: Ein Drittel der deutschen Rüstungsexporte geht in die Türkei. Geliefert werden vor allem Kriegsschiffe, aber auch eine Munitionsfabrik. Nach dem Bekanntwerden des Berichts beklagt das grüne Zentralorgan die mangelnde »Transparenz« des Berichts. Wie transparent hätten wir es denn gern? Der Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland steigerte sich 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 217 Prozent. 9.373 Einzelanträge im Gesamtwert von 5.918.669.801 Mark bedeuten neuen deutschen Rekord.

»Deutschland bemüht sich angeblich um Frieden in der Welt und profitiert gleichzeitig von Waffenexporten«, heißt es im grünen Wahlprogramm – auf die Zeit vor der rotgrünen Machtübernahme gemünzt. »Die Bilanz der CDU-geführten Regierung lautet: Rekordarbeitslosigkeit, Rekordstaatsverschuldung, Rekordpleitewelle, Rekordverarmung, Rekordbereicherung« – eine Krise, die nun durch rotgrüne Rekordrüstung überwunden wird.

Man muß sich in die Gedankenwelt der ehemaligen Anti-Partei einfühlen. Bei den Grünen geht es um »Friedenssicherung«, Soldaten sind »Friedensfachkräfte«, kriegerische Überfälle heißen »Peace-Keeping-Einsätze«. Und der Rüstungsexportbericht wird zum Menschenrechtsexportbericht. Gelegentlich lassen die Grünen nämlich durchblicken, wohin sie tatsächlich wollen. Da gerät dann versehentlich eine Prise Wahrheit ins Programm: »Die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte zum Leitmotiv deutscher Außenpolitik machen«, und was das heißen soll, war von Anfang an klar: deutsches »Peace-Keeping« all around the globe – von Kambodscha bis Somalia, vom Irak bis Bosnien-Herzegowina. Oder von Indonesien bis Tschetschenien, von Tibet bis Kolumbien. Für den Menschenrechtsexport wollen Bündnis 90/Die Grünen die EU »reformieren und öffnen«, eine »Reform der Uno« einleiten und eine »Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung« aufbauen. Was heißt, den deutschen Einfluß stärken – überall. Und noch einmal: »Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.«

Aber nicht nur im Kapitel zur Außenpolitik ist es ratsam, die grünen Wahlkampfbotschaften ins Gegenteil zu verkehren, um an ihre Essenz heranzukommen. Auch in anderen Politikfeldern zeigen sich die Grünen nach dem Wechsel wie ausgewechselt. Eine Passage im ersten Kapitel des Wahlprogramms lautet: »Die Bundesregierung fördert den Auto- und Flugverkehr durch hohe Subventionen. Sie betreibt, gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, weiter Atomkraftwerke und produziert Atommüll.« Hier stimmt jedes Wort. Fragt sich nur, welche Bundesregierung gemeint ist. Die alte unter Kohl oder die neue? Oder spielt das überhaupt noch eine Rolle?

Die Grünen versprechen in ihrer Wahlbroschüre das Blaue vom Himmel. Was man von ihnen kriegt, ist immer dasselbe in Grün. Der Lieblingsbegriff der zerknirschten Menschheitsbeglücker heißt »Reform«. Alles mögliche soll reformiert

werden: die europäische Agrarpolitik genauso wie die Uno, das Bodenrecht oder die Vermögensbesteuerung. Die Betroffenen der Reformen im sozialen Bereich aber werden es schwer haben, sich von den Folgen zu erholen.

Thema »Bürgerrechte, Demokratie und öffentliche Sicherheit«: Hier will man die »Rechte von Minderheiten stärken« und der Wählerklientel den »Schutz von Flüchtlingen als oberstes Prinzip der Asylpolitik« verkaufen. »Abschiebungshaft verstößt gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Wir lehnen sie darum ab« – und schieben weiter ab. »Für bloßes Durchwursteln, als reine Mehrheitsbeschaffer, stehen wir nicht zur Verfügung.« Vielleicht für reines Durchwursteln und als bloße Mehrheitsbeschaffer? Oder muß man diese Sätze rückwärts lesen, damit sie wahr werden? Wenn die Grünen beteuern, daß es mit ihnen keine weitere Änderung des Asylrechts gebe, ist das Asylrecht so gut wie gestrichen.

Nur manchmal entsteht in ihrem Wahlprogramm der Eindruck, daß sie es doch so meinen könnten, wie es da steht. »Soziale Nachhaltigkeit erfordert aber auch die Beteiligung aller an gesellschaftlicher Arbeit«, drohen sie. Sozialhilfe für lau? Nicht mit den Alternativen. Oder: »Nur gemeinsam, mit der Kompetenz von BürgerInnen, mit den Kommunen und Verbänden, den Kirchen und Bürgerinitiativen sowie einer bürgerInnennahen Polizei lassen sich Sicherheit und Sicherheitsgefühl erhöhen.«

Nein, lieber blättert man wieder ein paar Seiten zurück und genießt in aller Stille: »Wir wollen den Sozialstaat durch Erneuerung sichern«, »Wir wollen die Demokratie ausbauen«, »Wir wollen die herrschende Verantwortungslosigkeit gegenüber der Zukunft beenden«, »Wir sind entschlossen, Verantwortung zu übernehmen«. Wer »nachhaltig wirtschaften«, »Zukunft gestalten« und »Solidarität neu begründen«, »fairen Wettbewerb« und »mehr Demokratie in der Wirtschaft« wagen will, sollte auf jeden Fall grün wählen. Schließlich ist es ganz belanglos, ob die Grünen sagen, was sie meinen, oder tun und lassen, was sie nicht meinen. Hauptsache ist, sie regieren.

Stefan Wirner schrieb in KONKRET 10/2000 über die Wahlversprechen der SPD

Konkret 12/00, S. 31

Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Judenwitze

So wie es Gebrauchstexte gibt, gibt es auch eine Gebrauchskomik; beide wollen gefallen. Letztere bestätigt dem Publikum auf lustige Weise ein Ressentiment, natürlich mit dem berühmten Augenzwinkern, von dem man hierzulande nie weiß, ob es Ironie oder larmoyantes Einverständnis signalisiert. »Das endgültige Satiremagazin« ist in den letzten Jahre dazu übergegangen, Gebrauchskomik abzuliefern, die so gefällig ist, daß ihr Ironie schon völlig abgeht, wie die Anzeigenpersiflage der israelischen Tourismusbörse in der »Titanic«-Ausgabe 11/2000: »Samson und Delila waren hier« verkündet ein Anzeigen-Fake mit dem Bild des palästinensischen Jungen, der im nächsten Moment erschossen werden wird – »immer nur einen Steinwurf entfernt von pulsierenden Städten, einladenden Stränden ...«. Da kann der »Titanic«-Leser nicht mal schmunzeln, sondern nur seufzend sein Einverständnis nicken. Da steckt ja richtig Wahrheit drin, und die ist traurig, zumindest von deutschen Schreibtischen aus betrachtet. Warum machen die da unten nicht einfach Frieden? Dann hätte auch ich meine Ruhe. Doch das Augenzwinkern folgt sogleich: »Besuchen Sie uns lieber im Internet.« Richtig, ich kann die Glotze ja auch abschalten – und nach Israel muß ich auch nicht unbedingt jetzt fahren. Und schon ist das Gleichgewicht des deutschen Metropolenbewohners wieder hergestellt.

Im gleichen Heft macht sich der Schreiber eines an die Stadt Frankfurt/Main gerichteten »Briefs an die Leser« darüber lustig, daß dort eines der »größten Mit- und Großbürger, des Immobilienmaklers Ignatz Bubis, nach seinem Hinschied als ›Gewissen der Nation‹ (›Bunte‹) richtig und angemessen gedacht werden solle«. Der Tip der Redaktion: »Wenn schon keine jener Mietshauszeilen, die Bubis im Laufe seines erfüllten Arbeitslebens mit brutaler Gewalt von Instandbesetzern hat freiräumen lassen, seinen Namen z. B. als ›Bubis-Block‹ tragen darf«, solle man doch besser den »im letzten Jahr verblichene(n) ehemalige(n) Vorsitzende(n) des Zentralrats der Juden in Deutschland nach Ignatz Bubis benennen«. Lustig ist das nicht, schmunzeln tu ich nur, wenn ich schon vorher weiß, was alle wissen: wie schlimm es ist, daß fortwährend über den Juden, aber nie über den Kapitalisten Bubis geredet wird. Dann fühle ich mich bestätigt und reihe mich ein bei den Opfern von Gemeinheit und Verstocktheit. Es funktioniert ganz einfach: Humor ist, wenn man trotzdem lacht; wir lassen uns das Singen nicht verbieten; wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen; Lachen macht frei – oder bekomme ich da etwas durcheinander?

Konkret 12/00, S. 31

Otto Köhler

In diesem Sinne - Arschlecken

Alter Trick. Nichts druckte das Blatt der »Mörder von morgen«, wie Adolf Arndt die »Nationalzeitung« nannte, lieber als ein Interview mit einem Juden. Und »Mut«, in den siebziger Jahren das Organ der »Aktion Widerstand« (»Brandt an die Wand«), wurde groß durch Interviews mit der Gräfin Dönhoff und Leserbriefe des Abonnenten Helmut Kohl. So kam das braune Blatt direkt aus dem Verfassungsschutzbericht in die gutbürgerlichen Wohnstuben. Nicht anders macht es nun die Nazi-Postille »Junge Freiheit«. Schon 1995, als das rechte Blatt auf wöchentliches Erscheinen umstellte, verteilte es einen Hochglanzwerbeprospekt, Titel: »Eine Zeitung mit vielen Gesichtern«, in dem es seine prominenten Interviewpartner outete. Manche sahen sich damals noch verleumdet. Sogar Michael Wolffsohn, der Rechtsaußendozent der Bundeswehruniversität München, wollte sich nicht als das vorführen lassen, was er doch ist: »Ich laß' mich nicht als Alibi-Jude von den Rechten einspannen«, erkärte er, nachdem es passiert war, und erinnerte sich lediglich, daß ihn zwei Studenten um ein Gespräch für eine »Studentenzeitung« gebeten hatten.

Doch jetzt, nachdem gerade erst Joseph Fischers Staatsminister Christoph Zöpel mit einem Interview das »Zentralorgan der Dummheit« aufgewertet hatte, wie der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde Andreas Nachama kritisierte, setzte Charlotte Knobloch, die Vizechefin des Zentralrats der Juden, diese Aufwertung fort. In einem »großen JF-Interview« bekannte sie als Vizepräsidentin des Zentralrats den jungen Rechtsextremisten, was vielleicht vor anderem Publikum seinen Sinn gehabt hätte: »Aber sicher: die Philosemiten sind für mich eine gefährliche Gruppe.«

Eine Woche später fällt Rolf Hochhuth den Rechten um den Hals mit der schon auf der Titelseite zitierten Vorbemerkung: »Ja, seitdem ich von Demokraten regiert werde, habe ich ziemlich viel Sympathie für die Monarchie.« Er verteidigt sich gegen den Vorwurf, Martin Walser weh getan zu haben, den laut »Junge Freiheit« in der Paulskirche »sein Gewissen gedrängt« habe, und bestätigt ihnen, der »Freund« sei »unbedingt integer«. Zum Schluß setzt er sich vor den jungen Rechtsextremisten für eine Rückführung des Bismarckdenkmals zum Reichstag ein, was ja angesichts des Rückschritts der Schröderschen Sozialgesetzgebung weit hinter Bismarck irgendwoanders – nur nicht in diesem Blatt – verständlich sein mag. Daß aber Hochhuth sich mit den Herrschaften der »Jungen Freiheit« auch noch gemein macht, indem er in ihrer Gegenwart seine Hose runterläßt, ist so nicht mehr zu erklären. Sie fragen ihn: »Was antworten Sie denen, die Sie ob Ihres Vorschlages einen Reaktionär schimpfen?« Hochhuth: »Die können mich am Arsch lecken.«

–

Konkret 12/00, S. 31

Gert Ockert

In diesem Sinne – Lightkultur

Nachdem Friedrich Merz, der Leiter der CDU-Bundestagsfraktion, Mitte Oktober die »deutsche Leitkultur« eingefordert hatte, entrüsteten die leitenden Sprachorgane sich sehr laut. Und so wurde die deutsche Demokratiekultur alsbald gerettet. Marie-Luise Beck z. B., Ausländerbeauftragte der Bundesleitung, überkam »ein Gruseln« angehörs des Merz-Wortes, und darum schwärmte sie von »unserem Grundgesetz«, denn »es ist eben ein wunderbares Werk«. Das kein Kanake so schnell hinkriegen würde: »Man kann von allen ausländischen Mitbürgern erwarten, daß sie sich den Werten des Grundgesetzes anpassen und diese auch akzeptieren« (Beck). Nämlich z. B. diesen Wert, Art. 22: »Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.« Wunderbar.

Ein anderer Beck, Volker, hörte gleichfalls die Signale, nannte Merz' eindeutig chauvinistische Äußerung ein »Gefasel« und jammerte: »Was soll ein NPD-Verbot ausrichten, wenn demokratische Politiker der Ausländerfeindlichkeit eine argumentative Bresche in die Mitte der Gesellschaft schlagen?«

Die Annahme, der Merz sei ein »Demokrat der Ausländerfeindlichkeit«, hat was Kühnes. Oder auch nicht; schließlich hat sie einer von Joseph Fischers leitenden Leibeigenen geäußert. Dem natürlich nicht aufgeht und in den exportbesorgten Kopf rutscht, daß Friedrich Merz, der gewiß ein eifriger leitender Angestellter seiner Partei ist, bloß prophylaktisch »die argumentative Bresche« zu schließen gedenkt, die das Verbot der NPD hinterlassen wird.

Laurenz Meyer, angehender CDU-Leitungssekretär, verstand besser und pries die »Debatte« um das Merz-Wort als »höchst verdienstvoll«, ja »grandios«. Ein Macher, der Meyer, ein Breschenschläger, ein Träger der leitenden Kultur, kein Zweifel. Alles redet wieder über die Union, so soll es sein. Jedes Prozent, das diese Partei aus dem Nachlaß der Neonazis übernehmen wird, ist eines GEGEN Rechts. Wir werden schon sehen bzw. von Ulrich Deppendorf demonstriert bekommen: So funktioniert deutsche Leitkultur.

Kanzler Schröder, der für die Schmierlappigkeit, Halbbildung, Gewissensarmut der leitenden Kultur eine Ikone abgibt, wie Merz nie eine werden wird, amüsiert sich derweil über das ganze Getue. »Grotesk« sei die Diskussion, bölkte er schwarz-rot-goldrichtig und blökte der CDU zu: »Ihr braucht keine Debatte über Leitkulturen, sondern über Leithammel!« Denn erst die täte, ihr Merzlämmer, ein wunderbares Werk. Im Lande der Lightkultur.

Konkret 12/00, S. 32

Thomas Becker

Der Preis der Demokratie

Preisschock, Stromabschaltungen, Schlägertrupps – endlich lernen die Belgrader die Segnungen des Westens kennen

Der neue Präsident Jugoslawiens ist kein Sozialist, sondern Jurist und Spezialist für Staatsrecht, und von daher denkt er abstrakt und nicht konkret an Speiseöl oder Milch, wenn er über Preise redet. Sonst wäre ihm die Ironie seiner Rede vielleicht schon selbst aufgestoßen, als er am 10. Oktober das Ziel seiner Politik auf folgende Formel brachte: »Der Preis für die Aufhebung aller Sanktionen und die endgültige Festlegung unserer Staatlichkeit muß so niedrig wie möglich sein.« Zu diesem Zeitpunkt waren die Preise, die man in den Läden für Grundnahrungsmittel zu zahlen hatte, allerdings längst nicht mehr »so niedrig wie möglich« – schon gar nicht so niedrig wie vorher, als sie noch staatlich subventioniert waren – , sondern um 50, 100 oder mehr Prozent gestiegen: Öl von elf auf 50 bis 60 Dinar, Milch von neun auf 14 Dinar, Brot von acht auf zehn Dinar, Zucker von neun auf 22 Dinar, Benzin von 20 auf 30 Dinar, Busfahrscheine von drei auf zehn Dinar. Am schlimmsten für die Belgrader: Ab Mitte Oktober kam es fast jeden Tag zu mehrstündigen Stromabschaltungen, und auch die Zentralheizungen wurden nicht warm. Das waren Einschnitte, die aus der Milosevic-Ära vollkommen unbekannt und nicht einmal während des elfwöchigen Nato-Bombardements vorgekommen waren. Die »Herald Tribune« warnte Ende Oktober auf der Titelseite vor »sozialer Anarchie« in den kommenden Wochen. Eine Kostunica-Wählerin sagte dem Blatt: »Wenn nicht bald Hilfe kommt, ist das neue Regime in Gefahr. Die Serben zeigten dem Westen, daß wir Demokratie und Öffnung nach Westen wollen, aber wir können auch nicht überleben ohne heißes Wasser, Gas und Strom. Wir sind normale Menschen. Wir brauchen ab und zu ein Bad.«

Die Preise gerieten außer Kontrolle, als die zuvor gesetzlich bestimmten und staatlich durchgesetzten Preiskontrollen von einem Tag auf den anderen abgeschafft wurden. Diese Maßnahme hatte die Demokratische Opposition Serbiens (DOS), das Bündnis aus achtzehn Parteien, welches Kostunica gegen Milosevic zur Präsidentschaftwahl antreten ließ, bereits am 11. August in ihrem Wahlprogramm öffentlich angekündigt. Die Freigabe der Preise gehört zur üblichen Schocktherapie, welche der Internationale Währungsfonds allen ehemals sozialistischen Ökonomien verordnet hat. Als Ausgleich bot die »G17 Plus«, die Gruppe der eben von diesem Internationalen Währungsfonds gesteuerten Berater Kostunicas, eine »Unterstützung für die Armen« an; das sei besser, schrieben sie in ihrem für die DOS ausformulierten Programm, da »gegenwärtig alle Bevölkerungsteile in unnötiger Weise durch Preiskontrollen abgesichert werden«.

Hatten die Wähler nicht verstanden, was man unter »Privatisierung«, der Übernahme und Zugrunderichtung staatlich kontrollierter Produktion durch privates Monopolkapital, zu verstehen hat? Nein, so blöd kann keiner sein. Schwerer als die unmittelbare Verblödung, die mit Hunderten von Millionen Mark und Dollar für die Verbreitung »unabhängiger Medien« und die Finanzierung der Wahlpropaganda der Opposition vorangetrieben wurde, wogen wohl die Bomben vom vergangenen Jahr, die nicht nur große Teile der Infrastruktur in Serbien zerstörten, sondern vor allem eine politische Message ablieferten: Es gibt nur einen Gott, den des Stärkeren, und kein Volk und kein Staat kann sich seinem Willen entziehen. Eine Woche vor dem Wahltermin mahnte Bodo Hombach, der Koordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, die Wähler ein letztes Mal vor den Konsequenzen ihrer Widerspenstigkeit: »Kein Staat der Erde kann in Isolation zu seinen Nachbarn leben, ohne daß die Bevölkerung dafür einen unerträglich hohen Preis zahlt.« Sein Beitrag erschien übrigens in der auflagestärksten Tageszeitung Jugoslawiens, »Blic«. Soviel zur Pressezensur des »Autokraten« Milosevic ...

Der Putschist aus Cacak

Doch die Wähler wollten nur einen bedingten Machtwechsel – auch die DOS mußte nach dem 24. September einräumen, daß man zwar das Präsidentenamt erobert hatte, nicht aber die Mehrheit im Bundesparlament und damit das Recht zur Regierungsbildung. Es mußte nachgeholfen werden, und dazu diente die »friedliche Freiheitsrevolution des Volkes« (J. Fischer) am 5. Oktober. Die Bilder vom brennenden Parlament und dem Sturm auf das Staatsfernsehen RTS gingen um die Welt.

Die Nachrichtenagentur AP faßte am 20. Oktober zusammen, was sie bei Tatbeteiligten recherchiert hatte: »Die Grundlage für die tumultartigen Ereignisse, die zum Sturz von Milosevic führten, war bereits vor vier Jahren gelegt worden, als die Opposition die Wahl in Cacak gewonnen hatte und Velimir Ilic Bürgermeister geworden war. Teil seines Jobs war eine Fernseh- und Radiostation, eine der vielen lokalen Medieneinrichtungen, die man überall in Jugoslawien findet. Die Milosevic-Anhänger hielten sie für zu unbedeutend, um sich darüber aufzuregen, und kümmerten sich nicht um ihre Schließung ...« Am 5. Oktober kamen am Ortseingang von Cacak 230 Lastwagen mit Steinen, landwirtschaftlichen Geräten und anderer Ausrüstung zusammen. »Ilic führte den Konvoi aus Cacak an, direkt hinter einem Lastwagen, auf dem ein Bagger war. Nach kurzem Verhandlungserfolg durchbrachen sie zwei Polizeibarrikaden und überrollten Lastwagen, die die Straße blockierten ... Einige Polizeioffiziere zogen sich nach subtiler Überzeugungsarbeit zurück. Leute aus dem Konvoi

erinnerten ihre Nachbarn daran, daß sie wußten, wo sie wohnten ... Ilic sagte, die Opposition habe einige der Eliteeinheiten der Polizei rekrutiert, die den wertvollsten Besitz des Regimes schützen – seine Propagandastimme. ›Die Belgrader Einheit, auf die Milosevic für Spezialoperationen baute, war völlig auf unserer Seite‹, sagte Ilic.« Für den Aufbau des lokalen Fernsehsenders in Cacak und das Überlaufen der Spezialeinheiten der Polizei könnten durchaus die Millionen Mark der deutschen Städtepartnerschaft verantwortlich sein. Insgesamt 21 Millionen Mark waren in den letzten Monaten »sehr, sehr heimlich« (Balkanpakt-Koordinator Bodo Hombach) an die serbische Opposition transferiert worden.

Ilic gab gegenüber der Nachrichtenagentur AFP an, daß sein bewaffnetes »Kommando« an jenem Tag 2.000 Leute umfaßte. »Unter meinen Leuten waren Ex-Fallschirmjäger, frühere Armee- und Polizeioffiziere und Leute, die früher in Spezialeinheiten gekämpft hatten.« Selbst auf den Fernsehbildern konnte man sehen, wen er damit meinte: Glatzköpfige Skinhead- oder langhaarige Tschetnik-Typen, die man ähnlich schon in Vukovar oder Srebrenica gesehen hatte. Die britische Kriegsgegnerin Diana Johnstone kommentierte zu Recht: »Der Gipfel der Ironie liegt in der Tatsache, daß solche Paramilitärs, die in erster Linie dafür verantwortlich sind, daß man dem serbischen Volk den (nicht gerechtfertigten) Ruf von ethnischen Säuberern und Kriegsverbrechern gab, von den westlichen Medien kurzentschlossen zu Helden einer begeisternden ›demokratischen Revolution‹ erklärt wurden. Die Methode ist immer gleich: Dieselbe winzige Gruppe von Männern spielt für die Weltmedien die überzogene Karikatur ›der Serben‹, zuerst als Schurken, dann als Helden.«

Weiter gab Ilic gegenüber AFP an, daß Kostunica von seiner Kommandoaktion nichts gewußte habe. »Wir hatten Angst, daß er dagegen war.« Tatsächlich rief Kostunica am Abend des 5. Oktober vor den siegestrunkenen Menschenmassen zur Rückkehr zur Gewaltlosigkeit auf. Der ursprünglich von Ilic für dieselbe Nacht geplante Marsch zum Sitz von Milosevic unterblieb. Im Unterschied zu Kostunica beklagt Djindjic bis heute, daß die »Revolution« an jenem Tag nicht zu Ende geführt worden sei. Auch an anderen Punkten sind die Unterschiede der beiden Politiker evident: Sein erster Staatsbesuch führte Kostunica am 27. Oktober nach Moskau – am selben Tag weilte Djindjic bei Fischer in Berlin. Und: Djindjic verkündete großspurig, daß das Oberkommando der Armee ausgewechselt werden müsse. Kostunica jedoch traf sich mit der zuständigen Generalität, ließ sich deren Sorgen über Gesetzlosigkeit und Anarchie vortragen und nahm keine Abberufung vor.

Doch obwohl damit der Sicherheitsapparat weitgehend in Takt blieb, ist die Sicherheitslage weiter prekär. Kein Wunder: Eine jugoslawische Regierung konnte bis dato noch nicht gebildet werden, bei der Neubildung der serbischen wurden die Ministerposten der Schlüsselressorts paritätisch zwischen Sozialisten, DOS und Draskovics SPO aufgeteilt.

Damit ist die Exekutive blockiert, alles wartet auf die Neuwahl des serbischen Parlaments am 23. Dezember – und dieses Machtvakuum nutzen die Pressuregroups aus Cacak und anderswo. Sogenannte »Krisenstäbe« haben zum Teil mit Prügeleinsatz und Schußwaffendrohung die Kontrolle über wichtige Staaatsbetriebe übernommen und Büros der Sozialistischen Partei überfallen und angezündet. Die italienische Tageszeitung »Il Manifesto«, ansonsten dem Machtwechsel gegenüber eher positiv eingestellt, berichtete entsetzt über die Ereignisse in der Autofabrik Zastava in Kragujevac: »Die Gewerkschafter dort waren unabhängig, sowohl von Milosevic wie der Opposition ... Aber nun werden sie von Gewerkschaftsaktivisten der Opposition, die in Rumänien trainiert worden sind, mit massiven Entlassungen bedroht. ›Wir haben für die Arbeiter gekämpft und uns nicht in die Politik eingemischt. Das soll jetzt unser Verbrechen sein‹, sagte einer.«

Brüderliche Hilfe

Sofort nach Kostunicas Amtsantritt wählte die Europäische Union das erste von ihr vorfinanzierte Wideraufbau-Projekt aus: die Räumung der durch Bomben zerstörten Donau-Brücken. Das Auswärtige Amt in Berlin, offensichtlich schon einen Tag vor dem Parlamentssturm von Milosevics Sturz überzeugt, gab für dieses Projekt schon am 4. Oktober eine Millionen Euro frei und zahlte die Hälfte davon gleich am 6. Oktober aus – schließlich wird die deutsche Wirtschaft der mit Abstand größte Nutznießer der wieder in Betrieb genommenen Donauschiffahrt sein.

Vor dem Krieg führten die einzigen Landverbindungen zwischen Griechenland und Mitteleuropa durch Serbien; sie wurden sämtlich von der Nato-Luftwaffe unbrauchbar gemacht. Ob die Amerikaner, die dabei den Finger am Abzug hatten, damit auch ihren deutschen Konkurrenten schädigen wollten, sei dahingestellt. Jedenfalls führten Verhandlungen im Rahmen des Stabilitätspakts bereits am 27. Mai zu einer Einigung mit Rumänien und Bulgarien über den Bau einer von der Europäischen Union vorfinanzierten Brücke über die Donau. Dieses Projekt war Teil einer Serie von regionalen Infrastruktur-Vorhaben, die auf die Einrichtung des sogenannten Korridor 4 abzielten. Das US-Forschungsinstitut Stratfor schrieb damals über das Projekt: »Es handelt sich um die erste Straßen- und Schienenverbindung zwischen Griechenland und Westeuropa, die nicht durch Serbien, sondern durch Ungarn, Rumänien und Bulgarien führt. Das Entscheidende dabei: Korridor 4 ist Teil einer weitergreifenden EU-Strategie, die darauf ausgerichtet ist, Serbien insgesamt von Europa abzuschneiden.«

Die Message ist klar: Deutsch-Europa braucht Serbien nicht. Wenn Serbien etwas will, muß es etwas bieten. Ob die demokratischen Preise, die man in Jugoslawien jetzt zu zahlen hat, letztendlich niedriger oder höher ausfallen als der schon entrichtete Preis für die Verteidigung der nationalen Souveränität, spielt allerdings keine Rolle mehr, denn auch dieser war zu hoch – schon weil der Kampf auf dem Schlachtfeld nicht gewonnen werden konnte. Auch das hätte man vorher wissen können.

Thomas Becker schrieb in KONKRET 9/2000 über Planungen zum Sturz von Milosevic

Konkret 12/00, S. 34

Rolf Surmann

Modell Deutschland, neue Folge

Die deutsche Wirtschaft läßt ihre Stiftungsinitiative von einem Fachmann aus gutem Hause managen. Er kommt von der Degussa, deren Tochter Degesch einst Zyklon B nach Auschwitz geliefert hat

»Es ist das zentrale Ziel des Fonds, betroffenen NS-Opfern kooperativ, fair, unbürokratisch und vor allem schnell Hilfe zu leisten. Wegen des hohen Alters der Betroffenen muß das vorrangige Ziel darin bestehen, die Initiative schnell, möglichst bis zum 1. September 1999, wirksam werden zu lassen.«

Im November 2000 haben sie immer noch keinen Pfennig ausgezahlt. Nicht einmal eingezahlt haben sie. Denn von den fünf Milliarden Mark, die ihnen schließlich abgerungen werden konnten, haben sie bisher lediglich rund 3,3 Milliarden Mark aufgebracht.

Dabei war die Meßlatte niedrig gehängt. Gleich zu Beginn der Verhandlungen hatten die Unternehmen sich geweigert, das Recht auf Entschädigung anzuerkennen. Allenfalls »humanitäre Leistungen« wollten sie zugestehen. Höchstens ein Promille des Umsatzes (in Österreich wurde ein doppelt so hoher Ansatz vereinbart) sollten die Betriebe dafür in den geplanten Fonds zahlen. Die Bundesregierung übernahm die Hälfte der Gesamtsumme von zehn Milliarden Mark und dann von der für die Industrie verbliebenen Hälfte noch einmal die Hälfte, also drei Viertel insgesamt. Denn die eingezahlten Beträge sind bekanntlich von der Steuer absetzbar.

Die Banken waren schnell mit untergeschlüpft, bevor ihre ungeheuren Profite aus der »Arisierung« näher untersucht und damit bekannt werden konnten. Auch die Allianz nutzte die Gunst der Stunde. Denn sie war wegen nicht erfüllter Vertragsverpflichtungen mit internationalen Untersuchungen durch die nach ihrem Vorsitzenden Eagleburger benannte Kommission konfrontiert. Ihr Beitritt wurde ein lohnendes Geschäft in doppelter Hinsicht: Die Allianz konnte den Forderungen der internationalen Kommission entkommen, und die deutschen Konzerne hatten ein Scherflein mehr für ihren Fonds, aus dem jetzt auch die von den Versicherungen Geschädigten abgefunden werden sollen.

Doch dies war nur der Anfang eines großen solidaristischen Projekts. Hatten die Opfer keinen Anspruch auf Entschädigung, so konnte es auch keine Täter geben, die Rechenschaft abzulegen und entsprechend zu zahlen hatten. Und da es schließlich um »humanitäre Leistungen« ging, war der Weg frei für eine Gala der deutschen Zivilgesellschaft zugunsten: der Überlebenden des Totalitarismus.

Die famose Konstruktion führte zu so bemerkenswerten Ergebnissen, daß selbst solche Unternehmen in die abgepreßte »Rechtssicherheit« vor jeglichen Forderungen einbezogen wurden, die belastet sind und nicht einmal an einen symbolischen Beitrag denken. Umgekehrt wurden 220.000 Unternehmen aufgefordert, sich an dem Fonds zu beteiligen, die zum großen Teil erst nach 1945 gegründet worden waren. Die evangelische Kirche zahlte zudem einen Beitrag, und Pressekonzerne beteiligten sich mit dem pflichtbewußten Hinweis, jetzt müsse es endlich die geforderte »Rechtssicherheit« für die deutsche Wirtschaft geben. Günter Grass schließlich rief die gesamte Bevölkerung zu Spenden auf.

Den NS-Verfolgten nutzt dies in keiner Weise. Weder wird damit ein Beitrag geleistet, die in den Verhandlungen explizit Ausgegrenzten in irgendeiner Form einzubeziehen. (Zu ihnen gehören die Kriegsgefangenen, die unter barbarischen Bedingungen zur Arbeit gepreßt wurden, und nicht zuletzt die Angehörigen der unmittelbar durch Arbeit Vernichteten oder später Verstorbenen.) Noch erhalten diejenigen auch nur einen Pfennig mehr, die – wie Landarbeiter oder »Hausmädchen« – nur deswegen einen gewissen Anteil erhalten, weil andere Zwangsarbeitergruppen auf einen Teil ihres Anspruchs verzichten. Von anderen Ein- und Ausgeschlossenen dieses »Globalabkommens« sei erst gar nicht die Rede. Den Nutzen hatten die Selbstdarsteller in der Seifenoper »Modell Deutschland, neue Folge« allein. Entsprechend groß war die allgemeine Zufriedenheit.

Doch geriet die Inszenierung unerwartet zu einem Flop. Die Akteure in diesem Stück hatten offenbar vergessen, daß die anderen auch nur schauspielerten. So kam es, daß sie die materiellen Voraussetzungen für ihr Spiel in einem Ausmaß aus den Augen verloren, daß sie Bankrott anmelden mußten. Er wurde in dem Augenblick offenbar, als dem Stiftungsassistenten Gibowsky nichts Besseres einfiel, als die der Industrie fehlenden 1,8 Milliarden von den Staatsbetrieben – Bundesbahn, Telekom, Post usw. – einzufordern. Dies war ein klarer Verstoß gegen das gerade vom Bundestag verabschiedete Durchführungsgesetz zur Bundesstiftung. Denn dort war festgelegt worden, daß Beiträge von Unternehmen, die sich mehrheitlich in Staatsbesitz befinden, dem Staatsanteil zugerechnet werden. Die Forderung zielte deshalb auf eine Änderung der Spielregeln oder aber auf einen Offenbarungseid. Gibowsky: »Ewig können wir nicht sammeln.«

Die öffentliche Reaktion war widersprüchlich. Mit der Überschrift »Nicht irgendwann, sondern schnell« verlangte die »FAZ« von der Wirtschaft die stringente Lösung des leidigen Problems. Die »Frankfurter Rundschau« wandte sich für

einen Moment von ihren Hoffnungsträgern ab und vermutete, daß die Summe jetzt wohl nach dem »Prinzip Tricksen und Täuschen« zusammenkommen solle.

Die »Taz« wiederum fühlte mit und empfand die Lage als »blamabel und peinlich«. Unter dem Titel »Das Who's who der Schamlosen« veröffentlichte sie Namen von Firmen, die dem Fonds nicht beigetreten sind. Darunter befinden sich viele illustre: von Compac Computer bis McDonald's. Dieselbe Botschaft verbreitete die »Süddeutsche Zeitung«. Nach ausführlicher Belobigung einer braven Sprachschulleiterin (»Ich bin aus Solidarität beigetreten«) rüffelte sie ausländische Konzerne, deren deutsche Niederlassungen sich der Stiftungsinitiative bisher verweigert haben: »Nicht einmal Tochtergesellschaften aus den USA, wo die deutsche Haltung in der Zwangsarbeiterfrage besonders sensibel gesehen wird, machen eine Ausnahme.« Das ist die Quittung für das, was die US-Regierung den Deutschen da eingebrockt hat.

Je schlechter das Stück, desto wichtiger die Schauspieler. So wird denn auch manche Personalentscheidung bei der Besetzung des Stiftungsvorstands erklärbar. Kandidaten der Verfolgten mit unstrittiger Kompetenz wurden abserviert. An die Spitze gewählt wurde schließlich Michael Jansen, vorher für die »außenwirtschaftlichen Belange« von Degussa-Hüls zuständig. Über Degussa, Gründungsmitglied der Stiftungsinitiative, hatte der US-Anwalt Fagan einmal gesagt, es kümmere ihn nicht, wenn dieser Konzern wegen der zu leistenden Entschädigung Konkurs anmelden müsse. Er hatte damit einen Sturm der Entrüstung provoziert.

Fagans Erklärung aber hatte gute Gründe: Es gibt kaum einen Konzern, der in einem solchen Ausmaß an den Verbrechen der Nazizeit beteiligt war und hierfür so wenig belangt wurde wie die Degussa. 1945 gehörten sieben von zehn Mitgliedern des Aufsichtsrats und acht von zehn Vorstandsmitglieder der NSDAP an. Die Degussa hatte sich entsprechend kräftig an der »Arisierung« etlicher Firmen beteiligt. In Gliwice gründete Degussa 1941 ein Rußwerk, für das die Firma Arbeitskräfte aus dem KZ Auschwitz rekrutierte. Ein wichtiges Geschäftsfeld der **De**utschen **G**old- **u**nd **S**ilber**s**cheide**a**nstalt war das Einschmelzen von Raub- und Opfergold, um dessen Anlieferung sie sich vehement bemühte.

1919 schon hatte Degussa die Firma Degesch gegründet, die 1922 unter dem Namen Zyklon B ein Schädlingsbekämpfungsmittel patentieren ließ. Ab 1941/42 war Zyklon B »zum Standardmittel der Massenvernichtung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern« geworden. Die Degussa verdiente zudem über ihre Tochter Auergesellschaft, indem sie »die SS-Bedienungsmannschaften mit den dazugehörigen Spezialgasmasken belieferte« (siehe Karl-Heinz Roth: Ein Spezialunternehmen für Verbrennungskreisläufe: Konzernskizze Degussa, in: 1999, 2/88).

Auch nach 1945 blieb die Degussa im einschlägigen Geschäft. Im November 1997 berichtete die »Süddeutsche Zeitung« über Ermittlungen gegen Firmen, die den Rüstungsexport in den Irak für die Umrüstung von Scud-Raketen und für Giftgasanlagen betrieben hatten. Unter ihnen befand sich auch die Degussa. Der für das irakische Raketenprogramm zuständige Projektleiter war bei ihr »ein gern gesehener Kunde«. Doch als der polizeiliche Abschlußbericht fertiggestellt war, hatte die Verjährungsfrist eingesetzt. Anklage wurde nicht erhoben – ähnlich wie in der Nachkriegszeit, als die Alliierten »sehr nahe an einige Geheimnisse« der Degussa (K.-H. Roth) herangekommen waren, ohne daß es zu einem Verfahren kam.

Ein Konzern wie dieser braucht Männer wie Michael Jansen. Nachdem einige Zwangsarbeiterinnen aus dem Rußwerk in Gliwice über 50 Jahre für die Auszahlung des ihnen vorenthaltenen Lohns gekämpft hatten, bewilligte Jansen unter großem Applaus der Presse eine »humanitäre Leistung«. Noch heute nennt ihn die »FR« deshalb einen »Manager der humanitären Geste«. Denn die Kosten waren minimal. Doch wenn es um richtiges Geld geht, scheut Jansen auch vor zynischen Zumutungen und falschen Behauptungen nicht zurück.

So vertrat er auf einer Tagung über Unternehmensgeschichte die Ansicht, Entschädigungen für den Raub von Edelmetallen könne die Degussa nur leisten, wenn individuelle Schäden nachgewiesen würden. Der durch seine NS-Raubgold-Recherchen bekannt gewordene Hersch Fischler, schon früh ein scharfer Kritiker Jansens, stellte hierzu fest: »Herrn Dr. Jansen ist bekannt, daß die Degussa AG vor allem Bruchgold und -silber schied, deren vormalige Eigentümer in aller Regel nicht mehr identifizierbar sind.« In einer Sendung des WDR versuchte es Jansen mit einer anderen Methode: Schadensersatzansprüche müßten an die Alliierten gerichtet werden, weil »die alles, was sie zum Ende des Krieges in Deutschland an Edelmetallen vorfanden, beschlagnahmt haben«. Natürlich war ihm bei dieser provokanten Rede klar, daß nur ein Bruchteil der geraubten und an die Degussa gelieferten Edelmetalle 1945 sichergestellt werden konnte und daß diese grundsätzlich zu Restitutionszwecken verwendet worden waren.

Aber auch Verantwortungsbewußtsein, wie sie die Industriestiftung für sich beansprucht, gehört zu seinem Repertoire. So antwortete Jansen, auf die Degesch-Beteiligung angesprochen, er habe sich im 2. Golfkrieg zum Zeitpunkt der Scud-Angriffe mit einem Vorstandsmitglied in Tel Aviv aufgehalten. Solche Pfiffigkeit wird von einem Mann erwartet, der Deutschlands Wirtschaft vor der Welt ehrbar machen soll. Und mehr als das ist ja auch gar nicht verlangt.

Rolf Surmann schrieb in KONKRET 7/2000 über griechische Reparationsforderungen an Deutschland

Konkret 12/00, S. 35

Ralf Schröder

Trotzkikurski

Die Zeitschrift »gleichheit« ist im Umfeld des streng fraktionierten Trotzki-Fanclubs Vierte Internationale angesiedelt, und ihre Redakteure haben ein scharfes Auge auf die linke Presse: »Auffallend an KONKRET ist der zynische Unterton, der die meisten Artikel kennzeichnet.« Wohin mag das führen? »Es wäre nicht das erstemal, daß linke Intellektuelle am Vorabend großer Klassenkämpfe ins gegnerische Lager wechseln.«

Der Anlaß für diese Enthüllung war ein von mir verfaßter Artikel (KONKRET 10/00) zur Havarie des russischen Atom-U-Boots »Kursk«, der sich darüber lustig macht, daß die national orientierte deutsche Presse, also 99,9 Prozent aller hiesigen Printmedien, im Verein mit den Schreiberlingen der russ. Großmafiosi über den russ. Präsidenten Putin herfallen und ihn davor warnen, alte Großmachtträume zu träumen. Die deutsche Sorge, der lukrative eigene Imperialismus müsse demnächst womöglich mit einem erstarkten russischen Imperialismus konkurrieren, beschrieb ich u.a. so: »Die Putin-feindliche Rationalisierung der Kursk-Havarie ist ein Reflex auf das stocknationalistische Programm des russischen Präsidenten.« Genüßlich hatte ich zuvor zitiert, daß die deutsche Presse zur Jelzin-Zeit nach einem »russischen Patrioten« gerufen hatte und daß nun ein »erklärter russischer Patriot« wie Putin auch schon wieder nicht recht ist, weil nämlich plötzlich die Angst vorherrsche, »der russische Staat werde sich auf seinen letzten, weithin akzeptierten Daseinsgrund besinnen und – im Gegensatz zur Jelzin-Ära – von nun an nationale Interessen vertreten«.

In dem »gleicheit«-Redakteur Peter Schwarz fand mein Artikel einen wenig erfreuten Leser. Ihn nervt mein »unverblümt nationalistischer Ton« und die »schamlose Verherrlichung des russischen Nationalismus«; eine Frage treibt ihn auch noch um: »Seit wann verteidigen Linke oder Sozialisten das Eintreten für nationale Interessen als ›Daseinsgrund des Staates‹? Und das ausgerechnet in Rußland.« Ich schwöre: Ich war nie in Rußland, und den Daseinsgrund des Staates verteidigt nicht jeder, der ihn beschreibt. Putin wird von mir – was Schwarz für eine Liebeserklärung hält – als »erklärter russischer Patriot« bezeichnet, weil er ständig erklärt, er sei ein russischer Patriot.

Schwarz' weltrevolutionärer Wutanfall aber dürfte weniger auf Legasthenie zurückzuführen sein als auf den Umstand, daß er sich attackiert wähnt. Er selbst käut nämlich bis in den Wortlaut – »Präsident Putin stand plötzlich ohne Kleider da« – all den Dreck wieder, den die hiesige Presse zum »Kursk«-Unglück absonderte. Es lebe die »gleichheit«.

Konkret 12/00, S. 36

Burkhard Schröder

Konsens der Demokraten

In der Diskussion über ein mögliches NPD-Verbot gewinnt der neue Antifa-Diskurs religiöse Züge

Kaiser Wilhelm würde sich über die deutsche Linke freuen. Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Deutsche. Und jetzt alle zusammen: Wir fordern ein Verbot der NPD. Von konservativen Hardlinern bis zur antifaschistischen Kuschelgruppe: Der Obrigkeitsstaat ist hip und Mainstream. Mit Rotgrün wird endlich Realität, was die strenggläubige Naziaufmarschverhinderungsantifa schon immer forderte: Strukturen erst entlarven und dann zerschlagen. Auch der linke Deutsche kann ohne ordentliche Strukturen nicht leben. Und böse Strukturen wie die NPD machen ihm mehr angst als ein rassistischer Straßenterror, der ganz unordentlich und unstrukturiert ist. Verbieten, hart durchgreifen, Deckel drauf – das gemeinsame kulturelle Erbe von Ost und West.

Fakten sind nicht gefragt. Das gilt für jede Diskussion, die sich um Prohibition dreht. Fakten sind: Die maximale Anzahl der Wählerstimmen für rechtsextreme Parteien hat sich seit dreißig Jahren nicht verändert, ist sogar im Bundesdurchschnitt gesunken. Die Zahl der Gewalttaten mit rassistischem und antisemitischem Hintergrund stieg jedoch dramatisch und stabilisierte sich, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, auf hohem Niveau. Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Zahl rassistischer Übergriffe, den Mitgliederzahlen rechtsextremer Organisationen und dem Wahlverhalten in Deutschland. Einer der beliebtesten öffentlichen Mythen ist jedoch die These, es gäbe diesen Zusammenhang. Da gegen öffentliche Diskurse, die auf Legenden fußen, kein rationales Kraut gewachsen ist, wäre es jedoch müßig, Argumente einzufordern.

Rassismus und NPD haben nicht so viel miteinander zu tun, wie uns die Fans des harten Durchgreifens weismachen wollen. Wer die NPD verbieten will, betreibt symbolische Politik, die zwar protestantisch korrekt, aber wirkungslos ist. Viel schlimmer noch: Er streut Sand in die Augen. Die wichtigste Ursache für den grassierenden Rassismus ist die ethnische Definition deutscher Kultur und Nation. Das ist der Konsens der Demokraten. Und dafür ist die NPD nicht verantwortlich, sondern nur ein Symptom.

Wolfgang Schäuble meinte in einem Interview: »Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk.« Diese Behauptung unterscheidet sich nicht vom NPD-Programm: »Die Völker sind die Träger der Kulturen.« Das würde die Mehrheit der Deutschen bedenkenlos unterschreiben, wenn man die Quelle unterschlüge. Konsequent wäre es für die »Keinen Fußbreit den«-Antifaschisten, zunächst zu fordern, Schäuble, Stoiber und alle diejenigen einzusperren, die Juden, Afrodeutsche und Moslems nicht zu Trägern der deutschen Leitkultur zählen. Und warum läuft Jörg Schönbohm frei herum, obwohl der doch meint, sich in bestimmten Berliner »Quartieren« außerhalb Deutschlands zu befinden?

Der deutsche Antifa-Diskurs beginnt religiöse, ja hysterische Züge anzunehmen. Er ähnelt der öffentlichen Gruppendynamik der McCarthy-Ära in den USA. Es gilt, sich gemeinsam zum Guten zu bekennen. Gegen den Haß im Internet! Jede Lebensäußerung bekommt den korrekten Aufkleber, ansonsten geht alles seinen Gang: Hupen gegen Rechts, Trinken gegen Rechts, Netz gegen Rechts, Wurst essen gegen Rechts, Kerzen anzünden gegen Rechts. Alle sind betroffen – das kleinstmögliche und unverbindlichste Gefühl, um sich nicht schämen zu müssen. Man könnte sich schämen, Deutscher zu sein, wenn man die menschenverachtende Abschiebepraxis miterlebt hat, wenn man einen Migranten auf eine deutsche Ausländerbehörde begleitet oder wenn man mitbekommt, was passiert, wenn ein Afrodeutscher versucht, vor Jugendtreffs im sächsischen Muldentalkreis einfach nur spazierenzugehen. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, sich mit der kleinstmöglichen Anstrengung ein gutes Gewissen zu verschaffen.

Kein Wunder, daß sich die deutsche Lichterkette, der Pfarrer-kompatible Fackelzug, als typische Aktion »gegen Nazis« oder sonst was aus dieser Preisklasse etabliert hat. Flamme empor gegen Rechts. Der Deutsche, äußert er sich gemeinsam, hält immer die richtigen Symbole in den Wind, er zeigt Flaggen, das besorgte Antlitz oder den Stinkefinger. Symbole bewirken aber »gegen Rechts« genausowenig wie drittklassige Schauspieler, die im Rahmen der Werbekampagne »Gesicht zeigen« eben dasselbe in eine Kamera halten, was sie ja ohnehin, unter wechselnden Logos, täglich tun. Es macht keinen Unterschied, ob ein Fernsehstar sich für »gegen Rechts« verkauft oder für Badewannen und Bidets. Diese Art von Aktionen erzeugt noch nicht einmal genügend kognitive Dissonanz, um die Aufmerksamkeit der Zuschauer zu erregen. Wer sich nicht schämen kann, der merkt auch nicht, wie peinlich die ganze Angelegenheit ist.

Gesicht zeigen für »ausländische Mitbürger« hat immer ein paternalistisches Motiv – wie die höheren Töchter, die früher Heime für gefallene Mädchen gründeten. Die lieben Ausländer werden infantilisiert, damit man nett zu ihnen sein kann. Migranten, die dem Robbenbaby-Effekt nicht entsprechen wie rumänische Schleuserbanden und bewaffnete vietnamesische Zigarettenhändler kommen im Diskurs nicht vor. Die »regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen« legen ohnehin die Vermutung nahe, es könnte auch ein Ministerium für Judenfragen geben. Niemand fragt aber diejenigen, die

aus der deutschen Leitkultur per Gesetz oder Vorurteil und rassistischer Diskriminierung ausgeschlossen werden, wie sie die deutsche Gesellschaft gern hätten.

Der Geschäftsführer der Fernsehproduktionsfirma »Ave« Walid Nakschbandi, Deutscher afghanischer Abstammung, hat seinen gutmeinenden Landsleuten öffentlich die Leviten gelesen und damit nicht nur den Rechten jedweder Couleur den rassistischen Schaum vor den Mund treten lassen. »Geht nicht für uns auf die Straße; mit fünf- oder zehntausend Menschen wird es peinlich für euch. Verbietet nicht die NPD oder den Rest dieser Ideologie, weil es dadurch noch tragischer und unangenehmer wird. Gründet keine Initiativen oder Vereine mehr, denn über Mitmenschlichkeit und Toleranz sollten Menschen einer zivilisierten Umgebung nicht mehr diskutieren.«

Die strenggläubige Antifa führt noch immer einen kolonialen Diskurs auf dem Niveau der Multikulti-Debatte der 70er Jahre. Sie krankt nach wie vor an ihrer Affinität zur ethnischen Folklore und appelliert mit ihren sinnfreien Forderungen nach Verboten des Bösen an Law und Order. »Mit Antifa allein ist keine linke Politik zu machen«, schrieb Ivo Bozic richtig in der »Jungle World«. Antifa und »gegen Rechts« ohne eine politische Leitkultur und einen Diskurs, der von den Migranten vorgegeben wird, wird erfolglos ein. Auch die Linke sollte sich von den Thesen Walid Nakschbandis angesprochen fühlen: »Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischstämmiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird. Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer.«

Berlin (dpa/ND). Eine Berliner Initiative »Saufen gegen Rechts« will in Kneipen

zum »Benefiz-Trinken« zugunsten von Organisationen animieren, die sich gegen rechte Gewalt wenden und sich um deren Opfer kümmern. ... In einem auch im Internet verbreiteten Appell unter dem

Motto »Gesicht zeigen – Durst löschen«

wird dazu aufgerufen, in einer »Happy Night gegen Rechts« auf jedes Getränk einen Obulus zu erheben oder einen Teil des Getränkepreises dem guten Zweck

zur Verfügung zu stellen.

Von Burkhard Schröder erschien soeben: »Nazis sind Pop«. Espresso-Verlag (ehemals Elefantenpress)

Konkret 12/00, S. 37

Georg Fülberth

Müllers Esel

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 1. Folge: der Bundesminister für Wirtschaft

Seit seinem Bestehen ist das Bundesministerium für Wirtschaft vor allem eine Propaganda-Anstalt. Es hat wenig konkrete Durchsetzungsmöglichkeiten. Das ergibt sich aus dem Wesen der freien Marktwirtschaft: Trägt sie ihren Namen zu Recht, hat der Staat in ihr nichts verloren.

Falls der erste Amtsinhaber, Ludwig Erhard, in seinem Leben jemals etwas Wichtiges geleistet haben sollte (sein Biograph weckt daran Zweifel), muß das vor seiner Ernennung 1949 gewesen sein, vielleicht 1948 das D-Mark-Bilanzeröffnungsgesetz und die Aufhebung des Preisstops. Da war er noch Direktor für Wirtschaft der Bi-Zone. Später wurde er lediglich dafür bezahlt, daß er vom Gürtelengerschnallen redete und über Montanmitbestimmung und Rentenreform, beide von Adenauer gegen ihn durchgesetzt, lamentierte.

Seine nächsten Nachfolger habe ich vergessen. Karl Schiller schließlich hatte seine Sternstunde, als er 1966 eine Wende – hin zum Keynesianismus – ausrief. Das war wiederum eine Propagandatat, wenngleich eine wichtige. Um praktisch wirken zu können, reichte ihm das Wirtschaftsministerium nicht aus, er brauchte 1969 zusätzlich das Finanzressort. 1972 war aber auch diese scheinbare Machtzusammenballung zu schwach gegen andere Instanzen: die Bundesbank, die SPD und den Verteidigungsminister Schmidt.

Der nächste Auffällige war – nachdem Friderichs im historischen Funkloch verschwunden war – Lambsdorff. Er stürzte 1982 Schmidt mit einem nach ihm benannten Papier, woraus zu ersehen ist, daß gestoßen wurde, was ohnehin schon fiel. Immerhin war auch hier die Propagandaleistung, jetzt für den Neoliberalismus, beträchtlich.

Danach wiederum: nichts Nennenswertes, Haussmann, Möllemann, Rexrodt, vielleicht ist mir einer entfallen, der Neueste heißt einfach Müller.

Vorsicht. Neben den Aufschneidern und Dröhnern, also den J. Fischers und Schröders, gibt es in der Politik immer wieder auch die chronisch Unterschätzten. Ihre Unscheinbarkeit ist ihre Masche.

Über Dr. Werner Müller, den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, steht im Who is who? nichts, was er selbst gemeldet hätte. Die paar Daten hat sich die Redaktion selber zusammensuchen müs-sen. Im Fragebogen des »FAZ«-Magazins nannte er die schwierigen Klavierstücke, an denen er sich versucht. Als die militärische Leistung, welche er am meisten bewundere, bezeichnete er den Beschluß der Nato 1979, in Europa Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing und Cruise missile zu stationieren.

Der Internet-Präsentation seines Ministeriums entnehmen wir, daß er 1946 geboren wurde und in Mannheim Wirtschaft studiert hat. Die dortige Hochschule kennen wir als die westdeutsche Kaderschmiede des Kapitals. Dort ist es ziemlich öde, deshalb hat Müller in Duisburg und Bremen später auch noch Philosophie und Linguistik studiert.

1970, also mit vierundzwanzig, wurde er für zwei Jahre Fachhochschullehrer für Wirtschaftsmathematik und Statistik in Ludwigshafen. 1978 promovierte er in Bremen als Sprachwissenschaftler. Da hatte er aber schon einen anderen Job: 1973 wurde er Referatsleiter Marktforschung bei der RWE AG (dies erklärt vielleicht den Studienort Duisburg), ab 1980 war er bei der Veba, seit 1990 als Generalbevollmächtigter. 1992 wurde er bei der Veba Kraftwerke Ruhr AG Vorstandsmitglied für Energie- ein- und -verkauf, Fernwärme, Entsorgungswirtschaft und Müllverbrennung. 1997 privatisierte er als Unternehmensberater. Selbstverständlich ist er parteilos.

Offenbar hat Gerhard Schröder in Müller, der ihn schon seit 1991 berät, doch noch seinen Stollmann gefunden, allerdings mit anderem Zuschnitt: keinen Reklame-Fuzzi für die New Economy, sondern eher einen Mann des – nun ja: – Staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Im Kabinett hat er seine Hauptarbeit rasch erledigt: den sogenannten Atom-Kompromiß. Die Restlaufzeit beträgt 32 Jahre, und schon ganz am Anfang der Verhandlungen erklärte der Minister, der seine Auftraggeber kennt: Wer aussteigt, könne, falls nötig, auch wiedereinsteigen.

Müller verrät nicht, was er über seinen Kollegen Trittin denkt. Wahrscheinlich hat er überhaupt keine Meinung über ihn. Müßte er sich äußern, würde er ihn sehr loben. Seit er Trittin an der Jahreswende 1998/99 vorgeführt hat, kommt er bestens mit ihm zurecht.

Noch im Wahlkampf hatte Walter Riester erklärt, in jedem Kabinett müßten Arbeits- und Wirtschaftsminister gegensätzliche Positionen beziehen. Daraus ist aber überhaupt nichts geworden. Riester und Trittin sind Müllers Esel. Geduldig schleppen sie die Säcke, die anderer Leute Klassenauftrag (und auch ein bißchen ihr eigener) ihnen aufgewuchtet hat. Der Minister Müller geht vielleicht inzwischen entspannt in Sanssouci spazieren. Am Kabinettstisch betrachtet er zuweilen mitleidig die Ministerin Fischer: Die hat es schwer. Aber selbstverständlich müssen auch dort die Kosten runter.

Trittin und Riester sind mit Müller vereint in ihrem Eintreten für die Ökosteuer in Kombination mit der Rentenreform. Auch hier hat der Wirtschaftsminister – im Unterschied zu den beiden Kollegen, die nur wissen, wo sie bleiben wollen – nicht vergessen, woher er kommt. Als Brummifahrer und CDU/CSU gegen die Ökosteuer mobil machten, bedeutete er ihnen kühl, da gebe es nichts zu ändern. (Das Interview, welches Gabi Bauer in den »Tagesthemen« mit ihm über diesen Gegenstand führte, war auf beiden Seiten ein Kabinettstück.) Denn: Die Rentenbeiträge – sie gehören zu den Lohnnebenkosten – sollen gesenkt werden. Teilweise werden die fehlenden Zuflüsse in die Sozialkassen durch die Ökosteuer ersetzt. Es handelt sich also um eine Art Subvention für die Arbeitgeber.

Riester und Trittin sprechen statt dessen von einer Verkehrslenkungswirkung, und der Wirtschaftsminister, nicht faul, sagt das auch, aber knapper: »Für mehr Nachhaltigkeit sorgt auch die Ökosteuer.« Der aufgeregten Opposition mit ihrem »Postkartenpopulismus« bedeutete er in der Haushaltsdebatte: »Das ist das, was einen Quereinsteiger in der Politik mitunter stört, diese unsägliche Primitivität.« Dies ist übertrieben. Vielleicht ist Politik gar nicht primitiv. Gemeint ist wohl: dieses Parlament und Personal. Und »Quereinsteiger« ist schon wieder Understatement. Müller ist doch schon seit 1973 in der Politik, nämlich dort, wo sie wirklich gemacht wird.

Fast unbemerkt hat das Wirtschaftsministerium das einstige Technologieressort geschluckt. Dort werden die Stichworte gesendet: Neuer Markt, E-Commerce, Zukunftsinvestitionen, Wagniskapital. Richtig: Diese Motti kommen in Wirklichkeit gar nicht aus der Regierung. Weil sie wiederholt, was ohnehin gesagt wird, erhöht sich ihre Autorität. Effizient ist, wer fast schon überflüssig wirkt.

Als im Mai 2000 Möllemann den Wunsch äußerte, die SPD solle künftig mit der FDP koalieren, war Müller not amused. Zu einem solchen Wechsel sieht er keinen Anlaß. Die Wirtschaftspolitik der Grünen, so sagte er, sei doch okay.

Gewiß könnte man ihn sich in einer CDU-Regierung ebenfalls vorstellen. Denkbar ist aber auch, daß er sich auf die Dauer ohnehin im Kabinett langweilt, im rotgrünen sowieso. Mag sein, daß er es eines Tages lästig findet, jeden Mittwochmorgen Riester und Trittin, Schröder und zweimal Fischer treffen zu müssen. Diese unsägliche Primitivität. Vielleicht braucht er sie aber auch. In einer anderen Umgebung würde er wahrscheinlich plump wirken. Ohne Vorstand, fromme Esel und bewunderte, weil elegante militärische Leistung sind Klavier und Linguistik allenfalls die Hälfte wert.

Konkret 12/00, S. 38

Michael Wuliger

Buch des Monats

Karin Hartewig: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Böhlau Verlag, Köln 2000, 617 Seiten, 98 Mark

Unter den führenden Politikern der SED und der DDR gab es – gemessen am Bevölkerungsanteil – überproportional viele Juden. Vor allem im Diplomatischen Korps, in der Justiz, im Wissenschafts- und Kulturbetrieb sowie im Verlags- und Pressewesen waren jüdische Kader stark vertreten – vier von acht Chefredakteuren des »Neuen Deutschlands« beispielsweise waren jüdischer Herkunft. Dieser Aspekt der DDR-Nomenklatura gehörte allerdings zu den bestbeachteten Tabus in beiden deutschen Staaten. In der Bundesrepublik wurde die jüdische Herkunft von Männern wie SED-Propagandachef Albert Norden oder Hermann Axen, Außenpolitiker des Politbüros, von der Politik und den meisten Medien (mit Ausnahme vor allem der »Nationalzeitung« und des »Spiegels«) meist nicht erwähnt: Man wollte wohl vermeiden, den westlich-demokratischen Nachkriegsantikommunismus in die Nähe des völkisch-antisemitischen Antibolschewismus des Dritten Reiches rutschen zu lassen. Auch die jüdische Gemeinschaft in Westdeutschland ignorierte schamhaft die prominenten Juden jenseits der Elbe: Zum einen, weil die Angst tief saß, dem noch immer virulenten Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung Nahrung zu geben; zum anderen, um nicht ins Visier des militanten Antikomunismus der 50er und 60er Jahre zu geraten; last but not least aber auch, weil die DDR-Prominenten jüdischer Herkunft als Renegaten an der jüdischen Sache galten.

Die sahen das genauso, wenngleich nicht als Makel: Sie betrachteten sich nicht mehr als Juden, sondern ausschließlich als Kommunisten. Sowenig wie für Walter Ulbricht seine evangelische und für Erich Honecker seine katholische Herkunft Thema war, sowenig sollte nach dem Willen von Genossen wie Klaus Gysi, DDR-Kulturminister, oder Hanna Wolf, Rektorin der Parteihochschule, der Glaube ihrer Väter eine Rolle spielen. Im Selbstverständnis und in der Kaderakte hatte das Adjektiv »jüdisch« nichts zu suchen. Doch wie Karin Hartewig in ihrer glänzend geschriebenen und materialreichen Studie *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR* zeigt, hatte die angenommene kommunistische Identität oft Risse und Brüche, durch die das verleugnete Judentum immer wieder durchschien – wenn nicht im eigenen Selbstverständnis, dann doch in der Wahrnehmung durch das soziale Umfeld, seien es die politischen Feinde, seien es die eigenen Genossen.

Die meisten dieser jüdischen Kader waren der Partei während der Weimarer Jahre beigetreten. Einige waren Kinder aus ostjüdischen Familien, für die die Hinwendung zum Kommunismus, oft über den Umweg des linken Zionismus, das Mittel war, der geistigen und materiellen Enge der Ghettowelt zu entfliehen. Die meisten jedoch entstammten assimilierten bürgerlich-liberalen Elternhäusern, die der jüdischen Tradition bereits entfremdet waren und sich selbst nur noch als Deutsche begriffen. Ihre Kinder jedoch erlebten den schon lange vor Hitler alltäglichen deutschen Antisemitismus als Widerlegung dieser elterlichen Illusionen. Im Radikalismus der Kommunisten sahen sie die beste Möglichkeit, den »Dilemmata der Assimiliation« (Hartewig) zu entfliehen.

Dieser Schritt war ambivalent. Zwar war der Eintritt in die Kommunistische Partei als endgültiger und radikaler Bruch sowohl mit der bürgerlichen Assimilation wie mit dem Judentum gedacht. Gleichzeitig aber war er unbewußt doch auch so etwas wie eine Aufhebung des elterlichen Erbes im Hegelschen Sinne: Den Marxismus-Leninismus konnte man durchaus als konsequente Fortführung der Aufklärung verstehen, die im deutschen jüdischen Bürgertum als intellektuelle Leitlinie schon längst an die Stelle der Religion getreten war. Die »rote Assimilation« in der Partei war insofern nur die radikalere Version der im Scheitern begriffenen Anpassungsversuche der Eltern. Die assimilierte Herkunft erklärt zum Teil auch den oft virulenten Antizionismus jüdischer Kommunisten: Dieser war nur zum Teil ideologischer Überanpassung oder »jüdischem Selbsthaß« geschuldet; er entsprang auch der Traditionslinie des jüdischen Antizionismus, wie er vor der Shoa im deutschen Judentum majoritär war. (Hartewig zitiert zum Beispiel aus einer antizionistischen Rede des Vaters von Albert Norden, Wuppertaler Reformrabbiner und Vorsitzender des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, die sich in manchen Elementen so sehr nicht von den Positionen unterschied, die der Sohn später als SED-Politbüromitglied vertreten sollte.)

Der bewußte Bruch mit dem Judentum stieß allerdings immer wieder an eine unüberwindliche Grenze: den Antisemitismus, zunächst den der Nazis. Zwar schmiedete gerade die Verfolgung jüdische Kommunisten noch enger an die Partei, ja, brachte viele überhaupt erst zur KPD. Denn unbestreitbar waren die Kommunisten die entschiedensten, oft genug auch die einzigen Kämpfer gegen die braune Pest, während die Sozialdemokraten kapituliert hatten und die bürgerlichen Parteien sogar mit Hitler paktierten. Doch der Nazi-Antisemitismus entzog sich marxistisch-leninistischen Kategorien. Die auch von jüdischen Genossen lange vertretene Parteilinie, wonach der Judenhaß ein Ablenkungsmanöver vom Klassenkampf sei und sich nur gegen das jüdische Proletariat richte, während die jüdische Bourgeoisie ihrem Klasseninteresse gemäß mit dem Faschismus paktiere, war offensichtlich falsch. Juden wurden von den Nazis als Juden

verfolgt und ermordet, unabhängig von Partei- oder Klassenzugehörigkeit. Die Shoa konfrontierte viele Kommunisten wieder mit ihrer verleugneten jüdischen Identität.

So war es keineswegs ungewöhnlich, daß nach ihrer Rückkehr in die Heimat viele KPD- beziehungsweise SED-Mitglieder jüdischer Herkunft wie selbstverständlich den örtlichen Jüdischen Gemeinden beitraten. Julius Meyer beispielsweise war Vorstandsmitglied der Berliner Gemeinde und SED-Abgeordneter in der Volkskammer. Doch der versuchte Spagat zwischen jüdischer und kommunistischer Identität ging nicht lange gut. Hartewig beschreibt die Bruchstellen, die in der SBZ, später DDR, jüdische Genossen in – zumindest inneren – Konflikt mit der Partei brachten. Die erste dieser Bruchstellen war die schon in der Emigration kontrovers diskutierte Frage der Restitution des von den Nazis geraubten jüdischen Eigentums. Eine großzügige volle materielle und moralische Wiedergutmachung, wie sie vor allem das (nichtjüdische) Politbüromitglied Paul Merker forderte, kam nicht zustande. Die Mehrheit in der Partei, unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, lehnte dies ab: Man dürfe Kapitalisten, auch wenn sie als Juden verfolgt worden waren, nicht wieder die Mittel zur Ausbeutung der Arbeiter in die Hand geben, hieß es. Hinter dieser

»klassenmäßigen« Argumentation verbargen sich allerdings andere Motive. Zum einen hatte die SBZ/DDR schlicht nicht das Geld, um umfassende Wiedergutmachung zu leisten. Zum zweiten nahm die SED Rücksicht auf den noch immer starken Antisemitismus in der Bevölkerung. Das paßte zur Parteilinie, die vom anklagenden Antifaschismus der unmittelbaren Nachkriegszeit bald auf Versöhnung mit den »kleinen Nazis« umgeschwenkt war. Bereits 1948 forderte Walter Ulbricht einen »Schlußstrich« unter die Vergangenheitsbewältigung in der SBZ. Denn der Feind war jetzt nicht mehr Hitler, sondern der »US-Imperialismus« – und dessen angeblicher Verbündeter, der »wurzellose Kosmopolitismus« alias »Zionismus« alias »Weltjudentum«.

Die antisemitische Kampagne in den Ostblockstaaten Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre – Stichworte Slansky-Prozeß in Prag und »jüdische Ärzteverschwörung« in Moskau – markierte die zweite Bruchlinie im Selbstverständnis der jüdischen Kommunisten. Jetzt standen sie als Juden in der Schußlinie der eigenen Genossen, auch wenn sie geglaubt hatten, das Jüdische mit dem Eintritt in die Partei hinter sich gelassen zu haben. Anders als in der Tschechoslowakei, Rumänien und der UdSSR, kam es in der DDR zwar nicht zu großen »antizionistischen« Schauprozessen und Todesurteilen (was vor allem daran lag, daß Ostberlin fürchtete, so kurz nach 1945 peinliche Assoziationen zu wecken und damit den feindlichen Brüdern in Bonn Propagandamunition in die Hand zu geben); aber führende jüdische Parteifunktionäre wie Erich Jungmann, Bruno Goldhammer und Leo Bauer wanderten ins Gefängnis, bei anderen, wie dem Kulturpolitiker Alexander Abusch und dem Ökonomen Jürgen Kusczinski, knickte die Karriere. Und Hunderte von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden in der DDR, darunter fast alle Vorstände, verließen fluchtartig das Land.

Mit dem Tod Stalins im März 1953 endete die antisemitische Kampagne im Ostblock. Der Druck auf die jüdischen Kader ließ spürbar nach. Etwaige Erschütterungen der Parteitreue »heilte« dann drei Monate später der 17. Juni. Der Volksaufstand in der DDR weckte bei vielen – auch parteikritischen und nichtkommunistischen – Juden spontane Ängste und Erinnerungen an Pogrome und Naziaufmärsche. Das führte zu einer neuen Verbundenheit mit Partei und Staat, die als Schutzmacht vor den unberechenbaren »Volksmassen« erlebt wurden. Diese mehr affektive denn reflektierte Solidarisierung sollte sich auch in zukünftigen Krisen dafür sorgen, daß die jüdischen Kommunisten der SED verbunden blieben. Die »Loyalität der Stigmatisierten« (Hartewig) hatte aber ihren tieferen und eigentlichen Grund im einzigartigen Charakter der DDR. Anders als die übrigen Ostblockländer war sie ja nicht nur die realsozialistische Fortsetzung eines schon vorher existierenden nationalen oder ethnischen Gebildes. Die DDR als Produkt der deutschen Teilung war ein nichtnationaler Staat, definiert durch Ideologie und Klasse, nicht Volkstum. Das machte sie zum perfekten historischen Ort der »roten Assimilation«. Das Scheitern des Projekts DDR bedeutete denn auch das Ende einer Traditionslinie deutsch-jüdischer Geschichte. All das arbeitet Karin Hartewig in ihrer Studie exzellent heraus, die im übrigen mehr ist als nur, wie im Untertitel angegeben, *Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Die biographischen Skizzen, die Kapitel über die Jüdischen Gemeinden in der DDR, über die Gedenkpolitik der SED, die Wandlungen des parteioffiziellen Antifaschismus etc. machen dieses Buch zu einem wichtigen Beitrag in der Erforschung der deutschen, der jüdischen und der Geschichte der Arbeiterbewegung generell.

Allerdings hat Hartewigs Arbeit auch Schwächen. Problematisch ist, daß sie sich allzusehr auf Aussagen von Zeitzeugen verläßt, gleichzeitig aber wichtige Quellen offenbar nicht genutzt hat, etwa das Archiv des Verbands der Jüdischen Gemeinden in der DDR. Wichtige jüdische Kommunisten tauchen im Buch überhaupt nicht auf, etwa Paul Bender (bis zu seiner Verhaftung Anfang der 50er Jahre Chef der Handelsorganisation HO und stellvertretender Handelsminister), von dem doch schon lange ein gedrucktes Selbstzeugnis vorliegt. Auch hätte man sich gewünscht, der eine oder andere Zeitzeuge aus dem gemeindejüdischen Bereich wäre ebenfalls befragt worden. Nicht zuletzt ist Hartewig keine Expertin in Sachen jüdischer Religion und ihrer Gesetze. Ihre Festlegung, wer Jude oder Jüdin ist, entspricht ganz sicher nicht der Halacha, die Hartewig als »konservative Definition« abtut. Gerade in einer Arbeit, die sich zentral mit Identitätsbrüchen jüdischer Kommunisten befaßt, ist das jedoch ein schwerwiegender Mangel.

Dennoch: Hartewigs Studie bleibt bis auf weiteres das Standardwerk zum Thema. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Autorin die in deutschen Akademikerkreisen seltene Fähigkeit besitzt, ihren Stoff sprachlich und stilistisch so zu präsentieren, daß die Lektüre durchweg ein Vergnügen ist.

Der Rezensent dankt Dr. Peter Fischer (Berlin) für wertvolle Hinweise.

Konkret 12/00, S. 41

Peter Hacks

Die Namen der Linken

Kulturkolumne

Die Ameise Naknak, Adam, Konfuzius

Die Ameise Naknak war von der Milchstraße auf der Erde eingetroffen; denn sie war eine Traumzeitautorität und ein Totemgeist. Sie wanderte durch einen Wald, in dem es von mannigfachem Getier wimmelte; Naknak aber unterschied sie von einander und nannte sie bei ihrem Namen. Diese wichtige Sache ereignete sich in Tasmanien.

Dieselbe Arbeit für unsere Weltgegend besorgte, wie wir aus dem zweiten Kapitel der Schöpfungsgeschichte wissen, der Mensch Adam. »Denn als Gott der Herr gemacht hatte aus Erde allerlei Tiere auf dem Felde und allerlei Vögel unter dem Himmel, brachte er sie zu dem Menschen, daß er sähe, wie er sie nennete, denn wie der Mensch allerlei lebendige Tiere nennen würde, so sollten sie heißen.«

Seit alters also besteht Einverständnis darin, daß es nicht dumm sei, die Dinge vermöge der ihnen zukommenden Bezeichnungen zu bezeichnen. Einem seinen Namen geben ist im Grunde nichts anderes als ihn ins Sein versetzen, oder würden Sie von Lebewesen, die mit keinem genaueren Wort zu rufen gehen als »Vieh und Vogel«, sagen, sie existierten? Die urzeitlichen Weltbewohner, die nach nichts heißen, waren auch nichts; sie hausten in der Verwahrlosung, frei von Sinn und Sitte, es war eine einzige Promiskuität und ein Gomorrha.

Ganz zu Recht ist von den Lehren des Konfuzius die die berühmteste: »Wenn Euch der Kaiser die Regierung anvertraute, was würdet Ihr zuerst tun? – Der Meister antwortete: Unbedingt die Namen berichtigen« (Lun-yü XIII-3). Nicht weniger berichtigungsbedürftig als seinerzeit um Vieh und Vogel, so scheint mir, steht es heute um die Angehörigen der politischen Linken. Ich versuche im Folgenden, auch sie in die Begreifbarkeit zu rücken und auf die Reihe zu bringen.

Natürliches System der Linken

1. Kommunisten. Marxisten-Leninisten, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Ablösung der monopolkapitalistischen Gesellschaftsformation durch die sozialistische Gesellschaftsformation zu befördern. Parteien: KPdSU bis 1953. SED bis 1971. KPD. Auch: Allunions Kommunistische Partei Bolschewiki.

2. Reformkommunisten. Der moralische Kollaps der KPdSU ereignete sich nach dem Sieg über Hitler, so plötzlich, wie die Krise nach dem Gipfel der Konjunktur sich ereignet. Drehpunkt war der Tag, an dem die Partei erfuhr, daß sie, statt sich dem Ruhm, dem Frieden und dem Wiederaufbau zu widmen, die Atombombe würde zu erfinden haben. Stalin hatte schon einmal die Aufgabe gelöst, einen Rückstand von hundert Jahren in zehn Jahren aufzuholen, und dafür mit den schwersten wirtschaftlichen Opfern und dem schrecklichsten aller Kriege bezahlt; die sowjetischen Kommunisten machten sich ebenfalls an diese Aufgabe, aber in ihren ermatteten Gehirnen nagte die Überlegung, ob nicht der nächste Krieg sich auf irgendeine Weise könnte vermeiden lassen. Es kommt nicht darauf an, daß wir Verständnis dafür haben, daß sie es satt hatten. Die sinnlose Überlegung führte zu einer sinnlosen Hoffnung und die Hoffnung zum Opportunismus. Nach Stalins Tod gibt die internationale Arbeiterbewegung auf und spaltet sich in eine rechte und eine linke Abweichung. Die rechte wie die linke Abweichung erklären sich zur reinen Lehre und schließen einander aus der internationalen Arbeiterbewegung aus. Das Schisma erfüllt die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die **Reformkommunisten** sind jene rechten Opportunisten, die glauben, die Friedens- und selbst die Sozialismusfrage vertrauensvoll in die Hände des Imperialismus legen zu sollen (»historischer Kompromiß«). Theorien nach Hilferding, Kautsky, Otto Reinhold. Verwerfung Stalins. Parteien: KPdSU (Chruschtschowisten/Breshnewisten), auch: Eurokommunisten. Die DKP ist eine kollektive Gründung von L. Breshnew, Willy Brandt und Luigi Longo, welche 1968 gegen den Widerstand Max Reimanns und Walter Ulbrichts erfolgte.

3. **Maoisten**. Linker Partner im opportunistischen Schisma. Annahme, ein aufrechter Mut könne ökonomische Tatsachen wettmachen. Parteien: KPD/ML.

4. **Unabhängige Sozialdemokraten.** Derivat der praerevisionistischen Bebelschen SPD von 1917 bis 1922. Als Übergangserscheinung und theoretischer Zwitter zerfällt sie in SPD und KPD. Partei: USPD.

5. **Kommunistische Plattform**, der PDS nämlich. Aus bauernfängerischen Gründen 1990 ins Leben gerufen von drei Agenten der Konterrevolution, Lothar Hertzfeld, Fred Beuchel, Marian Krüger, gelang es ihr dennoch, sich zur Höhe einer USPD hinaufzuarbeiten, welche nun erst einmal UPDS heißen müßte.

6. **Sozialisten**. Alle sozialistischen Parteien haben dasselbe Herkommen und Wesen wie die USPD, nur daß sie sich länger halten. Das klassische Muster ist Mussolinis und Nennis Partito Socialista Italiano PSI.

7. **Bürgerliche Linke**. Uninteressiert an Marx und Lenin, aber glaubwürdige Antimilitaristen und Antifaschisten. Imperialismuskritik in der Art von John A. Hobson. Partei: Deutsche Friedensunion (DFU).

8. **Nationale Linke**. Zeitweiliges Phänomen in jungen Nationalstaaten. Imperialismuskritik in der Art des Mahdi. Kemalisten, Peronisten, Nasseristen. Parteien: Baath.

9. **Radikale**. Starke kleinbürgerliche Strömung in Frankreich auf den Spuren Voltaires, den deutschen Freisinnigen entsprechend. Müssen laut Lenin von der Revolution ausgeschlossen werden. Partei: Parti Républicain Radical et Radical-Socialiste.

10. **Trotzkisten**. Kommunisten mit dem Hauptzweck der Gegnerschaft gegen Stalin. Parteien: SAP, KAPD.

11. **Anarchisten**. Anhänger Bakunins und Kropotkins, Gegner Marx'.

12. **Neue Linke**. Für die CIA erdacht von Herbert Marcuse, lebhafter ephemerer Einfluß während der ersten Nachkriegskrise in den sechziger Jahren und des Akkumulationsbedarfs infolge der technischen Revolution. Zählt, wie Nrn. 10 und 11, zu den Gruppierungen der 4. Internationale. Partei: Studentenbewegung.

13. **Terroristen**. Netschajewistische Genossen, die unbeschreiblichen, aber ganz überflüssigen Ärger anrichten und erleiden. Parteien: RAF, Bewegung 2. September.

14. **Mehrheitssozialisten**. Die Reste der Sozialdemokratie nach Austritt der USPD. Ohne linke Neigungen. Der derzeitige Vorsitzende Gerhard Schröder gehört an den rechten Rand der FDP oder gleich nach Brüssel. Merkwürdigerweise hat das Wort Mehrheitssozialisten denselben Wortsinn wie das Wort Bolschewiki. Parteien: SPD, PDS.

15. **Individualkommunisten**. Kommunisten mit einem Schaden oder einem Puschel. (Ein Puschel in der Theatersprache: stehende Narrheit.) Beispielsweise Hermann L. Gremliza, der germanophob und ein Philosemit, in allem übrigen aber Kommunist ist. Ähnlich Georg Fülberth, Holger Becker, Gerhard Branstner. Oft scharfsinnig, nur eben jeder Mann »in his humour«. Für Parteien nicht geeignet.

Ruf zur Ordnung

Der Grund für die Unzufriedenheit und Gereiztheit vieler Linken liegt darin, daß sie, statt in ihrem jeweiligen Vereinsstübchen nett beisammenzusitzen, sich an Orten aufhalten, wohin sie ein sonderbares Schicksal sortiert hat. Sie heißen falsch. Sie taugen dort nicht hin, wo sie sind.

Wieso sind Kurt Gossweiler und André Brie Mitglieder ein und derselben Partei, in die sie beide nicht gehören? Was treiben Hans Heinz Holz und Ellen Weber in ein und derselben Partei, in die sie beide nicht gehören? Warum ist Rolf Vellay in der Partei, in die er immer wollte, nie angekommen? Ich verspreche mir von der Vorlage meines Natürlichen Systems keine geringe Wirkung auf alle Betroffenen.

Nachdem der Hirsch von Adam erfahren hatte, daß er ein Hirsch sei und die Ziege eine Ziege, hatte der Hirsch endlich aufgehört, die Ziege zu ficken.

Der Beitrag wurde zuerst in der Zeitschrift »Offensiv«, 6/2000 (»Beiträge zur Geschichte des Sozialismus«, Heft 1) veröffentlicht.

Konkret 12/00, S. 42

Martin Krauß

Kunst & Gewerbe

Volk ohne Daum

Nachdem bekannt wurde, daß der designierte Fußballbundestrainer Christoph Daum Drogen konsumiert hatte, waren es zwei Fragen, die die Deutschen, das Volk ohne Daum, bewegten. Zum ersten: Hätte man das mit Christoph Daums Kokserei nicht vorher wissen müssen, haben nicht die stechenden Augen des Mannes »mit dem irren Blick eines schlachttrunkenen Generals und der geschwollenen Ausdrucksweise eines nach Höherem strebenden Erdkundelehrers« (Maxim Biller) ihn schon längst verraten? Und zum zweiten: Warum hat er denn, also regelmäßiger Kokser, sich »freiwillig« (Ulli Hoeneß) einem Haartest unterzogen?

Ja, man hätte es wissen müssen. Schließlich hat Christoph Daum im »FAZ«-Fragebogen ausgeplaudert, wo er leben möchte: »Über den Wolken, wo die Freiheit noch grenzenlos ist« (merke: ein ihn zum hellsichtigen Prognostiker machendes »noch« hat er damals, 1993, eingebaut!).

Dem »Neuen Deutschland« erzählte Daum 1997, daß er bei seinem Lieblingsschriftsteller diesen Gedanken schätzt: »Jeder Mensch, sagt Frisch, erfindet früher oder später die Geschichte, die er für sein Leben hält.« Zum Beispiel, wie wir heute wissen, die Geschichte des cleanen Fußballtrainers. Außerdem sagte er: »Leben ohne Selbsttäuschung gibt es nicht.«

Vor Jahren schrieb die »FAZ«: »Daum ist wie ein Eiferer, wie ein Wanderprediger, der eine Heilslehre unters Volk zu tragen hat.« Dasselbe Blatt stellte ihn, als es seine Antworten auf den Fragebogen abdruckte, den ja der Schriftsteller Marcel Proust in seinem Leben gleich zweimal ausgefüllt hatte, so vor: Daum »ist ein besessener Arbeiter, der den Erfolg braucht wie der Süchtige die Droge«.

Na, also.

Und warum hat er sich dem Haartest unterzogen? Er berichtet einmal davon, warum er Muhammad Alis Biographie mehrmals gelesen habe: »Mich fasziniert, wie er für seinen Sport gelebt, wie der die Massen begeistert und zugleich provoziert hat. Er hat den Kriegsdienst verweigert, seine Karriere aufs Spiel gesetzt. Dabei hätte er nur symbolisch ein paar Tage in der Armee zu sein brauchen, dann wäre er garantiert freigestellt worden. Aber er bestand auf Öffentlichkeit. Ein Charak-ter.«

Ersetze »den Kriegsdienst verweigert« durch »die Haarprobe gemacht«, und laß ihn statt in der Armee dienen einfach einen Job in der Türkei oder im Iran annehmen – schon ist es Christoph Daum, der auf Öffentlichkeit bestand. Ein Charakter.

Der Daum ist aus

Warum nimmt der bekannte Fußballtrainer Drogen, vermutlich, Kokain? Günter Amendt berichtete in einem »Süddeutsche«-Interview, worin die Funktionalität der Droge besteht: »Kokain ist der Treibstoff der New Economy.« 70 Prozent der Konsumenten zählten zur oberen Mittelschicht, es seien die Kreativen, denen Hochgeschwindigkeit abverlangt würde, denen gelänge mit Kokain, was sie sonst nicht hinbekämen. Kokain, so heißt es, sei die Droge derer, die, wie man umgangssprachlich sagt, ständig 110 Prozent geben, oder, wie es Christoph Daum von sich sagte: »Ich lebe in der Gefahr, nur mit überhöhter Geschwindigkeit durchs Leben zu rasen.«

Maxim Biller bezeichnete Daum als »den Helden des neuen Kapitalismus«. Er schrieb 1997: »Was immer er anfaßt, es wir erst mal zu Gold, es führt Vereine nach oben, denen man schon seit Jahren eine Mischung aus Bankrott, Abstieg und schwarzer Pest an den Hals wünscht, weil sie mit derselben Leidenschaft und Inspiration Fußball spielen, mit der sich andere Leute Morgen für Morgen hinter ihre Schreibtische und Werkbänke schleppen, er verwandelt – bei Köln, bei Stuttgart, bei Leverkusen – immer wieder fade, apathische Profifußballernullen in wütende Tiere und todesmutige Rasengladiatoren.«

Christoph Daum verkörpert die New Economy auf dem Fußballplatz: Alte Strukturen werden verabschiedet, alte Motivationen – wie beispielsweise die emotionale Bindung an einen Verein – werden dem nackten Erfolgsprinzip untergeordnet. Der Trainer Daum appelliert nicht, wie seine Fußballehrer-Kollegen, an die Ehre seiner Kicker, wenn die sich hängen lassen, sondern motiviert sie, wie in Seminaren Manager modern motiviert werden: Er zeigt seinen Kickern Tausendmarkscheine, damit sie Geld riechen. Er erklärt seinem Stürmer die Staubsaugervertreter-Theorie: Auch wenn zum siebtenmal die Tür vor der Nase zugeknallt wurde, immer wieder klingeln, reden, verkaufen, bis der Umsatz stimmt. Er läßt seine Mannschaft über glühende Kohlen laufen. Er malt unter die Namen in der Aufstellung der gegnerischen Mannschaft jeweils einen Totenkopf. Er sagt: »Hochheben tun den Revolver viele, aber man muß auch abdrücken!« Christoph Daum gebärdet sich in seinem Beruf, dem des Fußballehrers, wie ein Sektenprediger oder Motivationstrainer. Er

beherrscht alle Tricks, zu jeder Zeit, an jedem Ort. »Daß Daum sie so perfekt beherrscht«, schreibt Maxim Biller, »erkennt man allein daran, daß bis jetzt jede Mannschaft, die er mit seinen lächerlichen Psychoseminar-Tricks kurz hochgebracht hat, nach seinem Abgang für eine Weile erst mal so tot und kaputt war, wie es die Telekom-Aktien auch schon bald sein werden.«

Und wie es der gesamte Neue Markt – historisch datiert: etwa seit Daums positiver Haaranalyse – ist.

Daumatisches

Wie geht es Christoph Daum jetzt? Er selbst sagte 1997: »Es gibt genügend Situationen im Leben, in denen es einem dreckig geht. Wo du meinst, du bringst nichts zustande. Da sag ich, hol mal alte Bilder raus – wo du im Urlaub warst, wo du was Tolles erlebt hast. Positive Erinnerung hilft Gleichgewichte schaffen. Erinnere dich an gelungene Arbeit, hol dir die Gewißheit her: Ich kann's ja! Es gibt genügend Leute, die dich mögen, erinnere dich daran, such die auf, sprich mal mit denen. Du hast deine Daseinsberechtigung! Auch wenn es dir im Augenblick ganz schlecht geht, ist es gut, daß du auf dieser Welt bist!«

Außerdem hat Daum in den »FAZ«-Fragebogen eingetragen, daß er gerne Kolumbus hätte sein mögen, und wie Christoph Kolumbus ist auch Christoph Daum unfreiwillig in Amerika gelandet. Daum hält sich schließlich seit Bekanntwerden der positiven Haarprobe und dem Rücktritt von seinen Trainerämtern in Florida/USA auf.

Was sagen die Freunde? »Natürlich muß Daum geholfen werden. Freilich darf man ihn nicht fallenlassen« (Lothar Matthäus).

Daum-Urlaub

»Mich findet hier niemand. Das habe ich schon gut gemacht,« sagte Christoph Daum Anfang November zu »Bild« über seinen Aufenthalt in den USA. Einen Tag später trafen ihn »Bild«-Reporter im Großraum Orlando, aber Daum verbat sich Fotos. »Ich werde mich zu einem späteren Zeitpunkt über meine Anwälte äußern. Zu allen Anschuldigungen wie auch zu der unrichtigen Haaranalyse.« Täglich telefoniere er mit seinen Kindern, denen er auch schon des öfteren geschrieben habe. »Mir geht es gut. Ich jogge und schwimme. Und sammle Kräfte.«

Daum, schaum wem

Daß Christoph Daum überhaupt der Vorwurf gemacht wurde, Kokain zu konsumieren – des weiteren soll er ja schon mal einer Prostituierten die Hand gegeben haben, in Scheidung leben, aus einfachen Verhältnissen stammen und das Finanzamt beschissen haben – , verdanken wir Ulli Hoeneß, Manager des FC Bayern München. Wir verdanken es also der fußballerischen und ökonomischen Konkurrenz des Fußballvereins Bayer Leverkusen. Bayern München genießt des weiteren auch den Ruf, Deutschlands eigentliche Nationalmannschaft zu bilden, also der berühmteste und am besten zu vermarktende Fußballexportartikel dieses Landes zu sein.

An der Diskussion, Daum nicht Bundestrainer werden zu lassen, beteiligten sich seitens Bayern München viele – niemand hat alleine alles gesagt, aber im Diskurs wurde es schon richtig zusammengesetzt. Es war ein Kampf um die Hegemonie im deutschen Fußball und »nur mit den Maßstäben eines politischen Machtkampfes zu verstehen« (»Frankfurter Allgemeine«).

Christoph Daum war in der tiefen Krise der Fußballnationalmannschaft – nach dem Scheitern bei der Europameisterschaft – als Retter geholt worden. Die Hauptlast bei der Überwindung der Krise trug Bayer Leverkusen: Sie machten aus ihrem damals noch unumstrittenen Cheftrainer einen auf Abruf, und sie machten aus ihrem Sportdirektor einen Interimstrainer. Der designierte Bundestrainer Daum verkündete, er werde beim DFB neue Strukturen einführen: Das Erfolgsprinzip der New Economy sollte dem eher an den öffentlichen Dienst erinnernden Trainer- und Verwaltungsstab des DFB den Garaus machen. Daums Gehalt sollte auch etwa fünfmal so hoch sein wie das von Berti Vogts – ein Indiz, daß auch in den »ideologischen Staatsapparat« (Althusser) DFB der Kapitalismus eingezogen war.

Der FC Bayern München sah dies, solange die Nationalmannschaft am Boden lag, mit Freude. Schließlich galten alle Leverkusener Reformbemühungen nicht dem eigenen Verein, sondern dem DFB, weshalb Leverkusen auch geschwächt in der laufenden Bundesliga agierte.

Als die scheinbar so labile Konstruktion mit dem Interims-Teamchef Rudi Völler auf einmal doch erfolgreich zu werden schien und wider Erwarten Bayer Leverkusen der Gewinner und neue Hegemon im deutschen Fußball zu werden drohte, fragte Ulli Hoeneß, ob ein Mann, dem so etwas nachgesagt würde, wirklich Bundestrainer werden dürfe.

Sich im Daum halten

Zu den ganz wichtigen Gründen, warum ein Fußballehrer, der Kokain nimmt oder genommen hat, Prostituierten schon mal die Hand gegeben hat, in Scheidung lebt etc., nicht Bundestrainer werden darf, gehört die Vorbildfunktion.

Christoph Daum hatte zur gleichen Zeit wie seine Berufung als Bundestrainer auch einen Zehn-Millionen-Mark-Werbevertrag mit dem Energiekonzern RWE abgeschlossen, den der Vater des Nationalspielers Oliver Bierhoff, der für im Vorstand von RWE sitzt, vermittelt hatte. Um die Person Daum wurde eine Werbekampagne entwickelt. Sie wurde sofort nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe – die zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich als falsch und denunziatorisch galten – eingestellt.

Ein Sportler und ein Sportlehrer müssen als Vorbilder für die Jugend herhalten: Das steht in ihren Verträgen. 1992 etwa wurde die Sprinterin Katrin Krabbe nicht des Dopings überführt, sondern ihr wurde nur die Einnahme eines Medikaments nachgewiesen, das sie medizinisch nicht benötigte, das aber auch nicht auf der Dopingliste stand. Weil sie und ihre Trainingskolleginnen damit ihre »Vorbildfunktion und Glaubwürdigkeit« verloren hatten, »für einen sauberen Sport einzutreten«, wurden sie mit einer Wettkampfsperre belegt, so hieß es im Urteil des Leichtathletikverbandes damals.

Aus diesem Grunde ist auch das nicht leistungsfördernde Marihuana bei allen Sportlern als Dopingmittel verboten. Weil schon etliche Staaten eine liberalere Haschischpolitik betrieben, sagte der IOC-Vizepräsident Richard Pound, müsse das IOC dann »eben ein Beispiel geben«.

Das Argument der Vorbildfunktion, die Sportler und Trainer gefälligst einzunehmen haben, erlaubt es letztlich auch, Alkohol- und Zigarettenkonsum, ausschweifendes Sexualleben oder Glücksspiel auf die Dopingliste zu setzen. Das geht aus juristischen Gründen nicht, aber der Fall Daum hat gezeigt, daß ein solches Verbot nicht juristisch formuliert werden muß.

Konkret 12/00, S. 43

Klaus Gaisenkersting, Martin Krauß

Kunst & Gewerbe

Millionärsfragen

1. Von wem wurde Ulrike Meinhof »Fotze« genannt?

A: Siegfried Buback

B: Enno von Löwenstern

C: Andreas Baader

D: Klaus Rainer Röhl

2. Welcher dieser vier Bundespräsidenten war nicht in der NSDAP?

A: Theodor Heuss

B: Heinrich Lübke

C: Walter Scheel

D: Karl Carstens

3. Welcher dieser FDP-Politiker stand noch nicht vor Gericht?

A: Walter Scheel

B: Hans-Otto Scholl

C: Otto Graf Lambsdorff

D: Jürgen W. Möllemann

4. Welcher dieser früheren Aktivisten der Studentenbewegung steht nicht der NPD nah oder ist NPD-Mitglied?

A: Günter Maschke

B: Bernd Rabehl

C: Horst Mahler

D: Dieter Oberlercher

5. Welche dieser Persönlichkeiten hat keine militärische Ausbildung im Nahen Osten erhalten?

A: Dieter Kunzelmann

B: Henryk M. Broder

C: Klaus Vack

D: Michael Wolffsohn

6. Welche dieser linken bundesdeutschen Persönlichkeiten hat noch keinen Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum unternommen?

A: Georg von Rauch

B: Thommie Weissbecker

C: Bommi Baumann

D: Hans-Christian Ströbele

7. Welcher deutsche Dichter nutzte zur Beschreibung des Besucheraufkommens in einer Diskothek den Begriff »gaskammervoll«?

A: Wiglaf Droste

B: Eckhard Henscheid

C: Thomas Kapielski

D: Bert Papenfuß

8. Welche deutsche Schriftstellerin nannte Nordkorea ein »sozialistisches Musterland«?

A: Karin Struck

B: Luise Rinser

C: Hera Lind

D: Ingeborg Drewitz

Konkret 12/00, S. 44

Rayk Wieland

Motive bei A.S.

Aus Anlaß ihres 100. Geburtstags am 19. November: ein Porträt der großen Schriftstellerin Anna Seghers. Erster Teil

»Wer Ohren hat zu sehen, der wird schmecken.«

Karl Mickel

1

Eine der vielleicht unauffälligsten Arbeiten von Anna Seghers ist ihr 1937 für den dänischen Rundfunk Antwerpen geschriebenes Hörspiel *Der Prozeß der Jeanne d'Arc zu Rouen 1431*. Unauffällig nicht nur deshalb, weil es heute fast in Vergessenheit geraten ist, sondern auch, weil Anna Seghers, anders als ihre Kollegen Brecht und Feuchtwanger, die den Stoff in jenen Jahren gleichfalls bearbeiteten, mit ihrem Text sich weitgehend an die ursprünglichen Prozeßprotokolle hielt, die sie in der Bibliothèque de la Chambre des Députés studierte. Die Autorin tritt hier völlig hinter dem Material zurück, man meint, eine Übersetzung aus dem Lateinischen zu lesen. Sie akzentuiert lediglich die unbeugsame Haltung der »Jungfrau«, ihren Glauben an die »Stimmen«, und läßt ihren schließlichen Widerruf als einen taktischen erscheinen.

Der französische Nationalmythos vom bewaffneten Freiheitskampf eines Volkes gegen die feindliche Übermacht im eigenen Land sollte im zeitgenössischen Kontext, so viel war klar, Pate stehen für die Notwendigkeit eines bewaffneten Kampfes in Spanien, der damals bereits in vollem Gange war. Er sollte zugleich die Widerstandskräfte im faschistischen Deutschland ermutigen, dem historischen Vorbild zu folgen. Das Gerichtsverfahren, auf das sich die Seghers-Bearbeitung konzentriert, erinnerte Hörer und Leser zudem an die in Deutschland stattfindenden Scheinprozesse gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. 1936/37 fanden aber auch in Moskau Prozesse statt gegen Sinowjew, Kamenew, Radek u.a., die ebenfalls mit fragwürdigen Widerrufen und Hinrichtungen endeten. Seghers' Text enthält sich jeden Kommentars, aber er ist natürlich einer. Allein die Tatsache, daß dem Prozeß von 1431 im Jahr 1452 ein Rehabilitierungsverfahren folgte, legt nahe, daß die Autorin keiner anderen Instanz als der Geschichte das letzte Urteil über die Gegenwart zubilligen mochte. Wie immer auch dieses Hörspiel politisch interpretiert wurde, es wurde richtig interpretiert.

Als Anna Seghers 1947 aus dem mexikanischen Exil wieder in den Osten Berlins zurückkehrte, ergab sich die Möglichkeit, das Hörspiel erneut aufführen zu lassen. Die *sowjetischen Freunde* * nahmen aber mit der Begründung, die deutsche Jugend sei noch nicht reif für die Vorführung, Abstand. Die Amerikaner, die es dann spielen wollten, erklärten nach schneller Prüfung: *sie können das Stück nicht bringen, nämlich in dem Bewußtsein, in der deutschen Jugend wird sich der Umstand, daß ein Richter Unrecht haben kann, zu der Meinung umbilden, das Nürnberger Gericht könnte Unrecht haben.* Daraufhin haben sich die Engländer des Stücks angenommen und erklärten bald: *Das können wir nicht spielen; denn es zeigt den Widerstand gegen die Engländer.* Etwas später wollte eine Laienspielgruppe den Text aufführen. Sie teilte Anna Seghers mit, daß *von unseren Jungens* keiner das Stück verstehe: *Wir haben doch seit 1933 in unseren Schulen nie hören und lernen dürfen, daß es im französischen Volk oder in anderen Völkern heroische Gestalten gab*. Als dann das Hörspiel 1952 unter Brecht im Berliner Ensemble aufgeführt werden konnte, geschah es wiederum unter denkbar prekären Bedingungen. Zur Zeit der Premiere lief in Prag der Prozeß gegen Slánsky, Katz und weitere, zumeist jüdische Angeklagte. Am Tag der Verkündung der Todesurteile bat Seghers in einem Brief Brecht, Änderungen an der Inszenierung vorzunehmen, die das Historische des Stoffes akzentuieren und den Widerruf der Jeanne nicht als Schwäche erscheinen lassen, sondern als Hoffnung, daß sich das Blatt noch wenden möge. Brecht besorgte die Änderungen.

1957 hatte Anna Seghers selber einem Schauprozeß beizuwohnen, dem Prozeß gegen die sogennate Harich- bzw. Janka-Gruppe, die verhaftet worden war, weil sie Walter Ulbricht stürzen und Georg Lukács, das »geistige Haupt der Konterrevolution« in Ungarn, nach Berlin verbringen wollte. Anna Seghers, Schülerin und Verehrerin des Philosophen, war, was den Lukács-Teil betrifft, an dem riskanten Unternehmen maßgeblich beteiligt. Sie saß aber weder als Angeklagte noch als Zeugin im Gericht, sondern sie wurde im Publikum plaziert und zu Stillschweigen verpflichtet. Daran hielt sie sich, denn sie war als Lukács-Agentin, aber auch als Westemigrantin und Jüdin und ferner wegen ihrer Verbindung zu Noel Field (der erst kurz zuvor rehabilitiert worden war) und Paul Merker gefährdet. Daß sie während dieses Prozesses nicht Jeanne-d'Arc-mäßig protestierte, wird ihr heute gern als moralischer Makel, als Mangel an Zivilcourage und als Beweis ihrer von der Macht korrumpierten Existenz in der DDR vorgehalten. Die weltbekannte Schriftstellerin, wird frivol veranschlagt, hätte es sich leisten können, Lukács zu verteidigen und ihre Sympathie mit dem »Petöfi-Club« zu bekunden, gegen den gerade in Budapest sowjetische Panzer in Stellung gebracht wurden. Infamer geht nicht zu denken.

2

Wie im Fall Brechts zieht eine nichtorientierte Öffentlichkeit die junge Seghers der alten vor. Die anmutige Konsequenz ihrer Entwicklung wird ignoriert, das Spätwerk abgetan. Das hat den Vorteil, daß eine gesamtdeutsche Adoration dieser großen, wenn nicht größten deutschen Dichterin nicht in Betracht kommt. Man sollte im Umkehrschluß aber das Frühwerk von Anna Seghers nicht verschmähen, das bedeutende Texte des deutschen Expressionismus und der »Neuen Sachlichkeit« versammelt. Das ist auch nicht wenig.

Anna Seghers wird 1900 in Mainz geboren. Ihr bürgerlicher Name ist Netty Reiling. Sie kommt aus einer jüdischen Familie, der Vater arbeitet als Kunst- und Antiquitätenhändler. In Heidelberg und Köln studiert sie Kunstgeschichte und Sinologie. Philosophie hört sie bei Karl Jaspers, Kierkegaard und Husserl beschäftigen sie sehr. Ein existenzialistischer Sound durchzieht ihr gesamtes Werk. Das Thema ihrer Dissertation ist »Jude und Judentum im Werke Rembrandts«. Anfang der 20er Jahre lernt sie ihren Mann, Laszlo Radvanyi, kennen, der Ungarn nach der gescheiterten Räterepublik verlassen hatte. Er gehörte dort zum Sonntagskreis um Lukacs, Balazs und Mannheim, die seinerzeit die kommunistische Weltrevolution aus Gründen der Spiritualität für unverzichtbar hielten.

Zeugnisse für Reilings und Radvanyis Konversion von religiös inspirierten Erlösungsvorstellungen zur KPD gibt es kaum, sie kann aber anhand der Lektüre der beiden leicht plausibel gemacht werden: Kierkegaard, Dostojewski, Buber, *Das Kommunistische Manifest*. 1926 wird Radvanyi Direktor der Marxistischen Abendschule (Masch) in Berlin, deren Kurse Reiling besucht. In diese Zeit fallen die ersten literarischen Veröffentlichungen, die sie zunächst mit Antje Seghers, dann nur mit Seghers zeichnet. Den Namen hatte sie von Hercules Seghers, einem Zeichner aus der Umgebung Rembrandts, expropiiert. Eine Zeitlang herrscht Unklarheit darüber, ob die Texte von »Seghers« von einem Mann oder einer Frau stammen, zu welcher ihr sachlich-spröder Stil nicht wenig beiträgt.

Schon für ihre zweite und dritte Erzählung, *Grubetsch* (1927) und *Aufstand der Fischer von St. Barbara* (1928), erhält sie den renommierten Kleistpreis, Juror ist Hans Henny Jahnn. Wenn Reich-Ranicki und zahlreiche Nachredner vom Frühwerk der Seghers schwärmen, das den späteren vermeintlich dogmatischen Texten vorzuziehen sei, dann sind diese Erzählungen gemeint. Sie sind, um das nicht in Abrede zu stellen, allerdings großartig. Es existiert wahrscheinlich von keinem anderen deutschen Schriftsteller eine vergleichbar eindringliche und genaue Schilderung des grauenhaften Milieus der Berliner Mietskasernen, in denen die Arbeiter hausten, wie sie Anna Seghers in *Grubetsch* gibt. Und es findet sich in der gesamten »Neuen Sachlichkeit« und im deutschen Expressionismus vielleicht keine so fulminante Exposition wie im *Aufstand der Fischer von St. Barbara*. Zudem sind hier bereits Anna Seghers Lebensfragen, von denen sie nicht mehr loskommen soll, vollständig präsent: Welcher Weg führt aus diesem elenden Leben? Inwiefern vermag die Kraft einzelner Menschen eine Veränderung der Lebensverhältnisse herbeizuführen? Die Texte scheuen nicht davor zurück, die Frage, die sie stellen, zu beantworten, nämlich: Es gibt keinen Weg, und: Die Kraft einzelner ist unzureichend. Auch die KPD, in die Seghers 1928 eintritt, scheut sich nicht, ihr mitzuteilen, was von den Antworten zu halten ist: nichts. »Das Buch ist kein Bestandteil der proletarisch-revolutionären Kultur, wie wir sie in ihrem besten Sinne zu schaffen versuchen, einer Literatur von Marxisten geschrieben« (»Literatur der Weltrevolution«, 3/1931).

Über die geistige Bedürftigkeit der ästhetischen Debatten innerhalb der KPD und des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS), dessen Mitglied Seghers ist, wird sich gern mokiert. Daß Kunst »Waffe« zu sein habe, wie dies Friedrich Wolf 1928 postulierte, daß sie sich nicht vom Volk entfernen dürfe und seinen sozialen Befreiungskampf zu ihrem Gegenstand zu erheben habe, wird oft mißbilligt. Doch in den 20er und 30er Jahren hatten die Kommunisten, einfache, hungernde, notleidende und mit dem Tod bedrohte Leute, durchaus vor, die Revolution zu machen. Es ist sehr großherzig von ihnen, die Kunst als Waffe zu veranschlagen und nicht gleich ganz wegzulassen. Und es ist sehr feinsinnig zu erwägen, zur Abwechslung mal nicht mit dem MG, sondern mit Kunst zu kämpfen.

Anna Seghers folgt den klaren Prämissen ihrer Schriftstellerkollegen im BPRS so weit, wie sie es verdienten. Die Literatur, die sie sich jetzt abverlangt, soll nicht bloß leidenschaftlich bewegt, sondern zielgerichteter, bewußter im Hinblick auf einen Ausweg, eine Perspektive sein. Die Idee mit der Perspektive stammt von Georg Lukács, Peter Hacks hat sie erst unlängst, in seiner Einlassung zu Georg Fülberth (vgl. KONKRET 10/00), bekräftigt. Lukács, der ab 1930 im BPRS der bestimmende Kopf in den Debatten um die sozialistische Literatur ist, fordert außerdem weniger platte Abschilderung der Gegenwart, mehr »Totalität« und mehr geschichtlich-theoretische Erkenntnis der großen Zeitfragen. Seine Interventionen lösen großes Unbehagen aus bei nicht wenigen Arbeiterschriftstellern (Bredel, Gottsche), die sich eher als Korrespondenten ihrer eigenen Lebenswelt verstanden denn als Romanciers ihrer Epoche. Anna Seghers aber hat den Roman der Epoche zu schreiben vor: *Die Gefährten* (1932). Er ist für eine Autorin des BPRS kühn gebaut. Struktur und Komposition verraten die Lektüre von Döblin und Dos Passos. Unzählige Episoden sind in ganz Europa angesiedelt. Kommunisten, Flüchtlinge, Universitätsdozenten aus allen sozialen Schichten treten auf, ein Zeugnis von revolutionären Unruhen an vielen Orten der Welt abzugeben. Die Haltung der Figuren ist eine optimistische, doch die Grundstimmung des Buches ist bestimmt von Tragik, die nicht mit den üblichen ideologischen Trostformeln entschärft wird. Eine »Märtyrerchronik« nennt Siegfried Kracauer in seiner Rezension in der »Frankfurter Zeitung« das Buch.

Mit der Machtübernahme der Nazis 1933 ändert sich die geschichtliche Szenerie schlagartig. Der demokratische Sieg der Faschisten in Deutschland, die jetzt den »Volkswillen« repräsentieren, stehen zwei Grundposten der kommunistischen Weltanschauung zur Revision an: zum einen die Zuversicht auf die Selbstbefreiung des Volkes durch eine proletarische Revolution, zum anderen die »Verwurzelung« der kommunistischen Bewegung im Volk, von der innerhalb kürzester Zeit nichts übrig blieb. Eine Revision, die Anna Seghers mit beispielloser Konsequenz unternimmt und die für sie bis zum Ende ihres Lebens nicht abgeschlossen ist.

3

Wer in der DDR aufwuchs, wunderte sich vielleicht über den Welterfolg ihres Romans *Das siebte Kreuz*, den Seghers 1939 im Pariser Exil abgeschlossen hatte und der drei Jahre später in den USA und in Mexiko erschienen war. Die DDR-Geschichtsschreibung behauptete, daß praktisch das gesamte deutsche Volk sich »eigentlich« im Widerstand gegen Hitler und nur im Zustand temporärer Manipulation befand. Die entscheidende Message des Buches, daß Angst und Terror am Ende nicht ein ganzes Land in Lethargie und geduckte Willfährigkeit versetzen können, war hier also Voraussetzung der Lektüre. Die Flucht von Georg Heisler aus dem KZ mußte folgerichtig glücken, er mußte logischerweise auf Menschen treffen, die ihm weiterhalfen, ihn verbargen und versorgten, und eher unerklärlich blieb, warum seine sechs Gefährten gefaßt wurden.

Wenn der Roman damit den DDR-Mythos vom eingeborenen Antifaschismus des deutschen Volkes zu bestätigen schien, so war er freilich bereits Jahre vor deren Existenz in der Welt und folgte eher der ab 1935 von Komintern und KPD ausgegebenen Volksfront-Strategie. Sie war, abgesehen von der Rücknahme der »Sozialfaschismus«-Thesen, keine sehr gründliche Revision der kommunistischen Vorkriegspositionen, sondern Notnagel. Das läßt sich auch von Seghers' Roman sagen, der 1943 auf verschlungenen Wegen ins besetzte Europa und sogar nach Deutschland gelangte, wo er von vielen Illegalen und Widerstandskämpfern, wie aus Zeugnissen bekannt ist, als Offenbarung eines anderen Deutschlands gelesen wurde. Wie die Verkündung eines Wunders vernahmen sie, daß unter den Bestien sich auch Menschen befinden sollten.

Der Roman wurde sehr schnell ein Welterfolg, legendär sein Ruhm, einmütig die Bewunderung, was Komposition und künstlerische Gestaltungskraft angeht. Kein anderer der emigrierten Schriftsteller hatte zu der Zeit gewagt, über die Realität des deutschen Faschismus zu schreiben. Viele waren auf der Suche nach Ausdrucksmöglichkeiten in die Historie ausgewichen: Feuchtwanger mit *Der falsche Nero*, Heinrich Mann mit *Die Jugend des Henri Quatre*, Bruno Frank mit dem *Cervantes*-Roman oder Stefan Zweig mit seiner *Erasmus*-Biographie. Um so erstaunlicher ist, daß Anna Seghers mit *Transit* 1943 gleich noch einen zweiten Roman abschloß, der die lebensbedrohlichen, verworrenen, fatalen Lebensumstände im Exil zum Thema macht. Seine Entstehungsgeschichte ist geradezu abenteuerlich: *Das Buch ist in Marseille entstanden, in den erwähnten Cafés, wahrscheinlich sogar, wenn ich zu lange warten mußte, in Wartezimmern von Konsulaten, dann auf Schiffen, auch interniert auf Inseln, in Ellis Island in USA, der Schluß in Mexiko.*

Eine Art seitenverkehrte Fortsetzung von *Das Siebte Kreuz* gab Seghers, noch im Exil, mit der Erzählung *Das Ende* (1945). Dort ist es der KZ-Aufseher Zillich, der nach dem Kriegsende quer durch Deutschland gejagt wird und der in allen Personen, auf die er stößt, nur potentiellen Rächern begegnet und sich schließlich selbst richtet. Immerhin wird hier deutlich, daß eine Versöhnung mit den Tätern nicht in Betracht kommt. Der große Teil des deutschen Volkes aber ist entschuldigt.

Das gleiche Mißverhältnis durchzieht schon ihre Rede »Vaterlandsliebe« vor dem Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur in Paris 1935, es waltet auch in der Erzählung *Ausflug der toten Mädchen* (1946) sowie, noch ärger, in *Der Mann und sein Name* (1952). In ihren privaten Äußerungen sieht sie die Lage nüchterner, realistischer. So heißt es 1948 in einem Brief: *Ich muß gestehen, daß mir das Leben in Deutschland ... nicht leicht fällt. Der Faschismus hat tiefe Wunden geschlagen. Er hat nicht nur unsere alten Städte in Schutt und Asche gelegt, sondern auch die Gesinnung der Menschen verändert – ihre moralischen und intellektuellen Werte sind in einem solchen Umfang vernichtet, wie man es sich anderswo bei aller Phantasie nicht vorstellen kann.* Aber bereits zwei Jahre später, in ihrer Rede auf dem deutschen Schiftstellerkongreß, meldet sie einen erstaunlichen Vorgang: *Durch unsere Republik, durch die Partei, durch die Befreiung, vor allem durch die Rote Armee hat sich unser Volk in ungeheurer, nie dagewesener Transformation umgebildet, unsere Schulen, unsere Gehirne, alles, alles.*

Es kann nicht nicht sein, was sein darf. In den nächsten Jahren wird Anna Seghers den »neuen Menschen« porträtieren, dem sie in der DDR begegnet.

Wird im nächsten Heft fortgesetzt

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 11/2000 über Mehrheiten

Konkret 12/00, S. 48

Marc Fabian Erdl

Buch & Deckel

Friedrich Küppersbusch/Oliver Becker: Lebenslänglich Todesstrafe. Deutschlands letzte Todeskandidatin. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2000, 160 Seiten, 28 Mark

Eine geschiedene Frau tötet kurz nach Kriegsende ihre zwei Kinder und wird von einem deutschen Gericht 1947 zum Tode verurteilt. Jedoch sind die Verhältnisse im neuen Rheinland-Pfalz zu verworren, um ordentliche Hinrichtungen, wie sie die Deutschen zwölf Jahre lang schätzen gelernt haben, zu gewährleisten. Zwar hat die zuständige französische Militärregierung keine Einwände, aber die zunehmend virulente Diskussion um die Todesstrafe läßt den Fall zu einem Wettlauf mit der Zeit werden.

Parallel zum Einzelfall Irma K. schildern die Autoren diese politische Auseinandersetzung im neu sich konstituierenden Deutschland. Ungewöhnlich erscheint aus heutiger Sicht die Rollenverteilung: Rechtskonservative und Kommunisten kämpfen gegen die Todesstrafe; Christdemokraten und Sozialdemokraten sind uneins und plädieren nicht selten für eine Beibehaltung bzw. gegen die grundsätzliche Abschaffung im Provisorium namens Grundgesetz; die Liberalen hingegen sind fast geschlossen für die Todesstrafe. Rachegelüste und Naturrechtsvorstellungen einerseits, Schutz des menschlichen Lebens und Erinnerungen an die Willkürjustiz im Dritten Reich andererseits führen zu seltsamen Allianzen.

Die hinrichtungswilligen Behörden plagen derweil ganz andere Sorgen: Welcher Handwerker stellt eine funktionstüchtige Guillotine her? Wo findet sich ein williger, unbelasteter Henker? Was ist, wenn die Todesstrafe doch abgeschafft wird? Und warum dauert das alles so lange? Sympathisch mutwillig herbeigeführte sowie ungewollte Verzögerungen bei der Herstellung der Rahmenbedingungen führen dazu, daß »Deutschlands letzte Todeskandidatin« bis zur Abschaffung der Todesstrafe durchhält.

Zehn Jahre haben die Autoren für einen Dokumentarfilm recherchiert. Auf Basis des Drehbuchs ist das Buch entstanden, dem man diese Herkunft auf jeder Seite anmerkt. Folgen der Zweitverwertung: Faktenhuberei im Nebensächlichen, aufgeregte Schnitte, überflüssige Impressionen (»Herrenchiemsee: sattes Grün mit Blick auf die Fraueninsel, dahinter schneegetupft die Alpen. Malerisch inmitten des Chiemsees gelegen ...«); all das erinnert in seiner vorgegaukelten Lebendigkeit an Peter-Paul Zahls Kritik am »Spiegel«: »täuscht durch minutiöse Beschreibung der Nebensächlichkeiten Wahrheit im Großen und Ganzen vor«.

Das ist schade, weil es unnötig ist. Die zahlreichen relevanten Fakten, die die Autoren fleißig zusammengetragen und geordnet haben, sprechen für sich. Vermutlich haben verantwortungslose Menschen den Autoren eingeflüstert, eine »flotte Schreibe« sei etwas ganz Aufregendes. Küppersbusch und Becker waren schlecht beraten, das zu glauben. Lesern, die sich durch den verquasten Stil nicht abschrecken lassen, erschließt sich jedoch ein interessanter Aspekt der Nachkriegszeit.

Konkret 12/00, S. 48

Gerhard Henschel

Buch & Deckel

Lothar-Günther Buchheim: Der Abschied. Piper, München 2000, 560 Seiten, 49,80 Mark
Brian Victoria: Zen, Nationalismus und Krieg. Eine unheimliche Allianz. Aus dem Englischen von Theo Kierdorf/Hildegard Höhr. Theseus Verlag, Berlin 1999, 400 Seiten, 48 Mark

Lothar-Günther Buchheim: Der Abschied. Piper, München 2000, 560 Seiten, 49,80 Mark

Als Landratte möchte man ja manchmal doch ganz gerne wissen, wozu eine Primärumwälzpumpe da ist. Wenn dann der entsprechende Band aus der Reihe *Was ist was* nicht lieferbar sein sollte, kann man auch auf Lothar-Günther Buchheims Roman *Die Festung* zurückgreifen. Über die Primärumwälzpumpen gibt eine Romanfigur namens »Chief« Auskunft: »Die Primärumwälzpumpen, die seitlich am Druckgefäß angeordnet sind, drücken das Primärwasser von unten durch den Kern nach oben zu den Dampferzeugern. Es verläßt die Dampferzeuger mit zwohundertsiebenundsechzig Grad Celsius. Wenn es in die Dampferzeuger eintritt, hat es zwohundertsiebzig Grad Celsius. Das geht doch alles ganz einfach.«

Buchheims Romane *Das Boot* und *Die Festung* handelten vom Krieg. *Der Abschied* handelt von zwei alten Zauseln, die sich bei einer Schiffsfahrt im Frieden über den Krieg unterhalten, der zwar grausam war, aber irgendwie auch gut, weil damals keine Frauen an Bord durften, anders als im Frieden, wo die Frauen sich sogar mit Lockenwicklern an Deck wagen und den Menschen nichts mehr heilig ist.

Der ältere der beiden Hauptgesprächsteilnehmer, genannt »der Alte«, ähnelt einem von Arno Breker modellierten Gipskopf – »gegerbt und gekerbt«, »die Stirn gefurcht« – , und wenn er spricht, dann am liebsten »mit tiefer, belegter Stimme«. Was er zu sagen hat, ist dies: »Ehrfurcht, die hat hier keiner mehr. Nicht einmal Respekt.« Respektvoll und ehrfürchtig betrachtet ihn aber immerhin der Erzähler, vor allem, wenn die Frauen an Bord wieder einmal etwas falsch gemacht haben: »Ich weiß, daß es jetzt in ihm schabt und frißt, aber er tut, als sei die Sache für ihn erledigt.«

Im Krieg, der ihn gegerbt und gekerbt hatte, war dem »Alten« manches schöne Manöver gelungen: »Im Krieg, bei der Jagd auf einen britischen Geleitzug, konnte der Alte achtundvierzig Stunden wach bleiben, ohne aus den Pantinen zu kippen.« Anderes hatte er dafür glatt verschlafen: »Daß mit den Juden nicht zimperlich umgegangen wurde, wußte ich schon, aber daß die Juden in Massen systematisch vernichtet wurden – das nicht. Als ich das unmittelbar nach dem Krieg erfuhr und die Zahlen umgebrachter Juden, konnte ich das einfach nicht glauben.«

Schön für ihn. Er hatte es einfach nicht gewußt, der alte Haudegen, und deshalb darf er jetzt auch mit gutem Gewissen in Buchheims Roman auf den Weltmeeren umherschippern, in Erinnerungen an die rauhen Mannesjahre schwelgen und das, was in ihm schabt und frißt, mit Schnaps narkotisieren. Hoch die Tassen! »So isses recht, so haben wir es gehandhabt, die besten Jahre unseres Lebens hindurch: immer zum Überfließen volle Gläser.«

Geschrieben hat Buchheim den Roman für Elfjährige, die an Primärumwälzpumpen interessiert sind, sowie natürlich vor allem für die letzten Wehrmachtsveteranen, die Kerniges über den Krieg lesen möchten, ohne dauernd die Sache mit den Juden hingerieben zu kriegen. Von der sie ja auch sowieso nichts gewußt hatten.

Für eine Jubelreportage in dem Reklameheft »Buch aktuell« hat eine anonyme Schreibkraft die Seiten von Buchheims Romanen gezählt: »In der gedruckten Fassung sind es zusammen rund 2000 Seiten geworden. Ein neues *Krieg und Frieden*? Vielleicht wird man seine drei Bücher eines Tages mit dem Epos von Tolstoi vergleichen.« Eines Tages? Der Vergleich kann auch hier und heute schon angestellt werden: Im Vergleich mit *Krieg und Frieden* schneidet Buchheims Romantrilogie noch etwas miserabler ab als Käpt'n Iglo im direkten Vergleich mit Kolumbus.

Brian Victoria: Zen, Nationalismus und Krieg. Eine unheimliche Allianz. Aus dem Englischen von Theo Kierdorf/Hildegard Höhr. Theseus Verlag, Berlin 1999, 400 Seiten, 48 Mark

Von Japan war Rudolf Heß restlos begeistert: »Auch wir kämpfen, um den Individualismus zu vernichten. Wir kämpfen für ein neues Deutschland, das auf der neuen Idee des Totalitarismus aufgebaut ist. In Japan ist diese Art zu denken für das Volk völlig natürlich!« Das soll der geisteskranke Stellvertreter des Führers dem japanischen Botschafter im nationalsozialistischen Deutschland, Karusu Saburo, versichert haben. Das Zitat findet sich in einer Studie über *Zen, Nationalismus und Krieg*, die der Zen-Priester Brian Victoria geschrieben hat. Sie zeigt in Hunderten von Beispielen, daß neben Christentum und Islam auch der Zen-Buddhismus zur rechten Zeit waffensegnende, den Krieg heiligsprechende, Mord und Totschlag als religiöse Pflicht glorifizierende Pfaffen hervorgebracht hat. Der Zen-Gelehrte Suzuki stellte frohlockend fest, die japanischen Soldaten betrachteten »ihr Leben als so leicht wie Gänsefedern, während ihre Hingabe an

ihre Pflicht ihnen so schwer erscheint wie der Berg Taishan«. Suzukis Meister Soen, der sich 1904 als Feldgeistlicher am Russisch-Japanischen Krieg beteiligte, unterzog das buddhistische Tötungsverbot einer eigenwilligen Interpretation: »Zwar hat der Buddha verboten zu töten, doch hat er auch gelehrt, daß niemals Frieden herrschen wird, solange nicht alle fühlenden Wesen durch das Üben unendlichen Mitgefühls miteinander vereint sind. Deshalb ist es statthaft zu töten und Krieg zu führen, wenn dies dazu dient, auf andere Weise nicht zu vereinbarende Dinge in Einklang zu bringen.«

Der Zen-Meister Nantembo (1839-1925) vertrat wiederum die Auffassung, es gebe »keine Bodhisattva-Übung, die dem mitfühlenden Töten« gleichkomme, und der Zen-Meister Daiun redete den kaiserlichen Soldaten 1944 eindringlich ins Gewissen: »Wenn ihr dem Feind gegenübersteht, müßt ihr ihn töten; ihr müßt das Falsche zerstören und dem Echten Geltung verschaffen – dies sind die grundlegenden Lehren des Zen.« So einfach ist Zen-Buddhismus.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg erwies er sich als nützliches Instrument bei der Bekämpfung des verderblichen Individualismus: »Disziplin, Gehorsam, Konformität und körperliche und geistige Ausdauer angesichts von Härten sind jedoch nicht die einzigen Charakteristika klösterlichen Lebens, die für die japanische Wirtschaft von Interesse sind. Auch die traditionelle buddhistische Lehre von der Unbeständigkeit des Selbst und der Ichlosigkeit hat eine originelle, Firmen sehr genehme Verzerrung erfahren«, schreibt Victoria und ruft »die Anhänger aller Religionen« dazu auf, »sich einer universellen, globalen Ethik zuzuwenden«. Die Priester dieser neuen Religion scharren bereits mit den Hufen, und man darf gespannt sein, welche Verbrechen demnächst im Namen der »globalen Ethik« gefordert und gefeiert werden.

Konkret 12/00, S. 49

Hermann Peter Piwitt

Buch & Deckel

Noam Chomsky:Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Europa Verlag, Hamburg 2000, 160 Seiten, 24,50 Mark

Die Freiheit ist immer die Freiheit der Reicheren. In den Verkehrsformen des globalen Freihandels ist sie inzwischen überall durchgesetzt. Längst sind die letzten Bastionen des Eigensinns, die nationalen Binnenmärkte, von unseren Global players erobert. Reis einführen muß das klassische Reisland Indonesien, während dessen Urwälder brennen, damit an ihrer Stelle Ölpalmen den Rohstoff für unsere Waschmittel liefern können. Sich selbst ernähren dürfen nicht die Völker. Hauptsache, der freie Weltmarkt zum Vorteil der Stärkeren ist gewährleistet.

Mit dem noch nicht realen Sozialismus endete der Versuch, einen Markt für die Schwächeren der Erde aufzubauen. Die neue Lage ist bekannt: In 85 Ländern der Erde geht es nach einem UN-Bericht von 1999 den Menschen schlechter als noch vor zehn Jahren. Einen philippinischen Bauern ließ »The Guardian Weekly« vor einigen Jahren so zu Worte kommen: »Ich weiß nichts über Weltmärkte. Ich verstehe nicht, wie die Amerikaner uns Mais so billig verkaufen können. Unsere Preise gehen runter, unsere Kinder hungern, und unsere Gemeinschaft stirbt.« Das Problem ist, so die Zeitung, daß ein freier Weltmarkt gar nicht existiert. Die klassischen europäischen und überseeischen Kolonialländer predigen ihn; aber sie selbst scheren sich bekanntlich einen Dreck darum. Hochsubventioniert das Getreide, der Mais; schließlich müssen US-amerikanische Farmer die Welt vor dem Hunger retten. Einfuhrzölle, Erpressungen, Embargos, notfalls Raketen, wo früher Kanonenboote die Märkte freischossen. Und ein Despot und/oder Nationalist, wer als Politiker sich weigert, transnationale Unternehmen und Banken ohne Rücksicht auf örtliche Gesetze, Umwelt, Mindestlöhne und Sozialleistungen schalten und walten zu lassen. Der Despot dagegen, der ihnen die Schwelle fegt und dabei die Hand aufhält, ein Freund der Freiheit.

In seinem jetzt auf deutsch erschienenen Buch *Profit over People* beschreibt Noam Chomsky die Politik des Kapitals der USA an Hand einer Reihe von Fällen: Haiti, Brasilien, Chile, Mexico, Nicaragua, Kuba ... Sein Resumé: Entwickelt haben sich außerhalb Westeuropas und Nordamerikas in den vergangenen Jahrzehnten nur jene kapitalistischen Staaten, die ihrerseits gegen die Ideale des freien Marktes am gröbsten verstießen. »Das ostasiatische Wunder« – Japan, Taiwan, Südkorea – »war ein Planungswunder.« Wer sich dagegen der »Marktdisziplin« fügen mußte, blieb am Tropf von Krediten oder ganz im Dreck.

Chomsky gehört zu jenen großen jüdischen Wissenschaftlern, die, ob der Leiden des eigenen Volkes, hellhörig blieben auch für das Elend der »Verdammten der Erde«; es gibt nicht mehr viele davon. Den neuen Bewegungen, die sich auf den letzten WHO-Tagungen Gehör verschafften, scheint er ein gründicher Ratgeber. Er spricht vom Land, in dem er sich auskennt, von den USA; den Vereinigten Staaten, die Milosevic vor den Haager Gerichtshof bringen wollen und sich selbst um Den Haager Urteile gegen sie noch nie geschert haben. Andere hätten von anderen, westeuropäischen, Schurkenstaaten zu berichten. Deutschland, zum Beispiel, wo Gymnasiasten glauben, Globalisierung sei, wenn alle Menschen auf der Erde sich lieb haben, konkret gesagt: auf der Expo bei Thai-Jazz ein Schwarzer in Sepplhosen Schweinswürstl serviert. Zu schweigen von unseren Garanten der Zukunft, die von ihren USA-Stipendien allemal so brainwashed zurückkommen, wie man einmal vom Diamat-Studium aus Stalins Moskau heimkam.

Daß Schriftsteller und Intellektuelle aus dem öffentlichen politischen Diskurs verschwunden seien, meinte kürzlich Naumannn, Staatsminister, in einem Interview; und daß das zu verschmerzen sei. Klar. In den »Zivilgesellschaften« ist die beste aller möglichen Welten erreicht: die kapitalistisch verfaßte Demokratie. Anderswo fehlt es noch an Menschenrechten. Aber das ständig zu wiederholen, braucht es keine Intellektuellen (so sehr sie sich danach drängeln mögen). *Das* zusammenbrabbeln kann jeder »Spiegel«-Redakteur. Sollte da aber jemand noch anderer Meinung sein: Schnauze! Und ab unter die Brücken! – Tja, lieber Naumann: Was Wunder, daß die Intellektuellen da verschwunden sind?

Die Menschen im Land leben im Kopf der Bestie geradeso entspannt im Hier und Jetzt, wie sie in den ersten zehn Jahren unter Hitler auch gelebt hätten.

Ich finde, wer von Menschenrechten spricht und dabei von politischer Ökonomie, von der Politik des Kapitals schweigt, sollte von Politik überhaupt die Schnauze halten.

Konkret 12/00, S. 49

Armin Schreiber

Buch & Deckel

Ulrike Gauss (Hrsg.): Pablo Picasso. Die Lithographie. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern 2000, 303 Seiten, 128 Mark

Schon mit sieben Jahren zeichnete der kleine Pablo seiner Schwester Lolita »die ausgefallensten Sachen«: Hund, Hahn, Esel gelangen ihm vortrefflich, egal, ob er mit dem Ohr oder dem Schwanz beginnen sollte, »denn schon damals kümmerte er sich wenig um überkommene Regeln ...«

Während es an dieser Kunst-Geschichte nach wie vor nichts zu rütteln gibt, muß eine andere Legende nun leider im Orkus verschwinden: Jahrelang galten der kalte Herbst 1945 und der Umstand, daß Picasso sein Atelier nicht heizen konnte, als die Initiatoren jener »schicksalhaften Begegnung« mit dem Drucker Fernand Mourlot, die dann Picassos »lithographisches Fieber« auslöste. Nie wurde daran gezweifelt, daß er bei seinem ersten Besuch am 2. November sofort gemerkt hatte: Hier »ist es angenehm warm«. Und deshalb schon morgens in die Werkstatt kam und den ganzen Tag blieb.

Alles falsch! In einem Interview vom 16.6.2000 stellt Henri Deschamps, der als Mitarbeiter Mourlots für Picasso die Farben vorbereitete und sein legendäres Schwarz, damit es Glanz und Tiefe erhielt, mit frischem Knoblauch versetzte, unmißverständlich klar: »Es war ja nicht geheizt damals ...!«

Nachlesen kann man diese und andere Mitteilungen aus der Praxis des Werkstattbetriebs in einem ungewöhnlichen Buch, dem Bestandskatalog des Graphikmuseums Pablo Picasso Münster, der zur Eröffnung des Hauses im September erschienen ist. Neben zwei weiteren Texten »Zu Picassos Kunst der Lithographie« und einer tatsächlich spannenden Darstellung zur Provenienz der Blätter bietet er Reproduktionen sämtlicher 861 Arbeiten der Sammlung, darunter ca. 200 ganz- und halbseitige Abbildungen in bemerkenswerter Druckqualität: Subtilste Verläufe im Grau-Bereich bei der 1949 entstandenen Lithographie »La Colombe« z.B., der sog. Friedenstaube bleiben ebenso erhalten wie das partiell auftauchende Tiefschwarz des Hintergrundes.

Als graphische Spiegelung der künstlerischen Entwicklung Picassos läßt sich das nahezu komplette Konvolut zwar nicht sehen, denn bis auf ein halbes Dutzend Arbeiten, die während der klassischen Periode in den frühen 20er Jahren entstanden sind, spielt die Lithographie vor 1945 eine relativ bescheidene Rolle. Für Leser indessen, die schon immer mal wissen wollten, wie etwa die nachhaltig wirkende Lebendigkeit der »Frau mit grünem Haar«, wie generell Picassos »geheimnisvolle Klarheit« zustande kommt, bieten insbesondere die nebeneinandergestellten »Zustände« auf zehn immerhin bringt es dieses von Matisse angeregte Porträt der damaligen Lebensgefährtin Francoise Gilot exquisites Anschauungsmaterial.

Konkret 12/00, S. 50

Peter O. Chotjewitz

Der Mann ohne Liegenschaften

Über den ungemein dünnen dicken Roman »Hampels Fluchten« von Michael Kumpfmüller

Ich liebe Beipackzettel. Sie versprechen einem den Himmel auf Erden (Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Krämpfe, Zittern, Hautbluten, Ohnmachtsanfälle bis hin zum Exitus präcox), doch nichts passiert. Ein Beispiel: In den 60er Jahren nahm ich oft und gerne ein Mittelchen gegen Darminfektionen. Es wurde unter Helmut Schmidt verboten, weil man angeblich blind davon wurde. Das war typisch Schmidt. Mein Augenlicht ließ trotzdem nach, dafür hatte ich nun nichts mehr gegen das ständige Bauchgrimmen.

Was im Pillenhandel der Beipackzettel ist im Texthandel die Buchbesprechung. Eigentlich ist sie das Gegenteil, aber das ist das gleiche. Die Leute nehmen die Medizin trotz der Warnungen, und sie lesen das Buch trotz der Empfehlungen.

Leider habe ich ein recht gutes Gedächtnis, das also die meisten Literaturkritiken verdrängt. Kiepenheuer & Witsch, wo Klumpfmüller derzeit debütiert, versprachen zwar, ein paar Rezensionen zu liefern, nahmen dann jedoch Abstand, als sie meinen Namen hörten. Aber Krumpfmeier ist zweifellos eine gefragte Persönlichkeit. Genau der Richtige für den literarischen Container, nachdem Burkhard Spinnen und Ingo Schulze sich doch rasch abgenutzt haben.

Nun werden Sie sagen: Watt'n? Mit einem Roman von Null auf 180 in fünf Sekunden und nur drei Liter auf hundert Kilometer? Das Thema Wirkungsgeschichte von Jungautoren im Fin de siècle erheischt eine grundsätzliche Betrachtung. Es ist ja auffallend, wie Dreigroschenbegabungen, sobald sie unter der falschen Flagge der Literatur schippern, heutzutage mit jedem Schlauchboot als Seeteufel Furore machen.

Ich will jetzt keine Namen nennen, denn jeder Jungautor hat einen alten Paten, und da ich immer noch auf meinen ersten Literaturpreis, eine Eloge im »Spiegel« über meinen nächsten Roman oder wenigstens eine Reise auf Kosten des Pen-Clubs an den Titicacasee warte ... naja.

Nehmen sie nur den Wieheißterdochgleich. In meiner Jugend gab's das nicht, daß man sich als Jungautor bei Harald Schmidt neben dem Schreibtisch im Sessel fläzte und auf die Frage nach dem Sinn des Textes antwortete: »Mein Anwalt meint, es sei eine Satire.« In meiner Jugend brauchten wir keinen Anwalt, der uns sagte, was wir geschrieben hatten, und zu einem Fuzzi wie Schmidt wären wir auch nicht gegangen.

Den gab es gar nicht. Man kann über die 50er und 60er viel Schlechtes sagen, aber nicht, daß es Leute wie Harald Schmidt gab, und der ist weder der einzige noch der Schlimmste. Ich weiß, ein paar Leute sitzen in seinem Sessel, weil sie denken, es sei gut für die Auflage und so. Werch ein Illtum! Erstens können die Attrappen, die bei Schmidt Publikum mimen, nicht lesen, und zweitens ist ein erfolgssüchtiger Autor eine Contradictio in adjecto. Die entsprechende Formel (über die literarische Kompetenz von Lesern) steht bei Arno Schmidt.

Das gab es also auch nicht, daß einer von uns Erfolg hatte. Reich-Ranicki meinte mal, wir wollten gar keinen, sonst würden wir ja so schreiben, wie er das gerne hätte, und damit hatte er das Problem geortet. Jeder literarische Erfolg beruht auf der Bewußtlosigkeit der Leser. Also: Das Publikum wurde beschimpft, die Literaturkritiker durften das Bier bringen, und ein Jungautor, der damit geprahlt hätte, daß zu seinen Lesungen Abend für Abend zweihundert Leute kämen, wäre rausgeflogen.

Will sagen: Der Jungautor war ehrpusselig und besaß eine, wenngleich schäbige, Würde. Einem Zuhörer, der nach jedem zweiten Satz vor Begeisterung grölt, und einer Moderatorin (ihr Name sei Elke oder Sabine), die bei jeder Antwort *Wahnsinn* kreischt, hätte er nicht einmal die Wahl der Waffen gelassen. Jungautor war eine Frage der Weltanschauung. Sein Text diente dazu, der Bourgeoisie die Maske von der Fratze zu reißen, nicht ihr zu schmeicheln. Sein Ziel war die Verbesserung der Menschheit, nicht die Bestätigung ihrer Unverbesserlichkeit.

Damit bin ich wieder bei Klumpmüller. Es gibt Autorinnen und Autoren, die die Neigung des Publikums, einen literarischen Diener anzuheuern, um sich zu beweisen, daß es absolut unnötig ist, zu lesen, recht schlagfertig, wenngleich hohlköpfig bedienen. Sie haben mit der Literatur, für deren Vertreter sie sich halten, weniger zu tun als ein Buchhalter. So einer ist Kumpfmüller nicht. Er ist 39 und hat Germanistik studiert. Da werden der Kopf und die Antworten langsamer und langweiliger. Außerdem sind die diversen Positionen (Max Goldt, Benjamin von Stuckrad-Barre, Wiglaf Droste) längst anderweitig besetzt.

Unser Mann ist die Fortentwicklung eines überholten Modells des Erfolgsautors. Ich denke an Bense, der vor fast 40 Jahren im Zusammenhang mit Grass von *Saturierungsästhetik* sprach – Kunst also, die satt macht – , im Gegensatz zur *Provokationsästhetik.* Klumpfmüller vertritt eine Ästhetik der dritten Art. Sie provoziert zwar nicht, saturiert aber auch keine Bohne. *Hampels Fluchten* ist ein Placebo, das mich an meinen ersten Acid-Trip erinnert: Wann geht's endlich los? Wenn schon trivial, dann aber bitte auch richtig.

Hätte ich das Buch nicht zu besprechen gehabt – ich hätte es nach dem hundersten Plusquamperfekt aus der Hand gelegt. Spätestens auf Seite 33 nämlich weiß man, wie der Roman funktioniert. Man weiß, wie die Story geht, für wen der Autor schreibt, wem er in den Arsch kriecht, und ist gründlich angeödet. Und man weiß nun auch, warum er in »Stern« und »Spiegel« seine Platitüden verbreiten darf und warum *Hampels Fluchten* ein gewisser Erfolg ist.

Nicht daß ich den Roman nicht mag, weil Frank Schirrmacher ihn mag. Ich mag ihn ja auch nicht, obwohl Reich-Ranicki ihn nicht so mag. An sich hätte es je nach Begabung und Fleiß sogar ein ganz schöner Roman werden können, vielleicht auch mit etwas Erkenntniswert. Eine Art kleinbürgerlicher Simplicius im Kalten Krieg. Schöner Faun, Liebling der Fraun, Typ Portokassenjüngling, Erwerbssparte Bettenverkäufer, heiratet was Nettes, Biederes, nimmt Kredit auf, macht sich selbständig, macht Pleite, macht rüber, macht so weiter wie bisher, macht es der DDR leicht, ihn einzubuchten, säuft noch ein paar Schnapsläden leer, legt noch ein paar Weiber flach, gibt früh den Löffel ab und verläßt die Welt so unauffällig, wie er sie betreten hatte.

Natürlich weiß Krampfmüller (er ist Germanist): Eines Hampels Leben und dessen Vor- und Frühgeschichte (Eltern, Nazizeit, Emigration in die Sowjetunion, die ersten Nachkriegsjahre in der DDR, die BRD der 50er Jahre etcpp) erzählt man nicht linear vom Samen bis zur Asche, sondern so, als spielte der Autor mit sich selber Schiffeversenken. Ich sehe ihn richtig vor mir sitzen am Küchentisch. Er ruft: D 17!, er schaut nach, er nickt, er sagt: 30er Jahre, und dann schreibt er es auf.

Dagegen ist im Grunde nichts einzuwenden. Ich sage seit 40 Jahren, es gibt keine verbindlichen Regeln fürs Erzählen, und in meinen Romanen liegt der Lebensschrott auch immer durcheinander wie Kraut und Rüben. Was Krampfmüllers Text so verkrampft, ist was anderes: Er denkt nicht wirklich dissoziativ. Nur die Bruchstücke seiner Story liegen rum. Seine Grammatik folgt den Regeln des linearen Erzählens und zerfällt deshalb völlig korrekt in Präsens, Präteritum, Perfekt, Plusquamperfekt. Nur mit den diversen Formen des Futurs werden wir weitgehend verschont, aber auch das gehört zum politischen Programm.

Vor allem Klumpmüllers Neigung, seine fortgesetzten Rückblenden in die vollendete Vergangenheit zu setzen, macht seinen Text so holperig (»Ich finde dich zum Kotzen, hatte Rosa damals zu ihm gesagt, und so, wie sie es gesagt hatte, war er ziemlich sicher gewesen«, war, hatte, gewesen, geworden war). Aber irgendwie ist es auch wieder nett, daß man am germanistischen Institut nicht das Schreiben lernt, sonst gäbe es noch mehr schreibende Germanisten.

Nun könnte man denken: Macht er denn wenigstens was aus seiner Story, wenn er schon nicht erzählen kann? Macht er nicht. Er weiß nicht einmal, warum sein Hampel im Westen scheitert und auch in der DDR Pleite macht. Hampel ist der klassische Basari, der kleine Krauter, ein Mann ohne Liegenschaften, im Westen ein Opfer seines Kapitalmangels und im Osten ein Opfer seines vorkapitalistischen Denkens.

Nichts, was Kumpfüller anreißt, wird mit Leben erfüllt. Nicht die 40er Jahre im Osten, nicht die 50er Jahre im Westen. 1962 setzt Hampel sich in die DDR ab (kehrt zurück nach Jena) und verbringt einige Zeit im Notaufnahmelager bei Eisenach. Was hätte das für ein spannendes Kapitelchen werden können. Statt dessen merkt man nur, daß der Autor keine Ahnung hat, wie es damals in Eisenach aussah. Oder, anderes Beispiel: Immer wieder behauptet Kumpmüller, sein Hampel sei ein Frauenheld, listet Frauennamen auf, aber nirgends in diesen Zwischenberichten entsteht Erotik oder auch nur Zwischenmenschliches. Es ist, als hätten nicht einmal Thomas Mann oder Proust auf Kumpfüllers Stundenplan gestanden.

Kurz: Ich habe in diesem dicken Roman nur Dünnes gefunden. Nichts, was ich nicht schon aus der Zeitung wußte, mit Ausnahme etlicher ridiküler Bemerkungen. In Erinnerung sind mir zwei: Im März 1962 habe Hampel in Fulda (Fulda!) mit einer jungen Frau nach dem Beischlaf über die Perspektiven des Kommunismus in Westdeutschland diskutiert. Die hätte ich mal gaucken lassen. Im Herbst zuvor jedoch habe er seiner Geliebten in Regensburg ein »Bett so breit und elegant wie in einem französischen Spielfilm mit Lino Ventura oder Jean Gabin« geschenkt. Da wüßte ich gerne, wie der Film heißt, damit ich mir eine Vorstellung machen kann. Von dem Bett.

Michael Kumpfmüller: *Hampels Fluchten*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2000, 496 Seiten, 39,90 Mark

---

Peter O. Chotjewitz schrieb in Literatur Konkret 2000 über den unpolitischen Opportunismus der Wiener Gruppe

Konkret 12/00, S. 52

Gerhard Scheit

Peter Weiss im Kalten Krieg

Drei neue Bücher – eines von, die anderen über Peter Weiss – zeigen das Dilemma des Ästhetischen in der „großen" Zeit der Politik

Es ist eine Ästhetik ohne Widerstand, die Peter Weiss 1956 unter dem existentialistisch klingenden Titel *Die Situation* geschrieben hat. Die Situation, von der da erzählt wird, ist ausschließlich die des Künstlers und Schriftstellers – und diese Ausschließlichkeit wird reflektiert. Darum geht die Bedeutung des nun aus dem Nachlaß veröffentlichten Buchs weit über die Dokumentation eines Weiss'schen Frühwerks hinaus. Was hier vorliegt, ist die radikale Selbstreflexion des ästhetischen Subjekts, das am Ende kein Resultat präsentieren kann: »Ich habe versucht, die Bewegungen einiger Menschen zu registrieren, habe versucht, ein Bild ihrer Lage zu geben. Ich habe keine Perspektive gefunden, die zu einer Lösung führen kann, ich habe nicht einmal einen Überblick erreicht. Ich habe keine Charakterdeutungen zustande gebracht, ich habe nichts verstehen und deuten können, was nicht seine Entsprechung in mir selbst hat. Im Grunde habe ich nur ein Selbstporträt in chinesischen Schachteln geschaffen.«

Das auktoriale Subjekt ist kein episches mehr. »Der unsichtbare Sprecher muß wegfallen – anstelle die direkten Stimmen«, heißt es in einer Notiz zum Roman. Die Stimmen selbst sind durchaus verortet, entstammen dem intellektuellen Milieu Schwedens der 50er Jahre (am Rande tritt auch Hermann Hesse auf), das aber ohne jeden milieuhaften Zug dargestellt ist. Vielmehr hat man es mit einer Boheme in postfaschistischer Zeit zu tun: Die heroische Phase der Avantgarde ist vorüber, von ihr wird noch geschwärmt (Dadaisten, Artaud etc.), aber ihre Widerstandskraft zu beleben ist zum Problem geworden. Es scheint, als böte die Gesellschaft keinen Angriffspunkt mehr und als gewönne darum die krude Dingwelt, mit der einmal das Erhabene, der Geist der bürgerlichen Kunst in Frage gestellt werden konnte, ein bedrückendes Übergewicht. Mit eigenartiger Besessenheit versucht Weiss immer wieder, das bloß Körperliche zur Sprache zu bringen, wie um den längst abgedankten Bildungsroman noch einmal zu brüskieren. In diesen Momenten hat sein Roman etwas von einer verspäteten Avantgarde. Aber selbst die Verspätung wird ihm noch zum Thema.

Die Figur des Emigranten aus Deutschland, des Journalisten Viktor, lebt zwar noch in den Erinnerungen an die 20er Jahre, sie erscheinen jedoch auch ihm eigenartig verstellt: »... für mich liegen diese Jahre vor der Emigration weiter zurück als die frühe Kindheit. Ja, sie sind unwirklich, sagte er. Es liegt eine Amnesie über ihnen, die wohl niemals nachlassen wird.« An Viktor und seiner Tochter, der Malerin Fanny, wird klar, daß es über den Holocaust hinweg keine Kontinuität geben kann, daß hier vielmehr ästhetische Kategorien alles Selbstverständliche einbüßen müssen: »Ich sah den Film über die Konzentrationslager. Ich sehe sie jetzt, diese lebenden Skelette, diese Berge von Toten, ich wußte, da, unter diesen gepeinigten menschlichen Wesen hat auch Rolf seinen Tod gefunden, ich weinte, so wie andere neben mir im Saal weinten, ich rief mit anderen, vergeßt nie, vergeßt nie, und doch habe ich die brennende Stadt genießen können. Bilde ich mir ein, daß ich Dante bin, unverletztbar, ausgesandt, das menschliche Leiden zu erforschen?«

Ich bilde es mir nicht ein, ich bin Dante, hört man dagegen immer wieder energisch die Stimmen in diesem Roman sprechen, soweit sie ihr künstlerisches Selbstverständnis retten möchten: »Wir, die aus dieser großen Ganzheit herausgeraten sind, wir Lauschenden, wir Beobachter ... wir unnützen Wesen im Produktionsapparat, die nichts besitzen als unsere Träume, unsere Sicht, unsere Fühler. Wir sind die Proletarier unserer Zeit.« Und wie der alte Marxismus im Proletariat das göttliche Subjekt phantasiert hat, so der neuere Avantgardismus im Künstlertum: Die blanke Leinwand erscheint dem Maler »rein und leer, wie der Weltraum vor dem Schöpfungsakt«. Aber diese Gottheit kommt nicht zur Ruhe, muß sich immer wieder selbst in Frage stellen und sucht nach einem Anhaltspunkt im Profanen, Gesellschaftlichen: »Vielleicht ist es bald vorbei mit aller Schreiberei, aller Malerei, allem Theaterspiel. Und gegen seinen Willen muß man Leichen aus Ruinen hervorziehen, Verbände anlegen, benzingefüllte Pilsenerflaschen gegen Panzer werfen ... Bis dahin kann ich nur fortfahren mit dem, was Zeitbewußtsein genannt wird und was bedeutet, daß ich eine spontane Solidarität mit den Unterdrückten und Terrorisierten der Erde fühle. Diese Solidarität vermag nichts gegen Rassenverfolgungen, Deportierungen und Bürgerkriege; aber sie hilft mir selbst.«

Der frühe Roman – letzter literarischer Text von Peter Weiss in schwedischer Sprache und nun fast zwanzig Jahre nach dem Tod des Autors erschienen – wird vom Suhrkamp Verlag gewissermaßen als Zeugnis eines Weltenbummlers präsentiert: Der Klappentext spricht davon, daß Weiss 1940 nach Schweden »übersiedelte«, und das Nachwort der Übersetzerin behauptet, daß die Exilproblematik darin »kaum relevant« sei, beim Status des Exilanten handele es sich vielmehr um eine »spätere Selbststilisierung des Autors«. Der Kalte Krieg ist zu Ende, jetzt gilt es, auch den Nationalsozialismus zur Gelegenheit, die Welt kennenzulernen, und zum Vorwand von Selbststilisierungen zu machen.

Die Schwierigkeiten der »Ermittlung«

Als das Gericht des Frankfurter Auschwitz-Prozesses Mitte der 60er Jahre mit Zeugen und Berichterstattern zum Lokalaugenschein nach Auschwitz fuhr, war ein einziger deutschsprachiger Autor dabei – einer, für den selbst zwei Jahrzehnte davor dort der Tod vorgesehen war: Peter Weiss. Und *Zwanzig Jahre später* hieß ursprünglich auch der Text, den Weiss darüber geschrieben hat und der Anfang 1965 im WDR gesendet wurde. Er hatte noch vor der Reise nach Auschwitz mit dem Verleger Klaus Wagenbach einen Beitrag über seinen Geburtsort Nowawes bei Berlin verabredet. Nun aber ließ er statt dessen diesen Text über Auschwitz publizieren und gab ihm den Titel: *Meine Ortschaft*. Die Ortschaft, »für die ich bestimmt war und der ich entkam«, war mit einem Mal wichtiger geworden als der Geburtsort.

Die Ermittlung, worin Weiss zur selben Zeit das Material des Frankfurter Prozesses zu einem *Oratorium in 11 Gesängen* verarbeitete, wurde schließlich die große Ausnahme von der Regel der deutschen Nachkriegsautoren, von denen so gut wie keiner auf den Prozeß und auf das, was er zutage förderte, reagierte. Das Stück erregte im geteilten Deutschland also mit Recht größtes Aufsehen, als es im Oktober 1965 gleichzeitig an zahlreichen Bühnen in West und Ost (u. a. auch in der Volkskammer der DDR) uraufgeführt wurde.

Christoph Weiß hat jetzt eine umfangreiche Studie über Entstehung und Rezeption der *Ermittlung* publiziert. Minutiös arbeitet er die Ausgangsposition des 40jährigen Autors heraus, der Anfang der 60er Jahre in dem Land, aus dem man ihn vertrieben hatte, relativ kontinuierlich bekannt wurde – zunächst als avantgardistischer Sprachexperimentator, dann als introvertierter Autobiograph, schließlich als Nachfolger Brechts auf dem Theater. Ursprünglich war die *Ermittlung* als dritter und letzter Teil eines »Divina Comedia« genannten Projekts gedacht – und dieser Teil sollte den Titel »Paradiso« tragen. »In diesem Paradies-Teil«, sagte Weiss in einem Interview 1964, »ist eine Menge Material über die Konzentrationslager verwendet. Ich habe den Auschwitz-Prozeß oft besucht und dadurch viel Material bekommen. Aber es wird kein Stück über Auschwitz. Der Paradies-Teil soll ein Stück werden, in dem die unterdrückten Menschen leben und ihre Erfahrungen zum Ausdruck bringen.« Es handelte sich bei dem nicht realisierten Konzept um das größte schriftstellerische Projekt des Autors vor der *Ästhetik des Widerstands*, und es war als Gegenteil dessen geplant, was man landläufig unter Dokumentartheater versteht: Statt die darzustellenden Vorgänge nur unmittelbar durch Zitate zum Ausdruck zu bringen, sollten sie in größtmöglicher Abstraktion von geschichtlichen Einzelheiten gestaltet werden – durch die Konstruktion eines scheinbar unsterblichen Subjekts, des Künstlers Dante, also durch jene »Einbildung«, die Weiss in seinem frühen Roman noch in Frage gestellt hatte. In den überlieferten Entwürfen des ersten Teils des Projekts kehrt Dante (auch Alighieri, D, Dan oder Aischmann genannt) im Alter von 48 Jahren in das Land und die Stadt seiner Geburt zurück, die er vor 30 Jahren verlassen mußte, weil dort das Todesurteil über ihn verhängt worden war.

Die Gesellschaft des Postfaschismus, die in der *Situation* nur indirekt, als Problem ästhetischer Produktion, zur Sprache kam, kann nun nicht mehr auf Distanz gehalten werden und wirft unmittelbar politische Fragen auf: Der Autor hat Schweden verlassen und befindet sich in Deutschland, also im Inferno. Die Geschichte ist stillgestellt: Wohlstandsidyll und Massenmord stehen unvermittelt nebeneinander und zeigen Weiss' Erschrecken über das Ausmaß der Verdrängung, die der Rückkehrer in Westdeutschland erleben mußte. Die Arten der Repression – ob Sklaverei oder Lohnarbeit, Rassismus oder Antisemitismus – gehen dabei in einem einzigen weltweit herrschenden, die ganze Geschichte hindurch wirksamen Selektionsprinzip auf: »Minotaurus Es handelt sich wie überall / um Überschuss und Abfall / wir sind gesund wir haben recht / wir wollen uns sauber halten / Da kriecht ein Dreck und ist ein Hohn / für unsere Entwicklung.«

Aus der Studie von Christoph Weiß geht hervor, daß darum auch die frühe Version der *Ermittlung* auf jede Kennzeichnung der Opfer verzichtete: So war ursprünglich von »Kriegsgefangenen« die Rede, erst später, in der schließlich publizierten und aufgeführten Fassung, wurden sie zu »sowjetischen Kriegsgefangenen«. Die größte Opfergruppe beließ Weiss allerdings weiterhin in der Anonymität: Tatsächlich kommt das Wort »Jude« oder »jüdisch« (auch die Bezeichnung »Zigeuner« oder »Roma und Sinti«) in dem ganzen Stück nicht vor, sehr wohl aber neben den »Sowjets« auch »Polen« (nur der Vorname Sarah gibt einen Hinweis). Das Motiv für diesen schwerwiegenden Eingriff, der doch der ganzen auf Anonymisierung angelegten Konzeption widersprach, sieht Christoph Weiß in dem Versuch, den Text politisch zuzuspitzen, oder wie man auch sagen könnte: engagierte Literatur zu schreiben. »Im Hinweis auf die sowjetischen Kriegsgefangenen ... verbindet Weiss die Erinnerung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit der Warnung vor dem fortdauernden Antikommunismus der Nachkriegszeit.« Sobald jedoch, so Weiß weiter, »im Zuge der politischen Änderungstendenz mit den sowjetischen Kriegsgefangenen eine Opfergruppe exponiert wird, gerät das ursprüngliche Konzept in eine Schieflage, die ... nicht mehr zu korrigieren ist.« – »Letztlich wird mit der Änderung also im Hinblick auf die politische Tendenz nicht nur nichts gewonnen, sie bedeutet gegenüber der ursprünglichen Fassung sogar einen Rückschritt.« Gerade der Versuch, aus dem Divina-Comedia-Projekt engagierte Literatur zu machen, führte unbewußt und ungewollt zu gewissen Konzessionen an eine Gesellschaft, die vom Massenmord an den europäischen Juden ohnehin nichts wissen will.

Allerdings hatte bereits die ursprüngliche Fassung den Konzessionen vorgebaut. Die darin durchgehaltene Anonymisierung der Opfer ließ den Nationalsozialismus kaum als Resultat der deutschen Geschichte kenntlich werden und machte den eliminatorischen Antisemitismus unsichtbar. (Diese Tendenz hat dann Luigi Nono in seinem aus der Bühnen-Musik zur *Ermittlung* hervorgegangenen Stück *Ricorda cosa ti hanno fatto in Auschwitz* in gewisser Weise vollendet.) Der von Erich

Kuby nach der Uraufführung geäußerte, durchaus stringente Einwand trifft also auch die ursprüngliche Fassung des Stücks: »... daß dem Tatbestand Auschwitz mit – verstehen Sie den Ausdruck richtig – marxistischen Theorien allein nicht beizukommen ist. Auschwitz ist aus den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht erklärbar, wenn man nicht zugleich anerkennt, daß es massenpsychologische Kriterien gibt, die nationale Spezifikationen haben.« Auschwitz sei »eine im deutschen Volk integrierte und aus ihm heraus gewachsene Einrichtung gewesen. Und wie das möglich war, wie es dazu gekommen ist, darüber – und das ist mein Haupteinwand gegen das Stück – lassen sich, wenn man da unten sitzt und zuschaut, keine klaren Schlüsse ziehen.« Ähnlich lautete die kritische Bemerkung von Fritz Bauer, dem Generalstaatsanwalt des Auschwitz-Prozesses: »Der Richter in unserem Strafrecht schaut rückwärts, und er sieht in Wirklichkeit nur Taten; er sieht leider nicht die Quellen, die Ursachen des Tuns, seien es nun irgendwie soziologische oder ... psychologische, individualpsychologische und massenpsychologische Ursachen. ... Und ohne Kenntnis dieser Quellen des deutschen Übels, das unser aller Übel ist ... gibt es auch kein Heil und keine Heilung. Der Jurist tut das nicht, und Peter Weiss tut es zu wenig.«

Christoph Weiß stimmt dabei der Auffassung zu, daß die *Ermittlung* eine ökonomistische Deutung von Auschwitz bietet, die den Massenmord an den europäischen Juden in erster Linie als Folge monopolkapitalistischer Profitinteressen beschreibt – macht jedoch die Einschränkung, daß sich Weiss damals mit marxistischer Theorie kaum beschäftigt hatte. Wie auch immer: Das Kernproblem besteht in der Ausblendung des Antisemitismus. Und es hängt unmittelbar damit zusammen, daß Weiss die Vernichtung nicht als die deutsche Konsequenz aus der Krise kapitalistischer Verwertung begreifen konnte.

Unfolgsames Lieblingskind

Berthold Brunners ebenfalls vor kurzem erschienene Arbeit über die *Ästhetik des Widerstands* ist vermutlich das wichtigste Buch, das zum großen Spätwerk von Peter Weiss vorliegt, denn es weicht jenen Fragen nicht aus, die sich der Lektüre nach dem Ende von Staatskommunismus und Arbeiterbewegung stellen. Was die *Ermittlung* betrifft, geht Brunner von der These aus, es könne als deren »heimliches verschwiegenes Zentrum« betrachtet werden, daß die Bezeichnung der jüdischen Opfer nicht erfolgt, da auf diese Weise im Stück »gerade das Ungenügen der in ihm präsentierten Erklärungen zum Ausdruck« komme. Nun ist nicht zu bezweifeln, daß dieses Ungenügen hier wirklich zum Ausdruck kommt – die Frage ist nur: wie. Weiss muß etwas davon gespürt haben, daß mit den Erklärungen, die er kannte, das Schicksal der größten Opfergruppe nicht dargestellt werden konnte, daß hier überhaupt die Grenzen der Darstellbarkeit erreicht waren. (Kritische Theorie – von der *Dialektik der Aufklärung* bis zu den späten Studien über die »Schuldabwehr« der Deutschen – , die sich diesem Problem näherte, hat Weiss kaum je rezipiert.) Die *Notizbücher* können darüber Auskunft geben, wie intensiv sich Weiss mit seiner Position als Jude in Deutschland beschäftigte, wie klar er gerade auch die spezifische Lage der Juden im Konzentrationslager in den Berichten wahrnahm, ehe er von dieser »Empirie« abstrahierte. Die *Ermittlung* aber bringt das Ungenügen der Erklärungen nicht zu Bewußtsein, sie legt ihren Abstraktionsvorgang nicht offen, sondern präsentiert bloß dessen Ergebnis. Das Zentrum des Stücks bleibt eine trübe Stelle, ein toter Punkt, wird doch die Anonymität der jüdischen Opfer als etwas Singuläres keineswegs hervorgehoben, sondern im Gegenteil suggeriert, es gebe diese Opfergruppe gar nicht.

Erst in der *Ästhetik des Widerstands* widersetzt sich Weiss dieser Suggestion. Hier wird die Identifikation mit der unterdrückten Klasse immer wieder gebrochen durch die nun beim Namen genannte Lage der Juden und Jüdinnen, deren Vernichtung mit Klasseninteressen nicht mehr rationalisiert werden kann und darum als Wahnsinn des Ganzen an einigen Punkten durchscheint. Daß Weiss damit in seinem späten Roman den Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung »als radikal gescheitert begreifen« konnte, wie Berthold Brunner annimmt, da eben dieser Widerstand »die Shoah nicht nur nicht zu verhindern wußte«, sondern nicht einmal in der Lage war, »den antisemitischen Vernichtungsfeldzug auch nur adäquat wahrzunehmen«, bleibt angesichts der am Romanende emphatisch beschworenen Solidarität mit sozialistischer Staatlichkeit, mit den »Völkern« – gegen die »Herrschaft des Geldes«, »die spekulative Betriebsamkeit« und deren »Armee von Agenten« – allerdings fraglich.

Wie eng dieses Problem mit der spezifischen politischen Situation der 60er Jahre verschränkt war, kann nun gerade die Analyse der *Ermittlung* im Kontext des Kalten Kriegs zeigen. Die Frage des Antisemitismus lag quer zu den Fronten der politischen Auseinandersetzung. Wo immer sie zum Thema gemacht wurde, aber auch dort, wo man ihr auswich, drohte Instrumentalisierung im Sinne dieser Fronten. Ich kenne nur einen Fall, der davon ganz frei ist: Jean Amérys *Jenseits von Schuld und Sühne*.

Dabei resultierte Weiss' Motivation, engagierte Literatur zu schreiben, weniger aus der Lektüre marxistischer Theorie als aus der Annäherung an den anderen Teil der geteilten Welt. Mit seinem *Marat/Sade*-Stück, mit dem ihm auch international der Durchbruch gelang, hatte sich der Autor noch präzise in der Mitte positioniert: Es war der geteilten Welt in gewisser Weise auf den Leib geschrieben, stellten doch die beiden Hauptgestalten des Stücks für die beiden Teile Deutschlands ideale Identifikationsangebote dar: Sade verkörperte den Geist eines entfesselten Kapitalismus, Marat stand für eine

sozialistisch orientierte Jakobinerdiktatur. Christoph Weiß zeigt, daß sich an den verschiedenen Äußerungen zu diesem Stück bereits die Annäherung des Autors an Marxismus-Leninismus und DDR-Sozialismus ablesen läßt – der dann auf jener Seite der Mauer bald als »unser Lieblingskind« betrachtet wurde, wie Brigitte Reimann treffend bemerkte und damit die ganze unselige Bündnispolitik der staatskommunistischen Erziehungsdiktatur auf den Punkt brachte, denn das Bündnis ging stets mit einer gewissen Entmündigung einher: Der Autor wurde nicht wirklich ernst genommen, sondern als Kind betrachtet, das erst noch erzogen werden müsse.

Auf der anderen Seite arbeitet Christoph Weiß heraus, daß die Rezeption im Westen weniger durch die Auseinandersetzung mit dem Stück als durch die Annäherung seines Autors an die feindliche DDR geprägt war. Allerdings überzieht hier der Autor sein Argument, wenn er z. B. die scharfe Ablehnung Ludwig Marcuses zitiert und darin nur den negativen Niederschlag von Weiss' prosozialistischen Statements sehen möchte. Dabei reflektierte Marcuse durchaus selbst auf den »paratextlichen« Zusammenhang: »Mit dieser Einbeziehung seines □Konzentrats□ in den West-Ost-Konflikt tat Peter Weiss das einzige, was verboten ist: Auschwitz in den Dienst des Ulbricht-Reichs zu stellen. Es wäre ebenso schlimm gewesen, wenn er es in den Dienst der Bundesrepublik gestellt hätte.« Soweit nun Weiss von »sowjetischen Kriegsgefangenen«, nicht aber von den Opfern des Antisemitismus spricht, hat er jedenfalls einer Instrumentalisierung zugearbeitet, von der Ernst Schumacher dann seine Rollenverteilung zwischen Ost und West in der Vergangenheitsbewältigung herleiten konnte: »Die Opfer sind unter uns – die Mörder unter ihnen.«

Bei der Lektüre der beiden Sekundärbände wird einem auch noch in ganz anderer Hinsicht der Abstand deutlich, der heutige Debatten von den damaligen trennt: Wie wichtig, wie berühmt konnte doch ein Schriftsteller oder Künstler werden, wenn er zwischen die Fronten des Kalten Kriegs geriet, an dem damals jeder Ruhm partizipierte. Der jeweilige Bezug zum Osten regulierte gewissermaßen den Stellenwert des einzelnen im Wettbewerb des Westens. Konkurrenz der Intellektuellen wurde vermittelt übers andere politische System. Für seinen Roman *Die Situation*, der sich zu diesen Fronten offenkundig gleichgültig verhielt, hatte Weiss keinen Verlag gefunden.

Heute stehen sich die Intellektuellen wiederum direkt gegenüber, und der Konkurrenzkampf hat sich derart verschärft, die Masse der Konkurrierenden so zugenommen, daß kaum noch einer jene gesellschaftliche Bedeutung erringen kann, die so unterschiedlichen Autoren wie Peter Weiss oder Wolf Biermann, Günter Grass oder Heiner Kipphardt in der geteilten Welt fast selbstverständlich zukam. Um in dieser Öffentlichkeit noch zu punkten, muß er etwa schon das Kunststück fertigbringen, mit Tabus zu brechen und zugleich der Volksgemeinschaft aufs Maul zu schauen – und, statt ein Stück über Auschwitz schreiben, z. B. von der »Moralkeule Auschwitz« reden.

Peter Weiss: *Die Situation*. Aus dem Schwedischen von Wiebke Ankersen. Mit einem Nachwort der Übersetzerin. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2000, 260 Seiten, 38 Mark

Christoph Weiß: *Auschwitz in der geteilten Welt. Peter Weiss und die □Ermittlung□ im Kalten Krieg*. Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2000, 2 Bde., 433 u. 932 Seiten, 168 Mark

Berthold Brunner: *Der Herakles/Stahlmann-Komplex in Peter Weiss' □Ästhetik des Widerstands*□. Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 1999, 430 Seiten, 64 Mark

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 8/2000 über linke Proteste gegen den Österreichboykott der EU

Konkret 12/00, S. 56

Tjark Kunstreich

Trotzki meets Habermas

Zum Jargon des Zivilisationsbruchs bei Enzo Traverso

Die jüngsten Veröffentlichungen zur Vernichtung des europäischen Judentums und deren Folgen sind, zumal wenn sie von Linken stammen, von einem eigenartigen Willen zur Theorie geprägt; Theorie verstanden als Systematisierung und Rationalisierung. Diese aber wird unwahr, wenn der Gegenstand, den sie systematisieren und rationalisieren soll, an sich und in sich irrational ist. Schlimmer noch ist allerdings, wenn Theorie sich anmaßt, den irrationalen Gegenstand als solchen zu verhandeln, ihm seine Unvernunft und Unwahrheit zugesteht und dennoch sich müht, »wissenschaftlich«, also positivistisch, zu bleiben – dann ist die Irrationalität eine Funktion von Rationalität oder umgekehrt. Das Wort »Zivilisationsbruch« ist ein solcher Versuch, einen Gegenstand – hier: Auschwitz – mit der Theorie zu versöhnen.

In Enzo Traversos Buch *Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah* geht es nicht zufällig von der ersten bis zur letzten Seite um »Zivilisationsbruch«, ohne daß auch nur einmal erklärt würde, was der Autor darunter versteht. Diese jargonhafte, das Einverständnis des Lesers voraussetzende Verwendung des Wortes ist allerdings Programm. »Zivilisationsbruch« ist der Nenner, auf den die Beschäftigung ausgewählter Intellektueller mit der Judenvernichtung gebracht und zugleich das Kriterium, mit dem sie beurteilt wird. Nicht, daß man in diesem Buch irgend etwas erfahren würde, was nicht schon einmal in den Feuilletons der zwischen »Jungle World« und »Zeit« angesiedelten Blätter zu lesen gewesen war – fast alles kommt einem bekannt vor, wirkt wiedergekäut und vor allem: von jeglicher Radikalität befreit.

Ganz ähnlich in *Nach Auschwitz. Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords*. Auch hier dienen sinnentleerte Sprachhülsen – Auschwitz etwa firmiert als »veritabler Zivilisationsbruch«: der kann sich also sehen lassen – keinem anderen Zweck, als die Totalitarismustheorie für Linke hoffähig zu machen. Die Melange aus unterschiedlichsten Theorieversatzstücken gipfelt in zwei überraschenden Erkenntnissen: Weil erstens die »Barbarei (Auschwitz, Gulag, Hiroshima ..., T.K.) der dominante Grundzug unserer Epoche« ist, kann sich ein »Emanzipationsprojekt« heute nicht mehr auf das Postulat einer historischen Notwendigkeit berufen, sondern läßt sich nur noch »ethisch« begründen. Ein Schelm, wer das für paradox hält! Dafür muß natürlich Theodor W. Adorno herhalten, dessen kategorischer Imperativ von Traverso nicht als Aufruf zur Revolution verstanden wird, sondern als Aufforderung, Befreiung zur Utopie zu degradieren, zu einer »konkreten«, versteht sich.

Beide Bücher sind zielgruppenorientiert, ganz ähnlich dem Knoppschen Verfahren, zeitgleich »History« – »so spannend kann Geschichte sein« – für die »Big Brother«-Gucker und »Holokaust« für die Neue Mitte der Berliner Republik im ZDF aufzubereiten. *Auschwitz denken* richtet sich an den antitotalitären Mainstream, *Nach Auschwitz* an ratlose Linke, die sich noch nicht dazu haben durchringen können, Gesellschaftskritik völlig aufzugeben. Und aus dem Munde des französischen Hochschullehrers klingt alles, was man sonst verdächtig finden würde, doch irgendwie ganz überzeugend. Traverso ist z.B. allergisch gegen alles, was nur im entferntesten an die »Kollektivschuld«-These gemahnt: »Germanophob« lautet dann eines der ansonsten eher seltenen apodiktischen Urteile. Statt dessen raunt es von »Moderne« und »Europa« wie sonst nur in »Le Monde diplomatique«. Was immer auch die Gründe für den Judenmord gewesen seien: Mit Deutschland haben sie nach Traverso jedenfalls nichts zu tun. (So ist sein Beleg dafür, daß es in Deutschland um die Jahrhundertwende keinen ausgeprägten Antisemitismus gegeben habe, die Tatsache, daß die antisemitische Partei bei den Reichstagswahlen nur zwei Prozent der Wählerstimmen erhielt; auf den Gedanken, daß der Antisemitismus gesellschaftlich so verallgemeinert war, daß er keine eigene Partei benötigte, kommt Traverso in seinem Entlastungsfuror nicht.) Diese unermüdlich wiederholte These verbindet beide Bücher – und bedient gleichermaßen das gemeinsame Bedürfnis der in dieser Frage gar nicht so unterschiedlichen Zielgruppen.

Daß Traverso in seiner Kritik an Daniel J. Goldhagen in *Nach Auschwitz* ausgerechnet Norman G. Finkelsteins Vorwurf, Goldhagen habe keine historischen Vergleiche angestellt, zustimmend zitiert, um dann einzuschränken, Finkelsteins »übertriebene Demontage« verlöre »womöglich die historische Einzigartigkeit des Völkermords an den Juden aus den Augen«, kennzeichnet die Beliebigkeit seiner Argumentation, die selbstverständlich kein Zufall ist: In der Oktober-Ausgabe der trotzkistischen Zeitschrift »Avanti« lobt er Finkelsteins *Holocaust-Industry*, dieses »provozierende Buch«, das so »ehrlich und fruchtbar« sei. »Mit der Shoah Geschäfte zu machen ist ungebührlich und gefährlich weit verbreitet; es füttert den Antisemitismus, und es ist nötig, daß dies öffentlich aufgedeckt wird.« Nicht nur hier wärmt Traverso die Mär von den Juden, die selbst am Judenhaß schuld seien, wieder auf; er befürchtet nur, daß Finkelsteins »in vieler Hinsicht scharfe und brilliante (sic!) Kritik an der Holocaust-Ideologie« als »rein antizionistische Broschüre« mißverstanden werden könnte: »Und das wäre ungerecht.« Dann zitiert Traverso noch eine der Passagen, in denen Finkelstein Elie Wiesel beschimpft und in der der verschwörungstheoretische Charakter von Finkelsteins Buch offen zutage tritt.

Man fragt sich, mit welcher Elle Traverso mißt. Wenn er beispielsweise Jean-Paul Sartre in *Auschwitz denken* vorwirft, »daß er in seinen ›Réflexions sur la question juive‹ (1945/46) außerstande war, auf den Genozid an den Juden oder auf die

Berichte von Zeugen einzugehen« – was 1944, als der Text geschrieben wurde, noch kaum möglich war, was auch Traverso weiß – , aber gleichzeitig für Karl Jaspers Verständnis aufbringt, dessen Essay *Die Schuldfrage* er lobt, weil darin »der Genozid an den Juden ... eines der impliziten Themen« gewesen sei: »Er war hier durchgehend präsent, auch wenn Jaspers es niemals wagte, ihn zu erwähnen« – dann bleibt nur noch mundoffenes Staunen: Jaspers erwähnt den Judenmord mit keinem Wort, Sartre hingegen schon; der eine wird für seine Implikationen gelobt, der andere dafür gescholten, nicht explizit genug zu sein. Dabei zitiert Traverso in *Nach Auschwitz* folgenden Satz aus Sartres Essay »Überlegungen zur Judenfrage«: »Erwähnt man die Juden? Feiert man die Rückkehr der Überlebenden, gedenkt man nur einen Augenblick derer, die in den Gaskammern von Lublin starben? Kein Wort.« Schon im nächsten Satz wiederholt Traverso seinen Vorwurf, Sartre habe »den Genozid niemals ins Zentrum seiner Überlegungen« gestellt – nur daß Sartre dies auch gar nicht intendierte; aber auch das interessiert Traverso nicht.

Solchermaßen werden Hannah Arendt, Theodor W. Adorno, Jean Améry, Günther Anders, Walter Benjamin, Paul Celan, Primo Levi, Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre von Traverso auf den theoretischen Hund gebracht, d.h. in einen »Kontext« gestellt. Trotz aller Unterschiede werden ihre Reflexionen dem Schema »Zivilisationsbruch« eingepaßt, und dafür wird mal dies, mal jenes weggelassen. So gelingt es Traverso, auch Benjamin in *Auschwitz denken* völlig zu verdrehen, indem er ihn zitiert. Das liest sich so: »In seinen Aufzeichnungen zu Baudelaire bediente Benjamin sich des Bildes der Hölle zur Illustration der Gegenwart: ›Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Daß es 'so weiter' geht, ist die Katastrophe. Sie ist nicht das jeweils Bevorstehende, sondern das jeweils Gegebene. Strindbergs Gedanke: die Hölle ist nichts, was uns bevorstünde – sondern *dieses Leben hier*.‹ ... Der Versuch, die Katastrophe zu denken, stiftet den Zusammenhang der Fragmente und Gedankensplitter, in denen seine Geschichtstheorie uns vorliegt. Bei dieser Katastrophe handelt es sich um eine definitive, irreparable, in der die Geschichte an ihr Ende kommt und zugleich alle destruktiven Potentiale entbindet, die der Moderne innewohnen.« Obwohl Traverso ihn zuvor mit den Worten zitiert, »daß es ›so weiter‹ geht, ist die Katastrophe«, legt er nahe, Benjamin phantasiere vom Weltuntergang. Das passiert Traverso in beiden Büchern merkwürdigerweise bei allen von ihm Vorgeführten, sobald es um Fragen der Revolution geht (ganz abgesehen davon, daß Benjamin mit seinen Thesen wohl alles andere wollte, als eine »Geschichtstheorie« zu entwerfen, aber so was kommt eben von so was).

Zum Schluß erfahren wir dann doch noch, was es mit dem »Zivilisationsbruch« auf sich hat: »Der Genozid an den Juden war eine *Anomalie,* zu der es im Rahmen einer tragischen Konstellation bestimmter historischer Umstände (Krieg, Kreuzzug gegen das bolschewistische Rußland etc.) kam« (*Auschwitz denken*, Hervorhebung im Original). Eine Anomalie. Traverso schreibt am Ende von *Auschwitz denken* über die unfreiwilligen Kronzeugen seiner Theorie: »Auschwitz war für sie eine ständige Warnung vor den negativen und destruktiven Potentialen unserer Zivilisation.« Im Pathos der hohlen Gedenkreden der Berliner Republik – von dem er sich selbstverständlich immer wieder abgrenzt – hat Traverso soeben jeden klugen Gedanken, jede These zu diskursivem Brei zermanscht. Zwar zitiert er Benjamins Bemerkung aus »Über den Begriff der Geschichte«, jede Epoche müsse versuchen, »die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen«, und nimmt für sich in Anspruch, »in diesem Geiste ... einen Weg durch die Literatur über Auschwitz gesucht und markiert« zu haben: Tatsächlich aber hat Traverso die Überlieferung dem Konformismus ausgeliefert.

Wer nicht nur eine Hausarbeit zum »Thema Antisemitismus« zu schreiben hat, auf Buchrücken Wert legt oder hip sein will, dem seien an dieser Stelle die Originale empfohlen: J.-P. Sartre: *Überlegungen zur Judenfrage;* M. Horkheimer/Th. W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung;* W. Benjamin: *Illuminationen. Ausgewählte Schriften 1;* J. Améry: *Jenseits von Schuld und Sühne;* P. Levi: *Ist das ein Mensch?;* P. Celan: *Ausgewählte Gedichte. Zwei Reden;* H. Arendt: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen;* G. Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen*. All diese Werke sind als Taschenbücher erschienen. So können Sie sich anstelle von Traverso für das gleiche Geld eine kleine Bibliothek zulegen und sich eigene Gedanken machen.

Enzo Traverso: *Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah.* Aus dem Französischen von Helmut Dahmer. Hamburger Edition, Hamburg 2000, 360 Seiten, 58 Mark

ders.: *Nach Auschwitz. Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords.* Aus dem Französischen von Paul B. Kleiner und Ulla Varchim. Neuer ISP Verlag, Karlsruhe 2000, 224 Seiten, 29,80 Mark

---

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 11/2000 über ein Buch zum Antisemitismus in der radikalen Linken

Konkret 12/00, S. 58

Frank Illing

Raus aus dem Lehnstuhl!

Eine Erinnerung an den Graphiker und Theoretiker der tschechischen Avantgarde Karel Teige

Am 13. Dezember ist der 100. Geburtstag des Graphikers, Architektur- und Kunsttheoretikers sowie unermüdlichen Organisators und Programmatikers der tschechischen Avantgarde Karel Teige. Während er in Italien und England wiederentdeckt worden ist, ist er hierzulande noch weitgehend unbekannt. Charakteristisch für seine Programmatik war, eine Synthese der unvereinbar scheinenden Tendenzen der Avantgarde anzustreben: Poetismus/Surrealismus auf der einen, Konstruktivismus/Funktionalismus auf der anderen Seite. Daß er die etablierte Kunst mit marxistischen Argumenten ablehnte und eigene Projekte auf die Lebenspraxis anwenden wollte, weist voraus auf die Situationisten und späteren Avantgardetheorien; so erkannte er bereits klar die Mechanismen, mit denen der Kunstbetrieb der bürgerlichen Gesellschaft die diversen Avantgarden neutralisierte, und kritisierte die platte Originalitätsrhetorik. Heute werden die Avantgardisten oft als kryptototalitäre Utopisten oder als bloße Spaßmacher abgetan, obwohl spätere Kunstrichtungen zumeist in den Techniken der Transgression des Alltags und der Kunst wurzelten, die in den Avantgarden vorgezeichnet waren: als Reduktionen, als Übertreibungen, aber auch als kritisches Weiterdenken. Teiges Werk ermöglicht einen differenzierten Blick auf die damaligen ideologischen Fronten.

Früh setzte bei Teige die Begeisterung für Kunst und Literatur ein. 15jährig stellte er mit Freunden kubistische Bilder aus und las anarchistische Bücher. Die Oktoberrevolution wurde für ihn, wie auch für jene um 1900 geborenen Künstler, Architekten, Literaten und Publizisten, die sich 1920 in der Gruppe Devetsil (Pestwurz/

»Neun-Kraft«) organisierten, zur Verheißung einer neuen Gesellschaft, der allein eine Revolution der künstlerischen Mittel angemessen sei. Doch dieser Anspruch ließ sich mit den politischen Zielen nur schwer vereinbaren. Die damals von der KP favorisierte »proletarische« Kunst war für die Gruppe indiskutabel, die geschätzten Postkubisten aber waren unpolitisch oder liberal. So blieben Teiges erste Devetsil-Programme wenig überzeugend, bereiteten aber den Weg zu einer soziologisch fundierten Kulturtheorie vor.

Erst als der Lyriker V□tezslav Nezval 1923 dem Devetsil beitrat, kam ein tragfähiges Programm zustande. Nezvals spielerische, phantasiereiche Lyrik wurde als erstes Beispiel einer kunstüberschreitenden Lebenseinstellung präsentiert, die Teige und Nezval »Poetismus« tauften und als Kultivierung und Entgrenzung der sinnlichen Fähigkeiten verstanden. Demgemäß proklamierten Teiges Manifeste des Poetismus (1924/1928) keine neue künstlerische Richtung, sondern skizzierten eine »Poesie für alle Sinne«: Bildgedichte, radiogene Poesie, optophonetische Kunst, Poesie für Nase und Gaumen u.v.m. Neue Künste also, die unter Ausnutzung neuer technischer Möglichkeiten maximale Wirkung auf die Sinne ausüben sollen – nicht die Darstellung der Technisierung in den hergebrachten Künsten, wie bei den Futuristen, war das Ziel, sondern ihre neue anti-elitäre Anwendung; und so begeisterte man sich vorbehaltlos auch für Film und Jazz. Ein typisches Beispiel war das Buch *Abeceda*. Jedem Buchstaben des Alphabets widmete Nezval einen launigen Vierzeiler, ergänzt von Fotos, auf denen Milèa Mayerová sie tänzerisch darstellt, und Teiges Seitengestaltung. In ganz anderem Kontext wurde das Buch in der diesjährigen Karlsruher Ausstellung »Der anagrammatische Körper« präsentiert: als erstes Beispiel einer künstlerischen Zerlegung des Körpers.

Der kommunistische Anspruch der künstlerischen Arbeit blieb gewahrt, indem Teige proklamierte, der Poetismus sei die einer nachrevolutionären Gesellschaft angemessene Lebenseinstellung – die Steigerung der Wahrnehmungsfähigkeiten sei nur nach einer Befreiung aus den Zwängen des Kapitalismus möglich. Damit zog er aus der damals vielbeklagten Trennung von Kunst und Leben die Konsequenz, den Funktionsverlust der Kunst zu verallgemeinern und als generelle Tendenz aller menschlichen Tätigkeiten zur Monofunktionalisierung zu interpretieren. Für die Kunst hieß dies: »Die neue Kunst hört auf, Kunst zu sein«, und wird zum zweckfreien Spiel aller imaginativen und kreativen Fähigkeiten, während die Aufgaben aller Gebrauchskünste wie Architektur und Design nach objektiven Zweckerfordernissen gelöst würden – eine auch im Devetsil umstrittene Position. Hierin orientierte Teige sich vor allem an den Programmen der sowjetischen Konstruktivisten, die er 1925 auf einer UdSSR-Reise auch persönlich kennenlernte.

Teiges graphisches Werk war ebenfalls von der Frage nach der Nützlichkeit geprägt: Was ist der Zweck eines Buches? Welche Gestaltung ist ihm angemessen? Seine intensive Beschäftigung mit Typographie führte zu einer Gastdozentur am Bauhaus, die er aus Solidarität mit dessen aus politischen Gründen abgesetztem Leiter Hannes Meyer 1930 abbrach. Die Kontroverse mit Le Corbusier, dessen Entwurf für den Genfer Völkerbundpalast Teige als ästhetizistisch kritisierte, erregte international Aufsehen, nachdem Le Corbusier mit einer langen »Verteidigung der Architektur« geantwortet hatte. Zwar rückte Teige später von seiner These ab, Architektur sei reine Wissenschaft, doch in diesem Streit hatte er die besseren Argumente.

1929 kam es im Devetsil zur Krise, nicht zuletzt wegen der Kluft zwischen Programm und künstlerischer Praxis. In »Jahrmarkt der Kunst« (1935) präzisierte Teige seine soziologischen Thesen: Nachdem die Kunst im Laufe des 19.

Jahrhunderts ihre Funktion für das Bürgertum – die Durchsetzung und Dekoration seines Machtanspruchs – verloren habe, sei die Tendenz der avancierten Kunst zum »L□art pour l□art« als mehr oder weniger bewußte Opposition gegen die marktförmige Zurichtung künstlerischer Tätigkeit im Kapitalismus zu verstehen. Mit dem Übergang zum Kommunismus sei damit auch ein neuer Kunstbegriff nötig und nicht etwa das Anknüpfen an den überholten Formen bürgerlicher Kunst – eine Auffassung, die dem nun von der KP propagierten Sozialistischen Realismus diametral entgegenstand.

Die Lyriker und Maler/innen des Devetsil (Nezval, Biebl, Styrsky, Toyen) näherten sich inzwischen auch künstlerisch dem ideologisch ohnehin verwandten Surrealismus an, nachdem Nezval bei Treffen mit André Breton festgestellt hatte, daß sie denselben Zweifrontenkampf gegen einen orthodoxen Marxismus und die bürgerliche Kritik führten. Teige blieb noch eine Weile skeptisch und trat der 1934 gegründeten surrealistischen Gruppe erst einige Monate später bei. 1935 besuchten Breton und Paul Eluard Prag, wo sie eine unerwartet große Resonanz fanden: gut besuchte Vorträge, Radio- und Zeitungsinterviews, anerkennende Artikel in der kommunistischen Presse. Persönlich und künstlerisch verstand man sich prächtig und veröffentlichte gemeinsam das »1. Internationale Bulletin des Surrealismus«. Auch in Teiges Buchgraphik hinterließ der Surrealismus seine Spuren. Seit 1935 entstanden zudem über 300 erst später veröffentlichte Collagen, die einen Zusammenhang von Technik, Wahrnehmung und Erotik herstellen.

Das Verhältnis zur KP, das sich durch die Zusammenarbeit in der antifaschistischen »Leva Fronta« zeitweise entspannt hatte, verschlechterte sich spätestens, als Teige, der schon seit 1930 die kulturelle Restauration in der UdSSR beobachtete, die Moskauer Schauprozesse verurteilte und die dortigen Repressionen gegen moderne Künstler mit denen der Nazis verglich. Darüber brach 1938 auch in der Surrealistengruppe ein Streit aus, denn Nezval, der im Unterschied zu Teige KP-Mitglied war, blieb auf Parteilinie und versuchte, die Gruppe aufzulösen. Teige antwortete mit einem polemischen Rundumschlag, den ihm einige Parteifunktionäre, wie sich zeigen sollte, nie verziehen.

Während der deutschen Besatzung beschränkte Teige sich auf kunsthistorische Arbeiten, nach Kriegsende reichte er seine Dissertation ein und gab Buchreihen heraus. Mit einer »Selbstkritik« versuchte er, das Verhältnis zur nun mitregierenden KP zu bereinigen. Die Reorganisation der Surrealisten kam nur langsam in Gang: Styrsky war gestorben, Toyen wanderte nach Paris aus, zu jüngeren Surrealisten bestanden zunächst ideologische Differenzen. Erst 1948 formierte sich eine neue Gruppe um Teige.

Nach dem Putsch der KPC 1948 konnte Teige kaum noch publizieren. Einige alte Gegner bekleideten hohe politische Posten, und es war nur eine Frage der Zeit, bis die Kampagne gegen die »Trotzkisten« auch Teige treffen würde. Überwacht wurde er bereits (ein Freund, der Publizist Závis Kalandra, wurde hingerichtet; Breton griff daraufhin in einem offenen Brief an Eluard dessen Treue zur KPF an – beide hatten Kalandra in Prag kennengelernt). Als Teige am 1. Oktober 1951 an einer Herzkrankheit starb, verbreitete sich das Gerücht, er habe sich bei seiner Verhaftung selbst vergiftet. Die Geheimpolizei beschlagnahmte seine riesige Bibliothek, während seine Lebensgefährtinnen Josefina Nevarilová und Eva Ebertová Selbstmord begingen.

Jahrelang war Teige nun eine Unperson. Das allmähliche Wiederauftauchen seines Namens wurde zum Seismographen größer werdender politischer Spielräume: von der Erwähnung in Nezvals Memoiren 1957 über die ab 1960 einsetzenden akademischen Diskussionen um die Avantgarde bis hin zur Neu- und Erstauflage einiger Bücher Teiges ab 1964. Der zweite Band einer Werkauswahl wurde nach Ende des Prager Frühlings allerdings eingestampft, und die Surrealistengruppe verschwand erneut im Untergrund.

Aktuell an Teiges Werk, dessen Fortschrittsoptimismus heute eher befremdet, bleibt seine Grundannahme, die Künste seien von ihren sozialen Funktionen her zu analysieren, so daß sich deren Wandel stets auch auf den Kunstbegriff auswirkt. Die Geschichtlichkeit der Kunstgattungen und die Reflexion ihrer sozialen Bedingungen kamen in der bildenden Kunst der letzten Jahrzehnte zwar in allerlei Diskursen und in den Multimediakünsten zum Tragen, aber ohne die Folgen, die die Avantgarden einst anstrebten. Unter unveränderten Zirkulationsbedingungen der Kunst blieben dies nur weitere Varianten des »bequemen Lehnstuhls«, als den Teige einst Matisse□ Malerei (den Künstler beim Wortnehmend) bezeichnet hatte: gesellschaftlich folgenlos, sofern Veränderungen im Binnenraum der Kunst auf diesen beschränkt bleiben.

Frank Illing ist Redakteur bei Radio Dreyeckland, Freiburg

Konkret 12/00, S. 60

Gunnar Schubert

Unter Staren

Vom Kunstbetrieb unbemerkt, hat Wolfgang Müller Originalpassagen der »Ursonate« von Kurt Schwitters entdeckt

Es war am Morgen einer der letzten Sommertage. Das Telefon weckte des Schlafes treuesten Anhänger. »Hören Sie, Schubert«, sagte die KONKRET-Redakteurin, deren Stimme in diesem Moment eine Ahnung vom Sonnenuntergang an einem baschkirischen See, also der Aufhebung von Zeit und Raum, verbreitete, »dieser Tage muß Sie Material über Vögel in Norwegen erreichen, die Kurt Schwitters intonieren.« Die Stimme hatte nun wieder die bekannte Freundlichkeit in Strenge angenommen. »Schreiben Sie dazu eine Seite. Und diesmal bitte an Umfang und Abgabetermin halten.«

An diesem Sommertag war alles, wie es sein sollte. Am Flußufer und in den Parkanlagen lagen Menschen im geschlechtsreifen Alter beieinander, huschelten und kuschelten, herzten und scherzten. Gerade so, als hätten sie eines der schönsten Liebesgedichte, nein, das schönste Liebesgedicht nicht nur gelesen, sondern auch erfaßt. »An Anna Blume« von Kurt Schwitters. Das schönste Liebesgedicht auch deshalb, weil, wie es in einem anderen Poem komprimiert heißt: »Anna Blume ist das einzige Gefühl für Liebe, dessen Du überhaupt fähig bist.« Und das schönste natürlich auch, weil diesem Gedichte seine Plagiate bis heute nichts haben antun können. So taten die Menschen einander Gutes und hatten den Dichter also verstanden.

Anderer Ort, andere Zeit, anderer Akteur: Wolfgang Müller, ehemaliges Mitglied der Tödlichen Doris und Betreiber eines privaten Goethe-Instituts, besuchte vor drei Jahren das kleine Schwitters-Haus auf der norwegischen Insel Hjertoya, »winzig, vielleicht 2 x 3 m und voller abblätternder Collagen, Inschriften und bemalter, zerbröselnder Gipssäulen. Vor ein paar Jahren konnte hier noch jeder rein, die Tür stand offen, und Kinder rupften die Collagen von den Wänden. Jemand stahl den großen Holzgeist, von dem Schwitters in einem Brief aus Molde sprach.« Und nachdem er fotografiert hatte, legte Müller sich ins Gras, wo er einen Star singen hörte. »Ja, und mit einmal erkannte ich, daß der Vogel Passagen der ›Ursonate‹ rezitierte, die ein unbekannter und entfernter Vorfahr vor vielen Jahren Schwitters abgelauscht hatte und die über Generationen weitervermittelt wurden.«

Es dauerte mehr als zehn Jahre, bis Schwitters die endgültige Fassung der »Ursonate« bzw. »Sonate in Urlauten« erarbeitet hatte. Ursprünglich 1921 inspiriert von einem Lautgedicht Raoul Hausmanns entstanden, wurde die Sonate immer wieder verändert, bis sie 1932 im »Merz«-Heft Nr. 24 veröffentlicht wurde, gegliedert in vier Teile: Einleitung und Rondo, Largo, Scherzo – Trio – Scherzo und Presto – Ablösung – Kadenz – Schluß. Einige Anspielungen erklärte Schwitters in einem Vorwort, so (Hans) »ARP« oder »De des nn nn rrr« (Dresden). Anderes aber sei willkürlich. »Das ›zätt üpsiilon iks wee fau uu ...‹ ist aus dem Alphabet entstanden, indem ich es rückwärts gelesen habe. Alle anderen Lautverbindungen sind frei erfunden, teilweise unbewußt angeregt durch abgekürzte Aufschriften auf Firmenschildern oder aus Drucksachen, besonders aber durch die interessanten Aufschriften auf Eisenbahnstellwerkhäusern, die immer so interessant wirken, weil man den Sinn nicht versteht.«

Trotz der Erläuterungen, die Schwitters der »Ursonate« beigab, blieben ihre Interpretationen unsicher, da eine komplette Aufnahme von Schwitters Rezitation bzw. Instrumentierung nicht auffindbar war. Zwar hatte der Autor sein Werk immer wieder vorgetragen, zwar gab es Aufnahmen mit Auszügen davon, aber eine vollständige Interpretation blieb unauffindbar. Erst Anfang der 90er Jahre wurde zufällig in den Niederlanden ein Band, vermutlich kurz vor Schwitters Tod in England aufgenommen, mit dem gesamten Vortrag der »Ursonate« gefunden und veröffentlicht.

Wenige Monate vor Eröffnung der Nazi-Ausstellung »Entartete Kunst« im Jahre 1937, die auch Schwitters galt (sein Bild »Merzbewegung« war dort vertreten), ging er ins Exil nach Norwegen. Das Land, das er seit 1929 auf Anregung Hannah Höchs regelmäßig besucht hatte, zog ihn in seinen Bann. Auf Hjertoya hatte er bereits vor längerem ein Haus gemietet.

Auch Wolfgang Müller lag im Gras auf Hjertoya. Aus seinen Eindrücken hat er eine Ausstellung geformt, die in der Berliner Galerie Katze 5 zu sehen und zu hören war und deren Ergebnisse in einem Katalog und auf einer CD festgehalten worden sind – auch den Staren von Hjertoya kann man nun zuhören, wie sie die »Ursonate« singen. »Hier also«, schreibt Müller, »waren Passagen der originalen ›Ursonate‹ unbemerkt vom Kunstbetrieb überliefert worden. Glücklicherweise hatte ich mein Aufnahmegerät dabei.« Glücklicherweise, denn, so unglaublich es klingt, die Stare auf Hjertoya singen tatsächlich Schwitters. Ich schwör's. Bei Anna Blume.

Der Katalog zur Ausstellung »Wolfgang Müller: Hausmusik – Stare aus Hjertoya singen Kurt Schwitters« mit beiliegender Audio-CD ist in einer Auflage von 500 Exemplaren erschienen, kostet 38 Mark und ist erhältlich über die Galerie Katze 5, Katzbachstr. 5, 10965 Berlin, Tel. 030/788 975 51.

Gunnar Schubert schrieb in Literatur Konkret 2000 über den großen Dresden-Mythos

Konkret 12/00, S. 61

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Roy Nathansón: Fire at Keaton□s Bar & Grill; Six Degrees Records

»We’re breaking down walls between genres«, wirbt das Label, »we feel a lot of people are ready to hear something new.« Das eine stimmt, das andere nicht: Roy Nathansóns neue CD überschreitet Genregrenzen, liefert damit aber Vertrautes statt Neues. Mit Musikern wie Marc Ribot und Anthony Coleman wurde einerseits die Jazz-Avantgarde gewonnen, die sich im Umfeld von John Zorn um eine Neubewertung jüdischer Kultur innerhalb des zeitgenössischen Jazz verdient gemacht hat, mit Sängern wie Elvis Costello und Deborah Harry spannt die Veröffentlichung gleichzeitig den Bogen zum Pop. Zu einem kontrastreichen, in irgendeiner Form knisternden Spannungsverhältnis von Avantgarde und Pop kommt es allerdings nicht, weil die Avantgardisten hier höchst traditionell und die Popmusiker höchst »adult orientated« elaboriert vorgehen. Gastauftritte von Lou Reed und Sting (für die das Budget aber wohl nicht gereicht hat) wären diesem quietistischen Mix nur angemessen gewesen. »Fire at Keaton’s Bar & Grill« führt vor, wie erwachsen, kurzum bürgerlich und für Staatstheater kompatibel Pop einerseits klingen kann und wie manierlich sich gleichzeitig auch Jazz-Avantgardisten in nostalgischen Phrasen zu benehmen verstehen.

Die als Musical gestaltete Hommage an eine Bar, an den Jazz und an all das, was beides, Kneipe und Musik, miteinander verbindet, ist Rückblick auf einen Ort der Boheme, wo Genie und Alkohol eine Ehe aus Größenwahn und nichtbezahlten Mieten eingehen. Formale Anleihen an Brecht/Weill sind dabei alles andere als zufällig. Die Nostalgie ergibt sich aus einem stilsicheren, musikalisch einwandfreien, wenn auch völlig eklektizistischen Durchdeklinieren von vierzig Jahren Jazz-Geschichte, eingebettet in angetrunkenen Varieté-Gesang, der dem glorreichen, vergangenen Jazz nachtrauert und kaum noch auf dessen Zukunft hoffen kann. »Cause the stars can’t stay up, they can only descend«, heißt es in der letzten Nummer, von Elvis Costello überambitioniert tränenreich vorgetragen.

Daß Musiker, die einmal für eine verstörende, nach vorne weisende Ästhetik im Jazz gesorgt haben, plötzlich umgeschwenkt sind und das politisch wie sozial Wirksame nicht mehr in avantgardistischer Auflösung tradierter Formen (also in freier Improvisation und allem, was mit deren Entwicklung zusammenhängt), sondern in der Neukontextualisierung des Alten und Uralten (also Gospel, Blues, Swing) suchen, ist nichts Neues, sondern eine dem Jazz immanente Entwicklung. Charlie Haden hat sie mal souverän, mal peinlich bis zum Kitsch vorgeführt. Bei »Fire at Keaton’s Bar« gibt es keine wirklich peinlichen oder kitschigen Momente, sondern eine sauber und durch und durch reflektierte Form der Jazz-Nostalgie. Formal unangreifbar wird die Musik allerdings gerade dadurch angreifbar, daß sie dem Jazz nur noch als musealer Form einer besseren Vergangenheit huldigt.

Konkret 12/00, S. 61

René Martens

Melodie & Rhythmus

FSK: X; Sub Up/Efa

Von kaum einer anderen Popband läßt sich sagen, daß sie vor 20 Jahren wichtig war und es heute noch ist. Die Münchener Gruppe FSK, die erstmals im Herbst 1980 auftrat, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder erneuert – mit oft überraschenden, selten unbefriedigenden Ergebnissen. Ihr zehntes Album besteht nun aus rhythmusbetonten Tracks, die auf repetitiven Strukturen basieren. Klingt nach einer digitalen Produktion, erzeugt wurde diese Musik aber mit klassischen Band-Gerätschaften sowie im zeitgenössischen Pop wenig verbreiteten Instrumenten wie der Lap Steel Guitar, die dem ansonsten leicht düsteren Sound gelegentlich ein freundliches Element beifügt.

Das Auffälligste an »X«: Die Platte ist nahezu textfrei, was bemerkenswert für eine Band ist, die bisher zu einem wesentlichen Teil über ihre Texte rezipiert worden ist – von ihren schnippischen Kommentaren zur Friedensbewegung bis zu ihren Beiträgen zum Gender-Diskurs. Jetzt intonieren die fünf Musiker allenfalls noch im Chor die Titelzeile eines Tracks, etwa »Casino« oder »Haus der Kunst«. Und indem sie in »The Charleston Maschine« das Wort »Maschine« in seine Silben zerlegen, zeigen sie, daß sich auch mit wenigen Buchstaben eine hypnotische Wirkung erzeugen läßt.

Mit »X« beziehen sich FSK einerseits auf Bands, die sich in den vergangenen Jahren, inspiriert von elektronischen Klängen aller Art, der Fesseln der Rockmusik entledigt haben, sie schlagen aber auch einen Bogen zu ihrer Anfangszeit, als weiße Post-Punk-Vertreter den Reiz von Dance Music im allgemeinen und Funk im speziellen entdeckten. Dieser eckige Sound hat unter anderem das Stück »Großer Arber« beeinflußt. Hier treten die für FSK so typischen Widersprüche am stärksten zutage, denn der Titel des Stücks preist einen Berg im Bayerischen Wald, aber die Musik selbst klingt wie gemacht für einen abseitigen Dance-Club. Einen Bezug zum Ländlichen gibt es dann aber doch in der Musik: Daß das Stück groovt, ist zu einem wesentlichen Teil einer Kuhglocke zu verdanken.

Konkret 12/00, S. 61

Oliver Maria Schmitt

Melodie & Rhythmus

Hollow Skai: In A Da Da Da Vida. Hannibal Verlag, Wien 2000, 352 Seiten, 35 Mark

Die gleißnerische Ankündigung auf dem Titel seines schön gestalteten Buches (*Magische, mythische & mysteriöse Geschichten zu Pop-Songs*) trifft nicht halbwegs zu. Der Altpunk Hollow Skai referiert Anekdoten und Ammenmärchen der modernen Musikgeschichte brav und bieder wie ein Jungjournalist: der angebliche Tod Paul McCartneys, die Genese des Iron-Butterfly-Songs »In-A-Gadda-Da-Vida«, der Milli-Vanilli-Bluff usw. usf. □ tausend- und millionenfach verbreitete Pophistorie, erneut gecovert und remixed, präsentiert als Mainstreamsample ohne Pep, ohne Drive, ohne Rhythmus, ohne Eier.

Für seinen Sound hat Skai, der verdiente Verweser der legendären »No Fun Records« und nachmalige Popbeauftragte des »Sterns«, genau ein Effektgerät zur Verfügung: den Phraser. So hören wir nicht nur, daß Stefan Raab »hemmungslos über andere herzieht, zur Gaudi der Zuschauer«, sondern auch katastrophale Kakophonien wie »Streitkultur« und, man glaubt es kaum: »Musik pur«. Das ist Journalismus vom Feinsten, der in Überschriften wie »Anarchie im Vereinigten Königreich«, »Dumm gelaufen« oder »Pöbeleien auf höchstem Niveau« seine »BamS«-kompatible Erfüllung findet. In ca. 17 Jahren wird man dieses Buch lesen wie heute etwa leutselige Opernsänger- und Kunstmaleranekdotensammlungen aus den Fünfzigern □ die Skais gesammelten Unfeuilletonismen schon bald den dafür benötigten Platz in den Antiquariaten zur Verfügung stellen werden.

Daß Hollow Skai kein deutscher Greil Marcus ist, ahnten wir schon immer. Nun wissen wir: Er ist der Paul Sahner des Pop. Als solcher aber □ genug nun der Griesgrämerei □ macht er seine Sache ordentlich, einige der kompilierten Petitessen liest man, zumal vor dem Einschlafen, gerne wieder: daß etwa Billy Joel zufolge der durchschnittliche Tagesablauf eines Heavymetalmusikers »aus einer Runde Golf und einer Sitzung der Anonymen Alkoholiker« bestehe; daß die Plattenfirma der WG-Combo Chumbawamba den Song »Passengers List For Doomed Flight # 1721« nicht veröffentlichte, weil das Musikantenkollektiv darin träumte, »daß sich Bono, Courtney Love, Tony Blair, Gerhard Schröder, Bill Clinton, Ally McBeal und Bill Gates bei einem Flugzeugabsturz an Bord befänden«; daß das Frankfurter Landgericht Klaus Lages Lieblingslied »Tausendmal berührt« nicht vor Verballhornung schützte, weil »der Aussagegehalt zu gering sei und ein eigener geistiger Inhalt nicht zu erkennen«.

–

Konkret 12/00, S. 62

Dietrich Kuhlbrodt

»Du! Nazi?« – »Ich? Nö!«

Im Land des realen Rechtsradikalismus – Beobachtungen bei der 7. Dokfilmwerkstatt auf Poel

Noch ein Filmfestival im Jahr 00. Diesmal in Kirchdorf auf der Insel Poel, einige Seemeilen nordöstlich von Wismar. Aber diesmal war alles anders. Das heißt: Im Tanzsaal von Jochen Mirows Gaststätte »Zur Insel« war auf der provisorischen Dokfilmleinwand die Welt noch in Ordnung gewesen. Bei der 7. Dokfilmwerkstatt »Drehort OstWestDeutschland« hatte der Westberliner Rosa von Praunheim (»Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt«) im Auftrag des NDR zu seiner Dorf-Dokumentation »Wunderbares Wrodow« (1999) erklärt: »Keine Rechtsradikalen, statt dessen 60 Menschen voller Lebenslust und menschlicher Wärme ... Wanderer, wenn Du nach Mecklenburg kommst, schau doch mal vorbei!«

Ich schaute nicht vorbei, aber hin, gleich nachdem der Film zu Ende war, ein paar Schritte, und da saßen sie, von der Leinwand nur durch eine Mauer getrennt, die Inselskins von Poel. Jochen war 150prozentig damit ausgelastet, »Schweriner« zu zapfen. Gleich den ersten Trinker fragen: »Sachma, Niels, bissu Nazi?« Niels: »Ich bin gegen die Regierung.« Ich: »Aber das ist doch prima, daß sie das Fiftyfifty-Taxi eingeführt hat« (das gibt's in Mecklenburg, nach Disco oder Club zahlen bekiffte oder betrunkene Skins das Taxi nur halb; die andere Hälfte, also 40 Mark von den 80 Mark Taxikosten Schwerin – Poel, zahlt »die Regierung«). Niels: »Da bin ich völlig gegen. Wer nicht fahren kann, soll nicht fahren oder gleich das Auto zu Hause lassen.« Ich: »Ich mein doch nur ...« Niels, schärfer: »Ich laß mir in meine Ansichten nicht reinreden.« Ich, noch schärfer: »Du bist mir schön konservativ.« Er: »Ich seh's an deinen Augen. Mit dir kommt man nicht klar.« Sein Kopf war irgendwie rot angeschwollen. Er trank sein Bier mit rechts. Rechtshänder. Was muß ich jetzt tun? Rechts den Haken, Unterarm links hoch und den Kopf rechts zurück?

Gabriele Kotte warf sich zwischen uns. Sie ist zwei Köpfe kleiner als Niels und einen Kopf kleiner als ich. Außerdem ist sie Festivaldirektorin. »Dieses Jahr ist es anders.« Sie schien besorgt, wenn auch nicht speziell meinetwegen. »Früher saßen die Skins nur hinten in der Ecke an ihrem Tresen. Jetzt sind sie zum Haupttresen vorgerückt. Und das Festival rückt in den Hintergrund. Sie würden wegbleiben, wenn Jochen das wollte. Aber der sagt ja nichts.«

Warum Jochen nichts sagte, kriegte ich nicht gleich raus, weil da das Zapfen. war. Also nahm ich ein weiteres Schweriner sowie einen neuen Anlauf und fragte Mario, den bräsigen Jungdickschädel mit dem voll germanischen Körperdesign, lieber nicht, ob er Nazi ist, sondern wieso die Regierung den Skins das halbe Taxi nach Poel zahlt und nicht auch den andern. Die Antwort: »Weil auf der Insel alle so sind wie wir.« Klasse. Jetzt paßte es wieder: »Sachma Mario, bissu Nazi?« Mario sah mich ein bißchen zu nachdenklich an. Vor der Besichtigung des »Wunderbaren Wrodow« hatte er mir noch draußen vor der Kneipe aus der Patsche geholfen. Direkt neben dem Inselnostalgietrabi, bemalt mit Militärtarnfarben wie ein Panzer, war der Räucheraalstand, und ich hatte mit den Zähnen einen Aal aus seiner Haut gebissen und dachte, das hast du hinter resp. in dir, als Unruhe aufkam. Ich hatte vergessen, mir einen Löffel zu besorgen und das Aalfett von der Innenhaut zu kratzen. Mario hatte die Sache in Ordnung gebracht und Jochen mir einen doppelten Kümmel. So weit die spaßige Vorgeschichte, o du wunderbares Poel.

Aus Jochens Gesangbuch: »Warum ist es auf Poel so schön? Warum ist es auf Poel so schön? Weil die Mädchen so lustig und die Burschen so durstig! Darum ist es auf Poel so schön, auf Poel so schön!«

Wie war das nun mit dem Nazi? Mario also hatte schon viel Aalfett gekratzt, drum stand ihm das Muscle-Shirt gar nicht schlecht. Noch mal: »Du! Nazi?« Er: »Ich? Nö!« – »Und was ist das hier?« Ich tippte auf seinen Oberarm. Er: »Das ist ein Wikingerschiff.« – »Und das da drüber?« – »Das ist Odin.« Pause. Er, weiter: »Odin war kein Nazi.« Pause. Dann: »Auf der andern Insel, die auf Island, die sind auch keine Nazis.«

Weitere Fragen? Hatte ich nicht. Auch weil das sichtbar in Marios Familie lag, daß sein Opa Heinz Trainingspartner von Max Schmeling gewesen war. Außerdem hatte mein Nichtnazi ein deftiges blaues Auge sowie den Dienstgrad eines Fallschirmjägerunteroffiziers. Ich überließ es ihm daher, in eine Art Schreiwettbewerb einzugreifen. Skin 1 grölte: »Ich will ne Fotze!« Skin 2: »Ich werd schwul!« Kaum war Mario dabei, kippten diverse Hocker um, auch einer von den beiden Jungs, die in Not waren. Später sollte Ralf Schenk in der »Berliner Zeitung« vom Hörensagen schreiben, daß auf Poel das eine oder andere verbale Argument in Faustschläge übergegangen sei. Ich kann jedoch meinerseits nicht bestätigen, daß es sich um wunderbare Dokumentarfilmargumente gehandelt hat. – Aber klar, man möchte hören, was man möchte.

Was ich haben möchte? Ich hatte gar nicht mitgekriegt, daß Sebastian, der blasse und irgendwie dünnhäutige der Gruppe, mich zu Whisky Cola einlud. Sebastian ist ein verständnisvoller Skin, auch hat er Haare auf dem Kopf, ca. einen Millimeter lang, vielleicht kommt er Sonnabend/Sonntag nicht zur Kopfrasur. Wochentags ist er Betonfacharbeiter, Feiertags wartet er auf dem Sofa, bis der Promillepegel gesunken ist; dann fährt er die sechs Kilometer vom Westhafen

Timmendorf quer über die Insel zu Wirt Jochen und seiner Enkelin, und wenn die Enkelin Skinbraut ist, kann der Opa sie doch nicht rausschmeißen.

Ahja. Dann würde Sebastian also demnächst den Laden hier übernehmen. Aber die Frage war taktlos, denn Jochen und seine Frau, heute feierte sie ihren Geburtstag, waren rüstig. Soeben wurde mit Trara eine riesige Torte angeschnitten. Alle waren glücklich, und ich war im Zentrum. In ihrem.

Sebastian und seine Zukünftige blieben bei Whisky Cola. Ich auch. Denn nun erfuhr ich, was ich beim rot anlaufenden Niels falsch gemacht hatte. »Du kommst hier mit allen klar, auch wenn die voll Alk sind, du mußt nur immer genau das sagen, was die sagen«, ermahnte mich der Blasse fürsorglich. Klar, mach ich, ich bin doch auch dagegen, daß Betrunkene Auto fahren, wenn's andere sind. Sebastian machte mich nun darauf aufmerksam, daß ich bei ihm ausnahmsweise anderer Meinung sein könne. – Ich hatte es mit einem aufgeklärten Skin zu tun und wurde nun aufgeklärt. Ob mir aufgefallen sei, daß sie hier keine weißen Bänder in den Stiefeln hätten. »Wir sind eben von der Insel und nicht in der Stadt. In Kirchdorf gibt's auch kein Pogo. Wir mögen hier Schlager.« Und tatsächlich war der Tanzsaal vom Filmkram inzwischen befreit worden, der DJ spielte was, was ich mein Lebtag nicht gehört hatte; Sebastian tanzte mit Jochens Enkelin, und zwar geschlossen; ich forderte Gabriele Kotte auf; vom vielen Whisky Cola hatte ich einen klaren Kopf bekommen und fragte mich, ob der voll tolerante Skin Sebastian mit seiner Insel-Skin-Analyse nicht womöglich recht habe. Die ging so:

Ist doch toll, daß die Frau (Gabriele) mit all den Menschen nach Kirchdorf kommt. Sonst würde die Dorfjugend (und die besteht, wie gesagt, komplett aus Skins) nichts Neues zu sehen kriegen, und dann würden sie bleiben, wie sie sind. Wismar, wo man was auf die Nase kriegt, ist nicht viel besser, Schwerin, von wo zurück im Vier-Mann-Taxi jeder dann doch zehn Mark zahlen muß, auch nicht. Eigentlich bleibe nur noch Rostock oder Hamburg fürs Wochenende. Und natürlich Berlin. »Ich war mit meiner Freundin«, sagt Sebastian mit dünnem Lächeln, »bei der Christopher-Street-Day-Parade an der Siegessäule, und wenn man das mal erlebt hat, ist man anders.« – Danke Sebastian, aber evtl. too much. Jedenfalls bin ich jetzt richtig indoktriniert, daß das mit dem Skin-Klischee gar nicht stimmt, und Nazis sind sie auch nicht, kein weißes Hemd mit Schlips bei Jochen zu sehen, und in ein, zwei Stunden muß der alte Fischer-mit-dem-heiteren-Blick in See stechen, dann ist es so zwischen drei und vier Uhr morgens, und er braucht noch einen zweiten Mann, sonst geht's nicht, also tschüs auch, und wir sehen uns, und mit Schlafen wird's wohl nichts.

Richtig, Jochens »Zur Insel« ist keine Skinkneipe, sondern eine Gaststätte für jung und alt, und wenn ich von Skins schreibe, dann ist das typisch westdeutsch-ausgrenzend, denn die Ostjugend ist hier ganz selbstverständlich Teil der Inselgenerationen. Man versteht sich, wir sind eine Familie und ein Volk, und man versteht nicht, warum da wer einen Keil reintreiben will. Man bemüht sich um Verständnis, und das ist keine Indoktrination.

Also ist es alles viel schlimmer als bislang gedacht. Wie war es doch für den Westdiskurs zudem mit Naziglatzen so bequem. – Okayokay, aber von den Weißschnürsenklern abgesehen fühlen sich Mario, Sebastian, Jochen und seine Enkelin von der Kampagne nicht betroffen. Ist doch der Alltag hier!

Die Position der Unangreifbarkeit wird offensichtlich nicht aus strategischen Gründen eingenommen, sie scheint naturgegeben, jedenfalls wenn man gutwillige und liebe Menschen vor sich hat, wie es die Eltern der Schwiegertochter sind, die wir zwei Jahre nach Lichtenhagen dortselbst besuchten. Ich trat im Plattenbau ans Fenster und fühlte mich sofort zu Haus, so vertraut war mir der Anblick. Die Realität paßte hervorragend zu dem, was ich in Hamburg in der Glotze gesehen hatte. »Das muß ja schlimm gewesen sein, als es gegen die Ausländer ging«, schlug ich als Gesprächsbasis vor. – »Schlimm, wirklich! Die Ausländer haben die Büsche vollgemacht und dann auch noch die ganze Nacht Musik in der Grünanlage, die haben ihre Sippe nachgeholt und wir keinen Nachtschlaf gehabt!«

Kommen wir zu den aktuellen Symptomen des Sich-nicht-angreifbar-Fühlens. Ich brauche nur Szenen aus Dokumentar(spiel)filmen des mittleren Festspiellevels herauszugreifen (Sarajevo, Riga, Wien, Poel). Nehmen wir den »Boxprinz« von Gerd Kroske, vor 1989 Regiestudent der HFF Konrad Wolf, Arbeiten im Defa-Dokumentarfilmstudio, danach Regisseur, zuletzt die Dokumentation über den legendären Boxer Norbert Grupe, den »Prinz von Homburg«, zeitweise eine der Größen vom Hamburger Kiez. Heute sind die Etablissements der Großen Freiheit, lassen wir uns sagen, von Albanern übernommen. Während einer der deutschen Kiezherren im Dreiteiler ein gewichtiges Statement auf der Straße abgibt, stellt sich ungefragt ein angetrunkener oder sonstwie angeschlagener Mensch, der wie ein Albaner aussieht, ins Bild. Der deutsche Anzug-Herr, der uns als Herr Henschel vorgestellt wird, dreht sich, ohne ein Wort zu sagen, um und schlägt den aufdringlichen Asozialen zu Boden, und der Film geht weiter.

Wie das? War das denn in Ordnung? Regisseur Kroske fand: »Ja. Ich habe Verständnis dafür. Schließlich haben die Albaner ja den Deutschen das Geschäft weggenommen.« Und was sagten die Dokfilmdiskutanten auf Poel? Es gab eine Fraktion, die lauthals zum Widerstand aufrief, mindestens dazu, eine Resolution zu verfassen. Aber diese Fraktion war ja gar nicht gegen den »Boxprinz«-Schlag laut geworden, sondern gegen die Fernsehredakteure, die den Regisseuren ins Handwerk pfuschen und verlangen, in den ersten 60 Sekunden eines Films »Quotensicherheit« herzustellen.

Zweites Beispiel, und damit verlassen wir nicht nur die Skins auf Poel und die Jugend in Deutschland, sondern das Land selbst. Und bleiben doch bei den gleichen Symptomen des Zuschlagen-Dürfens. Im Spielfilm »Tilsammens« (Together, 2000) des Schweden Lukas Moodysson (Fucking Åmål) verdächtigt ein Betrunkener andere Kneipenbesucher, sein Geld gestohlen zu haben. Wir sind in den 70er Jahren, und es muß schon damals so gewesen sein, daß man in diesem Fall voller Haß extra den Weg in die Küche nimmt, um den Thai-Koch mit eben dem gleichen Hieb zu Boden zu schlagen, wie wir es auf der Großen Freiheit gesehen hatten. Die Kinder lieben ihren – angeblich! – bestohlenen Papa trotzdem, und uns kommen die Tränen, auch wenn das Geld für etwas draufgegangen war, das bei uns Schweriner oder Whisky Cola gewesen wäre.

Ausländer anmachen und fertigmachen gehört offenbar zu unserem Alltag, oder ich hab die Paranoia. Weiter. Im dänischen Spielfilm »Bleeder«, Preis der Internationalen Filmkritik, wird der pakistanische Einzelhändler brutal gedemütigt, im slowenischen »Porno Film«, der kein Pornofilm ist, werden in Lubljana auf offener Straße Russinnen beschimpft; »Huren sind die, und wir hassen die«, erklären Kurzgeschorene. Aber jetzt kriegen die was auf die Nase. Im Film. Genauso wie in »Bleeder«. Und das macht den Unterschied aus zu »Tilsammens« und dem »Boxprinz«: Die Gewalt gegen Ausländer wird nicht als alltägliche Beiläufigkeit registriert, sondern zum Thema gemacht. Was nun mich betrifft, so habe ich in das rote Niels-Gesicht nicht reingehauen, es war ja alles schwammig gewesen, und es war um wertkonservatives alkoholfreies Kraftfahrzeuglenken gegangen, wer hat da was gegen, auch ist das Thema nicht damit zu erledigen, daß wer mit dem Finger auf die Naziglatze zeigt, weswegen ich das alles hier aufgeschrieben habe.

P.S. Ein Film, der in der Dokumentarfilmwerkstatt Poel vorgestellt wurde, Thomas Heises »Neustadt Stau – Der Stand der Dinge«, dokumentiert den rechtsradikalen Alltag in Halle-Neustadt. Er ist am 6. Dezember um 23.35 Uhr im MDR zu sehen.

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 10/2000 über den antirassistischen Gute-Laune-Film »Liberty Heights«

Konkret 12/00, S. 64

Marit Hofmann

FilmTheater

Brother
Schmalspurganoven

Brother

Regie: Takeshi Kitano; mit Beat Takeshi, Omar Epps; Japan/GB 2000 (Advanced); 108 Minuten; ab 7.12. im Kino

Das will man kein zweites Mal sehen. Bei Takeshi Kitano, der in seinen Filmen stets in Personalunion den Regisseur, den Drehbuchautor und als »Beat« Takeshi den coolen Hauptdarsteller gibt, hat man ja schon einiges an abgeschnittenen Gliedmaßen, Foltermethoden und von Gewehrsalven durchlöcherten Körpern aushalten müssen – und das ist dabei noch nicht mal das Schlimmste.

»Brother« beginnt mit nichts als einem nervösen Zucken um die Mundwinkel in Takeshis rätselhaftem Gesicht. In dieser ersten Auslandsproduktion trägt der japanische Scorsese sein Yakuza-Thema in die Gangster- und Mafiakreise von Los Angeles: Von seiner Bruderschaft verstoßen, geht der Yakuza in die USA, um seinem Halbbruder, einem harmlosen Kleindealer, unter die Arme zu greifen. Als stummer Held (er beherrscht nicht ein Wort Englisch) übernimmt er die Führung der unorganisierten Clique, verwickelt sie in einen größenwahnsinnigen Krieg mit der dort ansessigen Mafia und besiegelt damit ihr Ende. Der Mythos der »Familie«, die im Kampf bedingungslos zusammenhält, wird als Wahn entlarvt, seinen eigentlichen Bruder findet der Yakuza jenseits der Familienbande in einem Afro-Amerikaner, dem er bei seiner Ankunft in L.A. erst mal eins auf die Nase gegeben hat.

Was Kitanos Tötungsorgien so schwer erträglich macht, sind unvermittelt eingebaute wahrhaftige Bilder vom Glück: Die Gangster laufen am Strand entlang und werden zu kleinen Jungs, mal schummeln sie beim Würfeln, mal toben sie sich zwischen den Mordaufträgen beim Ballspiel aus. Sogar die grausamen Spielchen mit ihren Opfern erinnern entfernt an Kitanos im japanischen Fernsehen sehr populäre »Spiel ohne Grenzen«-Variante »Takeshi's Castle«, in der er sich als tyrannischer Gamemaster inszeniert. Doch während er im letzten ungewöhnlich soften Spielfilm »Kikujiros Sommer« noch seinen Kumpanen befahl, sich als Wassermelonen zu verkleiden, um einem traurigen Jungen seine Ferien zu verschönern, erfinden seine Leute in »Brother« eine, man muß es zugeben, phantasievollere Form von russischem Roulette.

Kitano hofft, daß der Film dem Publikum so viel Freude bereitet wie ihm das Drehen. Auch wenn man »Brother« natürlich gesehen haben muß: Von Freude kann keine Rede sein.

Schmalspurganoven

Regie: Woody Allen; mit Woody Allen, Tracey Ullman, Hugh Grant; USA 2000 (Concorde); 84 Minuten; ab 30.11. im Kino

Eine Filmszene, in der Gangster beim Tunnelgraben Richtung Banktresor einen Wasserrohrbruch verursachen, ist nicht gerade originell. Sie werden trotzdem lachen oder besser gesagt gar nicht mehr aus dem Lachen herauskommen, wenn hier z.B. ein modebewußter Ganove darauf besteht, beim Tunnelgraben seinen Helm mit Grubenlampe wie eine Baseballkappe mit dem Licht nach hinten zu tragen. Oder über Woody Allen himself: hier mal nicht als gefrusteter Intellektueller, sondern als kleinkrimineller New-Jersey-Proll mit Jeansshorts, Unterhemd und dem Traum vom großen Geld.

Um den Bruch zu tarnen, soll seine Frau Frenchie (Ullman) direkt neben der Bank einen Cookie-Shop eröffnen, der – sehr zum Verdruß der im Keller schuftenden Ganovenbande – so sensationell läuft, daß ganz New York bei ihr Schlange steht. Doch ausgerechnet der Cop, der sie beim mißglückten Bankraub erwischt, gibt ihnen den entscheidenden Tip: Franchising heißt das Zauberwort, und in nullkommanix ist die gelernte Maniküre Herrin eines erfolgreichen Keksimperiums.

Da das Ehepaar das Klischee der Neureichen aufs herrlichste erfüllt, muß »Schmalspurganoven« für den Ausstatter der Film seines Lebens gewesen sein, weil er sich wider jede Geschmacksnorm austoben und pinke Kitschfiguren, goldenen Billigpomp und Louis-quinze-Möbel (oder war es Louis XVI.? – jedenfalls »one of the top Louis«) miteinander kombinieren konnte. Frenchie bittet zum Salon, erntet abschätzige Blicke und nennt auf die Frage nach ihren Kunstvorlieben »Rembrandt, Picasso, Michelangelo – you know, the boys«. Ihre Anstrengungen, sich in der Welt des Geldes und der Snobs heimisch zu fühlen, scheitern. Dennoch wirft »Schmalspurganoven« eher einen entlarvenden Blick auf die High-Society, als daß der Film Hohn und Spott auf den Pöbel gösse. Aber was, Mr. Allen, ist denn nun die Botschaft? Wenn dieser Film überhaupt »ein tiefergehendes Thema hat«, stellt der Meister klar, »dann wohl den klugen Spruch: ›Be careful what you wish for, you just might get it‹.«

Konkret 12/00, S. 64

Tobias Nagl

FilmTheater

Baise-moi – Fick mich

Regie: Virginie Despentes/Coralie Trinh Thi; mit Raffaela Anderson, Karen Bach; Frankreich 2000 (MFA); 77 Minuten; seit 16.11. im Kino

»Baise-moi« hat geschafft, wovon andere »Skandal«-Filme nur träumen: Er ist tatsächlich indiziert – und damit in die Pornokinos verbannt worden. Zwar wurde der Film nach großem Festivalapplaus prompt wieder freigegeben, aber immerhin war so was 20 Jahre lang nicht mehr passiert. Das bürgerliche Feuilleton dankte für den Lückenfüller, der das von Houellebecq nach seinem Rückzug in den Alkohol hinterlassene Loch stopfen konnte. Und das sogar mit großem Gebrüll. Dabei ist »Baise-moi« kaum mehr als der letzte Ausläufer eines eigentlich wenig aufregenden Trends im europäischen Arthouse-Kino der letzten Jahre: Filme wie »Seul Contre Tous«, »Idioten« oder »Jesus ist ein Palästinenser« – sie alle zeigen den erigierten Penis und den Geschlechtsakt im Close-up der kommerziellen Pornographie. Mit Ausnahme von Catherine Breillats »Romance«, der sich aus der Perspektive des lacanistischen Feminismus der 70er Jahre an die plüschige Tradition intellektueller Erotik seit Bataille anlehnte, waren diese Filme tatsächlich »postpornographisch«: Sexualität hat in ihnen weder etwas Geheimnisvolles noch etwas Subversiv-Transgressives. Sexualität ist ihnen zu dem geronnen, was Pasolini am historischen Ende des Diskurses von der sexuellen Revolution bereits schmerzhaft vorweggenommen hatte: zum kontrollgesellschaftlichen Dispositiv nachbürgerlicher Subjektivität.

Romanautorin Virginie Despentes (*Wölfe fangen*) und Co-Regisseurin Coralie Trinh Thi beackern dieses Feld im exploitativen Stil des Rape-Revenge/Girls-with-Guns-Films. Doch wo sich das Genre bei Stephanie Rothman in den 70ern etwa noch an feministischer Politik abarbeitete, inszenieren die beiden einen postfeministisch-individualisierten Amoklauf.

Wer sich vom minutenlangen Akt in Nahaufnahme nicht schockieren läßt, für den hält der Film zwei Minuten später noch einen Mord parat: Da spritzen dann eben die Eingeweide statt der Körperflüssigkeiten im cum shot. Die beiden Natural Born Killers starten zu einem Rachefeldzug gegen die Männerwelt und ficken und morden und ficken – bis diese pornographisierte »Thelma & Louise«-Version zum notwendig banal-tragischen Ende kommt, das ihre Scheinradikalität traurig offenlegt. Tiefer in reaktionäre »Doberman«-Abgründe konnte das Genre kaum sinken.

Konkret 12/00, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Neben Daum, der durch seine sinistre Sucht, seine ungestüme Uneinsichtigkeit in seine schauderhafte Schuld, seine irre Ignoranz gegenüber seiner horrenden Hilfsbedürftigkeit sowie seine dem heldenhaften heimischen Entzug vorgezogne feige Flucht ins Ausland schier untilgbare Schande über den größten Freizeitverwirklicher der Welt, den deutschen Fußball, aber last not least auch über seine unmündigen Kinder ausgeschüttet hat (immer wieder sind es die Kinder, die unterm Genußabusus ihrer Eltern beziehungsweise von Teilen von Eltern ärger leiden als dieselben selber!), war die deutsche Leitkultur d e r Running gag des amtierenden Herbstes. Soo randvoll hiedrüber war die freie Presse, daß unsereiner eigentlich gar nicht mehr in die eine oder andre Richtung nach zu stampfen hätte. Als vereidigter Gesellschaftskritiker hat man aber, eingedenk Hans Sachsens ehernem Wort »Keyn Schnaabl nach sellenem Schmied woll kräät / Welcher sein Eysen nit glüüt und schläät« sein Pensum abzuprotzen. Und so sei also in gewürzter Kürze niedergelegt dreierlei:

1. *Die deutsche Leitkultur* leitet sich zentral ab von jenem Abend im Wonnemonat Mai, da Adenauers Staatssekretär Globke, der Kommentator der Nürnberger Gesetze zum Schutz der deutschen Blutskultur, Frau M. Fussenegger, die pensionswohlversorgte Witwe des Volksgerichtshoffreislers, zu Beethovens Neunter in einen Bonner Konzertsaal begleitete. 2. ist dieser Schlaks, der *die deutsche Leitkultur* soo losgetreten hat, daß dieselbe mit der Wucht des Schneebrettes von Galtür in die deutschen Diskursniederungen stürzte, trotz seiner physiologisch hypersignifikanten Unreife ein ekelhaft verdorbenes Früchtchen, dessen Geist wie ein Geier überm Stimmenaas des Stammtischs kreist.

Nie wird man dieses aller großhumanistischen Ernsthaftigkeit bare Bürscherl bei einem gründlichen chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Klops erwischen. Immer schmarotzt es nur, schlau den Sicherheitsabstand wahrend, am braunen Bodensatz im deutschen Volke. 3. Wo aber, jetzt in der Katarrh-Saison, der gelbgrüne Schmadder, mit zwei/drei Atü aus den von Daumen und Zeigefinger geklemmten Nasenflügeln abgefeuert, einschlägt – siehe, da liegt *die deutsche Leitkultur* und zwar ersoffen drunter, whow!

Verlegerehepaar Angelika und Benedikt Taschen

Köln, Fax 0221-650 141

Hallo Taschens! Dem »Magazin« der »Süddeutschen Zeitung« entnehme ich, daß Sie oberhalb von Los Angeles eine Rotunde bewohnen, die auf einer Betonstelze ruht, von wo aus man, wenn es Nacht ist, Senorita, auf die illuminierte Stadt der Engel herabschauen kann. Meubliert ist diese »Chemosphere House« getaufte Immobilie, die Sie im Kidskopfjargon als »das schönste – nein, das geilste Haus der Welt« beschwärmen, mit lauter Kunst-Stücken, also der Tisch ist von Yves Tableau, der Leuchter stammt von Lisbeth Lux, die Stühle hat Cherryl Chair gebastelt, das Sofa ist von Sufi, die Couch kommt aus dem Atelier des Designerdreigestirns Chili, Con & Carne, und selbst die Messer und Gabel und Löffel in der von Kabanossi gestylten Kitchen tragen nicht das krude Monogramm der Württembergischen Metallwarenfabrik, sondern sind von Uri Geller handgebogen. Die Schnur in der Gardine hat der Venezianer Massimo Ruckizucki entworfen. Sie ist ein singuläres Unikat und gilt schlicht als einmalig.

Nach alledem und erst recht seiner prätentiösen Lage wegen ist dieses Haus eindeutig eine Filmkulisse und für einen wie Brian de Palma wie geschaffen. *Nicht* für so was wie Sie. Durch Sie wird dies Heiligtum entehrt. Statt demütig 4 1/2 Zimmer in Köln-Nippes oder -Ehrenfeld abzuwohnen, furzen Sie frech in diesem Hollywoodarium herum, hauen sich da morgens ovale Eier in die Pfanne und glotzen post sunset romantisch downtown. Halten Sie das für annähernd normal oder gar legal? Two stupid Krauts in such an artificial temple? Nun könnte man Ihnen die auf militanten Parvenuessmus schließen lassende Mißbrauchsimpertinenz a little bit nachsehn, wenn Sie öfters für die Armen beten würden. Aber Sie verlegen ja lediglich, ohne Not und aus purem Jux, Fräulein Leni Riefenstahl. Sie ziehen Zaster aus einer »old aged feeble brown plum«, wie die New Yorker Feministin Mabel Sullivan unlängst den NS-Dragoner porträtierte, ja Sie bewarben auf der diesjährigen Buchmesse *Five Lives*, den neuen Bildband der alten Nazisse, die sich für den Film »Tiefland« Statisten aus dem KZ besorgte, mit einem Handmade-Streifen, wo sich Riefenstahlspielfilmausschnitte, Hitler, Zackenbarsche, SA-Horden, Nubaneger und 1936er Olympioniken derart beliebigkeitsseelig die Zitathand geben, daß nur ein Schwein am Schneidetisch gesessen haben kann.

Taschens! Ich habe heute der Antifa von L.A. hundert Dollar überwiesen. Dafür kriegen die Genossinnen und Genossen eine Flex, die in einer knappen Viertelstunde durch die Betonstelze durch ist. Sie sollten ab dato hellhöriger schlafen im

geilsten Haus der Welt, das rat ich für umsonst.

Kleines Privatissimum

Vor paar Tagen beim Casting in der Hamburger Agentur Zurmuelen. Ich möge mir Folgendes vergegenwärtigen: In der Mitte des Raumes befänden sich mehrere kleine Becken, und rund herum in den Wänden seien viele größere Bassins. Stefan Raab, der bedeutende TV-Entertainer, stehe vor einem kleinen Becken in der Mitte des Raums und schaue sich verstohlen um. Er stecke seinen ganzen Oberkörper in das Becken und versuche mit allen Mitteln einen Fisch zu fangen. Aus dem Hintergrund käme nun ich als kleiner dicker, mit Uniformjacke und -mütze bekleideter Zoowärter und erwische Stefan Raab beim »Angeln«. Ich nähme ihn zur Seite und flüstere ihm einen Ratschlag ins Ohr, nämlich: »Wenn Sie frischen Fisch haben wollen, dann gehen Sie doch zu McDonalds. Da gibts jetzt die Fischwochen mit der Calamares/Shrimps-Seabox und dem großen Big Fish TS!« Ich hatte einen Versprecher, nämlich Schalamaresrimpssiebox und bin mir restlos sicher, daß ich den Drehtag in Berlin Ende des Monats nicht kriegen werde. Bitte gedenken Sie meiner, wenn Sie dem Spot ohne mich als Aquariumswächter demnächst in Ihrem TV beiwohnen. Danke.

Konkret 12/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Friede Springer, die Witwe von Axel S., hat anläßlich des Leo-Baeck-Preises, den ihr der Vorsitzende des Zentralrats der Juden verliehen hat, als den Lenker ihrer Geschäfte Gott angegeben. Damit man weiß, daß der Segen, wenn die Katja Keßler in Friedes größter Zeitung die Wichsvorlage des Tages bedichtet, von ganz oben kommt, wie auch das Latein, das sie, wenn Not am Mann ist, hervorblitzen läßt:

Tempora mutant et nos mutantur in illis ... sagen die, die sich mal durch Latein gequält haben.

Die Masturbantentante, die aber auch andere Probleme ihrer Leser kennt, erleichtert ihnen die Sache ein weiteres Mal, durch eigenhändige Übersetzung. Was sonst vielleicht für eine medizinische Sauerei gehalten worden wäre, heiße nämlich:

Zeiten ändern sich. Und wir werden mit ihnen geändert.

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis: In Quarta kriegte, wer das Wort des Kaisers Lothar I. – nein, Katja, das ist nicht der Lotto-Lothar! – weder richtig zitieren noch übersetzen konnte, eine runtergehauen. Bei Springer kriegen heute Millionen einen runtergeholt. Und also sprach der HErr zu Onan, der seinen Samen auf die Erde tropfen ließ: Friede Springer sei mit dir.

Die Zeitschrift »Playboy« hat Fotos veröffentlicht, auf denen das schwangere Groupie Jenny Elvers nackt zu sehen ist. Der verantwortliche Chefredakteur, er heißt Stefan Gessulat, hat geglaubt, sich dafür vor Friedes und Katjas »Bild«-Zeitung rechtfertigen zu müssen:

Klar werden sich ein paar Spießer aufregen. Aber eine Frau, die schwanger ist, ist ja nicht gleich krank. Und Frau Elvers hat eine top Ausstrahlung.

Gessulat hätte besser getan, den Bildungswert des Falles herauszustreichen. Immerhin konnten seine Leser anhand der Fotos lernen, was alles passieren kann, wenn man einmal nicht nur onaniert.

Eine Nachrichtenagentur meldet:

Österreichs Sozialministerin Elisabeth Sickl (60) von der rechtspopulistischen FPÖ muß die Regierung auf Druck ihrer eigenen Partei verlassen. Beobachter glauben, Sickl sei der Sündenbock für die hohen Verluste der Haider-Partei bei den Kommunalwahlen.

Die Emanzipation kommt nur schleppend voran. Zwar wissen die Redakteure schon, daß eine Frau Minister eine Ministerin ist, aber die Beobachter meinen immer noch, sie könnten eine Frau, die fälschlich verantwortlich gemacht wird, einen Sündenbock nennen. Es muß natürlich Sündengeiß heißen.

Gegründet wurde das »Hamburger Institut für Sozialforschung«, um der staatlich gegängelten Sozialforschung der Universitäten radikale Konkurrenz zu machen und dazu Wissenschaftler zu berufen, denen aus politischen Gründen eine Hochschullaufbahn versperrt war. Einer der Berufenen, der Historiker Klaus Naumann, zuvor Mitglied der DKP und Redakteur in dem mit sanftem Spott so genannten Pahl-Rubelstein-Verlag, hat am Beispiel der Diskussion um die Rolle des deutschen Militärs gezeigt, wie nötig Deutschland das Institut und seine kritischen Geister hat. Titel der Arbeit:

Kein Geld, kein Feind, kein Auftrag – Wozu noch Bundeswehr?

Welcher beamtete Historiker hätte das gewagt? Und erst den kecken, nachgerade fast schon unsubordinanten Untertitel?:

Rudolf Scharping droht am Umbau der Armee zu scheitern. Die muß nicht nur reformiert, sondern für die Berliner Republik neu begründet werden.

Was dann folgt, stellt an Schärfe des Gedankens und der Formulierung die *Dialektik der Aufklärung* und andere Anpassungsschriften des Frankfurter Duos, nach deren Institut die Hamburger das Ihre genannt haben, in nächtlichen Schatten:

Nichts Geringeres als eine Neugründung der Bundeswehr steht an. Aber der Marschplan fehlt. Nun brüten die Experten diverser Kommissionen über einer Quadratur des Kreises: Wie lassen sich intelligentes Sparen und strategisches Denken verknüpfen?

Es war genau diese Frage, an der Naumann und seine Genossen in den siebziger Jahren auf den Parteitagen der DKP gescheitert sind. Es mußte erst der Mäzen Reemtsma kommen, um Naumann den Mut und die Freiheit zu Wahrheiten wie dieser zu geben:

Gesucht ist ein Gesamtkonzept für die neuen Streitkräfte. Das Parlament muß dieses Konzept finden. Welches Gewicht soll dem Militärischen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eingeräumt werden? Welcher Auftrag soll daraus folgen? Und welche Wehrstrukturen und Beschaffungspläne ergeben sich daraus? Es ist höchste Zeit, den planerischen Wildwuchs der 90er Jahre einmal unter die Lupe zu nehmen.

Es sei, sagt der alte Kommunist,

eine Verständigung darüber geboten, was es mit »deutschen Interessen« und einem »erweiterten Sicherheitsbegriff« auf sich haben soll,

und das heiße Revolution, nämlich

einen Bruch mit den eingeschliffenen Ritualen der Konsensbeschwörung, der Erblast der Bonner Republik. Geschädigt durch Kriegserfahrungen und gelähmt durch die Block-Konfrontation, verlangte dieses Land zwar nach Sicherheit, führte aber keine strategischen Debatten (Helmut Schmidt sprach Anfang der 60er Jahre vom »strategischen Dilettantismus« der Politik) und verfügt bis heute über keine nennenswerte Strategic Community.

Und warum? Weil Community den Dilettanten ein bißchen zu sehr nach Communisme klang? Das darf den Revolutionär nicht schrecken, denn es rettet uns kein höheres Wesen, sondern nur ein Bruch mit dem Bündnis der Bequemlichkeit und vielleicht der Helmut Schmidt:

Eine Wehrreform, die dieses Bündnis der Bequemlichkeit nicht aufbricht, ist schon gescheitert.

Ein Rückwärts gibt es für uns nicht! Nicht für die Naumann-Brigade, vor Brüssel auf Barrikaden, in der Stunde der Gefahr. Da heißt es patria o muerte:

Ohne Deutschland wird es keine europäische Verteidigungs-Identität geben.

Sonst gibt es keinen Mann und keinen Groschen!

Die Wehrpflicht kann eine reformierte Truppe getrost stornieren. Als gemischte Freiwilligen- und Berufsarmee kommt eine neuerliche Selbstverständigung auf sie – auf uns alle! – zu.

Brüder, in eins nun die Hände, Brüder, das Sterben verlacht. Ewig der Sklaverei ein Ehende, heilig die letzte Schlacht:

Die absehbaren Einsätze verlangen hoch flexible zivil-militärische Fähigkeiten vom künftigen Miles Protector,

was keine neue Küchenmaschine ist, sondern der Angehörige einer militärischen Schutzstaffel, deren Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen – halt, nein, umgekehrt, gilt nicht, Scheiß Vergangenheit! Vorwärts ist die Zukunft:

Da kann man nur hoffen, daß Scharping die Souveränität aufbringt, mit seiner Meinungsbildung über die künftige Wehrstruktur zu warten, bis alle Expertisen auf dem Tisch liegen.

Und besonders die des Thälmann-Bataillons aus dem Hamburger Mittelweg.

Dort wird, originellerweise montags, der Instituts-Montag abgehalten, zu Veranstaltungen wie dieser:

4. Dezember:

Dr. Ulrich Bielefeld

Ethnizität und Gewalt. Zur Existenzialisierung kollektiver Identitäten.

Ein Druckfehler. Es sollte heißen: Identifizierung kollektiver Existenzen bzw. Kollektivierung identischer Ethnizitäten bzw. Existenzialisierung ethnischer Kollektive bzw. Kollektivierung existenzieller Identitäten bzw. Identifizierung existenzieller Kollektive oder so ähnlich. Die Sozialwissenschaft ist ein weites Bielefeld, Jan Philipp.

Totalitarismusforscher aller alten und neuen Bundesländer, aufgepaßt!:

Zwei Männer im Alter von 23 und 26 Jahren haben in Schleswig einen 45jährigen Obdachlosen totgetreten. Einer der Männer schlug den Obdachlosen mit der Faust nieder, dann traten beide ihm immer wieder gegen den Kopf und auf die Brust. Einer der Täter trug Springerstiefel mit Stahlkappen. Nach der Tat ließen sie ihr Opfer hilflos und sterbend zurück. Die Polizei schließt einen politischen Hintergrund der Tat aus.

Wer waren die Täter? Zwei Autonome? Zwei Nazis? Und woran erkennt man das? 1. am sozialen Status des Opfers? 2. an der Art des Mordes? 3. an der Ausrüstung der Mörder? 4. an der Reaktion der Polizei? An allem zusammen? Für die richtige Antwort (»Zwei Gewaltbereite«) gibt es eine Einladung für vier Einzeltäter zum Instituts-Montag am Hamburger Mittelweg.